

Abgeordnetenhaus von Berlin

14. Wahlperiode

BERLIN

Plenarprotokoll 14/9

9. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. April 2000

Inhalt	Seite
Nachruf	
Stadtältester Hans-Günter Hoppe	346 (A)
Geschäftliches	
Liste der Dringlichkeiten	377 (B)
Wahl	
Ein Senator für die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur und ein Bürgermeister von Berlin	1
Abg. Wieland (Grüne)	
Abg. Dr. Girnus (PDS)	
Abg. Landowsky (CDU)	
Abg. Wowereit (SPD)	
Ergebnisse	350 (C)
Vereidigungen von Senatsmitgliedern 350 (I	D), 351 (A)
II. Lesung	
Gesetz zur Sanierung des Haushalts 2000 (Haushaltssanierungsgesetz 2000 - HSanG 2000)	
- Drs 14/300 351 (A), 378 (C)
verbunden mit	
Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 31. März 2000 über Änderungen zur Vorlage – zur Beschlussfassung – über Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000 – HG 2000)	•
- Drs 14/301 351 (A), 378 (C)
verbunden mit	

Die Veröffentlichungen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen. Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin. Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Gesetz über die Feststellung des Haushalts-		Haushaltsgesetz 2000	
plans von Berlin für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000 – HG 2000)		- Drs 14/302	378 (C
- Drs 14/302 - 351 (B), 378 (C)		
Dr. Seitz (SPD), Berichterstatter		Einzelplan 05	
	(-)	Abg. Krüger (PDS)	
Allgemeine Beratung		Abg. Gewalt (CDU)	
		Abg. Wieland (Grüne)	
verbunden mit		Abg. Lorenz (SPD)	
Einzelberatung Einzelplan 03	353 (D)	Bm Dr. Werthebach	383 (C
Abg. Wolf (PDS)	353 (D)		
Abg. Dr. Steffel (CDU)	358 (D)	Einzelplan 10	
Abg. Müller-Schoenau (Grüne)	364 (A)	Frau Abg. Schaub (PDS)	
Abg. Wowereit (SPD)	368 (A)	Abg. Schlede (CDU)	
RBm Diepgen	372 (C)	Abg. Mutlu (Grüne)	
Abg. Dr. Wruck (fraktionslos)	376 (C)	Frau Abg. Neumann, Eveline (SPD)	
	(-)	Frau Abg. Dr. Barth (PDS)	
Einzelplan 06	377 (C)	Frau Abg. Richter-Kotowski (CDU)	
		Frau Abg. Martins (Grüne)	
		Abg. Nolte (SPD)	391 (C
eschlussempfehlungen		Frau Abg. Seidel-Kalmutzki (SPD)	392 (E
Flächendeckende Ausweitung des Park-		Bm Böger	393 (A), 395 (C
raumbewirtschaftungskonzeptes		Frau Abg. Freundl (PDS)	395 (0
- Drs 14/315	378 (A)		
Beschluss	378 (A)	Einzelpläne 11 und 18	396 (A
		Frau Abg. Dr. Schulze (PDS)	396 (B
Bundesratsinitiative zur Reform des Bundes- ausbildungsförderungsgesetzes		Frau Abg. Herrmann, Annelies (CDU) _	
- Drs 14/316	378 (A)	Abg. Dr. Köppl (Grüne)	398 (E
Beschluss	378 (A)	Frau Abg. Helbig (SPD)	400 (A
	370 (A)	Frau Abg. Freundl (PDS)	400 (0
		Frau Abg. Mommert (CDU)	402 (A
Lesung		Frau Abg. Dr. Klotz (Grüne)	402 (C
		Frau Abg. Thieme-Duske (SPD)	403 (D
Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über eine Vergnügungsteuer für Spielauto-		Frau Abg. Neumann, Ulrike (SPD)	404 (C
maten		Frau Sen Schöttler	405 (A
- Drs 14/324	378 (B)		
		Einzelpläne 12 und 14	406 (C
Staatsprüfungsgesetz		Frau Abg. Matuschek (PDS)	406 (0
- Drs 14/325	378 (B)	Abg. Goetze (CDU)	409 (A
		Frau Abg. Oesterheld (Grüne)	410 (A
		Abg. Dr. Arndt (SPD)	411 (C
eschlussempfehlung		Abg. Cramer (Grüne)	412 (A
Vermögensgeschäft		Abg. Gaebler (SPD)	
- Drs 14/326	378 (B)	Abg. Dr. Rogall (SPD)	
Beschluss	378 (B)	Sen Strieder	414 (A
		Einzelplan 13	418 (E
ortsetzung der II. Lesung		Abg. Liebich (PDS)	418 (C
Haushaltssanierungsgesetz 2000		Abg. Atzler (CDU)	419 (B
- Drs 14/300	378 (C)	Abg. Eßer (Grüne)	420 (A
	0,0(0)	Abg. Müller (SPD)	
verbunden mit		Sen Branoner	

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Einzelplan 17	_ 423 (A)	Einzelpläne 15 und 29	_ 433 (A)
Abg. Hoff (PDS)	423 (A)	Abg. Kaczmarek (CDU)	_ 433 (B)
Frau Abg. Grütters (CDU)	425 (A)	Frau Abg. Werner (Grüne)	_ 435 (A)
Abg. Dr. Lehmann-Brauns (CDU)	_ 426 (B)	Abg. Landowsky (CDU)	_ 435 (D)
Frau Abg. Ströver (Grüne)	427 (D)	Frau Abg. Dunger-Löper (SPD)	_ 436 (C)
Abg. Schuster (SPD)	_ 429 (B)	Sen Kurth	_ 437 (B)
Frau Abg. Dr. Rusta (SPD)	_ 430 (B)	Anlagen 1 bis 4 zum Haushaltsplan	439 (A)
Sen Dr. Stölzl	_ 431 (B)		_
		Schlussabstimmung	_ 439 (C)
Einzelpläne 01, 02, 20 und 21	432 (D)	Beschlüsse	_ 441 (A)

(A) Präsident Führer eröffnet die Sitzung um 9.04 Uhr.

Präsident Führer: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 9. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin und begrüße Sie, unsere Gäste, unsere Zuhörer und auch die Zuschauer draußen herzlich zu unseren heutigen Haushaltsberatungen.

Bevor wir mit unseren Beratungen beginnen, möchte ich Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

[Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.]

Wir gedenken heute eines Mannes, der fast vier Jahrzehnte lang politische Verantwortung in und für Berlin getragen und sich um unsere Stadt verdient gemacht hat.

Im Alter von 77 Jahren ist am 22. März der Stadtälteste von Berlin Hans-Günter Hoppe verstorben. Er gehörte seit 1952 zu den profiliertesten und einflussreichsten Politikern unserer Stadt. Mit ihm verliert Berlin eine Persönlichkeit, die über Parteigrenzen hinweg Vertrauen und hohes Ansehen genoss.

Hans-Günter Hoppe gehörte von 1952 bis 1959 und wieder von 1963 bis 1973 der damaligen FDP-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin an. Von 1955 bis 1959 und von 1971 bis 1973 war er Stellvertretender Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin. Von 1963 bis 1967 war Hans-Günter Hoppe Senator für Finanzen, dann bis 1971 Senator für Justiz. Anschließend hat er von 1972 bis 1990 – also 18 Jahre lang – Berlin im Deutschen Bundestag vertreten.

Hans-Günter Hoppe war Parlamentarier aus Leidenschaft, aber er hat 1963 ohne Zögern Verantwortung in der Exekutive, im Senat von Berlin, übernommen. Für ihn war Berlin die Stadt des deutschen Schicksals, das auch sein Schicksal war, denn er war als Jura-Student der Universität Rostock 1949 nach Westberlin geflüchtet, weil er mit der sowjetischen Besatzungsmacht in politischen Konflikt geraten war.

(B) Sein jahrzehntelanges politischen Wirken war durch die Überzeugung geprägt, dass Deutschland seine Einheit wiedererlangen werde. Im Gegensatz zu manchen anderen Politikern hat er diese Hoffnung nie aufgegeben.

Er hat immer versucht, die Folgen der deutschen Teilung zu lindern und die Grenzen zu überwinden. Im Deutschen Bundestag erwarb er sich als Vorsitzender des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen bei allen Fraktionen großes Ansehen.

Seine größte Freude war es, am 9. November 1989 – seinem 67. Geburtstag – die Öffnung der Mauer miterleben zu können, – eines der Ziele, für die er seit Jahrzehnten gearbeitet hatte.

Abgeordnetenhaus und Senat haben Hans-Günter Hoppe 1993 mit der Würde eines Stadtältesten von Berlin geehrt. Diese Auszeichnung konnte nur ein kleiner Dank für seine Verdienste um unsere Stadt sein.

Hans-Günter Hoppe war – wie eine Zeitung zu Recht schrieb – ein "Grandseigneur der Politik". Seine Kompetenz und Überzeugungstreue, aber auch seine Menschlichkeit und sein Humor werden in Erinnerung bleiben. Berlin sagt ihm Dank für sein jahrzehntelanges politisches Wirken.

Wir trauern um Hans-Günter Hoppe und gedenken seiner mit Hochachtung. – Vielen Dank!

Meine Damen und Herren! Wir kommen dann zur

Ifd. Nr. 1:

Wahl eines Senators für die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur und eines Bürgermeisters von Berlin

Zu Beginn verlese ich Ihnen ein Schreiben des Regierenden Bürgermeisters an mich vom 7. April 2000:

Sehr geehrter Herr Präsident,

unter Bezugnahme auf meine Schreiben vom 24. März 2000 und vom 5. April 2000 teile ich Ihnen mit, dass ich gemäß Artikel 56 Absatz 2 der Verfassung von Berlin Herrn

Prof. Dr. Christoph Stölzl zur Wahl zum Senator für die (C) Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur vorschlage.

Darüber hinaus schlage ich gemäß Artikel 56 Absatz 2 der Verfassung von Berlin den Senator für Inneres, Herrn Dr. Eckart Werthebach, zur Wahl für das Amt eines Bürgermeisters vor.

Ich möchte Sie bitten, über beide Vorschläge eine Entscheidung des Abgeordnetenhauses von Berlin herbeiführen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen Eberhard Diepgen Regierender Bürgermeister

Im Ältestenrat hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um Aussprache zu den Kandidaten gebeten. Hierzu empfiehlt der Ältestenrat eine Redezeit von bis zu fünf Minuten pro Fraktion, wobei wir diese Redezeit großzügig auslegen werden. Gibt es Wortmeldungen? – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat das Wort der Abgeordnete Wieland – bitte sehr!

Wieland (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Flucht von Frau Thoben aus der Verantwortung und vor der Verantwortungslosigkeit von Eberhard Diepgen erzwingt heute eine Senatsneubildung in geradezu italienischem Tempo. Die Chance allerdings, hier zu einem tatsächlichen Nachbessern zu kommen, diese Chance wird vertan. Man tut so, als müsse man den Kübeln von Hohn und Spott, die gerade diese Woche über den Senat und über die große Koalition ausgegossen wurden, vom "Spiegel" bis zur "Süddeutschen Zeitung", Verifizierung angedeihen lassen, als müsse man sie unter Beweis stellen.

[Zuruf von der CDU: Das ehrt ihn!]

Hier wird von einer tief eingefressenen Mediokrität der Berliner Politik gesprochen. Ich zitiere aus der "Süddeutschen Zeitung", was dort der frühere Redenschreiber von Willy Brandt, Klaus Harpprecht, ausführt:

Dem einzigen politischen Talent, das den Namen verdiente, der unkorrumpierbaren Finanzsenatorin Annette Fugmann-Heesing, stellt die SPD den Stuhl vor die Tür, um für einen Karrieristen Platz zu schaffen, dessen Namen sich keiner merken kann. Vorstädtisches Kleinbürgerkaro durchsetzt von schleimiger Schlauheit, einem heimlichen Hang zu Hochstapelei und einem Stich ins Unseriöse – das ist die Grundmentalität, die in den Jahrzehnten der subventionierten Existenz Westberlins und in volkseigener Variante auch in Ostberlin vor sich hin wuchern durfte.

So kritisch, so böse wird das, was in dieser Stadt auf der politischen Ebene vor sich geht, von außen gesehen. Man hätte heute diese Kritiker Lügen strafen können. Man hätte uns ja zum Beispiel die längst fällige Justizsenatorin präsentieren können in der Tradition einer Jutta Limbach und in der Tradition einer Lore-Marie Peschel-Gutzeit. Nichts davon geschieht. Man schlägt uns hier geradezu vor, den Frauenanteil im Senat auf eine einzige Person zu reduzieren, so dass wir innerhalb von zehn Jahren vom damaligen Feminat unter Walter Momper in Etappen heute auf dem Stand der Adenauerzeit landen werden – eine Alibiministerin, Frau Schwarzhaupt, in einem Männerkabinett. Da sagen wir: Gute Nacht! und da sagen wir: Das ist eine Schande!

[Beifall bei den Grünen und der PDS – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Nun schlägt man uns Herrn **Stölzl** als neuen Senator für Kultur und Wissenschaften vor. Herr Landowsky sagt: Der richtige Mann zum richtigen Zeitpunkt. Da fragt man natürlich: War er das vor vier Monaten noch nicht? Musste er noch nachreifen, oder wie ist zu verstehen, dass er erst heute uns hier präsentiert wird? Dass er bei Ihnen offenbar zweite Wahl war, Herr Landowsky, spricht für ihn, spricht nicht gegen ihn.

[Beifall bei den Grünen]

(C)

Wieland, Wolfgang

A) Sie sagen auch, Sie wollen heute dem Nachwuchs die Chance geben. Ich hoffe, dass Sie nicht als Ihr eigener Nachwuchs hier gleich reden werden.

[Beifall bei den Grünen - Gelächter bei der CDU]

Der Besuch von Herrn Stölzl in unserer Fraktion war intellektuell anregend, das sagen wir frei. Er möchte gern, wenn auch mit zittriger Hand, von uns Grünen gewählt werden, sagte er. Das ehrt uns und macht ihn sypathisch, das sage ich auch frank und frei. Man muss auch sagen, in einer Zeit, wo ein gewisser Zlatko, der Shakespeare nicht kennt, zum Volkshelden avanciert, ist er der richtige Antityp, wie die Presse sagt,

[Heiterkeit]

dieser barock-elegante Paradiesvogel. Nun kommt ein großes Aber. Wir wählen hier nicht die neue Besetzung der RTL-Baracke. Wir wählen hier nicht den Guru für die Berliner Salons. Wir können auch nicht den Nachfolger von Marcel Reich-Ranicki im "Literarischen Quartett" hier bestellen, sondern gesucht wird ein Kultur- und Wissenschaftsmanager, der oberste Kultur- und Wissenschaftsmanager dieser Stadt. Wenn dann Herr Stölzl sagt, nachdem seine Vorgängerin geradezu verzweifelt und gescheitert ist an der fehlenden Finanzdecke: Kassensturz ist am Freitag, dann werden wir mal sehen, und den Idealisten herauskehrt und sagt, wenn die geistigen Koordinaten nur stimmen, dann kommt auch das Geld, dann müssen wir leider sagen: Das, Herr Stölzl, ist uns zu wenig. Zu so viel Abenteurertum sagen wir Nein. Und wir trösten Sie, weil Sie es sind, mit einem Zitat von Schiller, Sie, den Herold der Fröhlichkeit – ich zitiere:

Noch keinen sah ich fröhlich enden, auf den mit immer vollen Händen die Götter ihre Gaben streuen.

Die Gabe unserer Stimmen bekommen Sie heute nicht, Herr Stölz!!

[Beifall bei den Grünen - Oh! bei der CDU]

(B) Keinerlei Überlegungen, keinerlei Abwägungsprozess bedarf es, zu sagen: Herrn Werthebach nun als Prämie für anderhalbjähriges Versagen als Innensenator zum Bürgermeister zu wählen, das lehnen wir rundheraus ab.

[Beifall bei den Grünen - Oh! bei der CDU]

Es ist doch ein Treppenwitz, dass wir erstmals nach der Verfassung zwei Bürgermeisterstellen haben, und nun seit Jahrzehnten das erste Mal diese beiden Bürgermeisterstellen männlich besetzen werden. "Wir um 60", und zwar "wir Männer um 60", da haben nicht nur das Beispiel der Präsidenten und Vizepräsidenten, wir werden jetzt auch noch das Beispiel des Regierenden Bürgermeisters und der Bürgermeister haben. Das alles darf doch wohl nicht wahr sein. Warum sich jemand qualifiziert haben soll, dessen Aktivitäten bei dem Kurdensturm auf die Konsulate unterhalb der Nachweisschwelle waren, warum sich jemand qualifiziert haben soll, der selber sein Landesamt für Verfassungsschutz nach einer beispiellosen Serie von Pannen und Affären auflösen muss, der politisch eine Feuerwehr verantwortet, die sich in der Silvesternacht eine Auszeit gönnte, während nebenan die Dachstühle brannten,

[Beifall bei den Grünen]

wer hier derart agiert hat als Senator, der, Herr Werthebach, verdient eines: einen Eintrag in das Guinessbuch der Rekorde als Senator für Pleiten, Pech und Pannen, aber wahrlich nicht die Wahl zum Bürgermeister dieser Stadt.

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Präsident Führer: Für die PDS-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Dr. Girnus – bitte sehr!

[Zuruf von der CDU: Jetzt noch einen drauf!]

Dr. Girnus (PDS): Vielen Dank! – Meine Damen und Herren! Also Herr **Stölzl** soll es sein, der die Karre wieder flott machen soll.

[Zuruf von der CDU: Sie sicher nicht!]

Wie wir hören. Herr Stölzl. wollen Sie es auch sein.

[Niedergesäß (CDU): Ja! Will er!]

Für diesen Mut haben Sie unsere Bewunderung. Denn Sie können nicht mehr sagen, die Berliner Probleme in Wissenschaft und Kultur seien Ihnen nicht bekannt gewesen. Wenigstens dafür hat der Rücktritt von Frau Thoben gesorgt: Die Probleme liegen klar und nackt auf dem Tisch. Was Sie tun werden, werden Sie sehenden Auges tun. Deshalb wird es für Sie auch keine 100 Tage Schonfrist geben – die kann sich Berlin nicht mehr leisten

Nehmen wir den Wissenschaftsbereich, darüber ist in den letzten Wochen und Monaten weniger öffentlich debattiert worden, aber es gibt nicht den geringsten Anlass dafür, zu glauben, dort sei alles paletti. Im Mai wird der Wissenschaftsrat seine Empfehlung zur Struktur der Berliner Wissenschaftslandschaft auf den Tisch legen. Ich bin kein Prophet, wenn ich behaupte, dass damit auch eine Menge Probleme auf den Tisch kommen. Diese Probleme müssen gelöst werden. Diese Lösungen werden nicht mehr nach dem System Diepgen funktionieren, nach dem System des Vertuschens, nach dem System der Politik des Laisser-faire und der Bemühenszusagen. Diese Art der Politik hat die Berliner Kultur in ihrer Substanz gefährdet, eine Substanz, die dringend erhalten und gepflegt werden muss. Damit die Berliner Kultur nicht weiter in ihrer Substanz gefährdet wird, ist eine Wende erforderlich.

[Niedergesäß (CDU): Wohin wollen wir denn wenden?]

Ich denke, Herr Stölzl, Sie sind der Mann, der Kultur nicht engstirnig und einseitig nur betriebswirtschaftlich betrachtet, sondern auch volkswirtschaftlich. Sie wissen sicher, dass Kultur eine der wenigen umweltverträglichen und beschäftigungsintensiven Wachstumsbranchen ist. Sie wissen sicher genauso gut, dass der ideelle Wert von Kultur nicht in Heller und Pfennig auszuweisen ist. Die Kosten stehen fest. Der Wert dient je nach Beliebigkeit dazu, entweder Glanz und Ruhm Berlins zu begründen oder als Diffamierungs-, Abwicklungs- und Schließungsargument ins Feld geführt zu werden. Die skandalöse Rede des Regierenden Bürgermeisters über die "abgetanzten und abgelatschten" Theaterensembles Berlins aus der vergangenen Sitzung sind dafür ein beredter Beweis.

[Beifall bei der PDS]

Was Berlin braucht, ist ein Kulturentwicklungskonzept,

- das auf Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit verpflichtet ist.
- das Verantwortlichkeiten eindeutig und nachvollziehbar regelt,
- das Strukturentscheidungen und solche zum Status und zur Finanzierung des Personals f\u00f6rdert,
- das die inhaltliche Profilierung der Berliner Kulturlandschaft vorantreibt und dabei dezentrale multikulturelle und bezirkliche Kulturarbeit gleichrangig behandelt,
- das bestehende Standards sichert, brachliegende Kapazitäten wieder belebt und Raum für Kreativität und neue Impulse lässt.

Nur so wird die Berliner Kultur im Spannungsfeld finanzieller Engpässe entwicklungsfähig bleiben. Nur so kann Berlin tatsächlich Kulturhauptstadt werden.

[Beifall bei der PDS – Niedergesäß (CDU): Ist sie schon!]

Wir erwarten vom Senat folgende Schritte:

- transparente einvernehmliche mit dem Bund getroffene Entscheidungen über die Verwendung der Bundesmittel für die Finanzierung der Kultur in Deutschlands Hauptstadt,
- das Eintreten in der Tarifgemeinschaft der Länder für die Entschlackung des Systems der Theatertarifverträge und die Aushandlung eines einheitlichen theatergerechten Tarifvertrags,

347

Dr. Girnus

- (A) 3. die F\u00f6rderung von Kommunikation und Kooperation zwischen Kultureinrichtungen und damit von m\u00f6glichen Synergien, zum Beispiel auch durch gemeinsame Vermarktung und Abstimmung von Spielpl\u00e4nen und Spielzeiten,
 - 4. auf Vorschlag und in Zusammenarbeit mit den Häusern Konzepte zu deren inhaltlicher Profilierung und
 - neue Vergabestrukturen für Lottomittel, insbesondere die zweckgebundene Übertragung von 60 % der Lottomittel in den Landeshaushalt. Davon sollen 12 % regelmäßig für die institutionelle Förderung im Kulturbereich vorgehalten werden.

Das ist alles allerdings nur mit einer kooperativen Kulturpolitik möglich, die mit einer qualifizierten Strukturpolitik für Planungssicherheit und staatsferne Entscheidungen sorgt.

Herr Stötzl, Sie haben sehr viele Vorschusslorbeeren erhalten – nicht gerade von Herrn Wieland, aber in der Presse. Sie sind mit Ideen angetreten. Sie sind mit der Berliner Kulturszene vertraut, und man vertraut Ihnen. Wir alle hoffen, dass das nicht in Ernüchterung und Enttäuschung umschlägt. Wir alle hoffen, dass aus Ihrem Anspruch "dem Fröhlichen gehört die Zukunft" vom 1. April nicht die Fröhlichkeit des Lebens der Endzeitstimmung aus Günther Grass' "Blechtrommel" wird.

Nun zur Wahl des Bürgermeisters:

[Landowsky (CDU): Wählen Sie ihn nun oder nicht?]

Warum ausgerechnet Innensenator **Werthebach** zum Bürgermeister dieses krisengeschüttelten Gemeinwesens gemacht werden soll, ist für uns unerfindlich.

[Landowsky (CDU): Wählen Sie ihn nun oder nicht?]

- Kommt noch, Herr Landowsky! - In seiner kurzen Amtszeit ist es ihm gelungen, die Konflikte zwischen Kriminal- und Schutzpolizei noch weiter zu eskalieren. Im gleichen Atemzug behauptet er, dass ihm die Sicherheit der Stadt am Herzen liegt. Eklatante Führungsfehler haben dazu geführt, dass auch sein Verhältnis zur Gewerkschaft der Polizei heillos zerrüttet ist. Sein autoritärer Führungsstil, mit dem er Beamten Maulkörbe verpasst, statt mit ihnen gemeinsam Probleme zu lösen, ist kein Aushängeschild dieser Stadt. Die letztlich politische Verantwortung für den Tod von vier Kurdinnen und Kurden vor dem israelischen Generalkonsulat hätten jeden anderen Minister den Hut nehmen lassen.

[Zurufe von der CDU]

Berlin braucht keinen weiteren Bürgermeister, der auf jeden ausländerfeindlichen Zug, wie die Kampagnen der CDU zur doppelten Staatsbürgerschaft oder "Kinder statt Inder" aufspringt.

[Beifall bei der PDS]

Berlin braucht Toleranz. Berlin braucht Weitläufigkeit und einen Bürgermeister, der fremde Kulturen und ausländische Bürgerinnen und Bürger als Chance begreift und nicht als Verschiebungsmasse. Berlin braucht jemanden, der Probleme löst als neue zu schaffen.

Und damit sind wir zum Abschluss bei einem Grundproblem dieser Landesregierung. Mit der Wahl der Herren Stölzl und Werthebach wählt sich die große Koalition in eine patriarchische Vergangenheit, wie es sie in der Berliner Nachkriegsgeschichte kaum gegeben hat. Nach dieser Wahl wird nur noch eine Frau dem Senat angehören, und die wird schon jetzt durch die eigenen Koalitionäre ständig attakiert und demontiert. Ich kann es nicht glauben, dass das politische Signal einer weltoffenen modernen Metropole sein soll. Ich kann es nicht glauben, dass die Frauen in den Koalitionsreihen diesen beschlossenen männlichen Wahnsinn demütig hinnehmen.

[Beifall bei der PDS - Niedergesäß (CDU): Ganz schön heftig, Herr Girnus!]

Meine Damen aus der großen Koalition, damit demütigen Sie sich selbst. – Vielen Dank!

[Beifall bei der PDS]

Präsident Führer: Für die CDU-Fraktion hat das Wort der **(C)** Abgeordnete Landowsky.

[Frau Künast (Grüne): Jung, wild und weiblich!]

Landowsky (CDU): Meine Damen und Herren! Als im Ältestenrat besprochen worden ist, ob wir hier eine Personaldebatte durchführen, habe ich mich erst gefragt: Warum machen die beiden Oppositionsparteien das? Haben sie sich dem vielleicht doch angeschlossen, was wir unter einer neuen Kultur es Umgangs miteinander verstehen?

[Unruhe bei der PDS und den Grünen]

Jetzt wissen wir, was ist. Nach dem Rückfall der PDS am letzten Wochenende in ganz frühe Zeiten

[Beifall bei der CDU – Unruhe bei der PDS und den Grünen] und nach der Rolle rückwärts der Grünen in Richtung PDS bleibt über das übliche Gerede unseres 68er-K-Gruppenveteranen Wieland.

[Heiterkeit und Beifall bei der CDU]

Das bleibt über. Und wenn Frau Künast jetzt noch nach dem Westen macht,

[Widerspruch der Frau Abg. Künast (Grüne)]

haben Sie mit der Führung von Frau Klotz und Herrn Wieland alles, wie es seit 1968 und vor 1989 gewesen ist. Mit der Nummer werden Sie bei keinem in der Stadt – schon gar nicht bei jungen Leuten – irgendwie einen Anklang finden, Herr Wieland. Davon können Sie ausgehen.

[Beifall bei der CDU]

Präsident Führer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Landowsky (CDU): Nein, bei fünf Minuten noch eine Zwischenfrage, nein! – Sie haben mühsam gesucht, ob Sie irgendwo einen negativen Kommentar gegen die Neubildung des Senats finden. Da sind Sie auf die "Süddeutsche Zeitung" gestoßen.

[Zurufe von der PDS]

Da hat der "Focus" mit Recht gesagt - Zitat:

Die Bedeutung Berlins zeigt sich allein schon daran, dass sich die "Süddeutsche Zeitung" jeden Tag eine Antiberlinseite gönnt.

Und Sie zitieren die auch noch. Also, lieber Herr Wieland, von Ihnen hätte ich mehr erwartet. Gucken Sie mal in die "Zeit" oder gestern in die "Frankfurter Rundschau".

[Beifall bei der CDU]

Noch nie hat ein Kultursenator des Landes Berlin einen so positiven und breiten Vorlauf über alle politischen Lager hinweg gehabt als die Nominierung von Christoph **Stölzl.** Und das ist eine gute Entscheidung.

[Beifall bei der CDU - Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Wir werden alles tun – das habe ich auch gestern schon gesagt –, dass er und Berlin Erfolg haben. Das ist doch das Entscheidende. Eigentlich hätte ich von Ihnen erwartet, dass Sie hier vorn sagen – dann hätten wir jetzt zum Beginn des Jahrhunderts ein Zeichen gesetzt –: Wir unterstützen den parteilosen Christoph Stölzl in seiner schwierigen Aufgabe für die Kulturhauptstadt. Wo sind Sie denn eigentlich mit Ihrem Augenmaß geblieben?

[Gelächter bei der PDS und den Grünen]

Das trifft die PDS genauso. Aber da habe ich es schon gar nicht

Also: Dass wir Christoph Stölzl heute wählen, ist etwas, was der Auffassung der breiten Mehrheit, zumindest der Menschen und der publizierten Meinung entspricht. Wir haben mit Frau Thoben seinerzeit ein Persönlichkeitsprofil gesetzt, eine Mana-

Landowsky

gerin ist vielleicht die Beste. Aber man muss auch eine innere Äffinität zur Sache selbst haben. Und ich glaube, dass wir deshalb heute eine gute Wahl treffen.

Dass Sie gegen den Innensenator sind, meine Damen und Herren, erstaunt uns als CDU überhaupt nicht. Das war bei jedem CDU-Innensenator bisher der Fall.

> [Zurufe von der PDS und den Grünen -Doering (PDS): Warum denn wohl?]

Das stärkt eher die Solidarität in der Union. Denn Werthebach ist verantwortlich für die Sicherheit der Stadt, und das löst er auch, und zwar in einer unaufgeregten Art, was Ihnen am Unangenehmsten ist. Und dann bitte ich Sie um noch eins: Er ist eigentlich im innenpolitischen Bereich Berlins seit 1920 der Progressivste,

[Heiterkeit bei den Grünen -Wieland (Grüne): Das haben Sie bei Kewenig gesagt, bei Heckelmann, bei Lummer!]

denn er hat es letztlich als Senator mit geschafft, dass wir die Bezirksreform in dieser Stadt verwirklichen konnten, um die sich Generationen vorher bemüht haben. Er ist der Senator, und er hat den Erfolg gehabt - kurzum!

[Beifall bei der CDU -Gelächter und Zurufe von der PDS und den Grünen]

Wir präsentieren Ihnen heute einen Innensenator als Bürgermeister, der mit Böger zusammen würdig ist, den Regierenden Bürgermeister zu vertreten. Und wir präsentieren für das Amt des Kultursenators für Berlin eine Persönlichkeit, die es Ihnen, wenn Sie nicht parteipolitisch weiterhin, ermöglichen müsste, Christoph Stölzl mitzuwählen. Am Ende des Wahlgangs werden wir sehen, ob Sie bei der Wahl von Stölzl mit der Koalition stimmen oder ob sich auf der linken Seite des Hauses wieder eine Schar von Geisterfahrern zusammenfindet, die diese Wahl, die von der "Frankfurter Rundschau" bis zur "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" als gut empfunden wird, torpedieren wollen. Ich hoffe, Sie kommen in den fünf Minuten, die wir noch bis zur Wahl Zeit haben, zur Vernunft. - Schönen Dank!

[Beifall bei der CDU]

Präsident Führer: Für die SPD-Fraktion hat das Wort der Abgeordneten Wowereit. Bitte sehr!

[Over (PDS): Wieder die junge Garde!]

Wowereit (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht sollten wir immer um 9 Uhr anfangen, das Haus ist ja sehr munter.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Es läuft auch wieder nach dem alten Mechanismus. Das wunderbare Geplänkel zwischen Herrn Landowsky und Herrn Gysi ist offensichtlich vorbei, also die Annäherung zwischen CDU und PDS ist beendet, deshalb kann man auch wieder wunderbar zwischen den Flügeln hin- und her schlagen, und es belebt ja offensichtlich auch das Geschäft.

[Buh! und Heiterkeit bei der CDU]

Aber eigentlich sind wir zusammengekommen, um zwei Nachwahlen zu machen. Eine etwas formale, das ist die Funktion des Bürgermeisters.

[Zuruf: Ach was! - Doering (PDS): Ja, sehr formal!]

Ja! - Herr Wieland, Sie kennen doch Herrn Diepgen. Herr Diepgen lässt sowieso die Bürgermeister die wesentlichen Repräsentationstermine des Landes Berlin nicht machen. Das ist sowieso das Problem. -

[Gelächter bei der PDS]

Die SPD hat immer Probleme mit den Innensenatoren, deshalb können wir auch nicht sagen, dass es eine Liebeswahl sein wird, Herr Werthebach. Das verzeihen Sie uns vielleicht. Ich finde es auch schön, dass Sie Verdienste vom Fraktionsvorsitzenden der (C) CDU zugewiesen bekommen haben, als Sie noch gar nicht in Berlin waren, nämlich die Einführung der Bezirksgebietsreform.

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen]

Auch hervorragend! Aber wir wissen ja auch, wie die CDU es lange zu verhindern versucht hat, aber wir freuen uns immer, wenn es einmal kommt, dass man sich dahinter stellt und dann auch noch die Lorbeeren verteilt, die eigentlich Herrn Böger gehören.

[Beifall bei der SPD]

Wenn es nämlich einer mit der Kraft seines Amtes durchgesetzt hat, dann war es Herr Böger, um das noch einmal richtigzustel-

[Beifall bei der SPD - Ah! von der CDU]

Und er ist ja dafür auch Bürgermeister geworden - beispiels-

[Gelächter bei der PDS und den Grünen]

Herr Werthebach kann sich noch viele Verdienste erdienen, beispielsweise wenn er endlich einmal eine vernünftige Reform des öffentlichen Dienstrechts hinbekommt oder wenn er einmal einen Stellenpool macht, um den Überhang sinnvoll einzusetzen. Herr Werthebach, ich glaube, dann bekommen Sie auch vielleicht bei eventuellen nächsten Kandidaturen noch viel mehr Lob, als das jetzt möglich sein wird.

[Beifall bei der SPD und den Grünen]

Die SPD wird die Wahl des Bürgermeisters natürlich unterstüt-

Jetzt kommen wir aber zum Hauptanlass, das ist die Nachwahl des Kultursenators. Wir haben vor kurzer Zeit die Ursachen für den Rücktritt von Frau Thoben diskutiert, auch wenn er sicherlich für viele heute immer noch unverständlich sein wird. Aber wir haben eine schnelle Nachfolge-Entscheidung durch die CDU gehabt, und der Vorschlag, Herrn Stölzl vorzuschlagen, ist ein akzeptabler und auch respektabler Vorschlag, und Herr Stölzl hat auch in seinen bisherigen Tätigkeiten bewiesen, dass er in der Lage ist, nicht nur eloquent im Feuilleton zu schreiben oder zu parlieren, sondern er hat auch als Kulturmanager bewiesen, dass er mit Budgets umgehen kann und dass er gestalterisch tätig werden kann. In der Tat hat der designierte Kultursenator und Wissenschaftssenator sehr viele Vorschusslorbeeren gerade aus dem Kulturbereich bekommen. Es waren heute auch aufmunternde Kommentare da, die bis dahin gingen: Er hat leichtes Spiel. Nach dem Motto: Es kann ja alles nur noch viel besser werden. - Ich glaube das nicht, dass er ein leichtes Spiel hat. Und ich glaube auch nicht, dass die Erwartungshaltung, die von vielen Institutionen dieser Stadt ausgedrückt wurde - weil man ihn ja ihn ja aus dem Rat für die Künste beispielsweise als Kollegen kennt -, so leicht zu erfüllen sein wird. Man ist jetzt nicht mehr Kollege, sondern man ist derjenige, der Strukturreformen durchführen muss. Das bedeutet: Da kann man es nicht allen recht machen. Ich hoffe, dass all diejenigen, die diese Vorschusslorbeeren verteilt haben, sich daran noch erinnern, wenn er die ersten harten Maßnahmen zu treffen hat.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Ob dann die Solidarität auch noch da ist, oder ob es dann ganz schnell wieder in eine andere Richtung geht? Ich denke auch, das hat ja wenigstens die PDS inhaltlich hier untermalt, wobei die Grünen die einzigen im Parlament sind, die von vornherein gleich gesagt haben und Frau Ströver hat erklärt: Inakzeptabel, schlechter Kandidat, unmöglich!

[Widerspruch der Frau Abg. Ströver (Grüne)]

Ich finde dieses Verfahren unmöglich; das muss ich Ihnen ehrlich sagen.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Man kann ja zu CDU-Kandidaten oder SPD-Kandidaten als politischer Gegner einiges erklären, aber die fachlichen Qualifikationen von Herrn Stölzl kann keiner in Frage stellen. Ob er diese

349

(A) fachlichen Qualifikationen in seiner T\u00e4tigkeit als Kultursenator, Wissenschaftssenator umsetzen wird, das wird dann zu bewerten sein. Und wenn da etwas falsch l\u00e4uft, dann kann man das auch bewerten.

[Frau Abg. Ströver (Grüne) meldet sich zu einer Zwischenfrage.]

Präsident Führer: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Wowereit (SPD): Nein! – Aber man sollte am Anfang doch fair sein und sagen: Hier liegt eine große Aufgabe vor uns und die muss bewältigt werden, und die muss bewältigt werden im Interesse des Landes Berlin und nicht im Interesse einer Fraktion dieses Hauses. Und bei den dringend notwendigen Strukturreformen braucht Herr Stölzl die Unterstützung des ganzen Hauses. Für die SPD-Fraktion kann ich erklären: Wenn er sie vernünftig macht und wenn er gute Vorschläge macht, wird er von uns unterstützt, egal, ob er von der CDU kommt oder von uns. Das spielt dabei keine Rolle. Es geht um die Sache, und ich denke, in dem Sinne werden wir Herrn Stölzl zum Kultursenator und Wissenschaftssenator wählen. – Schönen Dank!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Präsident Führer: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich darf nur vermerken, dass wir für den heutigen Tag keine Kurzinterventionen zugelassen hatten.

[Zuruf von den Grünen: Bei der Haushaltsberatung!]

- Ja!

Nach § 75 Abs. 2 Satz 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses können die Wahlen in einem Wahlgang vorgenommen werden. Gewählt ist nach unserer Geschäftsordnung, wer die Mehrheit der Stimmen erhalten hat, das heißt also, mehr Ja- als Nein-Stimmen. Entsprechende Stimmzettel sind vorbereitet worden. Sie finden auf den Stimmzetteln jeweils drei Möglichkeiten: Ja, Nein und Enthaltung. Leere Stimmzettel gelten als ungültige Stimmen, ich weise ganz besonders darauf hin. Anders gekennzeichnete Stimmzettel oder Stimmzettel mit zusätzlichen Vermerken werden ebenfalls als ungültige Stimmen gewertet. Die Wahlkabinen werden gerade aufgestellt, und ich bitte, sich an diesen Wahlkabinen einzufinden. Darüber hinaus möchte ich Sie bitten, die Stimmzettel nur in der Kabine auszufüllen und sie auch in der Kabine in den Umschlag zu stecken, denn alles andere müssten wir zurückweisen. Ich bitte die Beisitzer, als Wahlhilfe an den Wahlkabinen Aufstellung zu nehmen, und Herrn Molter bitte ich, in bewährter Form die Namen der Abgeordneten abschnittsweise vorzulesen. Ich beginne mit dem Namensaufruf und weise noch einmal unsere Medienberichterstatter darauf hin, dass die Kameras links und rechts oben an den Seiten abgeschaltet werden müssen und wir uns nur mit der Kamera von vorn bedienen können, sonst könnten Sie beim Wahlvorgang zusehen. Das ist nicht gestattet. - Herr Molter, ich bitte Sie, mit dem Namensaufruf zu beginnen!

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmzettel]

Herr Abgeordneter, ich möchte Sie kurz unterbrechen. – Ich möchte noch einmal die B1-Fernsehanstalt bitten, die seitlichen Kameras abzuschalten. Es ist zwar begrüßenswert, dass Sie uns hier den ganzen Tag begleiten, aber es ist nicht begrüßenswert, wenn während der Abstimmung die Kameras laufen und man letztendlich dann noch zusehen kann, wie der Einzelne abstimmt. Das geht wirklich nicht. – So, Sie können fortfahren.

[Fortsetzung des Aufrufs der Namen und Abgabe der Stimmzettel]

Meine Damen und Herren, hatten alle Abgeordneten die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben? – Nein, noch nicht. Auf der anderen Seite ist auch noch frei – bitte!

[Fortsetzung der Abgabe der Stimmzettel]

Hatten alle Abgeordneten die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben? – Widerspruch höre ich nicht. Dann bitte ich die Beisitzer, mit der Auszählung zu beginnen. Ich unterbreche die Sitzung, bis das Ergebnis vorliegt.

[Auszählung]

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen. Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich gebe Ihnen das Wahlergebnis bekannt, zuerst für Herrn Professor Dr. Christoph Stölzl als Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Abgegebene Stimmen: 164, Ja-Stimmen: 108, Nein-Stimmen: 43, Stimmenthaltungen: 13.

Damit ist Herr Professor Dr. Stölzl gewählt.

[Beifall bei der CDU und der SPD – Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Nehmen Sie die Wahl an?

[Dr. Stölzl: Ja, ich nehme die Wahl an!]

- Herzlichen Glückwunsch!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Für die Wahl von Herrn **Senator Dr. Eckart Werthebach** zum **Bürgermeister von Berlin** liegt folgendes Ergebnis vor:

Abgegebene Stimmen: 164, Ja-Stimmen: 89, Nein-Stimmen: 68, Stimmenthaltungen: 7.

Ungültige Stimmen gab es nicht. Damit ist Herr Dr. Werthebach zum Bürgermeister von Berlin gewählt.

[Beifall bei der CDU und der SPD] (D)

Herr Dr. Werthebach, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

[Sen Dr. Werthebach: Ich nehme die Wahl an!]

 Herzlichen Glückwunsch! – Meine Damen und Herren! Nun haben Sie etwas Zeit, Ihre Glückwünsche zu übermitteln, und dann kommen wir zur Vereidigung.

Ich bitte nun die neu Gewählten zu mir nach vorn an das Mikrofon. Wir kommen zur Vereidigung. Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben.

[Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.]

Die Mitglieder des Senats werden auf die Verfassung vereidigt. Nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Senats haben Sie vor der Übernahme Ihres Amtes folgenden Eid zu leisten:

Ich schwöre, mein Amt gerecht und unparteiisch, getreu der Verfassung und den Gesetzen zu führen und meine ganze Kraft dem Wohle des Volkes zu widmen.

Ich bitte Sie, wenn ich Sie einzeln aufrufe, mit der Schwurformel: "Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!" oder: "Ich schwöre es!" den Schwur zu vollziehen.

Ich bitte den Senator für die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Herrn Professor Dr. Christoph Stölzl, den Eid zu leisten.

Dr. Stölzl, Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

Präsident Führer: Dann überreiche ich Ihnen die Urkunde. Herzlichen Glückwunsch!

[Beifall bei der CDU und der SPD – Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Nun bitte ich Herrn Senator Dr. Eckart Werthebach, den Schwur zu leisten.

(A) Dr. Werthebach, Bürgermeister und Senator für Inneres: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

Präsident Führer: Herzlichen Glückwunsch!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Damit ist die Vereidigung erfolgt. Die Urkunden sind übergeben worden. Ich wünsche dem neuen Mitglied des Senats und dem neuen Bürgermeister im Namen des Hauses eine erfolgreiche Arbeit zum Wohle unserer Stadt und zum Wohle der Bürger! – Der Tagesordnungspunkt ist geschlossen.

Meine Damen und Herren! Nunmehr kommen wir zum Marathon des heutigen Tages. Ich rufe auf

Ifd. Nr. 2:

(B)

a) Drucksache 14/300:

II. Lesung der Vorlage – zur Beschlussfassung – über Gesetz zur Sanierung des Haushalts 2000 (Haushaltssanierungsgesetz 2000 – HSanG 2000), Drucksache 14/202, und Beschlussempfehlung über Ermächtigungen, Ersuchen, Auflagen und sonstige Beschlüsse aus Anlass der Beratung des Haushaltsplans von Berlin für das Haushaltsjahr 2000 (Auflagenbeschlüsse 2000), gemäß Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 5. April 2000

b) Drucksache 14/301:

Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 31. März 2000 über Änderungen zur Vorlage – zur Beschlussfassung – über Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000 – HG 2000), Drucksache 14/150

c) Drucksache 14/302:

II. Lesung der Vorlage – zur Beschlussfassung – über Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000 – HG 2000), Drucksache 14/150, und Beschlussempfehlung über Ermächtigungen, Ersuchen, Auflagen und sonstige Beschlüsse aus Anlass der Beratung des Haushaltsplans von Berlin für das Haushaltsjahr 2000 (Auflagenbeschlüsse 2000), gemäß Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 5. April 2000

Hierzu liegen vor ein Änderungsantrag der Fraktion der PDS, Drucksache 14/300-1, ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD, Drucksache 14/300-2, sechs Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 14/301-1 bis 14/301-6, neun Änderungsanträge der Fraktion der PDS, Drucksache 14/301-7 bis 14/301-15, sowie ein Änderungsantrag der Fraktion der PDS, Drucksache 14/302-1

Zu Beginn unserer Haushaltsberatungen gebe ich, wie es gute Tradition bei uns im Hause ist, das Wort dem Vorsitzenden des Hauptausschusses zu einem mündlichen Bericht. – Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hans-Peter Seitz – bitte sehr!

Dr. Seitz (SPD), Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Termingerecht liegt Ihnen die Beschlussempfehlung zum Haushaltssanierungsgesetz und zum Haushaltsgesetz 2000 vor. Die Gesamtberatungszeit des neuen Hauptausschusses mit einer großen Zahl neuer Kolleginnen und Kollegen war mit rd. 100 Stunden nicht kürzer als die unserer Vorgänger. Deutlich kürzer aber war diesmal die Zeitspanne, die uns und den Unterausschüssen zur Verfügung stand, um die heutige II. Lesung im Plenum mit unseren Beschlussempfehlungen zu erreichen.

Bereits an dieser Stelle möchte ich mich im Namen des Ausschusses bei Herrn Schreiber, dem Ausschussassistenten, und seinen tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Frau Horn, Frau Berg und Herrn Nowak, bedanken.

[Beifall bei allen Fraktionen]

Ohne ihre Arbeit weit über die normale Arbeitszeit hinaus wäre das Ergebnis nicht möglich gewesen. In diesen Dank beziehe ich ausdrücklich auch die Kolleginnen und Kollegen ein, die die sehr aufwendigen Inhaltsprotokolle erarbeitet haben.

[Beifall bei allen Fraktionen]

Und ebenso gilt unser Dank den Verwaltungen, die sich Mühe gegeben haben, die sehr zahlreichen und aufwendigen Berichtswünsche des Ausschusses zu erfüllen. Schließlich bedanke ich mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses für die Unterstützung in meinem Amt. Das hat mir die Arbeit leicht gemacht und insgesamt eine konstruktive Arbeitsatmosphäre ermöglicht.

Ebenso ungewöhnlich gestrafft wie die Beratungen des Hauptausschusses wird heute die Plenardebatte zum Haushalt sein. Sie findet erstmals an einem einzigen Tage statt. Das ist eine wahrhaft parlamentsreformerische Tat. Dadurch werden wir – was wiederum schade ist – die humorigen Abschlussreden der Fraktionsvorsitzenden nicht genießen können. Um ein wenig daran anzuknüpfen, will ich meine Berichterstattung jedenfalls stellenweise mit Zitaten aus unseren Beratungen würzen, die den Ernst der Haushaltsberatung und der damit verbundenen Probleme wenigstens verbal aufgeheitert haben.

In der ersten Haushaltsberatung der 14. Wahlperiode wurden gelegentlich die Akteure der vergangenen finanzpolitischen Auseinandersetzungen angesprochen. So wurden in der allgemeinen Aussprache Frau Kommissarin Schreyer und Frau Senatorin a. D. Fugmann-Heesing zwar noch kurz als die zwei Halbgöttinen der Konsolidierung beschworen, aber auch ihre männlichen Nachfolger bekannten sich zur tatsächlichen und nicht nur zur virtuellen Konsolidierung.

[Wieland (Grüne):

Da wollen wir erst einmal Taten sehen!]

Beide werden in dieser Wahlperiode noch Zeit und Gelegenheit haben, sich den Ruf von Halbgöttern zu erarbeiten. Es bleibt ein hehres Ziel.

[Beifall des Abg. Wieland (Grüne)]

Ein erste Überraschung während unserer Beratung bot die vorgelegte Investitionsplanung. Als "Kurths Fassung" ist die Investitionsplanung bis 2003 ganz schnell in die Berliner Haushaltsgeschichte eingegangen. Sie soll nach unserem Verständnis aber ein Unikat bleiben. Alle Fraktionen forderten daher vom Finanzsenator die Aufgabe des "Systems Kurth".

Herr Senator! Ich habe großes Verständnis dafür, dass Sie uns daran gewöhnen wollen, abstrakter zu beraten, aber der Sprung von 537 Seiten der zuletzt vorgelegten Investitionsplanung auf nur noch 21 Seiten war zu groß.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD und den Grünen]

Sie dürfen nicht übersehen, dass wir zugleich ein Landes- und ein Stadtparlament sind. Das bedeutet, wichtige Investitionen müssen bei ihrem Namen genannt werden, und dürfen nicht in der Anonymität der Positionen der Finanzplanung unerkennbar bleiben. Da 1999 überhaupt keine Investitionsplanung vorgelegt wurde, bleiben Sie uns bis zur Beratung des nächsten Haushaltes ein gewichtiges Werk schuldig.

Am Anfang aller Beratungen war ein Wort. Es lautete: Effizienzrendite.

[Heiterkeit]

Dieses Wort hätte es verdient, Wort des Jahres zu werden. Es ist ein Schlagwort wie aus der globalen Finanzwerbewelt. Überraschenderweise hat sich Senator Werthebach als Schöpfer dieses edlen Begriffes geoutet. Das hätte ich ihm, ehrlich gesagt, nicht zugetraut. Sehen Sie es mir nach, Herr Senator!

(D)

351

Dr. Seitz

Als Effizienzrendite wurden bei uns leider nur die pauschalen Minderausgaben im investiven Bereich veranschlagt, die der Senat im Haushalt 2000 erstmals getrennt von den pauschalen Minderausgaben im konsumtiven Bereich ausgewiesen hat. Wollte man dem Wortsinn von "Effizienzrendite" gerecht werden, hätte die Veranschlagung exakt umgekehrt erfolgen müssen. Ob die so erfolgte Veranschlagung vorteilhaft ist und auf Dauer beibehalten werden sollte, das bleibt abzuwarten.

Das Wort "Effizienzrendite" hat allerdings dazu verlockt, im Verlaufe der Beratungen ähnliche Begriffe zu schöpfen. Die Bezirke, aber auch der Stadtentwicklungssenator hatten prompt unter einer "Fusionsrendite" zu leiden. Herrn Senator Strieder traf schließlich auch noch die "Hauptausschussrendite" - früher hätten wir es schlicht "Kürzung" genannt.

Nach so viel Grundsätzlichem einige verbale Highlights aus den Einzelberatungen. Die dem Ausschuss von Senator Werthebach berichtete erstaunlich geringe Auslastung des technischen Equipments der Geschwindigkeitsüberwachung - vulgo: Radarkontrolle - hat das Zeug dafür, ein Thema künftiger Haushaltsberatungen zu werden. Hinter dem Drängen der Grünen, diese Geschwindigkeitsüberwachung zu intensivieren und in einen LHO-Betrieb zusammenzufassen, vermutete die CDU sofort eine "Blitzen und Kassieren GmbH & Co KG".

[Wieland (Grüne): Ja! Nicht schlecht!]

Einen entsprechenden Auflagenbeschluss hat die Koalition abgelehnt.

[Wieland (Grüne): Typisch!]

Zum Polizei-Kapitel hat der Rechnungshof im Vorgriff auf seinen Bericht 2000 Folgendes mitgeteilt: Die Senatsverwaltung für Inneres hat verhindert, dass bei der Polizei von den Beschäftigten Entgelte für Parkplätze auf dienstlich genutzten Grundstücken erhoben werden. Dies führte allein im vergangenen Jahr zu Mindereinnahmen von über 450 000 DM. - Senator Werthebach machte zwar andere Vorstellungen von Zumutbarkeit, Vermietbarkeit und Wirtschaftlichkeit geltend, der Ausschuss aber grollte dem Senator ob dieser Darstellung einvernehmlich, nachdem obendrein bekannt wurde, dass für die angeblich unvermietbaren Parkplätze bereits mehrere hundert Verträge abgeschlossen waren.

[Cramer (Grüne): Unglaublich!]

Der Hauptausschuss hat salomonisch die von der Verwaltung erwogenen 10 DM auf 20 DM verdoppelt und ihre Verwendung zugunsten des Projekts "Bürgerdienste" vorgesehen. So bleibt das Geld im Haus und dient einer guten Sache.

Der vom Rechnungshof monierte Einnahmeverzicht hat darüber hinaus den Innensenator in den Fokus einer ganz besonderen Effizienzstrategie seines Kollegen Kurth gebracht, die da lautet: Konsequenzen aus zurechenbaren Einnahmeverzichten. -Erstes Opfer dieser Strategie wurde bereits der Bezirk Kreuzberg, dem 500 000 DM von seiner Zuweisung für die konsumtiven Sachausgaben aus eben diesem Grund gekürzt wurden. Auf Ihren Tischen sehen Sie ein Extrablatt des "Kreuzberger Stachel". Ich kann Ihnen versichern, wir haben von den 1,2 Millionen DM, die vorgeschlagen wurden, nicht Gebrauch gemacht, und Sie können ganz sicher sein, dass es kein Affront gegen den Bezirk Kreuzberg war, auch wenn er einen grünen Bürgermeister hat.

> [Cramer (Grüne): Haben Sie das mit Werthebach auch gemacht?]

- Dazu komme ich jetzt: Aber auch den Einzelplan des Innensenators kann noch eine haushaltswirtschaftliche Sperre treffen, wenn sich das Monitum des Rechnungshofes erhärtete.

[Zuruf des Abg. Cramer (Grüne)]

- Herr Cramer, dann werden wir es genauso tun. Einmal müssen wir beginnen.

Jetzt zu einem anderen Problemfeld unserer Beratungen. Mit ihren größeren Bauwerken - alten wie neuen - hat es die Stadt Berlin schwer. Späte Kosten frühen Entscheidungsmutes holen uns immer wieder ein. Wie schön wäre es doch, wenn wir wie (C) Paris Bauwerke des Präsidenten hätten. Zum neuen Louvre, zur neuen französischen Nationalbibliothek, zur Bastille Opéra, zum Centre Pompidou, das auch schon einmal gründlich überholt werden musste, fallen mir schnell Berliner Gegenstücke ein. Ich setze hierbei große Hoffnungen auf den neuen Kultursenator. Als Generaldirektor des Deutschen Historischen Museums ist es ihm jedenfalls schon einmal gelungen, Berlin mit einem Neubau zu bereichern, den Sie nicht in unserem Haushaltsplan veranschlagt finden und der sogar vom selben Architekten wie der neue Louvre stammt. Lieber Herr Stölzl, vorerst können wir nicht meckern - vorerst!

Hier nun einige Vorhaben dieser Art aus dem Haushaltsplan 2000, die wir bezahlen müssen und die den Hauptausschuss wegen noch ungeklärter Risiken zum Einbau von Notbremsen in den Haushaltsplan veranlasst haben. Bei der Sanierung des Olympia-Stadions und dem internationalen Dokumentationsund Begegnungszentrum "Topographie des Terrors" sind die Ausgaben und die Verpflichtungsermächtigungen qualifiziert gesperrt. Kollege Brauer sagte: "Hier wollen wir nicht länger im Dunkeln tuten!" - Für die Grundsanierung des ICC-Parkhauses und den Zuschuss an die Deutsche Mediathek sind die Ausgaben ebenso qualifiziert gesperrt.

Es gibt aber auch zwei sehr erfreuliche Aufstockungen: Eine Erhöhung des Investitionszuschusses für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz um 25 Millionen DM, das Stichwort hierzu lautet "Museumsinsel", und 100 Millionen DM für ein Schul- und Sportanlagensanierungsprogramm. Allerdings fokussierte der Kollege Müller-Schoenau die fraktionsübergreifende, wenn auch gemäßigte und zurückhaltende Kritik an dem schließlich beschlossenem 100-Millionen-DM-Programm mit der Zuspitzung: die Toilette als Geisel. - Gemeint war damit, dass für die zum Himmel stinkenden Toiletten in den Schulen Sanierungsmittel gefordert wurden, die nach ihrer Bewilligung zum Teil aber in andere Maßnahmen wie beispielsweise die Sanierung einer Sportplatztribüne investiert wurden. Die Toilette bleibt dadurch die wieder verwendbare Geisel. Auch wenn das Programm Schul- und Sportanlagen gewidmet ist, es sollte immer die dringenste und unerlässlichste Schadensbeseitigung Priorität haben, und zwar unabhängig – nach meinem Verständnis – von der Einwohnerzahl, sondern nur nach dem Kriterium Schadensfall. Der Hauptausschuss hat deshalb einige Maßnahmen in die staatliche Bauunterhaltung "umgetopft" und so noch Spielraum für die Aufnahme weiterer Maßnahmen gewonnen. Wir haben auch zugestimmt, dass das Programm sofort, trotz derzeit geltender Haushaltssperre, beginnen kann. Mit den notwendigen Verbesserungen des Programms werden wir uns noch befassen.

Nach der "Toilette als Geisel" hat mir am besten das Wort des Kollegen Brauer von der "Archenhold-Sternwarte auf der neolithischen Opferbank" gefallen. Der Kollege Brauer hat sich überhaupt mit kuriosen Wortwendungen hervorgetan. Das hat den Hauptausschuss erheitert und zum guten Klima beigetragen. Ein Opfer wurde im Übrigen für die Archenhold-Sternwarte nicht gefordert. 5 000 DM bei den Kosten für Elektroenergieabsenkungen sind verträglich.

Als running gag empfand es Kollege Kaczmarek, dass der Senat wir im Vorjahr den Ansatz bei den Kitazuschüssen deutlich unterfinanziert vorgelegt hat. Hier hört jeder Spaß auf. Ebenso wie im Vorjahr musste der Hauptausschuss diesen eklatanten Fehler in der Haushaltsvorlage des Senats ausbügeln und die vor aller Augen klaffende Lücke schließen. War 1999 eine Erhöhung des entsprechenden Ansatzes um 22,5 Millionen DM notwendig, so sind es dieses Mal sogar 42 Millionen DM. Nach meiner Auffassung handelt es sich hierbei weniger um einen running gag, als um ein running problem des Senats. Zum einen wird es vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage immer schwieriger, einen verantwortbaren Ausgleich zu finden, zum anderen darf das Parlament erwarten, dass der Senat einen Haushalt ohne solche Tretminen vorlegt. Es reicht nicht aus, dass der vom Senat vorgelegte Haushalt in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen ist, wiewohl es auch das schon anders gegeben hat. Wir erwarten einen nach Prioritäten über alle Einzelpläne hinweg geordneten Haushalt ohne derartige gravie-

352

Dr. Seitz

(A) rende M\u00e4ngel. Deshalb gehen wir davon aus, dass der Senat im Haushalt 2001, den wir im Herbst beraten werden, vor diesen Problemen nicht davonlaufen wird. Dieses Mal und in diesem Fall waren wir die Guten, im Wiederholungsfall werden wir unserem Ruf, die Schrecklichen zu sein, in aller Konsequenz gerecht werden

Ohne zitierwürdige Redebeiträge, aber im Verständnis einer großen Zahl von Bürgerprotesten hat sich der Hauptausschuss zu einer Korrektur der vom Senat mit seiner 1. Nachschiebeliste vorgesehenen Kürzung von Familienbildungsmaßnahmen entschlossen. Statt wie ursprünglich geplant minus 743 000 DM finden sie in der Beschlussfassung nur noch eine Absenkung um 259 000 DM. Damit dürfte Berlin auch die Schreibabyambulanz erhalten bleiben – die braucht Berlin.

Durch beharrliches, fraktionsübergreifendes Insistieren hat der Hauptausschuss erreicht, dass EU-Fördermittelanteile erheblich klarer erläutert werden. Die Umstellung der Zahlungsweise der Strukturfondsmittel wurde vorsorglich berücksichtigt. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade hinsichtlich der EU-Mittelveranschlagung und Erläuterungen lohnt es sich, unsere Beschlussempfehlung durchzublättern. Hier sind die Änderungen noch viel leichter zugänglich als in den Bänden des ursprünglichen Haushaltsplans.

Das sind bei Weitem noch nicht einmal alle wichtigen Ansatzänderungen, die der Hauptausschuss beschlossen hat. Leider können sie wegen der Nachschiebeliste des Senats in der Veränderungsvorlage Drucksache 14/301 nicht erkennen, welche vom Senat herbeigeführt worden sind und welche der Hauptausschuss korrigiert oder rückgängig gemacht hat.

Zum Schluss einige wenige Petitessen. In der Beratung über Frauenprojekte, Kapitel 18 30, hat Frau Senatorin Schöttler das interessante Controllinginstrument "Selbstevaluation als laufender Prozess" eingeführt.

[Sen Schöttler: Ich habe es zurückgezogen!]

Wir sollten es uns für die Überarbeitsungsphase der Verwaltungsreform vormerken.

Überhaupt: Auflagenbeschlüsse. Nicht Beschlüsse finden die ungeteilte Zustimmung des Senats. So hat der Regierende Bürgermeister in einem Brief an die Fraktionsvorsitzenden der Koalition gefordert, künftig nicht mehr für die vom Senat zu erstellenden Berichtsaufträge, die nicht oder nicht rechtzeitig eingegangen sind, mit einer Zahlung von 150 000 DM aus dem Etat der verantwortlichen Verwaltung belastet zu werden. Der Brief, der offiziell auch den Vorsitzenden des Hauptausschusses erreichte, sprach zum einen von einem angemaßten Privileg des Ausschusses und zum anderen davon. dass die geforderte Termindisziplin keine hinreichende Begründung für derartige Sanktionen sein könne. - Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister! Einhellig ist der Ausschuss nicht ihrer Aufforderung gefolgt, sondern hat den Auflagenbeschluss erneut erneuert. Schließlich waren wir auch dieses Mal wieder genötigt, Sanktionen zu verhängen, und ihre Senatskanzlei war daran nicht ganz unbeteiligt.

Was den Umgang mit Verträgen angeht, gibt die Debatte über Hochschulverträge und den Überbrückungsfonds Aufschluss. Wir durften erfahren, dass in diesem Zusammenhang die Hochschulverträge nicht gebrochen, sondern nur unkonventionell umgangen worden seien. Das will ich nicht weiter kommentieren.

Als Letztes will ich den Kollegen Kaczmarek zitieren. Er fragte den Finanzsenator, ob denn der neue Liegenschaftsfonds dem Hauptausschuss von ihm selbst oder von in feines, dunkles Tuch gewendeten Chicago Boys mit farbenprächtigen Folien präsentiert werde. Der Hauptausschuss und der Finanzsenator haben sich einvernehmlich auf eine Präsentation durch den Finanzsenator und gegen die Chicago Boys entschieden.

Diese wenigen Einblicke in die Beratungen des Hauptausschusses müssen genügen, obgleich es noch einiges Ernstes, Schwieriges und Heiteres zu berichten gäbe. Wir haben uns bemüht, unserer Verantwortung gegenüber dem Haushalt des Landes Berlin gerecht zu werden und empfehlen Ihnen deshalb

mehrheitlich, das Haushaltssanierungsgesetz 2000 mit der Drucksachennummer 14/300 und das Haushaltsgesetz 2000 Drucksache 14/301 sowie 14/302 anzunehmen. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der SPD, der CDU und den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Präsident Führer: Herr Dr. Seitz! Ich darf Ihnen und den Mitgliedern des Hauptausschusses den Dank des ganzen Hauses aussprechen. Der Dank ist deshalb dringend angebracht, weil Sie, Herr Dr. Seitz, ganz neu mit dem Vorsitz begonnen haben. Mit der Neuwahl des Parlamentes gab es dann noch sehr viele neue Mitglieder, und alle mussten sich sofort in eine Haushaltsdebatte einlassen. Der Dank des Hauses ist Ihnen allen gewiss. Herzlichen Dank!

[Allgemeiner Beifall]

Meine Damen und Herren! Der Ältestenrat empfiehlt, die allgemeine Aussprache und die Beratung des Einzelplans 03 – Regierender Bürgermeister – miteinander zu verbinden. Für die allgemeine Aussprache und die Aussprache zu allen Einzelplänen soll die Gesamtredezeit pro Fraktion 120 Minuten betragen, wobei die Aufteilung dieser Redezeit den Fraktionen überlassen bleibt. Für die allgemeine Aussprache steht eine Redezeit von bis zu 45 Minuten zur Verfügung. Eine dort nicht ausgeschöpfte Redezeit wird der Redezeit zu den Einzelplänen hinzugerechnet. Auf eine sogenannte Schlussrunde wird heute verzichtet. Die Beratungen werden dann vom Präsidenten geschlossen.

Nun noch ein Hinweis zum Ablauf. Alle Fraktionen sind sich darin einig, dass sich auch der Senat an die Redezeit hält, die den Fraktionen zur Verfügung steht.

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen]

Dies haben wir im Ältestenrat mehrfach bekannt gegeben. Seitens des Vertreters des Senats im Ältestenrat hat es hierzu auch keinen Widerspruch gegeben. Das bedeutet, dass der Senat insgesamt eine Redezeit von bis zu 120 Minuten hat.

Die Redefolge für die allgemeine Aussprache und für die Einzelpläne lautet jeweils wie folgt: PDS, dann die Fraktionen der CDU, der Grünen und der SPD.

Ich eröffne damit die

allgemeine Beratung

und rufe hierzu auch auf

Einzelplan 03 - Regierender Bürgermeister -

hierzu:

- 1. Änderungen des Hauptausschusses gemäß Drucksache 14/301
- 2. Auflagenbeschlüsse des Hauptausschusses nach Drucksache 14/302, Nrn. 1 bis 24

Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der PDS mit der Drucksachennummer 14/301-7 vor.

Für die Fraktion der PDS hat das Wort Herr Abgeordneter Wolf, bitte sehr!

Wolf (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestern streikten 12 000 Lehrer in dieser Stadt.

[Zuruf von der CDU: Illegal!]

Mehr als 50 000 Menschen demonstrierten am Brandenburger Tor. Das war nicht nur ein Protest gegen die pauschale Erhöhung und Verlängerung der **Lehrerarbeitszeit**, sondern das war ein Protest gegen eine langjährige Politik, die die **Berliner Schulen** in die Krise geführt hat, eine Situation an den Berliner Schulen geschaffen hat, die gekennzeichnet ist durch Fehlzeiten, Unter-

(A) richtsausfall, Verschlechterung der p\u00e4dagogischen Betreuungssituation, durch miserablen baulichen Zustand der Schulen und eine unzureichende technische Ausstattung.

Wir erinnern uns alle an die Situation im letzten Sommer und im letzten Herbst, als Wahlkampf war. Da waren wir uns alle einig, dass sich an den Berliner Schulen etwas ändern muss: dass Fehlzeiten abgebaut werden müssen; dass die pädagogische Betreuungssituation verbessert werden muss; dass es notwendig ist, die Schulen mit moderner Technik auszurüsten. "Mehr Mäuse in die Schulen!" hieß der Slogan, und damit waren nicht nur die Computermäuse gemeint, damit war insgesamt eine Verbesserung der Ausstattung der Berliner Schule gemeint.

[Beifall bei der PDS – Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Deshalb können wir die Empörung von Herrn Böger über diese Streikaktion nicht teilen, sondern wir finden: Empörend sind die gebrochenen Wahlversprechen; empörend ist eine Politik, die – statt die notwendigen Reformen zu ergreifen – mit technokratischen Maßnahmen versucht, den Lehrerstellenplan formal zur Deckung zu bringen, ohne an der Situation in den Berliner Schulen etwas zu ändern.

[Beifall bei der PDS – Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Ich gestehe zu, es hat ein Schulsanierungsprogramm gegeben, auch von uns unterstützt.

[Bm Böger: Das ist ja schön! Dafür sind wir dankbar!]

Aber ich sage gleichzeitig: Eine Politik, die die Bezirke finanziell dermaßen unterausstattet, dass diese regelmäßig vor die Alternative gestellt sind, bauliche Unterhaltung zu bestreiten oder soziale Dienstleitungen freier Träger zu finanzieren – wobei die Bezirke sich dann regelmäßig dafür entscheiden, kurzfristig weiterhin soziale Leistungen zu finanzieren –, eine Politik, die dann nachbessern muss über Sonderprogramme, stellt sich kein gutes Zeugnis aus. Die **Schulsanierung**, die Instandsetzung und -haltung der Schulen sowie die Gewährleistung anständiger Unterrichtsbedingungen sind keine Frage eines Sonderprogramms, sondern müssten eine Regelaufgabe der Politik in Berlin sein.

[Beifall bei der PDS und bei den Grünen]

Aber statt der versprochenen Verbesserung der Betreuungssituation, statt der versprochenen Verbesserung der Situation der Fehlzeiten und des Unterrichtsausfalls wurde zu dem Mittel der pauschalen Verlängerung der Lehrerarbeitszeit gegriffen. Fehlzeiten und Unterrichtsausfall werden durch diese Maßnahme nicht abnehmen, wenn Sie den überalterten Lehrkörper im Lande Berlin länger arbeiten lassen – im Gegenteil: Frust wird zunehmen; Fehlzeiten werden zunehmen; die pädagogische Betreuungssituation wird sich nicht verbessern, weil Sie mit dieser Maßnahme die Motivation in der Schule zerstören.

Und Sie zerstören auch Vertrauen, wenn Sie auf der einen Seite in den vergangenen Jahren von den Lehrern mit den Arbeitszeitkonten Mehrarbeit abverlangten und ihnen jetzt, zu einem Zeitpunkt, wo es darum gegangen wäre, diese Mehrarbeit wieder abzubauen, sagen: "Ätsch, bätsch, jetzt verlängern wir die Arbeitszeit!" Damit zerstört man die Bereitschaft von Leuten, an notwendigen Veränderungen mitzuwirken, und die Bereitschaft, einen Solidarbeitrag in dieser schwierigen Haushaltslage

[Beifall bei der PDS und bei den Grünen – Niedergesäß (CDU): Das erwarten wir von den Lehrern!]

Wir hätten vom Schulsenator mehr erwartet, als Politik mit dem machiavellischen Motto zu verwechseln und zu sagen: "Die Grausamkeiten begeht man am Beginn der Legislaturperiode." und dann anschließend zu sagen: "Das war das Letzte, was ich an Schlimmem angerichtet habe, jetzt wird die Schule in Ruhe gelassen." Nein, notwendig sind Reformen, sind Veränderungen. Wir hätten erwartet, Herr Böger, dass Sie die Diskussion über Arbeitszeitgerechtigkeit in der Schule führen, über die Fragen: Welche Belastung haben bestimmte Lehrer je nach Unterrichts-

fächern? Welche Belastungen gibt es in sozial belasteten Bezirken, in denen eine andere Betreuung notwendig ist als beispielsweise in Zehlendorf? – Diese Diskussion wäre notwendig gewesen, und dazu war die Gewerkschaft und waren die Lehrerinnen und Lehrer bereit.

Und wir hätten erwartet, Herr Böger, dass Sie den Mut zu neuen Arbeitszeitmodellen gehabt hätten, dass Sie diskutiert hätten z. B. über die Frage von Altersteilzeit. Im Berliner Schuldienst gibt es ca. 35 000 Lehrerinnen und Lehrer, von denen buchstäblich 8 600 älter als 55 Jahre alt sind. Nur 2 500 sind unter 35 Jahre alt.

[Zuruf der Frau Abg. Dr. Lötzsch (PDS)]

Das ist ein Alarmzeichen. Das bietet aber auch gleichzeitig Möglichkeiten. Sie könnten nämlich die Möglichkeiten des Altersteilzeitgesetzes nutzen und z.B. diesen über 55 Jahre alten 8 600 Pädagogen die Möglichkeit geben, sich bei der Hälfte ihrer Arbeitszeit langsam aus dem Arbeitsleben zurückzuziehen. Sie hätten damit gleichzeitig die Chance, den dringend notwendigen Einstellungskorridor für junge Menschen, für die Verjüngung des Lehrkörpers, zu schaffen und damit die Möglichkeiten für Neueinstellungen zu eröffnen.

[Beifall bei der PDS - Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Das würde sich sogar rechnen; denn wird für zwei in Altersteilzeit gehende Lehrer ein jüngerer eingestellt, zahlt die Bundesanstalt für Arbeit einen Zuschuss von 20 % zu den Gehaltskosten der in Altersteilzeit gehenden Kollegen. Gleichzeitig werden zusätzliche Kosten eingespart, weil der Gehalts- bzw. Besoldungsunterschied zwischen einem 25-Jährigen und einem 55-Jährigen rund 1 900 DM beträgt. Das heißt, das wäre möglich – auch in der schwierigen Haushaltssituation des Landes Berlin. Das wären Reformen gewesen, bei denen die Leute mitzumachen bereit gewesen wären, weil man einerseits Veränderungen anbietet, aber ihnen nicht nur etwas abverlangt, sondern gleichzeitig sagt: Hier wird eine Verbesserung erreicht; wir schaffen einen Einstellungskorridor für junge Menschen in dieser Stadt; wir verbessern die pädagogische Betreuungssituation an diesen Schulen. – Diese Möglichkeit ist leider ungenutzt verstrichen.

[Beifall bei der PDS - Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Die Lehrerarbeitszeit ist nur ein Beispiel für die Ideenlosigkeit und Bewegungslosigkeit in der Berliner Politik. Im "Spiegel" dieser Woche äußerte sich der ehemalige Innensenator Schönbohm mit folgenden Worten:

[Zuruf des Abg. Landowsky (CDU) – Niedergesäß (CDU): Lesen Sie lieber mal die Heilige Schrift!]

In Berlin rettet man sich immer nur von einer Runde zur nächsten. Wenn man an die Arbeit geht, sind alle Schrauben festgezogen. Dann wird nur noch gefummelt.

Wir haben über das Thema schon anlässlich des Rücktritts von Frau Thoben diskutiert. Die Zeiten, in denen man sich in Berlin einfach nur über die Runden retten kann, in denen man ein bisschen an den Problemen herumfummelt, ohne sie wirklich zu lösen, sind endgültig vorbei. Die Berliner Probleme können nicht mehr durch Aussetzen, durch Vertuschen, durch Schönreden und Beschwichtigen bewältigt werden, sondern sie werden in dieser Legislaturperiode entweder mutig angegangen, oder die Stadt bzw. das Land muss den Offenbarungseid antreten. Es muss endlich die Dramatik der Situation in dieser Stadt zur Kenntnis genommen werden, anstatt sich immer wieder von einer Runde zur nächsten zu mogeln. Irgendwann ist Schluss, dann geht das Mogeln nicht mehr.

[Beifall bei der PDS – Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Der Haushalt 2000 ging relativ "geräuschlos" über die Bühne. Das lag wahrscheinlich daran, dass die Koalition dieses Mal auf ihre übliche Bühnenshow verzichtet hat – keine Haushaltsklausur mit dramatischen Szenen und Ähnlichem –, dafür ist aber in den Haushaltsberatungen selbst eine Vielzahl von Risiken und Problemen offensichtlich und deutlich geworden. Ich reiße nur

(A) ein paar kurz an. Mehr als 500 000 Millionen DM für die gesetzlich zwingend zu leistenden Sozialleistungen der Bezirke sind in diesem Haushalt nicht gedeckt, werden im Laufe des Haushaltsvollzugs als Fehlbetrag auftauchen. Im Personalhaushalt findet sich ein Haushaltsrisiko durch ungenügende Tarifvorsorge in Höhe von mindestens 250 Millionen DM. 300 Millionen DM pauschale Minderausgaben - oder wie es gelegentlich jetzt so schön heißt: "Effizienzrendite" - sind nicht aufgelöst, sprich, nicht gedeckt in diesem Haushalt. Wir haben eine völlig desolate Krankenhausfinanzierung, einschließlich einer fehlenden Ausfinanzierung des Personalkonzepts der Krankenhausplanung mit einem Haushaltsrisiko über mehrere Jahre von mehreren Hundert Millionen DM. Vom Haushaltsjahr 1999 auf das Haushaltsjahr 2000 hat sich das Risiko des Abschlussdefizits der Entwicklungsträger von 0,5 Milliarden DM auf 1 Milliarde DM verdoppelt. Die Probleme des Kulturhaushalts sind in der letzten Plenarsitzung schon ausführlich diskutiert worden. Ich füge hinzu: Die Probleme im Wissenschaftshaushalt sind nicht geringer, sie werden in der nächsten Zeit offensichtlich werden und zutage treten.

[Beifall bei der PDS]

Ein weiteres Problem ist, dass der Kurs der Absenkung der Netto-Neuverschuldung aufgegeben worden ist zu Gunsten einer Finanzierung eines sogenannten Zukunftsfonds auf Pump. Das hat das Resultat, dass wir in den nächsten Jahren in dieser Legislaturperiode zusätzliche Zinslasten von über 300 Millionen DM aufbauen werden. Das ist eine dramatische Situation, sie wird im Jahr 2001 nicht besser werden, sondern wie der Finanzsenator zu Recht in mehreren Interviews in den letzten Tagen gesagt hat: Das Haushaltsjahr 2001 wird ein entscheidendes Haushaltsjahr in dieser Legislaturperiode werden.

[Niedergesäß (CDU): Immer, alle Jahre wieder!]

- Nein, Herr Niedergesäß, nicht alle Jahre wieder, ich weiß, das nächste Spiel ist immer das schwerste, wie Sepp Herberger sagte, aber ich sage Ihnen: Sie werden sich noch wundern über den Haushalt 2001 und werden nicht so leichtfertig darüber hinweggehen können.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Denn in diesem Haushalt 2001 muss nicht nur ein Defizit von 3 Milliarden DM aus dem Jahr 1999 abgetragen werden, es müssen darüber hinaus zusätzlich 700 Millionen DM abgesenkt werden. Das geschieht unter der Bedingung, dass 1,2 Milliarden DM Steuermindereinnahmen nach dem gegenwärtigen Stand der Steuerreform der Rot-Grünen Bundesregierung zu erwarten sind und bei Existenz all der von mir genannten Haushaltsrisiken. – Das ist die Situation für das Haushaltsjahr 2001. Entweder werden in der Vorbereitung und Diskussion des Haushalts 2001 alle Risiken offengelegt und eine ernsthafte wirkliche Zukunftsdiskussion über die notwendigen Veränderungen in dieser Stadt begonnen, oder die Stadt steht in der Tat vor dem Offenbarungseid, vielleicht nicht in der Aufstellung des Haushaltsplans 2001, aber dann im Vollzug des Haushaltsplans. Das kann niemand in dieser Stadt ernsthaft wollen.

Der Finanzsenator weiß das und hat deshalb zwei Expertenkommissionen einberufen. Nichts gegen Expertenkommissionen, Herr Kurth, aber es reicht nicht aus, Expertenkommissionen einzuberufen, die hinter verschlossenen Türen tagen und dann irgendwann in der Sommerpause der staunenden Öffentlichkeit hire Ergebnisse präsentieren werden. – Was wir brauchen in dieser Stadt, ist ein Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen über die notwendigen Veränderungen, anders werden wir, wenn wir nicht einen gesellschaftlichen Reformdialog eröffnen, die Probleme nicht angehen, geschweige denn lösen können.

[Beifall bei der PDS – Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Zu diesem gesellschaftlichen Reformdialog gehört dreierlei als Voraussetzung. Erstens: eine wirkliche, ungeschönte und realistische Bestandsaufnahme, ein tatsächlicher Kassensturz, der alle Risiken und Probleme offenlegt, statt sie von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr zu verschieben und zu vertuschen.

Es gehört Zweitens dazu, dass man gegenüber den gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen auch Vertrauen schafft in die Politik. Wer in Verträgen getroffene Zusagen nicht einhält wie z. B. gegenüber den Hochschulen oder wer mit den Arbeitszeitkonten derart vertragsbrüchig und vertrauensbrüchig umgeht wie gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern, der zerstört Vertrauen und die Bereitschaft der Menschen dieser Stadt, mitzuwirken an den notwendigen Veränderungen, weil sie den Zusagen der Politik nicht trauen können. Damit wird Reformbereitschaft zerstört und eine Situation geschaffen, in der sich jeder auf sein eigenes Feld zurückzieht und versucht, das was er oder sie hat, zu verteidigen. Damit kommen wir nicht weiter in dieser Stadt.

[Beifall bei der PDS – Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Zum Dritten: Konsolidierungspolitik darf nicht als technokratische Kürzungspolitik, als sozialer Kahlschlag daher kommen. Sie darf sich nicht als eine Politik präsentieren, die keine Probleme löst, sondern nur verschiebt und damit nur neue schafft. Es muss dagegen deutlich werden, was das Ziel der Konsolidierungspolitik ist, dass es darum gehen muss, die Handlungsfähigkeit des Gemeinwesens, des Staates in Berlin weiter zu gewährleisten, weil nur auf diese Art und Weise sozialer Ausgleich gewährleistet werden kann und weil nur so soziale Gerechtigkeit in dieser Stadt aufrecht erhalten werden kann. – Das sind die Ausgangspunkte und die Voraussetzungen, dass wir in der Lage sind, in dieser Stadt einen Zukunftsdialog und einen gesellschaftlichen Dialog über die notwendigen Veränderungen zu eröffnen.

[Beifall bei der PDS]

Zu dieser Diskussion gehört auch eine kritische Bestandsaufnahme dessen, was an Erblasten existiert. Deshalb begrüße ich es, dass sich der Finanzsenator der kritischen Diskussion über Großprojekte wie z. B. den Bau der U 5 vorsichtig, aber immerhin in einem ersten Schritt angeschlossen hat, wenn er jetzt sagt, der Bau der U 5 könne und solle verschoben werden. Es ist bekannt, dass wir für den völligen Verzicht auf dieses überflüssige milliardenschwere, teuere Großprojekt sind, wo allein der Streckenabschnitt vom Pariser Platz bis zum Alexanderplatz 741 Millionen DM kosten soll.

[Zuruf des Abg. Müller-Schoenau (Grüne)]

Wir haben deshalb vor geraumer Zeit schon einen Antrag eingebracht, in dem wir deutlich gemacht haben, wie mit dem Verzicht auf die U 5 und stattdessen ein alternatives Verkehrskonzept, das im Wesentlichen auf ein Straßenbahnkonzept setzt, das Regierungsviertel optimal erschlossen werden kann und gleichzeitig über 470 Millionen DM eingespart werden können. Selbst wenn man davon ausgeht, Herr Kurth, dass die Bundesmittel insgesamt zurückgefordert werden, wäre das immer noch eine Ersparnis von 300 Millionen DM, die diese Stadt, wie Sie wissen, dringend an anderer Stelle braucht.

[Beifall bei der PDS – Beifall des Abg. Müller-Schoenau (Grüne)]

Es muss Ende sein mit derartig unsinnigen milliardenschweren Großprojekten in einer Situation, wo diese Stadt noch nicht einmal den ordentlichen Zustand ihrer Schulen und öffentlichen Gebäude gewährleisten kann.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Solange an diesen Fehlplanungen festgehalten wird, wird man nicht in der Lage sein und von niemandem in der Stadt verlangen können, an notwendigen Veränderungen mitzuwirken. Wie will man den Beschäftigten im öffentlichen Dienst erklären, dass man von ihnen einen Solidarbeitrag will, wenn auf der anderen Seite an dieser Stelle immer noch eine immense Geldverschwendung existiert und so gehandelt wird, als ob man in dieser Stadt aus dem Vollen schöpfen könnte? – Damit muss Schluss sein.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Das gilt auch für andere Großprojekte z. B. den **Großflughafen**. In der Vergangenheit sind Hunderte von Millionen DM an öffentlichen Geldern in dieses Projekt geflossen: für Fehlspeku-

:)

(A) lationen am Baufeld Ost, für eine gescheiterte Privatisierung. Dies hatte das Ergebnis, nicht Schönefeld wurde ertüchtigt, sondern der Flughafen Tegel wurde ausgebaut. Das ist doch absurd. Das kann man doch niemandem in dieser Stadt erklären. Es ist kein Zufall und bezeichnend für die Situation, dass vor einigen Wochen die "Berliner Morgenpost" auf der Titelseite mit der Schlagzeile aufmachen konnte: "Berliner Großflughafen in Leipzig eröffnet".

[Heiterkeit links]

Das bringt die Berliner Flughafenpolitik auf den Begriff. Deshalb fordern wir auch hier dringend eine Bestandsaufnahme, die für eine Überarbeitung der Planungen notwendig ist. Deshalb haben die beiden Oppositionsfraktionen einen Untersuchungsausschuss beantragt, damit endlich eine Bestandsaufnahme gemacht werden kann und dieses Flughafenprojekt auf den Prüfstand kommt, damit eine neue, realisitische Planung begonnen werden kann

[Beifall bei der PDS und den Grünen – Dr. Steffel (CDU): Sabotage ist das! – Doering (PDS): Sie sabotieren sich doch selbst! – Landowsky (CDU): Wir schaffen das schon! – Wieland (Grüne): Wir staunen immer nur!]

Es muss zulässig sein, in einer Stadt, wo Haushaltsnotstand existiert, wo Schulen und Sportstätten in einem teilweise erbärmlichen Zustand sind, die Frage zu stellen, ob man vor einem Zuschlag für die Bundesrepublik Deutschland bei der Bewerbung für die Fußballweltmeisterschaft 2006 bereits jetzt vertragliche Bindungen eingehen soll für einen WM-tauglichen Ausbau dieses Stadions oder ob man diese Entscheidung nicht abwartet und schaut, ob es nicht möglich ist, es ein paar Nummern kleiner haben zu können, ohne dass man dem Berliner Sport deshalb einen Abbruch tut.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Eines der größten Probleme des Berliner Landeshaushalts sind die Personalkosten. Wir wissen das alle, und das ist noch einmal schlaglichtartig deutlich geworden dadurch, als einer der wesentlichen Anlasspunkte für den Rücktritt von Frau Thoben die Auseinandersetzung um die Frage der betriebsbedingten Kündigungen gewesen ist. Um es noch einmal kurz zu illustrieren: Wir haben 16,2 Milliarden DM Steuereinnahmen, 13,9 Milliarden DM haben wir im Jahr 1999 für Personal ausgegeben, 3,8 Milliarden DM für Zinsen, 2,5 Milliarden DM für zinsgleiche Aufwendungen für den Wohnungsbau der Vergangenheit. Das heißt, 16 Milliarden DM nehmen wir an eigenen Steuern ein, über 20 Milliarden DM allein an Personalkosten und Zinsen - das macht deutlich, wie gering der Spielraum mittlerweile in diesem Haushalt ist für die Finanzierung von sozialen Dienstleistungen, freien Trägern, Zukunftsinvestitionen in dieser Stadt. Und deshalb müssen hier Veränderungen stattfinden.

Die Personalpolitik ist in der Sackgasse. Es gab zwar in der Vergangenheit einen großen Stellenabbau, 50 000 Stellen wurden von 1993 bis 1998 abgebaut, die Personalkosten blieben aber nahezu konstant. Die Ursachen dafür sind die politisch von uns allen gewollte Angleichung der Tarife Ost und West und die Tariferhöhungen. Es gibt aber noch eine weitere Ursache. Wenn man sich die Struktur dieser Stelleneinsparungen ansieht, wird man feststellen: Die Stelleneinsparungen fanden vor allen Dingen statt zu Lasten des unteren und des mittleren Dienstes, also dort, wo vorwiegend die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbracht werden, während der höhere Dienst einen Zuwachs zu verbuchen hat. Wir haben Leistungen für Bürgerinnen und Bürger abgebaut und die Verwaltung der Verwaltung, die klassische Bürokratie, ausgebaut. Und das kann keine vernünftige Personalpolitik im Lande Berlin sein. Hier gibt es dringenden Veränderungsbedarf.

[Beifall bei der PDS – Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Wir wissen auch, der öffentliche Dienst in dieser Stadt ist überaltert. 1 % der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist unter 25 Jahre alt, 17 % unter 35 Jahre und mehr als 20 % über

55. Ich glaube, das macht deutlich, wie groß der Reformbedarf (C) ist und wie notwendig es ist, eine gesellschaftliche Diskussion über einen solidarischen Beschäftigungspakt im öffentlichen Dienst endlich zu initiieren und zu organisieren, wegzukommen von dieser unseligen Scheindiskussion über betriebsbedingte Kündigungen, die kein einziges Problem lösen werden, sondern nur neue schaffen, sondern einen solidarischen Beschäftigungspakt, der die Möglichkeiten des Altersteilzeitgesetzes nutzt und damit einerseits Kosten einspart und auf der anderen Seite die Einstellung von neuen und jungen Leuten in den öffentlichen Dienst ermöglicht und zugleich die Umverteilung von Einkommen, weil anders keine Möglichkeit existiert, Handlungsfähigkeit zu gewinnen. Das muss endlich angegangen werden anstatt dieser permanenten Politik des Aussitzens und der Besitzstandswahrung, des Verharrens und der Nichtveränderung in dieser Stadt.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Ich sage auch: Es kann keine Politik der Konsolidierung auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit in dieser Stadt geben. Wer die Axt an die soziale Gerechtigkeit und an die grundlegenden Instrumente des sozialen Ausgleichs legt, auch der blockiert die Bereitschaft von Menschen dieser Stadt, Veränderungen mitzumachen. Und mit der geplanten Privatisierung der Wohnungsbaugesellschaften legt der Senat die Axt an den Grundpfeiler des sozialen Ausgleichs in dieser Stadt. Uns ist in den letzten Wochen teilweise Panikmache vorgeworfen worden wegen unserer Kampagne gegen die vorgesehene Privatisierung der Wohnungsbaugesellschaft GSW. Dann gilt dieser Vorwurf der Panikmache nicht nur für uns, sondern auch für den Verband der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen und für den Berliner Mieterverein. Er gilt dann aber auch für die Bankgesellschaft Berlin und ihre Immobilienholding. Denn in einem Papier der Immobilienholding der Bankgesellschaft Berlin zum geplanten GSW-Verkauf weist eben diese Bankgesellschaft darauf hin, dass mit dem geplanten Verkauf der GSW der kommunale Wohnungsbestand im Westen auf 10 % absinkt und der Großteil des kommunalen Wohnungsbestandes sich nur noch auf den Osten konzentriert und da vor allen Dingen auf die in Plattenbauweise errichteten Großsiedlungen. Und das kann doch nicht im Interesse einer sozial ausgewogenen Politik sein, zu sagen: Diejenigen, die sozial schwach und deshalb auf den kommunalen Wohnungsbestand angewiesen sind, setzen wir an den Rand der Stadt in die Plattenbaubezirke und schaffen damit wieder soziale Brennpunkte und damit überhaupt erst wieder die Probleme, die dann Senator Strieder wortreich unter dem Thema "soziale Stadtentwicklung" beklagen wird. Ich sage Ihnen, eine vernünftige Wohnungspolitik bringt mehr als 10 Quartiersmanager, und das ist zukunftsorientierte Politik, wenn wir hier diese Instrumente bewahren.

[Beifall bei den Grünen]

Und die Bankgesellschaft, nicht die Sozialisten von der PDS, sondern die Bankgesellschaft formuliert als städtische Aufgabe – ich zitiere aus dem Papier:

Städtische Aufgabe ist es, durch gezielte Maßnahmen dafür zu sorgen, dass marktschwächeren Sozialgruppen nicht der Zugang zum Wohnungsmarkt verwehrt bleibt. Hierzu gehört die Begründung von Belegungsrechten und die Ermöglichung der Anmietung von bezahlbarem Wohnraum. Lösbar ist das Problem nur dadurch, dass die Stadt Einfluss auf die Vergabe einer ausreichenden Anzahl relativ preisgünstiger Wohnungen nehmen kann. Zielgruppe wird immer nur das einkommensschwächste Drittel oder Viertel der Bevölkerung sein. An diesen Gruppen haben private Eigentümer naturgemäß ein relativ geringes Interesse.

Herr Kurth, das sind die Argumente, die wir immer vorgebracht haben, und wo Sie gesagt haben: Alles kein Problem, wir machen das alles privat, der Markt wird das schon regeln. Nein, der Markt regelt es nicht, sagt die ja nun wirklich nicht marktfeindliche Bankgesellschaft Berlin.

[Beifall bei der PDS – Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

(C)

Wolf

(A) Diese Kritik der Immobilienholding der Bankgesellschaft ist allerdings nicht g\u00e4nzlich uneigenn\u00fctzig, muss man feststellen. Denn die Bankgesellschaft m\u00f6chte die GSW selbst erwerben mit dem Argument, dass Berlin \u00fcber seine landeseigene Bank ja dann Einfluss auf die GSW und auf die kommunale Wohnungsbaugesellschaft nehmen kann. Ich stelle nur die Frage: Wei\u00db denn die Bankgesellschaft Berlin, wie lange sie in dieser Situation \u00fcberhaupt noch landeseigen sein wird?

[Gelächter bei der PDS]

Und weiß die Bankgesellschaft Berlin, welchen Einfluss das Land Berlin auf das Gebaren der Immobilienholding der Bankgesellschaft hat? – Ich sage, Letzteres weiß die Bankgesellschaft, nämlich keinen Einfluss. Insofern handelt es sich hier auch um ein untaugliches Modell.

Ich stelle aber gleichzeitig die Frage: Warum kann das Land Berlin nicht selbst das machen, was die Bankgesellschaft vorschlägt, nämlich zu sagen: 25 % der Wohnungsbestände - das ist das Angebot der Bankgesellschaft - der GSW werden privatisiert. Dann sage ich: Warum ist es nicht möglich, dass die GSW 25 % ihrer Wohnungsbestände Mietern und Genossenschaften anbietet und darüber die kommunale Wohnungsversorgung gesichert bleibt und die GSW im öffentlichen, im kommunalen Besitz bleibt und damit wirklich die Steuerungsmöglichkeit des Landes Berlin existiert und zugleich der Genossenschaftsgedanke in dieser Stadt gestärkt bleibt? Es gibt keinen haushaltspolitischen Zwang, es ist nicht alternativlos, die Wohnungsbaugesellschaften zu veräußern und dem freien Markt zu überantworten, sondern es gibt politische und finanzierbare Alternativen. Und ich finde, sie müssen diskutiert werden, anstatt in kurzfristigem Denken und unter Inkaufnahme weiterer sozialer Probleme hier den Ausverkauf eines der Grundpfeiler des sozialen Ausgleichs in dieser Stadt in Kauf zu nehmen.

[Beifall bei der PDS – Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

(B) Zu den notwendigen Veränderungen in dieser Stadt gehören nicht nur Strukturreformen unter dem Stichwort Haushaltskonsolidierung, sondern es gehört dazu auch die Frage, wie Berlin mit seiner neuen Rolle als Parlaments- und Regierungssitz umgeht. Der Innensenator scheint von dieser neuen Rolle offensichtlich überfordert zu sein. Seine Vorstöße zur Einschränkung des Demonstrationsrechts in der Innenstadt demonstrieren dies deutlich. Wir halten es für eine demokratische Selbstverständlichkeit – das zeichnet eine demokratische Hauptstadt aus –, dass Berlin Demonstrationen in der Innenstadt und in der Nähe des Parlaments- und Regierungssitzes hat und diese nicht nur duldet, sondern sie als demokratische Markenzeichen mit Stolz aushält und begrüßt.

[Beifall bei der PDS – Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Ich bin froh, dass sich der Deutsche Bundestag mehrheitlich dem Ansinnen des Innensenators, das Demonstrationsrecht in der Innenstadt einzuschränken, verweigert hat. Das Demonstrationsrecht ist eines der grundlegenden Rechte. Es darf nicht zur Spielmasse der Stadtbildpflege werden.

[Beifall bei der PDS und des Abg. Müller-Schoenau (Grüne)]

Zum Thema Demonstration gehören allerdings auch die Demonstrationen und Märsche der NPD in der letzten Zeit durchs Brandenburger Tor. In der Tat waren das beschämende Bilder, die um die Welt gingen. Es war ein Alarmsignal dafür, dass **Rechtsradikale** in dieser Stadt offensichtlich zunehmend meinen, dass der Zeitpunkt gekommen sei, ihre gesellschaftliche Ächtung zu durchbrechen.

[Kittelmann (CDU): Was ist Ihre Meinung zum Linksradikalismus? – Zuruf von der PDS: Eine qualifizierte!]

Sie können sich gerne unterhalten. Ich will Sie dabei nicht stören.
 Das Thema des erstarkenden Rechtsextremismus löst man jedoch nicht durch Richterschelte und Verbote. Wo war die Stimme des für Justiz zuständigen Senatsmitglieds, als die Unabhängigkeit der Gerichte in dieser Stadt diskutiert wurde

und in Frage stand? Das war ein deutliches Zeichen, die Angliederung des Justizressorts beim Regierenden Bürgermeister war keine gute Lösung, sondern eine schlechte.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass dem Innensenator diese Aufmärsche gar nicht so ungelegen kamen. Hat er doch keine Gelegenheit ausgelassen, um regelmäßig zu erklären, dass sich ohne eine generelle Einschränkung des Demonstrationsrechts das Problem der NPD-Aufmärsche nicht lösen lasse. Das ist falsch. Die richtige Antwort wurde am 12. März erteilt, als die Berliner Initiative für ein Europa ohne Rassismus versucht hat, die demokratische Öffentlichkeit am Brandenburger Tor zu mobilisieren und deutlich zu machen, dass es eine demokratische Öffentlichkeit und Mehrheit und engagierte Bürgerinnen und Bürger in Berlin gibt, die ein Wiedererstarken des Rechtsextremismus nicht wollen, das öffentliche Auftreten von Rechtsradikalen bekämpfen und dem widerstehen. Das ist die demokratische Antwort auf die Provokation der NPD - nicht Richterschelte und der Appell an die Gerichte, sondern das aktive Engagement der Bürger der Gesellschaft.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Ich hoffe, dass eine solche Antwort auch am 1. Mai in Hellersdorf gegeben wird, wenn die NPD versucht, erneut einen rechtsradikalen Aufmarsch zu organisieren.

Ich begrüße, dass die CDU den Aufruf, den wir im Abgeordnetenhaus verabschiedet haben, mitgetragen hat. Es ist ein Dokument politischen Fortschritts. 1998 stand die CDU bei einer ähnlichen Aktion noch auf der anderen Seite des Brandenburger Tors, während auf der einen Seite der DGB, die Jüdische Gemeinde, die SPD, die PDS und die Grünen gegen Rechtsradikalismus demonstrierten. Die CDU stand abseits und demonstrierte gegen Extremismus von links und rechts. Es ist ein Fortschritt, dass es diesmal anders war. Ich wünsche mir allerdings nicht nur Ihre Zustimmung im Abgeordnetenhaus, sondern auch aktive Präsenz und Eingreifen in solchen Situationen und nicht (D) nur verbale Bekundungen.

[Beifall bei der PDS]

Ich wünsche mir vor allen Dingen von der CDU – insbesondere von der Berliner – klare Worte gegen Kampagnen, die dem Rechtsradikalismus den Nährboden geben.

[Dr. Steffel (CDU): Von Ihnen keine Belehrungen!]

Kampagnen in der Tradition von Roland Koch mit der Parole "Kinder statt Inder" oder "Inderwahnsinn" sind rassistisch und fremdenfeindlich und zerstören das innerpolitische Klima. Sie geben dem Rechtsradikalismus den Nährboden und liefern ihm die nötigen Stichworte.

[Kittelmann (CDU): Er kommt jetzt zu der Passage Linksextremismus. Da muss er erst etwas trinken!]

In der Tat, Herr Kittelmann - Ich komme zu einem auch Sie interessierenden Thema, nämlich zu einem anderen Beispiel, in dem Demokratie nur durch ein aktives Eintreten von Bürgerinnen und Bürgern geschützt werden kann. Damit bin ich beim Verfassungsschutz. Die rekordverdächtige Zahl der Skandale dieses Amtes hat wohl auch dem Letzten klar gemacht, dass der Berliner Verfassungsschutz der Demokratie mehr geschadet als genutzt hat. Es war ein Lehrstück, dass ein MfS-Mann so brauchbar war und das, was er in der DDR als Bespitzelungstechniken gelernt hat, ihn so überaus brauchbar für seine neuen Aufgaben in der Demokratie gemacht hat. Damit blamiert sich die Rede von den überaus guten auf der einen und dem überaus schlechten Geheimdiensten auf der anderen Seite einer Wirklichkeit. Es ist pikant, dass Mitglieder meiner Fraktion, die zu DDR-Zeiten als Oppositionelle von der Hauptabteilung 20 des MfS observiert wurden, jetzt wieder in den Dunstkreis der Observation eines ehemaligen Mitarbeiters dieser Hauptabteilung geraten - Heute allerdings unter der Führung eines christdemokratischen Innen-

[Beifall bei der PDS und des Abg. Müller-Schoenau (Grüne)]

(A) Darauf ist nicht die Überführung des Landesamtes für Verfassungsschutz in eine Abteilung der Innenbehörde eine Antwort, sondern die vollständige Auflösung der Verfassungsschutzbehörde. Demokratie kann nicht mit den Mitteln der Konspiration, des Vertrauensbruchs und der Denunziation geschützt werden. Demokratie braucht Öffentlichkeit und aktives Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Veränderungsbedarf in Berlin besteht auch bezüglich des politischen Klimas. Der Kalte Krieg ging weltweit vor über zehn Jahren zu Ende, und er muss endlich auch in Berlin überwunden werden. Keine Stadt ist so sehr von den Erfahrungen des Kalten Kriegs gekennzeichnet und geprägt wie Berlin. Das ist kein Wunder, denn Berlin war die Frontstadt des Kalten Krieges. In Berlin stand die Mauer, und diese Erfahrung hat im Osten wie im Westen geprägt. Wir erleben heute immer noch - trotz aller positiven Veränderungen und produktiven Begegnungen und der Zusammenarbeit von Ost und West -, wie sehr die fortdauernden Unterschiede noch existieren. Unterschiedliche Erfahrungen, Kulturen, die Erfahrung von Benachteiligung im Einigungsprozess im Osten, Unverständnis im Westen über Klagen, die aus dem Osten kommen - all das ist nach wie vor Bestandteil der politischen Realität, der politischen Diskussion und des Umgangs in dieser Stadt. Der augenfälligste Ausdruck davon ist die Spaltung des politischen Systems, die wir nach wie vor in Berlin haben. Der Osten ist durch die Stärke der PDS gekenn-

[Landowsky (CDU): Zum Glück ist das vorbei!]

der Westen durch die Stärke der CDU. Diese beiden Parteien stehen in der Hauptverantwortung für die Überwindung dieser Gräben. Beide Parteien standen in der Vergangenheit für die Fronten des Kalten Krieges, der diese Stadt nach wie vor kennzeichnet. Das Ausspielen von Ost gegen West und umgekehrt darf nicht länger Mittel der Austragung parteipolitischer Konkurrenz in Berlin sein.

[Cramer (Grüne): Dann hört doch damit auf!]

Der verbale Kampf gegen das "mausgraue Ostniveau" und "sozialistische Wärmestuben" muss ebenso überwunden werden wie DDR-Nostalgie als Politikersatz.

[Beifall bei der PDS und den Grünen – Cramer (Grüne): Bei euch beiden!]

Zukunft wird es nicht für den Osten, nicht für den Westen, sondern nur für die ganze Stadt geben.

Die Diskussion um das **Verfassungsgericht** war insgesamt kein Ruhmesblatt dieses Parlaments, aber es gab ein gutes Zeichen, nämlich die Wahl eines Vorschlags der PDS, der in der letzten Legislaturperiode noch heftig umstritten war, auch und gerade mit den Stimmen der CDU. Ich weiß, dass dies nicht einfach für die CDU war. Meinen Respekt dafür, dass es Ihnen gelungen ist, in dieser Frage über Ihren Schatten zu springen! So muss in dieser Stadt weiter gearbeitet werden.

Ich habe allerdings Zweifel, wenn Herr Landowsky nach unserem Parteitag schon wieder neue Töne anschlägt und seine Dialogoffensive für abgesagt erklärt, wenn er neue alte Illusionen über ein schnelles Ende der PDS aufkommen lässt und sie wieder ausgrenzen möchte. Herr Landowsky, gerade Sie müssten doch wissen, welchen Erneuerungsschub tiefe Krisen einer Partei auslösen können. Das hat doch gerade die CDU gezeigt. Und Ihre Krise war etwas tiefer als unsere Krise.

[Heiterkeit und Beifall bei der PDS – Landowsky (CDU): Sie haben doch eine Rolle rückwärts gemacht!]

Sie begeben sich auch in einen gewissen Widerspruch. Eben buhlen Sie noch um unsere Stimmen für Herrn Stölzl, der ja auch kein schlechtes Ergebnis bekommen hat, und auf der anderen Seite sagen Sie: kein Dialog. Sie können uns nicht einerseits anbieten, in Ihre Koalition einzutreten, was wir dankend ablehnen, und auf der anderen Seite sagen, der Dialog ist abgebrochen. Das passt nicht zusammen. Da müssen Sie sich einmal entscheiden.

[Beifall bei der PDS]

Eine der wichtigen Zukunftsaufgaben, die wir lösen und gemeinsam anpacken müssen, ist die **Zukunft der Region**. Wir haben dazu vor geraumer Zeit einen Vorschlag gemacht, nämlich die Bildung einer **Enquete-Kommission** der beiden Länderparlamente zur Zukunft der Region und zur Zukunft eines gemeinsamen Bundeslandes Berlin-Brandenburg. Auch hier muss die Situation beendet werden, dass eher gegeneinander als miteinander in dieser Region gearbeitet wird. Ich begrüße die Erkenntnis von Herrn Schönbohm und auch hier in der Berliner Politik, dass wir auch bei der Zukunft der Region nur weiter kommen, wenn die PDS mit im Boot ist. Viel wichtiger aber ist, dass die Bevölkerung mit im Boot ist.

[Wowereit (SPD): Wohl wahr!]

Es ist notwendig, dass wir hier eine gesellschaftliche Diskussion eröffnen und Erfahrungen über reale Kooperation zwischen Berlin und Brandenburg organisieren, wobei die Menschen merken, dass es ihnen etwas nützt, und wo nicht Befürchtungen entstehen, dass Berlin nur sein Umland rückerobern will, sondern dass eine Zukunft für die Region dabei herauskommt und nicht die Prignitz und die Lausitz abgekoppelt werden.

[Beifall bei der PDS – Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Und es ist ein klares Signal notwendig, dass man die Diskussion über die Verfassung eines möglichen gemeinsamen Landes zur Voraussetzung einer gemeinsamen Zukunft macht. Alles dieses ist in der Vergangenheit nicht geschehen.

[Wieland (Grüne): Und eine Selbstkritik der PDS wäre an dieser Stelle auch nötig!]

Unser Angebot zur gemeinsamen Diskussion über die Zukunft in dieser Region steht. Unser Angebot über die notwendigen Veränderungen in dieser Stadt und über den Reformbedarf dieser Stadt steht. Wir wissen, dass diese notwendigen Veränderungen auch für uns nicht einfach sein, auch uns Veränderungen abnötigen und auch für uns nicht immer angenehm sein werden. Wir sind dazu bereit. Wir verlangen allerdings auch, dass von Seiten der Koalition und des Senats endlich eine ungeschönte Bestandsaufnahme gemacht wird, damit in dieser Stadt endlich die Diskussion geführt werden kann, wie die Misere überwunden werden und wie es weiter gehen kann. Nur wenn wir diese Öffnung machen und die Ehrlichkeit haben, vor diese Stadt zu treten und zu sagen, wie die Lage wirklich ist, und zur Diskussion aufzufordern, welche Veränderungen und Reformen wieder Handlungsfähigkeit in dieser Stadt schaffen, nur dann werden wir gewinnen können. Nur dann wird diese Stadt wieder Zukunft haben. Sonst sehe ich düster, sehe nur den Offenbarungseid und chaotische Verhältnisse kommen. Meine Damen und Herren, stellen Sie sich dieser Diskussion, schaffen Sie die Möglichkeiten für diese Diskussion! - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

> [Beifall bei der PDS – Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Vizepräsident Momper: Danke schön, Herr Kollege! – Das Wort für die Fraktion der CDU hat nunmehr der Kollege Dr. Steffel. – Bitte schön, Herr Kollege Steffel!

[Wieland (Grüne): Erst reden, dann trinken!]

Dr. Steffel (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir erleben heute eine dreifache Premiere: den ersten Haushalt im neuen Jahrhundert, den ersten Haushalt, seitdem Berlin Regierungssitz ist, und den ersten Haushalt, den unser neuer Finanzsenator Peter Kurth vorgelegt hat.

[Liebich (PDS): Und die erste Haushaltsrede von Steffel!]

(D)

(C)

(A) Neues Jahrhundert bedeutet Globalisierung, technologische Revolution und, wenn Sie so wollen, www – world wide web.

[Oho! von der PDS]

Regierungssitz bedeutet für Berlin und den Bund Umdenken bei den Aufgaben und Pflichten der deutschen Hauptstadt. Die unaufgeregte Art von Peter Kurth bedeutet, wie ich glaube, einen neuen Stil in der Berliner Politik.

[Beifall bei der CDU -Vereinzelter Beifall bei der SPD]

CDU und SPD haben sich das überaus ehrgeizige Ziel gesetzt, die Netto-Neuverschuldung weiter zurückzuführen und bis 2009 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Diesem Ziel kommen wir mit dem vorliegenden Haushalt einen weiteren Schritt näher. Die Regierungsfraktionen und insbesondere unser Finanzsenator haben damit ihre erste große Bewährungsprobe dieser Legislaturperiode erfolgreich bestanden.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Wenn es auch einige Journalisten ärgern dürfte: Dies alles hat ohne Streit in der Koalition, in einer sachlichen vertrauensvollen Atmosphäre stattgefunden. Auch das dokumentiert am Beginn dieses Jahrhunderts ein Stück neuen Zeitgeist in der Berliner Politik. Deshalb gilt unser Dank zuallererst unserem Koalitionspartner, vor allem Herrn Wowereit und Herrn Seitz, und natürlich unserem Fraktionsvorsitzenden Klaus Landowsky, unserem haushaltspolitischen Sprecher Alexander Kaczmarek und den Kolleginnen und Kollegen, die lange Stunden im Hauptausschuss gearbeitet haben.

[Beifall bei der CDU -Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Als Angehöriger der jüngeren Generation, wenn ich das so sagen darf,

[Gelächter bei der PDS]

B) sage ich Ihnen: Das wird der neue Stil in der Politik werden und bleiben müssen. Junge Menschen wollen Entscheidungen sehen und keine gegenseitigen Ent- und Beschuldigungen hören.

[Beifall bei der CDU -Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Die Wähler haben deshalb in Berlin und Brandenburg für klare, stabile politische Verhältnisse gesorgt. Nun sind wir, die Koalition, den Berlinerinnen und Berlinern eine professionelle und sachgerechte Politik schuldig. Die Berlinerinnen und Berliner haben ein Stück Zukunft für fünf Jahre in unsere Hände gelegt. Wir werden ihr Vertrauen mit ordentlicher Arbeit rechtfertigen.

[Beifall bei der CDU -Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Grundlage für diese ordentliche Arbeit sind, wie ich es einmal nennen will, **fünf "Gebote der Vernunft"**, die wir strikt und konsequent, nicht nur, aber gerade in dieser Legislaturperiode befolgen müssen:

- 1. äußerste Sparsamkeit,
- 2. wirkungsvollster Einsatz der begrenzten verfügbaren Mittel,
- 3. Abwerfen von Ballast und Konzentration auf die wesentlichen staatlichen Kernaufgaben,
- Nutzung der großen Zukunftschancen in Forschung, Wissenschaft, Bildung und Kultur,
- dies ist mir besonders wichtig Stärkung unserer Wirtschaft für Arbeitsplätze und Wohlstand möglichst aller Berlinerinnen und Berliner.

[Beifall bei der CDU]

Das sind – davon bin ich gerade als 34-jähriger mittelständischer Berliner Unternehmer fest überzeugt – die entscheidenden und die Menschen am meisten interessierenden Herausforderungen der Politik.

Allerdings – da sollten wir alle etwas nachdenklich sein – dürfen wir nicht den typischen Fehler der Politik machen und den Menschen versprechen, alle ihre Probleme lösen zu können.

Politik ist darauf angewiesen, dass die Menschen bei der Weiterentwicklung ihrer Gesellschaft mitwirken. Dafür benötigen die Menschen Unternehmensgeist. Dafür benötigen wir Menschen, die etwas unternehmen wollen und die bereit sind, zuerst Verantwortung für sich selbst zu unternehmen. Wir wollen keine Zuschauergesellschaft, sondern eine Zupackergesellschaft.

[Beifall bei der CDU]

Weniger und nicht mehr Staat – übrigens auch weniger und nicht mehr Einfluss der Parteien – werden die politischen Botschaften des neuen Jahrhunderts sein. Die Menschen haben berechtigte Anliegen: gute Schulen und Universitäten, Sicherheit auf den Straßen und Plätzen, schnelle und bequeme Verkehrsmittel, ein sauberes Stadtbild, vielfältige Theater und Museen, einen Kita- und Altenheimplatz ganz in ihrer Nähe und vieles andere mehr.

[Klemm (PDS): Das hat nichts mit Haushalt zu tun!]

Ich wollte eigentlich nicht auf die Rede der PDS eingehen. Weil Sie aber ununterbrochen dazwischenrufen, sage ich Ihnen nur einen Satz: Nach der Rede von Herrn Wolf überrascht es mich nicht, das Bisky und Gysi der PDS den Rücken kehren!

[Beifall bei der CDU - Gelächter bei der PDS]

Das wird noch ein echtes Problem für Sie! Warten Sie es einmal ab! Wir haben erkannt, welche Rolle rückwärts Sie am vergangenen Wochenende gemacht haben. Die Union dagegen hat den Aufbruch gemacht.

[Beifall bei der CDU]

Dies alles ist aber nur zu leisten, wenn wir eine solide wirtschaftliche Basis haben. Nur wenn Berliner Unternehmen erfolgreich sind, können alle Berliner gewinnen. Denn – und dies verdeutlicht, warum die CDU Arbeitsplätze, wirtschaftliche Chancen und Wohlstand in den Mittelpunkt dieser Haushaltsdebatte stellt – eine Region ohne wirtschaftliche Perspektive ist eine tote Region. Deshalb erwarten wir von diesem Jahrhundert den zweiten Aufbruch innerhalb von nur 10 Jahren. Wir erwarten, dass die Epoche der 68er nunmehr endgültig überwunden ist.

[Beifall bei der CDU – Klemm (PDS): Sie müssen zum Haushalt reden; er besteht aus Zahlen! – Zuruf der Frau Abg. Künast (Grüne)]

Wir müssen aufhören, Begriffe wie Leistung, Karriere, Ehrgeiz oder Elite so zu verteufeln, als ob sie bloßer Egoismus wären. Auch in Ihrer Fraktion, Frau Künast – weil sie dazwischen schreien –, ist die Karriere der 68er beendet, bevor sie angefangen hat – glauben Sie mir das!

[Beifall bei der CDU - Cramer (Grüne): Diepgen abtreten! Diepgen muss weg!]

Schauen Sie einmal, was aus Ihren Kollegen geworden ist. Der Fischer trägt schicke Anzüge, Schily ist in die SPD abgehauen, Ditfurth ist ausgetreten, und Sie beide hocken hier immer noch!

[Beifall bei der CDU - Heiterkeit]

Ich sagte eben und meine dies sehr ernst, dass wir Leistung, Karriere, Ehrgeiz und Elite nicht verteufeln dürfen. Es ist kein Egoismus. Nein! Nur die Leistungsträger einer Gesellschaft können unser soziales Netz finanzieren. Wer denn sonst?

Vizepräsident Momper: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Künast?

Dr. Steffel (CDU): Ich vermute, dass sie es zum Ende meiner Rede verstanden hat, und glaube, dass wir uns das sparen können. – Sie können mir eine E-Mail schicken, Frau Künast. –

Nur Steuerzahler können Kitas und Schulen bauen, Krankenhäuser sanieren oder Theater spielen lassen. Wer denn sonst? Nur geistige Eliten können uns in Lehre, Forschung und Entwicklung voranbringen. Wer denn sonst?

[Niedergesäß (CDU): Richtig!]

(A) Deswegen muss Berlin Magnet für die Besten werden.

Wirtschaftspolitik ist für uns kein Selbstzweck.

[Zurufe der Abgn. Over (PDS) und Cramer (Grüne)]

 Je lauter Sie schreien, umso nach nachdrücklicher wiederhole ich diesen Satz! Wirtschaftspolitik ist für die Union kein Selbstzweck! Nein, die Entfaltung und Verwirklichung der äußerst individuellen Lebensentwürfe der Berliner muss das Ziel von Wirtschaftspolitik sein.

[Beifall bei der CDU -

Wieland (Grüne): Sie haben Ihre Klitsche doch geerbt! – Cramer (Grüne): Wie schätzen Sie sich denn ein? – Frau Künast (Grüne): Hier schreit nur einer, und das ist Steffel!]

Markt und Wettbewerb – diesen Satz sage ich wohlüberlegt – dürfen nicht der Hauptmaßstab für unser politisches Handeln sein. Soziale Geborgenheit, Gerechtigkeit, aber auch Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft dürfen keine Begriffe des zurückliegenden Jahrhunderts sein.

[Frau Künast (Grüne): Seifenblasen!]

Krankheit, Behinderung, Arbeitslosigkeit und Alter dürfen keine unkalkulierbaren Risiken des einzelnen werden.

[Frau Künast (Grüne): Herr Diepgen, ist das der Aufbruch?]

Eine Gesellschaft, die dies zuließe, wäre eine zutiefst unmoralische und – wovon ich überzeugt bin – wenig lebenswerte Gemeinschaft.

[Beifall bei der CDU]

Hierfür stehen die Berliner CDU und Eberhard Diepgen. Ihm vertrauen die Menschen in diesen Fragen zu Recht!

[Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Over (PDS)]

(B) Wir alle haben häufig in den vergangenen 10 Jahren

[Hoff (PDS): Diepgen ist doch schon '62 aus dem AStA geflogen!]

- das sage ich auch in Richtung der Schreihälse, die vielleicht irgendwann einmal damit aufhören können, hören Sie doch freundlicherweise einmal ein paar Minuten zu! - nicht geglaubt, dass dieses neue Jahrhundert für Berlin so phantastisch, so friedlich, aber insbesondere so chancenreich beginnen wird. Welche Stadt, wenn nicht Berlin, soll Chancen für eine erfolgreiche Zukunft haben?

[Beifall bei der CDU -Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Die Berliner, die Arbeitnehmer und Unternehmer haben es genau so wie diese große Koalition nach zehnjähriger harter Aufbauund Übergangsarbeit verdient, in den kommenden fünf Jahren die Früchte ihrer Arbeit zu ernten.

Obwohl ich als jüngerer Mensch natürlich eher nach vorn als zurück schaue, schärft ein Blick in die Vergangenheit – wie ich glaube – das politische Verantwortungsbewusstsein.

[Mutlu (Grüne): Glauben Sie, was Sie da erzählen?]

Meine Großeltern haben in Berlin den Krieg, die Luftbrücke und den Aufstand am 17. Juni überlebt. Meine Eltern haben den Mauerbau erlitten und die großen Reden – meine Mutter hat mir oft davon erzählt – von Ernst Reuter und John F. Kennedy gehört. Gemeinsam haben wir die unvergesslichen Worte von Ronald Reagan und Michail Gorbatschow hoffnungsvoll gehört, und dann den 9. November 1989 und den 3. Oktober 1990 gefeiert. Wir haben gemeinsam gejubelt. Es war eine der wenigen Stunden, in der auch hier im Parlament Gemeinsamkeit herrschte. Wir haben gemeinsam gejubelt, als der Deutsche Bundestag am 20. Juni 1991 nach großer Debatte beschloss, in die Hauptstadt Berlin zu ziehen.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD – Frau Künast (Grüne): Wie hat denn die CDU abgestimmt?]

Ich werde den Gang von Willy Brandt durch den Deutschen (C) Bundestag zu Wolfgang Schäuble nie vergessen. Das war für mich eine der prägenden politischen Szenen zum Ende des letzten Jahrhunderts.

Ich empfinde den Berlinern gegenüber, die hier ausgeharrt und an diese Stadt Berlin geglaubt haben, als viele gingen, eine tiefe Dankbarkeit. Ich empfinde als Vertreter der nachrückenden Generation – wenn Sie so wollen: der Nach-Mauer-Generation – die Verpflichtung, nicht nur mit der Geschichte dieser Stadt, sondern auch mit der Zukunft dieser Stadt verantwortungsbewusst umzugehen. Ich verspreche den älteren Berlinern: Wir gehen mit ihrem Erbe gut um!

[Beifall bei der CDU – Frau Künast (Grüne): Bimbes-Erben-Generation nennt man das!]

Zu dieser Verpflichtung gehört konkret, dass sie sich in der Sozial- und Gesundheitspolitik genau so auf uns verlassen können, wie bei der inneren Sicherheit. Deshalb werden wir auch in Zeiten knapper Kassen nicht an der inneren Sicherheit sparen.

[Beifall bei der CDU]

Polizei und Feuerwehr werden im Saldo keine personellen Kürzungen vornehmen müssen.

[Wieland (Grüne): Natürlich!]

Unsere Polizeibeamten, aber insbesondere auch unser Innensenator Werthebach können sich vor allem nach schwierigen Einsätzen auf unsere politische und vor allem moralische Unterstützung verlassen!

[Beifall bei der CDU – Frau Künast (Grüne): Ohne schusssichere Weste!]

Allerdings darf das Bild von Berlin in der Welt nicht länger von Rechtsradikalen beschmutzt werden, die mit grausiger Montur von kapitalstarken Altnazis verführt werden oder aus verblendeter Überzeugung Aufzüge durch das Brandenburger Tor veranstalten. Wir erwarten, dass die Bundesregierung für das Herz der deutschen Hauptstadt endlich durchsetzbare gesetzliche Regelungen schafft, die ein für Berlin und Deutschland so schädliches Image verhindern!

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Uns von der CDU ist es lieber, dass aus der Mitte der deutschen Hauptstadt über den Wiederaufbau des Stadtschlosses berichtet wird, als über rechts- und linksradikale Wirrköpfe.

[Beifall bei der CDU]

Auch das optische Bild gehört zu einer Metropole. Deshalb fordern wir, dass die rot-grüne Mehrheit im Deutschen Bundestag den Gesetzentwurf von CDU und CSU gegen **Graffiti** nicht länger ablehnt, sondern endlich dafür sorgt, dass das Verschandeln der Stadt als Sachbeschädigung bestraft werden kann.

[Beifall bei der CDU – Over (PDS): Den haben selbst Ihre Kollegen in den Ländern abgelehnt!]

Sollen diese Schmierfinken doch zu Hause leben und wohnen, wie sie wollen. Aber warum müssen Privatleute und Steuerzahler mit ihrem Geld den Schaden beheben, den Schmutzfinken angerichtet haben?

[Beifall bei der CDU]

Wir wollen Berlin nach außen und innen attraktiv machen. Das beginnt bei unserem äußeren Erscheinungsbild, und es endet noch lange nicht bei einem Klima der Aufgeschlossenheit, Weltläufigkeit, der Modernität und des Elans. Berlin war immer eine schnelle Stadt, eine Stadt voller Tempo und Rasanz. Das macht Berlin so anziehend für den Menschenschlag, den ich den unternehmerischen Menschen nenne. Von der Faszination des Aufbruchs in Berlin müssen sich engagierte Menschen mit Zukunftstoffenheit und Unternehmergeist angezogen fühlen. Leidenschaft, Wagemut und unternehmerisches Engagement sind übrigens keine Frage der Tätigkeit, sondern eine Frage der Einstellung des Geistes und – wenn Sie so wollen – der Gesinnung. Natür-

(A) lich spielen dabei gerade Unternehmerinnen und Unternehmer, Existenzgründer und Konzernvorstände, insbesondere aber die Zehntausenden von mittelständischen Unternehmern eine herausragende Rolle für die Zukunft der Stadt.

> [Beifall bei der CDU -Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Denn sie müssen gemeinsam mit engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Arbeitsplätze schaffen, die vielen Menschen **Hoffnung, Sicherheit** und hoffentlich **Wohlstand** geben. Sie müssen die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge erarbeiten, von denen Hunderttausende Schwache, Kranke und Bedürftige leben. Meine Damen und Herren – ich freue mich, dass es von hier gesehen links ausnahmensweise einmal ruhig ist –,

[Frau Künast (Grüne): Wir haben es ausgegeben! – Mutlu (Grüne): Freuen Sie sich nicht zu früh!]

mich macht jeder Mensch, der unfreiwillig am Rande der Gesellschaft steht, jedes Mal aufs Neue betroffen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht – ich weiß zum Teil nicht einmal, wie man richtig mit Obdachlosen, die auf der Straße sitzen, umgeht, wenn man gesund, leistungsfähig, stark und mit ein paar Mark im Portemonnaie an den Menschen vorbei geht.

[Zurufe von den Grünen]

Deshalb sage ich: Bedürftige, Rentnerinnen und Rentner, Drogenabhängige, Kranke und Behinderte zu erleben, muss bei verantwortungsvollen Politikerinnen und Politikern Fragen aufwerfen, bei allen Bürgerinnen und Bürgern. Ich frage mich nicht nur: Warum habe ich so ein Glück, warum bin ich leistungsfähig, warum bin ich gesund, warum bin ich in der Lage, viel in diese Gesellschaft einzubringen.

[Frau Künast (Grüne): Sie haben wohl die falsche Schublade aufgemacht!]

Nein, ich frage mich:

(B)

[Frau Künast (Grüne): "Warum bin ich eigentlich so toll?"]

Warum muss ein Mensch das erleiden? – Und ich frage mich: Womit kann die Gesellschaft diesen Menschen helfen? – Jedes Mal aufs Neue – Hören Sie mir doch freundlicherweise wenigstens bei dem Punkt mal zu! –

[Frau Künast (Grüne): Selbst Diepgen hört Ihnen nicht mehr zu!]

komme ich zu der Überzeugung: Eine hundertprozentige Antwort haben wir nicht, aber eine Überzeugung habe ich: Wir haben die Pflicht, die sozialen Leistungen auf die wirklich Bedürftigen zu beschränken. Sozialmissbrauch, Schwarzarbeit und Abzocken dürfen wir nicht akzeptieren!

[Beifall bei der CDU – Zuruf der Frau Abg. Künast (Grüne) – Zurufe von der PDS]

Die gerechte Verteilung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen an die wirklich Bedürftigen ist für das Gerechtigkeitsempfinden der gesamten Bevölkerung von zentraler Bedeutung.

[Zuruf von links: Sagen Sie mal was zum System Kohl!]

Und wenn wir nicht aufpassen, hat irgendwann derjenige, der sein Geld ordentlich verdient und versteuert,

[Zuruf von der PDS: Wie Herr Kohl!]

das Gefühl, er oder sie sei die doofe Minderheit.

[Beifall bei der CDU]

Wer Sozialleistungen mit der Gießkanne über der halben Welt ausschütten möchte, legt die Axt an die Wurzeln dieses Sozialstaates. Das ist nicht sozial, sondern verschwenderisch.

[Beifall bei der CDU – Frau Künast (Grüne): Sagen Sie mal was zum Verfassungsbrecher Kohl!]

Im Interesse gerade der Bedürftigen müssen wir gegen diejenigen, die diesen Sozialstaat aushöhlen, sowohl politisch-juristisch, aber – was viel wichtiger ist – gesellschaftlich-moralisch vorgehen. Sonst gefährden wir die Solidarität der Starken mit den Schwachen.

Aber nicht nur materielles Eigentum – auch geerbtes materielles Eigentum – verpflichtet. Nein, auch Begabung, Intellekt und Wissen verpflichten, sich für die Gesellschaft zu engagieren. Auch hier müssen wir gesellschaftlich-moralische Wertmaßstäbe von der Politik aus setzen. Wir brauchen eine neue Ethik des Unternehmertums mit Verantwortung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – wie das im Mittelstand in Deutschland üblich ist

[Zuruf von der PDS]

Wir wollen nicht – das sage ich sehr wohl überlegt –, dass Menschen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur als ökonomische Verfügungsmasse angesehen werden.

[Beifall bei der CDU]

Wir sind dankbar für jeden Investor und Betriebsgründer, der nach Berlin kommt. Aber die Basis, der Grundstock sind die hier bereits ansässigen Unternehmen. Wir müssen so, wie es jedes intelligente Unternehmen tut, zuerst einmal an unsere Berliner Kioskbesitzer, an unsere Gastronomen, an unsere Taxifahrer, an unsere Handwerker und Händler, die kleinen und großen Produktionsbetriebe sowie unsere Freiberufler denken und ihnen dafür dankbar sein, dass sie sich Tag für Tag in und für diese Stadt engagieren.

[Zuruf von der PDS: Quatsch!]

Für diese Berlinerinnen und Berliner, für diese Unternehmerinnen und Unternehmer werden wir Gesetze und Verordnungen entschlacken. Wir werden Berlin attraktiv machen und setzen im vorliegenden Haushalt die notwendigen Schwerpunkte. Für diese Berlinerinnen und Berliner

[Frau Künast (Grüne): Jung, gesund, wild wie Sie!]

wollen wir weiterhin Wasser- und Strompreise, Straßenreinigungsgebühren und endlich – herzlichen Dank den Sozialdemokraten! – auch die Gewerbesteuer senken.

[Beifall bei der CDU] (D)

Klar ist, dass eine gesunde Wirtschaftsordnung immer neue, junge Unternehmerinnen und Unternehmer benötigt. Gerade der Generationenwechsel bei den mittelständischen Unternehmen birgt Risiken, aber - das ist die Geschichte mit dem halb vollen oder halb leeren Glas – eröffnet vor allen Dingen jungen Exis-tenzgründerinnen und Existenzgründern gewaltige, phantastische Chancen. Hier muss die Politik unterstützen. Unsere Aufgabe - ein bisschen im Land, eine Menge im Bund - ist es, die Lohnnebenkosten endlich zu senken. Wir müssen die Genehmigungsverfahren verkürzen. Wir müssen den Kampf gegen Schwarzarbeit verstärken. Und wir müssen in der Gesellschaft in der Republik, aber auch in Berlin ein noch unternehmer- und gründerfreundlicheres Klima schaffen. Bei manch einer Diskussion im Parlament habe ich den Eindruck, einige haben aus ihrer gescheiterten Vergangenheit noch immer nichts gelernt. Sie sind gegen jeden Modernisierungsschub, gegen den Großflughafen, gegen das Olympia-Stadion, gegen den Transrapid, gegen die Fusion mit Brandenburg, natürlich auch gegen die Bezirksreform. Sie sind die rückständigste Partei dieser Stadt. Und wenn es nach dem Innovationstempo der Grünen ginge, dann würde wahrscheinlich dieser elegante Außenminister noch heute mit der Pferdekutsche seine Staatsbesuche machen.

> [Beifall bei der CDU – Ha, ha! und weitere Zurufe von den Grünen]

Doch gottlob geht es nicht nach Ihnen. Und deshalb hat in Berlin ein wahrer Gründerboom eingesetzt. Mit 104 Unternehmensgründungen pro 10 000 Einwohner ist Berlin Hauptstadt der Gründerinnen und Gründer in Deutschland.

[Doering (PDS): Reden Sie doch mal über die Anzahl der Pleiten!]

Die größte Chance, meine Damen und Herren von der PDS, liegt übrigens bei den weiblichen und ausländischen Existenzgründern.

[Cramer (Grüne): Die wollen Sie vertreiben!]

(A) Darauf komme ich gerade! – Aber bei 4 Millionen Arbeitslosen und über 12 Milliarden DM Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit für Umschulung und Weiterbildung kann doch die Antwort auf Fachkräftemangel nicht das Abwerben billiger Arbeitskräfte aus Russland oder Indien sein!

[Beifall bei der CDU]

Hier sind Bundesregierung und vor allem und zu allererst die Unternehmen gefordert, schnell ihre Hausarbeiten zu machen. Und natürlich ist es eine falsche Politik, wenn die Bundesregierung im Haushalt 2000 die Mittel für Forschung um 340 Millionen DM reduziert.

[Zurufe der Abgn. Frau Künast (Grüne) und Doering (PDS)]

Frau Künast, bei den Grünen wundert mich in dem Zusammenhang Modernisierung und Technologie gar nichts. Bei Ihnen standen alle modernen Technologien auf dem Verbotsindex – ohne Ausnahme!

[Beifall bei der CDU – Zurufe der Abgn. Cramer (Grüne) und Doering (PDS)]

Medien-, Informations- und Kommunikationsunternehmen sind der Motor für den Boom bei den Existenzgründungen. Laut einer Umfrage vor wenigen Tagen auf der CeBIT in Hannover – diese Zahl ist wirklich bemerkenswert – bevorzugen 39 % der dortigen Aussteller bei einer Ansiedlung in Deutschland den Standort Berlin. Weit abgeschlagen folgen Nordrhein-Westfalen mit 19 % und Frankfurt mit 15 %.

Wissenschaft und Forschung sind also ein großer Standortvorteil Berlins, denn wir sind unverändert die größte deutsche Hochschulstadt.

Vizepräsident Momper: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Klemm?

Dr. Steffel (CDU): Nein! – Als der damalige Ministerpräsident und heutige Bundeskanzler Schröder 1996 Informatik an der Universität Hildesheim abgeschafft hat, hat hier eben der Senat unter Eberhard Diepgen in Berlin die Schwerpunkte gesetzt.

[Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und den Grünen]

Deswegen ist es gut, dass Berlin mit unserem Wirtschaftssenator Wolfgang Branoner einen erfolgreichen Werber für den Zukunfts- und Technologiestandort Berlin hat.

[Zurufe von der PDS und des Abg. Atzler (CDU)]

Die Laptop- und Handygeneration ist bei ihm bestens aufgehoben und uns in Berlin – von der Love-Parade bis zum Internetexistenzgründer – herzlich willkommen.

[Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Cramer (Grüne)]

Wolfgang Branoner ist der richtige Wirtschafts- und Technologiesenator auf dem Weg von der Industriegesellschaft in die Wissensgesellschaft. Er macht hier wirklich – ich glaube, ich kann das beurteilen – einen sehr guten Job.

Aber natürlich gehören zu einer Stadt des Aufbruchs nicht nur Unternehmer und Existenzgründer, sondern in allen Teilen der Gesellschaft unternehmerisch denkende und handelnde Menschen. Deshalb sind wir dankbar, dass so viele nationale und internationale Forscher und Wissenschaftler in Berlin tätig sind.

[Zuruf der Frau Abg. Paus (Grüne)]

Sie sind der intellektuelle Nährboden für die Berliner Pflanze Zukunft. Deshalb werden wir unverändert Universitäten, Fachhochschulen, die Berufsakademie, über 200 wissenschaftliche Einrichtungen, den biomedizinischen Campus in Buch und den Technologiepark in Adlershof unterstützen. Deshalb freuen wir uns über jeden Künstler und Kulturschaffenden aus der ganzen Welt, der Berlin zum Zentrum seines Schaffens und Wirkens macht. Auch bei schwierigster Haushaltslage können sich die

Berlinerinnen und Berliner, aber auch die Besucher aus der ganzen Welt, auf eines verlassen: Wir werden die Kulturhauptstadt Deutschlands bleiben!

[Beifall bei der CDU -Beifall des Abg. Wowereit (SPD)]

Wir werden uns dem Wettbewerb mit den bedeutendsten Stätten Europas bei Wissenschaft, Forschung und Kultur stellen. Kultur ist für uns als Union nicht nur eine intellektuelle und geistig anregende Befruchtung des Lebens.

[Frau Freundl (PDS): Herausforderung!]

Nein, Kultur ist darüber hinaus ein ganz wesentlicher Standortvorteil im Wettbewerb mit anderen Regionen dieser Welt. Die Kulturszene von Ballett bis Techno, von den Internationalen Filmfestspielen bis zur Love-Parade ist ein zentrales Ansiedlungsargument für kreative, dynamische, junge Unternehmen. Und weil Kunst, Kultur, Wissenschaft und Forschung so große Bedeutung als Standortvorteil für Berlin haben, unterstützen wir den neuen Kultur- und Wissenschaftssenator Stölzl nicht nur mit dem Herzen, sondern auch aus tiefer wirtschaftlicher Überzeugung.

[Beifall bei der CDU]

lch glaube, er sitzt schon ganz gut, wenn ich das so richtig sehe. Die Sitzordnung hilft, Herr Prof. Stölzl.

[Zuruf von der PDS]

Aber auch Intendanten müssen sich – und das sage ich sehr sachlich – an beschlossene Budgets halten. Etatüberziehungen sind kein besonders verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld des Steuerzahlers und wohl eher ein bisschen Unkultur.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Kulturelle Vielfalt und Attraktivität sind auch eine Grundlage für die unverändert sehr stark steigenden Zahlen des Tourismus in Berlin. Wir sind übrigens bei Städtereisen nach langen Jahren wieder Nummer 1 in Deutschland. Deshalb werden wir Berlin zu einem der ersten Messe und Kongressplätze Europas ausbauen. Bei dem neuen Messe-Südeingang und einem vernünftigen Konzept für Eisspielbetrieb und den Erhalt der Deutschlandhalle hat Senator Strieder unsere volle Unterstützung. Ich hoffe, dass er schnell, zügig und dann richtig entscheidet.

Seit 1990 haben wir – und das sollten wir einmal vielen Menschen in der Stadt sagen, die uns an dieser Stelle teilweise kritisieren – über 48 000 **Stellen im öffentlichen Dienst** in Berlin abgebaut und werden in dieser Legislaturperiode nochmals 10 750 Stellen abbauen. Unsere Beschäftigten haben diesen schwierigen Prozess mit Einsatzbereitschaft und viel Verständnis begleitet. Auch hier war Ideenreichtum und unternehmerische Initiative notwendig. Nicht nur deshalb, aber auch deshalb können sich unsere öffentlich Bediensteten auf unser Wort verlassen. Wir werden uns an unsere Zusage halten und keine betriebsbedingten Kündigungen im öffentlichen Dienst vornehmen.

[Beifall bei der CDU]

Allerdings bitten wir sie, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und insbesondere ihre Gewerkschaften, um Augenmaß bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen. Auch sie sollten niemals vergessen, dass das Privileg der Unkündbarkeit einen hohen Wert ausmacht.

Wir haben in den letzten Tagen viel über Bildung diskutiert, gelesen und gestern auf den Straßen gesehen. Bildung ist der Schlüssel für die individuellen Lebenschancen unserer Kinder. Allerdings ist gute Bildung – und das sage ich sehr bewusst eingangs – nicht immer zuerst eine Geldfrage, sondern viele Verbesserungen hängen nur vom guten Willen aller Beteiligten ab. Ich habe, wie viele Abgeordnete, Briefe von Lehrerinnen und Lehrern erhalten, die gute Gründe gegen die Verlängerung der Arbeitszeit für Lehrer vorgetragen haben. Wir nehmen diese Briefe ernst, das sage ich ausdrücklich. Wir halten Lehrer auch nicht, wie Bundeskanzler Schröder gesagt hat, für "faule Säcke". Trotzdem haben wir uns nach sachlicher Abwägung für eine Stunde Mehrarbeit entschieden. Weil unsere Kinder unabhängig

(ח)

(B)

(B)

(A) vom Geldbeutel ihrer Eltern die beste Bildung benötigen, haben wir der Verlängerung der Lehrerarbeitszeit zugestimmt. Die eine Stunde Mehrarbeit bedeutet ca. 1 200 Stellen, die den Stundenausfall deutlich vermindern werden. Darüber hinaus werden wir mit der vorgesehenen Neueinstellung von 1 100 Lehrkräften in den nächsten zwei Jahren den Bedarf in Mangelfächern sicherstellen und die Verjüngung der Lehrerschaft voranbringen.

> [Beifall bei der CDU – Beifall der Frau Abg. Neumann, Eveline (SPD)]

Wir danken ausdrücklich denjenigen Lehrerinnen und Lehrern, die nicht zur Verunsicherung von Schülern und Eltern beigetragen haben,

> [Beifall bei der CDU und der SPD! – Zuruf des Abg. Doering (PDS)]

sondern die Entscheidung als treue Staatsbedienstete mit getragen haben. Man könnte sagen: Wie sich das eigentlich gehört. – Denn Streikaufrufe von Beamten und gefälschte Krankschreibungen sind ein ganz verheerendes Signal für die Entwicklung und das Staatsverständnis unserer Kinder.

[Beifall bei der CDU und der SPD! Doering (PDS): Woher wissen Sie, dass die gefälscht waren?]

Das 100-Millionen-DM-Sonderprogramm zur Sanierung von Schul- und Sportstätten, das diese große Koalition aufgelegt hat, ist nicht nur für die Berliner Handwerksbetriebe gut. Nein, es unterstreicht die Bedeutung von Schule und Bildung für diese große Koalition. Eine gleiche Bedeutung hat die durch das Programm "Computer in die Schulen" verbesserte Ausstattung der Schulen mit Computer- und Internet-Zugang. Ich sage das ganz deutlich – gerade nach dem, was ich gestern teilweise auf Plakaten und in Interviews und Liedern über Herrn Senator Böger gehört habe –: Herr Senator Böger, bei der Renovierung der Berliner Schulen haben Sie die Union an Ihrer Seite!

[Beifall bei der CDU und der SPD – Doering (PDS): Böger und renovieren!]

Was da zum Teil gesagt wurde, und die Puppen, die ich gesehen habe, mit einem Galgen und Böger daran, sind nun wirklich keine politische Kultur, das ist unverschämt!

[Beifall bei der CDU und der SPD – Gram (CDU): Unglaublich!]

Auch die Leistungen – und ich erwähne das ausdrücklich – unserer ehemaligen Eigenbetriebe sind ein Beweis für die Zukunftsfähigkeit des Standortes Berlin. Die Mitarbeiter bringen gemeinsam mit ihren Vorständen die Unternehmen auf einen guten Weg. Nach dem Personalabbau, der im Interesse der Steuer- und Gebührenzahler übrigens notwendig war, sind sie nun dabei, die Unternehmen wettbewerbsfähig zu machen. Wir stellen uns den internationalen Wettbewerbsbedingungen, aber die Beschäftigten wissen, dass wir ihre Leistung honorieren und sie auf diesem Weg in den nächsten Jahren nicht alleine lassen werden.

Gerade weil wir vielen Berlinerinnen und Berlinern in den vergangenen Jahren erhebliche Belastungen zumuten mussten, ist eines für uns völlig klar: Nachdem noch Senatorin Fugmann-Heesing ausgerechnet hatte, dass durch das Steuerpaket der rot-grünen Bundesregierung eine Belastung von 1,2 bis 2 Milliarden DM pro Jahr auf das Land Berlin zukommt, kann und wird der Berliner Senat keiner Steuerreform im Bundesrat zustimmen, bei der sich der Bund zu Lasten der Länder saniert.

[Beifall bei der CDU]

Darüber hinaus belastet diese **Steuerreform** – Sie wissen das und ich sage dazu nur zwei Sätze – überproportional Einzelunternehmer. Über 90 % der Berliner Unternehmen sind aber eben solche Einzelunternehmer. Insofern kommt auch aus diesem Grund für uns eine Zustimmung zu einer Steuerreform mit Belastung durch Öko-Steuern, wiederholte Rentenlüge und Verkomplizierung des Steuersystems nicht in Frage.

[Beifall bei der CDU]

Wir stellen uns mit dem vorliegenden Haushalt, den wir heute verabschieden werden, den Zukunftsprojekten der kommenden Jahre. Die Opposition – das hat der Beitrag der PDS deutlich gemacht – verweigert sich allen großen Zukunftsprojekten dieser Stadt. Sie sind gegen alles, was Arbeitsplätze schafft. Sie sind gegen den Bau des Flughafens Berlin Brandenburg International. Sie sind gegen die Sanierung des Olympia-Stadions, sowohl für die Fans von Hertha BSC als auch gegen eine Fußballweltmeisterschaft mit einem Endspiel in Berlin.

[Gelächter und Zurufe von der PDS]

Sie sind natürlich gegen das Sonderprogramm zur Sanierung der Berliner Schulen.

[Widerspruch von links]

Selbstverständlich waren Sie gegen den Ausbau der Messe, gegen leistungsfähige Verkehrsverbindungen, gegen die Bebauung des Potsdamer Platzes, natürlich gegen den Transrapid und gegen ein Verkehrstechnologiezentrum Berlin und natürlich waren und sind Sie gegen die Fusion mit Brandenburg und gegen eine Reduzierung der Berliner Bezirke.

[Beifall bei der CDU – Frau Künast (Grüne): Und gegen Schwarzgeldkonten! – Weitere Zurufe von links]

Sie dürfen, Frau Künast, gegen alles sein. Das ist völlig in Ordnung. Aber Berlin braucht neue Ideen und hätte eine bessere Opposition verdient.

[Beifall bei der CDU - Zurufe von links]

Sie vermitteln den Berlinerinnen und Berlinern eher den Eindruck, sie blicken hoffnungsvoll auf eine große Vergangenheit.

[Zurufe von der PDS]

Aber der Wähler hat das am 10. Oktober erkannt.

[Zurufe von links]

Er hat Sie als großes Berliner Standortrisiko auf die Oppositionsbänke verwiesen. Akzeptieren Sie doch bitte, die Zeit Ihrer Konfliktideologien ist abgelaufen! Die Menschen erwarten heute offene Politiker, die ohne ideologische Scheuklappen die Chancen der Zukunft schnell ergreifen

[Zurufe von der PDS und den Grünen]

und nicht so lange diskutieren, bis der Transrapid im Ruhrgebiet fährt oder aus Asien importiert wird.

[Beifall bei der CDU – Wieland (Grüne): Noch nicht einmal da wollen sie ihn haben!]

Die Berlinerinnen und Berliner sind am Beginn dieses Jahrhunderts – davon bin ich überzeugt und das spüren wir alle in vielen Gesprächen – hungrig auf die Zukunft dieser Stadt.

[Gelächter bei den Grünen]

Wir haben als Politikerinnen und Politiker die Verantwortung, die Berlinerinnen und Berliner auf diesem gemeinsamen Weg in die Zukunft zu unterstützen und die richtigen Schwerpunkte im Haushalt zu setzen. Dies haben wir mit dem vorliegenden Haushalt getan. Dieser Haushalt setzt Signale, und er gibt der Stadt wichtige Impulse. Deshalb ist es ein Haushalt für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Wer sich diesem Haushalt verweigert, verweigert sich der Zukunft Berlins.

[Beifall bei der CDU – Doering (PDS): So einfach ist das!]

Berlin ist eine spannende und – wir merken es teilweise vielleicht schon gar nicht mehr – 24 Stunden pulsierende und faszinierende Stadt.

[Zuruf des Abg. Klemm (PDS)]

Berlin zieht kreative und unternehmerische Menschen aus dem In- und Ausland an. Mir macht es – und vielen Berlinerinnen und Berlinern übrigens auch – Spaß, für diese Stadt und in dieser Stadt unternehmerisch und politisch zu arbeiten.

[Over (PDS): Uns auch!]

(A) Wann immer sie Touristen und Gäste in der Stadt haben, sind diese Menschen begeistert von Berlin. Nur wer von Berlin begeistert ist, kann auch andere von Berlin begeistern.

[Zuruf des Abg. Wieland (Grüne)]

Ich bin zumindest und unverändert jeden Tag aufs Neue von dieser Stadt Berlin begeistert.

[Beifall bei der CDU und der SPD – Zurufe von der PDS]

Vizepräsident Momper: Danke schön, Herr Kollege! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nunmehr Herr Kollege Müller-Schoenau das Wort. – Bitte schön!

Müller-Schoenau (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das war eben auch so eine Art Premiere, die erste Rede des Kollegen Steffel in einer Haushaltsdebatte. Ich hätte mir nicht träumen lassen, dass es hier eine Haushaltsdebatte gibt, in der ich mich nach einer Rede von Herrn Landowsky zurücksehne,

[Beifall bei den Grünen uind der PDS – Beifall des Abg. Lorenz (SPD)]

denn so viele Sprechblasen, so viel Demagogie und so viele einfache Weltbilder, wie sie Herr Steffel eben präsentiert hat, das hat nicht einmal Herr Landowsky in 20 Jahren geschafft.

[Beifall bei den Grünen und der PDS – Gram (CDU): Oh! – Weitere Zurufe von der CDU]

Herr Landowsky hat wenigstens ab und zu Dinge gesagt, über die man lachen konnte. Die waren zwar nicht richtig, aber man konnte wenigstens lachen.

[Heiterkeit bei den Grünen und der PDS – Zuruf des Abg. Landowsky (CDU)]

(B) Aber wenn der Kollege Steffel das Wort Spaß in den Mund nimmt, dann fletscht er dabei die Zähne, dass Eltern wahrscheinlich ihre Kinder zurücknähmen, weil sie Angst hätten.

[Beifall bei den Grünen und der PDS – Gram (CDU): Da sieht man, wie es getroffen hat!]

Sie entscheiden selbst, mit welcher politischen Strategie Sie die Zeit nach Diepgen und Landowsky bestimmen. Das ist Ihre Sache. Aber wenn ich dann statt der Witze von Herrn Landowsky die soziale Kälte des Kollegen Steffel höre,

[Oh! bei der CDU]

dann muss ich sagen, mit dieser Politik sind Sie in Kürze wieder bei 20 % der Wähler angelangt, so wie es vor Herrn Landowsky und Herrn Diepgen der Fall war.

> [Beifall bei den Grünen – Zuruf von links: Das kann uns doch recht sein!]

- Das kann uns natürlich recht sein, richtig!

Berlin ist in Bewegung. Das spüren wir seit Monaten, nicht nur, weil die Regierung und das Parlament in die Stadt gezogen sind, sondern weil wir auch mehr Besucher aus der ganzen Welt haben als je zuvor. Berlin ist in Bewegung – dieser Satz hat aber seit gestern auch eine andere Bedeutung, denn wenn in dieser Situation, bei schlechtem Wetter, 60 000 Menschen auf die Straße gehen, um gegen die katastrophale Bildungspolitik dieses Senats zu protestieren, dann muss ich feststellen, offenbar ist auch bei der Bevölkerung in dieser Stadt eine Menge in Bewegung.

[Beifall bei den Grünen]

Die Menschen werden aktiv, weil sie erkennen, dass sich sonst nichts verändert. Sie wollen ein besseres Bildungssystem. Sie sind empört, dass sich dieser Senat in der Situation auf die phantasieloseste Lösung geeinigt hat, nämlich auf die Arbeitszeitverlängerung für Lehrer. Wir haben heute die letzte Gelegenheit, diesen Plan zu stoppen. Ich hoffe, wir schaffen es auch.

[Beifall bei den Grünen – Beifall des Abg. Dr. Kaczmarczyk (PDS)] Natürlich wissen wir alle, dass sich an den Schulen einiges ändern muss. Wir diskutieren darüber ständig, und wir machen Vorschläge, die von Ihnen größtenteils abgelehnt werden. Wir müssten aber eines inzwischen endlich erkannt haben: Wir können Veränderungen an unseren Schulen nicht gegen Lehrer, nicht gegen Schüler und nicht gegen Eltern durchsetzen, sondern nur gemeinsam mit ihnen.

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Wir brauchen deswegen an der Spitze der Schulverwaltung, sozusagen als obersten Chef aller Lehrerinnen und Lehrer, einen Kommunikator, einen durchsetzungsfähigen Senator und keinen Oberlehrer!

[Beifall bei den Grünen - Zurufe von den Grünen]

Es ist viel Bewegung in der Stadt, aber es gibt einen Bereich, in dem von Bewegung leider überhaupt nicht die Rede sein kann, und das ist die Politik dieses Senats. Diese Politik funktioniert nach dem Prinzip von Eberhard Diepgen, und das lautet: Hauptsache, wir müssen nichts ändern! – Mit dieser Politik hält sich Herr Diepgen inzwischen wieder seit zehn Jahren an der Macht. Ich habe den Eindruck, immer mehr Leute merken, je mehr Berlin zur Metropole wird, desto mehr wird deutlich, dass dieser Regierende Bürgermeister nicht in der Lage ist, unsere Probleme zu lösen. Wir sind aber inzwischen nicht mehr allein mit unseren Problemen, denn Parlament und Regierung sind inzwischen hier angekommen. Die Tageszeitung "Die Welt" hat dazu am Wochenende ganz richtig formuliert:

Seitdem die Bundespolitiker in der Stadt sind, steht die Politik des Senats unter Beobachtung.

So ist es, und diese Beobachtung fällt leider nicht sehr gut aus. Der "Spiegel", der bekanntlich nicht metropolenfeindlich ist, widmet diesem Thema sogar eine halbe Titelgeschichte.

[Sen Branoner: Super!]

Er kommt zu einem Ergebnis, das für das Land Berlin und vor allem für diesen Senat doch sehr peinlich ist.

[Wowereit (SPD): Die Grünen werden gar nicht erwähnt!] Er schreibt:

Die Stadt wird regiert von einem Veteranenverband des Kalten Krieges.

(D)

Herr Landowsky hat heute früh noch einmal einen typischen Beweis für die Richtigkeit dieser These geliefert. Vielleicht können Sie sich erinnern: Als er über Frau Künast und ihre bundespolitischen Ambitionen sprach, sagte er, Frau Künast wolle jetzt gen Westen ziehen. Diese Zeiten sind vorbei.

[Frau Künast (Grüne): Aber nicht für Herrn Landowsky!]

Die Parteizentrale der Grünen ist in Berlin-Mitte. Aber Herr Landowsky ist offenbar immer noch nicht im Osten angekommen.

[Beifall bei den Grünen -Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Seit 10 Jahren regiert diese große Koalition, und gerade jetzt, nach dem Regierungsumzug, wird deutlich, wie viele große Probleme noch nicht gelöst sind. Der Schuldenberg wird immer größer, das Flughafenprojekt Schönefeld hängt in der Luft, das Krankenhaussystem steht vor dem Kollaps, die Sanierung des Olympia-Stadions kommt nicht voran, und die Theater und Opernhäuser stehen kurz vor der Pleite. Diese Probleme sind nicht neu, aber sie sind in den letzten 10 Jahren größer geworden, weil sie von diesem Senat nicht in Angriff genommen wurden. Herr Diepgen, Ihr Prinzip war immer: Nur nichts verändern. Doch wir erkennen heute, dass die Probleme immer größer werden und eine Lösung immer schwieriger wird.

Dieser Senat ist Anfang Dezember gewählt worden. Er hatte es geschafft, wenigstens 100 Tage ohne negative Schlagzeilen über die Runden zu bringen. Ich habe den Eindruck, dass er damit seine beste Zeit auch schon wieder hinter sich hat. Denn seit dem Rücktritt von Frau Thoben sind wir wieder auf dem harten Boden der Berliner Provinzpolitik gelandet. Wir haben schon vor zwei Wochen über dieses "Prinzip Diepgen", das der Grund

Müller-Schoenau

(A) für diese Misere ist, geredet. Ich hatte den Eindruck, dass vielleicht doch ein kleiner Ruck durch diesen Senat gehen würde. Inzwischen habe ich den Eindruck: Das war wohl ein Trugschluss. Der Name "Diepgen" und das "Prinzip Diepgen" stehen für CDU-Anhänger für Machterhalt, aber für alle anderen vor allem für Stagnation, Beharrung, Besitzstandswahrung und Phantasielosigkeit. Mit diesem Prinzip kann man zwar den Status quo verwalten, aber eine Metropole kann man auf diesem Weg nicht regieren. Der "Spiegel" schreibt dazu: "Mehltau auf Magic City"-, und ich fürchte, er hat Recht.

Nun hat der Senat in alter Manier die Lücke wieder schließen wollen, die sich nach dem Thoben-Rücktritt aufgetan hat. Herr Stölzl ist nominiert und heute auch gewählt worden, aber inzwischen ist er leider schon wieder aus dem Saal verschwunden. – Herr Stölzl, ich weiß nicht genau, ob ich Ihnen nun zu diesem Amt gratulieren oder Sie bemitleiden soll. Auf jeden Fall wünsche ich Ihnen für Ihre Arbeit – trotz aller Kritik – viel Erfolg.

Ich fand es im Übrigen bemerkenswert, nach welchem Kriterium Herr Stölzl ausgewählt wurde. Herr Landowsky hat es auch frank und frei gesagt. Er möchte Herrn Stölzl, weil dieser immer so fröhlich ist. Er strahlt Fröhlichkeit aus, und genau das brauchen wir. Denn das "Prinzip Landowsky" ist: Hauptsache gute Laune! – Nun habe ich nichts gegen die gute Laune von Herrn Stölzl. Aber was wir in Berlin brauchen, ist ein bisschen mehr als nur Fröhlichkeit. Wir erwarten von unseren Senatoren in erster Linie nicht nur gute Laune, sondern eine gute Politik.

[Beifall bei den Grünen]

Auch der Leitspruch zur Finanzpolitik, den ich von Herrn Stölzl kenne, scheint mit der Situation nicht ganz angemessen. Er lautet so ungefähr: Wenn der Geist erst einmal stimmt, folgt das Geld von alleine. – Herr Stölzl, ich finde diesen Spruch ziemlich naiv. Dieser Spruch hat nur den einen Vorteil: Man kann sich damit vielleicht erklären, warum dieser Senat pleite ist.

[Beifall bei den Grünen]

Ich will es mir aber nicht so leicht machen, wie mein Vorredner, und nur über die allgemeine Lage reden, sondern wir sollten auch über den Haushalt reden. Man hat der Rede des Kollegen Steffel angemerkt, dass er bei den Haushaltsberatungen nicht dabei war. Er weiß nicht, was dort passiert ist. Er hat eine Rede gehalten, die er auch vor seinen Wirtschaftslobbyisten halten kann, aber mit den konkreten Diskussionen, die wir im Hauptausschuss gehabt haben, hat sie leider nichts zu tun. Vielleicht ist das auch das Prinzip der CDU, in diese Debatten immer einen Redner zu schicken, der von der Sache keine Ahnung hat. Dieser hat dann vielleicht wenigstens gute Laune oder kann aggressiv sein. Ich würde Ihnen empfehlen: Schicken Sie uns doch bitte das nächste Mal einen Redner, der etwas von der Sache versteht!

[Beifall bei den Grünen]

Nun hat Herr Steffel – er ist Wirtschaftspolitiker – vor allem über diesen Bereich geredet. Das ist legitim. Aber ich habe mich während der ganzen Rede gefragt: Wer war eigentlich für die Wirtschaftspolitik in dieser Stadt in den letzten 10 Jahren verantwortlich? Wer ist dafür verantwortlich, dass wir in der Wirtschaftsentwicklung seit 10 Jahren bundesweit die rote Laterne tragen und dass wir weiterhin 270 000 Arbeitslose haben – mit keiner Tendenz zur Besserung? – Das waren doch zwei CDU-Senatoren – erst Herr Pieroth, jetzt Herr Branoner. Diese beiden tragen die Verantwortung für diese gescheiterte Politik. Herr Steffel, ich empfehle Ihnen: Wenden Sie sich an diese beiden Herren, und kritisieren Sie hier nicht die Opposition!

[Beifall bei den Grünen – Frau Simon (PDS): Wo ist er denn?]

- Ja, Herr Steffel ist schon wieder hinausgegangen.

[Wieland (Grüne): Er hat sein Pulver verschossen!]

Die Fachdebatte scheint ihn eher zu langweilen. Vielleicht versteht er auch einfach nichts davon, dann ist es konsequent, daran nicht teilzunehmen.

[Vereinzelter Beifall bei den Grünen - Zurufe von den Grünen]

Aber ich will nicht nur Kritik üben. Es gibt in der Tat auch gute (C) Nachrichten im Zusammenhang mit diesem Haushalt. Diese betreffen die Steuereinnahmen. Herr Steffel hat über das geredet, was vielleicht einmal kommen kann. Aber reden wir doch erst einmal über das, was schon vorhanden ist! Die Steuereinnahmen sind seit Beginn des vergangenen Jahres in Berlin wieder spürbar angestiegen. Das liegt daran, dass die rot-grüne Bundesregierung eine erste Stufe der Steuerreform auf den Weg gebracht und mehr als 50 Steuerschlupflöcher geschlossen hat. Deswegen steigen die Steuereinnahmen in Berlin wieder an allen Fronten. Wir bekommen das jetzt jeden Monat von der Finanzverwaltung mitgeteilt. Allein in den ersten beiden Monaten dieses Jahres sind die Steuereinnahmen in Berlin um mehr als 600 Millionen DM gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Das ist ein Erfolg der rot- grünen Bundesregierung, und ich meine, das muss man hier auch einmal positiv würdigen.

[Beifall bei den Grünen - Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Damit bin ich eigentlich schon fast am Ende der guten Nachrichten, denn alle anderen Eckdaten der Berliner Finanzpolitik sind katastrophal. Wir haben die geringsten Einnahmen im Vergleich zu anderen Ländern und haben die höchsten Ausgaben. Wir brauchen dringend Strukturreformen. Und genau diese Strukturreformen scheitern am "Prinzip Diepgen", denn das sagt bekanntlich: Hauptsache nichts ändern!

Die große Koalition hat sich offenbar entschlossen, mit Frau Fugmann-Heesing gleich das ganze Projekt Haushaltskonsolidierung fallen zu lassen. Frau Fugmann-Heesing hatte sich darum vier Jahre lang bemüht. Sie wissen, wir waren mit ihr bei diesem Ziel immer einer Meinung, auch wenn wir nicht immer den Weg unterstützt haben. Wir müssen jetzt aber feststellen, dass mit dem Sturz von Frau Fugmann-Heesing auch der Versuch, den Landeshaushalt in Ordnung zu bringen, beendet ist.

[Frau Merkel (SPD): Ach, was!]

Das einzige, was aus der Zeit von Frau Fugmann-Heesing übrig geblieben ist – oder besser gesagt der einzige – ist ihr Staatssekretär Kurth, der jetzt sozusagen als Nachlassverwalter fungiert.

Wenn man sich die konkreten Zahlen ansieht, muss man feststellen, der Senat hat sich von der Konsolidierungspolitik verabschiedet hat. Die Neuverschuldung wurde gegenüber der alten Planung um 300 Millionen DM erhöht. Die Personalausgaben wurden um 500 Millionen DM angehoben, die Sachausgaben um 600 Millionen DM. Der einzige Bereich, in dem dieser Senat kürzt, sind die Investitionen – also genau der Bereich, der für die Zukunft der Stadt so wichtig ist. Hierfür sollen 350 Millionen DM weniger ausgegeben werden. Dieser neue Kurs in der Finanzpolitik ist der ganz alte – mehr Schulden, mehr Personalausgaben, weniger Zukunftsinvestitionen. Das sind die Tatsachen wie sie im Haushaltsplan stehen. Daran können Sie nicht vorbei. Wir können deswegen heute auch nicht anders, als nur zu sagen: Diesen Kurs können wir nicht mittragen.

[Beifall bei den Grünen]

Nun haben Sie von der großen Koalition sich wahrscheinlich gesagt: Wenn wir schon die Konsolidierungspolitik stoppen, machen wir das wenigstens mit einem Finanzsenator, bei dem es nicht so auffällt. Ich habe den Eindruck, zumindest in der ersten Phase ist Ihnen das gelungen. Ich bin überzeugt, Herr Senator Kurth würde von seiner eigenen Überzeugung her wahrscheinlich genauso den Versuch unternehmen wollen, zu sparen, wie es seine Vorgängerin getan hat. Die Frage ist nur: Wer sind seine Bündnispartner? Ich habe den Eindruck: Herr Kurth hat in dieser großen Koalition noch weniger Bündnispartner als seine Vorgängerin.

[Frau Merkel (SPD): Sie tragen doch das Ziel mit!]

Ja, aber wir sind wahrscheinlich die einzigen. Hinter Frau Fugmann-Heesing stand wenigstens noch die eigene Partei – jedenfalls so lange bis die Posten im Senat neu vergeben werden mussten.

[Zuruf von der CDU: Hinter Herrn Kurth auch!]

:)

(C)

Müller-Schoenau

A) Bei Herrn Kurth frage ich mich: Wer steht eigentlich hinter ihm? – Da gibt es eine CDU-Fraktion, die ihn natürlich auch in dieser Debatte wieder allein lässt. Sie sagt, sie stütze seinen Kurs – natürlich –, aber gleichzeitig beschließt sie, die U 5, das Schloss und am besten auch noch die Verlängerung der Westtangente sofort in Angriff nehmen zu wollen. Meine Damen und Herren von der CDU, Sie müssen sich jetzt einmal entscheiden, denn beides geht nicht! Entweder Sie wollen mit Herrn Kurth den Haushalt sanieren, oder Sie wollen – so wie die Herren Diepgen, Landowsky und Radunski vor der Wahl – mit Spendierhosen durch die Stadt laufen. Sehen Sie sich Herrn Radunski an, und sehen Sie, was aus jemandem wird, der jahrelang mit unerfüllbaren Versprechungen durch die Stadt läuft! Ich kann nur davon abraten.

[Beifall bei den Grünen und der PDS – Hoff (PDS): Er sieht ganz abgehärmt aus! – Weitere Zurufe von der PDS und den Grünen]

Herr Kurth! Ich wünsche Ihnen ja, wie Sie wissen, alles Gute für diesen innerparteilichen Konflikt mit den Besitzstandswahrern, Lobbyisten und Spendierhosenträgern. Ich fürchte aber, am Ende wird es Ihnen so gehen wie Ihrer Vorgängerin: Wenn Sie wirklich etwas verändern wollen, dann fliegen Sie 'raus.

[Krüger (PDS): Ist gebongt!]

Ein Grund für die schlechte Finanzlage des Landes Berlin sind die vielen **Großprojekte**, die die große Koalition in den letzten zehn Jahren mit wenig Sinn und Verstand, aber dafür mit jeder Menge Größenwahn auf den Weg gebracht hat: 2 Milliarden DM für den Messeausbau, 2 Milliarden DM für die Entwicklungsgebiete, 800 Millionen DM für den überflüssigen Tiergartentunnel, 800 Millionen für die drei teueren Olympiahallen, die gebaut wurden, obwohl die Olympiade bekanntlich nicht in Berlin, sondern in Sydney stattfinden wird.

Allein diese drei Olympiahallen belasten das Land Berlin inzwischen jährlich mit Zinsen und Betriebskosten von mehr als 100 Millionen DM. Und hat es sich gelohnt? – Für Herrn Schwenkow hat es sich bestimmt gelohnt. Aber für uns? – Die Deutschlandhalle musste geschlossen werden. Sie war ein lästiger Konkurrent. Und was passiert jetzt? – Es gibt kaum Ereignisse, die in diesen Olympiahallen stattfinden, und wenn dann einmal ein WM-Boxkampf in der Stadt stattfindet, dann gehen die Veranstalter in das Hotel Estrel, weil die Max-Schmeling-Halle nicht geeignet ist. Daran kann man sehen, dass diese Politik einfach nur von Größenwahn gekennzeichnet war, und ich würde mir wünschen, dass die verantwortlichen Herren Nagel und Klemann dafür auch persönlich gerade stehen müssten.

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Ein Großprojekt kann aber noch gestoppt werden, und das ist die U 5. Inzwischen erkennen immer mehr, dass dieses Projekt völlig sinnlos ist. Die Herren Strieder und Branoner haben erkannt, dass die Geschäftsleute in der Friedrichstraße bankrott gehen. Finanzsenator Kurth hat erkannt, dass das Projekt unbezahlbar ist. Wir wussten, ehrlich gesagt, schon immer, dass diese U 5 verkehrspolitisch unsinnig ist, und wenn wir das heute mit Herrn Dussmann zusammen vertreten, haben wir damit keine Probleme.

Dieses völlig sinnlose Großprojekt kostet nicht nur insgesamt 2 Milliarden DM, sondern es ist auch deswegen so sinnlos, weil es zwei Bahnhöfe verbindet, die schon heute mit der S-Bahn im 2-Minuten-Takt verbunden sind. Sie wissen alle genau, was von den Fahrgastprognosen zu halten ist. Ich kann nur sagen: Es macht keinen Sinn, 2 Milliarden DM für eine U-Bahn auszugeben, in der dann 100 000 Leute fahren, die vorher S-Bahn gefahren sind. Das ist Schwachsinn, und das müssen wir stoppen.

[Beifall bei den Grünen und der PDS – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Für uns ist übrigens der Streit um die U 5 auch die Nagelprobe für die Sparbemühungen von Senator Kurth. An diesem Projekt wird sich zeigen, wer das Sagen hat: der Finanzsenator oder die Spendierhosenträger in den eigenen Reihen. – Unsere Unter-

stützung haben Sie, denn für uns ist klar: Die U 5 ist so überflüssig wie der Transrapid, und sie hat deswegen das gleiche Schicksal verdient.

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Auch die **Personalkosten** werden in diesem Jahr wieder erheblich höher ausfallen, als im Haushaltsplan vorgesehen. Die Frage ist nur: Liegt die Überschreitung dann bei 300 Millionen, 400 Millionen oder 500 Millionen DM? – Der Senat hat es immer noch nicht geschafft, den Personalabbau vernünftig zu organisieren, und er hat es vor allem nicht geschafft, auch von den Personalvertretungen und von den Gewerkschaften eine konstruktive Mithilfe bei diesem Projekt einzufordern. Sie, Herr Werthebach, haben im Herbst des vergangenen Jahres eine Vereinbarung über den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen geschlossen. Das war in der Sache richtig, aber Sie haben leider vergessen, Gegenleistungen zu verlangen.

[Bm Dr. Werthebach: Ach, da waren Sie gar nicht dabei!]

Diese Vereinbarung und der Verzicht auf Gegenleistungen kostet das Land Berlin jedes Jahr einen dreistelligen Millionenbetrag, denn es wäre wichtig gewesen, Gegenleistungen in den Bereichen zu verlangen, wo das Personalmanagement bisher am Widerstand der Beschäftigungsvertretungen scheitert. Wir haben hier über alle Parteigrenzen hinweg den Stellenpool beschlossen. Wir wollten es auf dem Wege möglich machen, dass Beschäftigte, die in dem einen Bezirk nicht mehr gebraucht werden, schnell in einen anderen versetzt werden können. Dieser Beschluss ist bis heute nicht umgesetzt, und verantwortlich dafür ist Herr Werthebach, der an der Stelle handelt wie Herr Diepgen, nämlich nach dem Prinzip: Hauptsache nichts verändern! - Dass dieser Reformverhinderer heute zum Bürgermeister gewählt wurde, zeigt, dass das Prinzip: "Blockierer werden belohnt!" in diesem Senat leider immer noch regiert. Ich hoffe, das wird sich irgendwann demnächst einmal ändern.

[Beifall bei den Grünen und der PDS] (D)

Angesichts dieser Reformunfähigkeit wirkt es übrigens auch reichlich deplaziert, wenn der Senat und insbesondere die CDU – auch Herr Steffel heute – immer wieder nach Hilfe vom Bund rufen. Die aktuelle Diskussion über die Hauptstadtkultur hat das noch einmal deutlich gemacht. Warum sollte der Bund weitere Millionen DM in das große Berliner Schuldenloch hineinschütten, wenn er nicht einmal ansatzweise erkennen kann, was mit diesem Geld passiert. Wir haben es erlebt in den letzten Wochen: Da wurden von der Kulturverwaltung kurz nacheinander drei verschiedene Listen präsentiert, wo die 100 Millionen DM der Bundeshilfe geblieben sind. Bei einer solchen Blamage darf man sich nicht wundern, wenn sich der Bund mit weiteren Finanzzusagen zurückhält.

Die Klage ist auch deshalb nicht ganz redlich, weil die rotgrüne Bundesregierung gegenüber der Vorgängerregierung schon eine Menge zugelegt hat: Seinerzeit gab es unter der Regierung Kohl 60 Millionen DM, inzwischen bekommen wir 100 Millionen DM. Diese 100 Millionen werden von Herrn Wowereit immer noch als unzureichend bezeichnet. Darüber kann man streiten.

[Wowereit (SPD): Nein! Stimmt es denn nicht?]

Aber wir sollten wenigstens darauf hinweisen, dass es erheblich mehr ist als das, was die Kohl-Regierung getan hat.

[Vereinzelter Beifall bei den Grünen -Wowereit (SPD): Das stimmt!]

Wir sehen also, dass hier noch einiges mehr passieren muss, und wir meinen, dass mit dem Bund verhandelt werden muss, wie das aussieht. Wir schlagen vor, dass der Bund bestimmte Einrichtungen zum Großteil übernimmt – beispielsweise das Konzerthaus am Gendarmenmarkt, die Staatsoper, das Deutsche Theater oder das Jüdische Museum. Vielleicht können wir uns gemeinsam auf diese Forderung einigen. Dann lässt sich vermutlich auch in Verhandlungen mit dem Bund sehr viel mehr erreichen.

Müller-Schoenau

(A) Wir müssen aber auch die Probleme mit unseren eigenen Kultureinrichtungen in Angriff nehmen. Die gegenwärtige Krise dieser Einrichtungen ist nur zu überwinden, wenn man den einzelnen Häusern auch die Möglichkeit gibt, selbst Reformen umzusetzen. Wir müssen beispielsweise bereit sein, uns an der Finanzierung von Überhangpersonal zu beteiligen. Wir können nicht den Häusern die Zuschüsse kürzen und gleichzeitig verlangen, dass sie alle Beschäftigten behalten und am besten auch noch die Tariferhöhungen mit bezahlen. Das passt nicht zusammen. Hier sind die Häuser auf unsere Unterstützung angewiesen. Ich hoffe, dass es möglich wird, in Form eines Personalpools und in Form von Abfindungsfonds gemeinsam zu Lösungen zu kommen, damit die Kultureinrichtungen auch aus eigener Kraft die Möglichkeit finden, sich zu sanieren.

[Beifall bei den Grünen]

Wenn wir unsere überhöhten Ausgaben reduzieren wollen, reicht es eben oft nicht, nur zu kürzen, sondern wir müssen Strukturen reformieren. Ich möchte das an dem Beispiel des Streits um die Kindertagesstätten deutlich machen, weil man da besonders aut erkennt, wie Strukturreform und Kosten bzw. Einsparungen zusammenhängen können: Jeder Kitaplatz in dieser Stadt kostet in staatlicher Regie rd. 12 000 DM und in der Regie von freien Trägern rd. 2 000 DM weniger. Zurzeit gibt es rd. 100 000 Kitaplätze in staatlicher Regie und rd. 40 000 bei den freien Trägern. Nun sagen auch Sie, dass Sie den Anteil der freien Träger erhöhen wollen, aber Sie machen genau das Gegenteil. Seit mehreren Jahren werden Neuanträge auf Einrichtung von Kitas freier Träger nicht mehr genehmigt. Die Warteliste umfasst inzwischen mehrere tausend Plätze. Sie finanzieren stattdessen weiter die teureren staatlichen Kitaplätze. Das widerspricht nicht nur dem einhellig vertretenen Wunsch nach Trägervielfalt, sondern das kostet das Land auch noch Millionenbeträge. Wir fordern Sie deswegen noch einmal auf: Beenden Sie Ihre feindliche Haltung gegenüber den freien Trägern! Nehmen Sie die Anträge der freien Träger auf neue Kitaplätze an. Mittelfristig lassen sich auf diesem Wege auch noch 50 Millionen DM sparen!

[Beifall bei den Grünen]

Was Sie wollen, ist aber noch viel absurder: Sie wollen jetzt, obwohl Sie wissen, dass freie Träger kostengünstiger und effizienter arbeiten als staatliche Einrichtungen, gerade bei diesen freien Träger den Sparhammer schwingen. Sie wollen im Haushaltssanierungsgesetz festlegen, pauschal bei allen Zuwendungsempfängern, in den nächsten drei Jahren die Zuwendungen um jeweils fünf Prozent zu kürzen, obwohl auch Sie genau wissen, dass das für viele freie Träger das Ende wäre. Dann würden viele wichtige soziale und kulturelle Angebote wegfallen und zwar vor allen Dingen für diejenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind: Arbeitslose, Obdachlose, Familien in schwierigen Situationen, Kinder und Jugendliche. Diese Kahlschlagpolitik bei den freien Trägern ist absurd. Sie zerstört dezentrale und kostengünstige Strukturen. Wir fordern Sie deshalb heute noch einmal auf: Nehmen Sie diesen Beschluss zurück, Sie gefährden sonst die Trägerlandschaft in Berlin!

[Beifall bei den Grünen]

Gekürzt wird allerdings nicht nur auf Kosten der freien Träger. Gekürzt wird auch in diesem Jahr wieder auf Kosten der Bezirke. Für die gesetzlich vorgeschriebenen Sozialhilfeausgaben beispielsweise, erhalten die Bezirke in diesem Jahr mehr als 400 Millionen DM weniger als sie im vergangenen Jahr ausgeben mussten. Sie wissen genau: Das ist nicht zu schaffen. – Und dennoch lassen Sie die Bezirke mit diesem Problem in Stich. Genauso ist es mit den Bürgerämtern. Die haben Sie vor der Bezirksfusion großartig versprochen und jetzt sind Sie nicht bereit, sie zu finanzieren. Das ist schäbig, das geht zu Lasten der Angebote für die Bürger. Wir lehnen das ab!

[Beifall bei den Grünen – Wowereit (SPD): Haben wir nicht eine Erhöhung durchgesetzt? – Bm Dr. Werthebach: 4 Millionen DM!] – Man kann natürlich, wenn man anstelle der benötigten 15 Millionen DM nur 2 Millionen DM plant und diese Summe auf 4 Millionen DM erhöht, dies noch als einen Gewinn darstellen, aber Tatsache bleibt, dass sich die Bürgerämter so nicht finanzieren lassen. Das wissen Sie genau!

[Bm Dr. Werthebach: 15 Millionen DM sind doch gar nicht auszugeben!]

Weil es der Senat nicht schafft, die Ausgaben besser in den Griff zu bekommen, setzt er weiter auf den Verkauf von Landesvermögen. Sie wollen in diesem Jahr 2,6 Milliarden DM durch Vermögensveräußerungen einnehmen und es geht wieder einmal um den Verkauf von Wohnungsbaugesellschaften. Sie wollen die GSW mit 60 000 Wohnungen verkaufen, um so auf die Schnelle einige Hundert Millionen DM zu erzielen. Wir halten das für den falschen Weg. Was bringt es, auf diese Art kurzfristig Haushaltslöcher zu stopfen, wenn anschließend die Mieten explodieren und die Sozialhilfeausgaben ebenfalls steigen? – Wenn Wohnungen verkauft werden, dann bitte an die Mieter und Genossenschaften, denen es nicht darum geht, schnelle Gewinne zu machen, nicht aber an Abzocker und Schnäppchenjäger.

[Beifall bei den Grünen -Beifall des Abg. Wolf (PDS)]

Wie sehr die Bau- und Wohnungspolitik in Berlin immer noch Inbegriff für Verschwendung, Filz und Vetternwirtschaft ist, zeigen die vielen Rechnungshofberichte, die wir in den letzten Monaten über die Entwicklungsgebiete erhalten haben. Für die dort aktiven Gesellschaften ist Berlin noch immer ein Schlaraffenland und der Landeshaushalt eine große Kasse, aus der man sich nach Belieben bedienen kann. Da werden Millionen, inzwischen Milliarden DM verpulvert. Allein im Entwicklungsgebiet Adlershof ist mittlerweile mit einem Defizit in Höhe von 1,2 Milliarden DM zu rechnen. Jahrelang hat der Senat dieser Verschwendung zugesehen. Wir meinen: Jetzt ist Schluss! Der Gesamtschaden liegt inzwischen bei rund 2 Milliarden DM, und wir vertreten die Auffassung, zumindest in Adlershof muss jetzt die rote Karte gezeigt werden. Die Verträge mit den Entwicklungsträgern dürfen nicht verlängert werden, hier wären Strafanzeigen gegen die Geschäftsführung wegen Veruntreuung wohl das bessere Mittel.

Eines der größten Finanzierungsrisiken bleibt die Krankenhauspolitik. Die **Krankenhausplanung** sieht die Streichung von rund 4 000 Betten und damit von rund 7 000 Stellen vor. Doch es gibt keinerlei Konzept dafür, wie das umgesetzt werden soll. Ein solcher Abbau erfordert aber ein Konzept, und er erfordert Geld, beides stellen Sie nicht bereit. Seit Jahren werden diese Strukturreformen verschoben, auch hier wieder nach dem Prinzip "Diepgen". Leidtragende hierbei sind die Krankenhäuser. Wenn sich hieran nicht bald etwas ändert, wird es in Kürze Krankenhausschließungen geben und zwar nicht nur einzelne, sondern dutzende.

Wir wollen Ihnen heute aber auch eigene Vorschläge vorlegen. Wir wollen Ihnen zeigen, welches die ersten konkreten Schritte sein müssten, um die Probleme in den Griff zu bekommen. Wir haben entsprechende Anträge gestellt, wir wollen einen Teil des Geldes umverlagern. Wir meinen, es muss etwas dafür getan werden, die verkrusteten Strukturen aufzubrechen. Dafür wollen wir das Geld verwenden, das Sie aus dem Verkauf der Wasserbetriebe bei Seite gelegt haben, für einen sogenannten Zukunftsfonds, von dem noch keiner weiß, was konkret damit passieren soll. Wir wollen damit nicht nur die Neuverschuldung senken, sondern einen Teil investieren. Wir schlagen deshalb vor, 50 Millionen DM für die Ausstattung der Schulen mit Computer und Internetanschlüssen einzusetzen,

[Wowereit (SPD): Das ist zu wenig!]

zusätzlich! – außerdem 40 Millionen DM für Zukunftsinvestitionen, die sich innerhalb von fünf Jahren selbst finanzieren, beispielsweise bei der Polizei, wo angeblich 700 Stellen gespart werden könnten, wenn zuvor die Technik modernisiert würde. Das sind unsere konkreten Vorschläge: Mehr Geld für Compu-

367

Müller-Schoenau

(A) terausstattung, Geld für Investitionen und ein Abfindungsfonds, mit dem der Personalabbau bei nachgeordneten Einrichtungen erleichtert werden könnte. Das sind aus unserer Sicht die konkreten Maßnahmen, die in Angriff genommen werden müssten. Wir fordern Sie auf: Stimmen Sie unseren Vorschlägen zu! Wir müssen mit den Reformen endlich beginnen, es reicht nicht nur, darüber zu reden! – Danke schön!

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Vizepräsident Momper: Danke schön, Herr Kollege! – Das Wort hat nunmehr für die Fraktion der SPD der Kollege Wowereit. Bitte schön!

Wowereit (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befinden uns immer noch in der Haushaltsdebatte. Am Anfang meiner Rede möchte ich nicht versäumen, wie auch andere Redner es schon getan haben, Dank zu sagen. Dank zuerst an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Haushaltsberatungen vorbereitet haben. Das sind zum einen die Verwaltungen, die uns zugearbeitet haben. Ich weiß, wie schwer das teilweise ist, weil wir sehr viele Berichte angefordert haben. Da zeigt sich auch, dass Verwaltung leistungsfähig ist in dieser Stadt und nicht so schlecht, wie es immer öffentlich dargestellt wird. Hier ist die Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt worden. Dafür recht herzlichen Dank!

Ich möchte mich persönlich bei Herrn Schreiber bedanken und bei den vielen Protokollführerinnen und Protokollführern, die es in kurzer Zeit geleistet haben, die umfangreichen Inhaltsprotokolle zu erstellen. Ich weiß, dass nicht alle sie lesen, aber trotzdem, für die Interessierten ist es ganz wichtig, dass sie angefertigt werden. Das ist ein hartes Brot und es ist wieder hervorragend gelaufen.

[Allgemeiner Beifall]

Die Haushaltsberatungen sind dieses Mal insgesamt geräuschloser gelaufen, das hat selbst die Opposition hier bescheinigt, und zwar nicht nur im Senat, sondern auch im Hauptausschuss.

[Wieland (Grüne): Weil die Konflikte stets unter der Decke gehalten worden sind!]

Das lag zum größten Teil daran, dass die **Eckdaten des Haushalts** bereits im letzten Jahr gesetzt und dass sie durch die Koalitionsverhandlungen konkretisiert worden sind.

[Wieland (Grüne): Es sind alles ungedeckte Schecks!]

Und dies war auch gut so. Es hätte keinen Sinn gemacht, eine Koalitionsvereinbarung abzuschließen, die sich darum gedrückt hätte, auch die wesentlichen Eckdaten des Haushalts mit festzulegen. Dann wäre der Streit in der Tat programmiert gewesen.

[Wieland (Grüne): Das sah Frau Fugmann-Heesing aber ganz anders!]

- Frau Fugmann-Heesing hat das überhaupt gar nicht anders gesehen, lieber Kollege Wieland. Frau Fugmann-Heesing hat ganz wesentlich dazu beigetragen, dass man sich tatsächlich nicht um die Wahrheiten herumgemogelt hat, sondern dass sie in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen worden sind.

[Beifall bei der SPD - Wieland (Grüne): Früher hätten wir so etwas ausgehandelt, hat sie gesagt!]

Diese Eckdaten sagen nach wie vor, dass es finanzpolitisch riesige Probleme gibt in dieser Stadt, die zu lösen angesagt ist. Es macht nichts, wenn man das auch beim Wort nimmt und die Probleme in dieser Stadt offenlegt. Es hilft nichts, Probleme auszusitzen und es hilft auch nicht, so zu tun, als hätten wir keine Probleme und stattdessen Zusagen zu machen – das schöne Wort "Bemühenszusage" ist hier schon häufiger gefallen – oder zu sagen, wir vertagen alles auf das Jahr 2005, da wird es automatisch alles besser werden.

Herr Steffel hat völlig recht, dass er als etwas jüngerer Abgeordneter sagt, die junge Generation lässt es sich nicht länger gefallen, dass wir zu Lasten der künftigen Generation bequem

leben und uns vor den Entscheidungen drücken. Nein, wir müssen sie heute anpacken.

[Beifall bei der SPD und der CDU – Zurufe der Abgn. Frau Oesterheld (Grüne) und Müller-Schoenau (Grüne)]

Deshalb können Haushaltsberatungen nicht nur Freude machen. Es gab Jahrzehnte in dieser Stadt, in denen diese Stadt zu über 50 Prozent vom Bund alimentiert worden ist, wo Haushaltsberatungen so nach dem Motto abliefen: Was möchtest du denn gern noch für deinen Wahlkreis haben. Herr Wieland, hätten Sie gern für Ihren Wahlkreis etwas?

[Wieland (Grüne): Das Beispiel ist falsch!]

- Natürlich bekommen Sie es, wenn Sie etwas für meinen Wahlkreis geben.

[Wieland (Grüne): Das war bei Ihnen im Bezirksamt so!]

So war die Mentalität in den vergangenen Jahrzehnten. Das hat teilweise dazu geführt, dass wir in der Situation sind, in der wir uns heute befinden. Es war ein mühsamer Prozess, der seit 1996 eingeleitet worden ist, auch in diesem Haus eine Sensibilität dafür zu erwecken, dass es tatsächlich nicht so weitergeht, sondern dass wir alle die Verantwortung dafür tragen, vernünftig mit den Ressourcen dieser Stadt umzugehen.

Wir haben jetzt den fünften oder eigentlich sogar sechsten, wenn man den Nachtragshaushalt des Jahres 1996 dazu zählt, Konsolidierungshaushalt, der vorgelegt worden ist. Machen wir uns doch nichts vor! Wir haben in den vergangenen Jahren Einschnitte gemacht. Das hat zu Protesten geführt; die jüngsten haben wir gestern gesehen. Aber wer hat denn wirklich geglaubt, dass diese Absenkungsraten, diese Defizitlücken so zu schlie-Ben sind, dass es keiner merkt in dieser Stadt? Wie soll denn das gehen? - Wir müssen zwangsweise harte Entscheidungen treffen, und aus meiner Sicht haben wir das noch nicht gründlich genug gemacht. Ist denn diese Stadt in den letzten vier Jahren trotz aller harten Sparbeschlüsse zusammengebrochen? Sind wir denn nicht mehr in der Lage gewesen, die dringenden Dinge in dieser Stadt zu finanzieren, wie Sozialhilfe für die Menschen, die Hilfe brauchen? Waren wir nicht in der Lage, auch ein angemessenes Angebot im Krankenhausbereich zu machen? Waren wir nicht in der Lage, auch notwendige Bauvorhaben durchzuführen? - Wir haben doch vieles auf den Weg gebracht und finanziert! Es ist doch nicht die Katastrophe in dieser Stadt ausaebrochen!

[Zuruf der Frau Abg. Paus (GRÜNE)]

Das zeigt andererseits auch wieder, dass es a) verantwortungsvoll war, dass es b) aber auch sicherlich noch nicht das Ende ist. Viele sagen: "Wir sind am Ende der Fahnenstange angelangt."

[Zurufe von den Grünen]

Nein, da sind wir noch nicht – auch mit der Sparpolitik nicht, lieber Herr Müller-Schoenau! Wir haben noch einen großen Weg hinter uns zu legen. Wir haben in den Koalitionsvereinbarungen festgelegt, dass bis zum Jahr 2009 die Konsolidierung erfolgt sein soll in der Weise, dass wir dann zu dem Punkt gekommen sind, dass Ausgaben und Einnahmen sich decken – ohne die Vermögensaktivierung und ohne die Netto-Kreditaufnahme. Erst im Jahr 2009 – bis dahin verschulden wir uns weiter, das daff keiner übersehen. Und das bedeutet das tägliche Ansteigen von Zinszahlungen, die wir leisten müssen. Was könnten wir heute alles machen mit über 4 Milliarden DM Zinsen, die wir für die angehäuften Schulden zahlen müssen? –

[Zuruf der Frau Abg. Oesterheld (Grüne)]

Wir würden doch über den Wissenschafts-Kultur-Etat gar nicht in dieser Art und Weise diskutieren! Den gesamten Etat könnten wir damit finanzieren – die indirekte Verschuldung aus der Wohnungsbauförderung der letzten Jahrzehnte gar nicht mit eingerechnet! Deshalb gibt es zu dem Konsolidierungskurs, den Frau Fugmann- Heesing hier begründet hat, keine Alternative, und ich bin froh darüber, dass Herr Kurth als der Amtsnachfolger diesen Weg auch konsequent weitergehen will.

[Beifall bei der SPD - Vereinzelter Beifall bei der CDU]

(A) Vieles ist erreicht worden, aber vieles wird auch noch zu tun sein. Und daran müssen wir uns alle beteiligen.

Wir haben immer noch die Situation, dass wir teilweise so tun, dass der öffentliche Bereich dieser Stadt abgeschottet ist von der Realität außerhalb des öffentlichen Bereichs. Wir tun immer noch so, als ob wir in einer Traumwelt leben, wenn wir über bestimmte Maßnahmen auch im öffentlichen Dienst reden, was in der Privatwirtschaft mittlerweile gang und gäbe ist.

[Beifall bei der SPD - Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Es kann nicht mehr so bleiben. Das ist doch nicht zur Schikane der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im öffentlichen Dienst! Man muss einmal erkennen, was in Privatbetrieben, bei den Banken, bei anderen großen Einrichtungen passiert: Dort explodieren die Personalkosten, und man muss darauf antworten; dort werden intelligente Lösungen zusammen mit den Personalvertretungen gefunden, wie man im Interesse des Unternehmens etwas gestaltet, was nicht mehr auf dem alten Standard sein kann. Und wenn wir die Verwaltung des Landes Berlin als öffentliches Unternehmen betrachten, ist es dringend notwendig, dass der Unternehmensvorstand für den öffentlichen Dienst, der Innensenator Werthebach, sich mit den Gewerkschaften an einen Tisch setzt und darüber nachdenkt: Wie kann ich es erreichen, dass die einzige Antwort zur Begrenzung der Personalkostensteigerung nicht immer Stellenstreichen ist? Wie können wir Personalkosten reduzieren? Wir wollen keine Stellenstreichung, wir wollen Personalkostenreduzierung.

[Beifall bei der SPD – Vereinzelter Beifall bei der CDU – Beifall des Abg. Wolf (PDS)]

Dann gibt es auch keine Diskussion mehr über betriebsbedingte Kündigungen. Betriebsbedingte Kündigungen können nur das letzte Mittel sein. Und wenn es nicht gelingt, uns allen die starren Barrieren des Beamtenrechts, des Tarifrechts im öffentlichen Dienst zu überwinden, dann wird das Unternehmen Verwaltung zwangsläufig früher oder später in Konkurs gehen müssen.

B) [Beifall bei der SPD – Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Warum wird denn über so viele Ausgründenden diskutiert, ob das bei den ehemaligen Eigenbetrieben der Fall ist oder in anderen Bereichen? – Doch nur deshalb, weil wir uns offensichtlich selbst mit unseren Strukturen eine Schlinge um den Hals gelegt haben, aus der wir uns ganz schwer befreien können. Das liegt aber nicht an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sondern es liegt zum größten Teil an den Führungskräften. Da muss man anfangen, und da muss auch mehr Mut da sein.

[Beifall bei der SPD]

Und deshalb, Herr Werthebach: Sie müssen endlich den Mut haben, das, was wir seit Jahren fordern, den Solidarpakt im öffentlichen Dienst, auch anzugehen. Und das auch mit Gewerkschaften, die zu erkennen geben, dass sie bereit sind, auch harte Maßnahmen mitzumachen, wenn es im Interesse der Sache ist und wenn dadurch etwas erreicht werden kann, worauf wir alle dringend angewiesen sind: dass junge Menschen wieder den Zugang zum öffentlichen Dienst bekommen. Wir können es nicht mehr weiter hinnehmen, dass Generationen vom öffentlichen Dienst ferngehalten werden. Wir brauchen die neuen Ideen; wir brauchen die bessere Ausbildung und die Innovationen, die auch durch jüngere Generationen im öffentlichen Dienst einen Modernisierungsschub hervorrufen, den wir uns alle dringend wünschen.

[Beifall bei der SPD – Vereinzelter Beifall bei der PDS – Cramer (Grüne): Aber es geht um die Arbeitszeitverlängerung!]

Aussitzen hilft da nichts mehr; es ist ein Gesamtkonzept erforderlich. Wir hatten Anhörungen dazu schon in der letzten Legislaturperiode. Man kann einiges in dieser Hinsicht machen. Es gibt Vorbilder, wie man es sozialverträglich machen und wie man tatsächlich alle mit auf den Weg nehmen kann.

[Wieland (Grüne): Dann mach' doch!]

Die Stadt Berlin hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass sie in der bundesrepublikanischen Gesellschaft immer ein Brennpunkt war für die Entwicklungen, die sich nur in Berlin so abzeichnen, in keinem anderen Teil der Bundesrepublik. Das, was hier mit der Einheit passiert ist, und das, was wir an Aufbauleistung zu erbringen hatten, hat kein anderes Bundesland – weder ein altes noch ein neues – erbringen müssen. Keine Kommune hatte solch eine Herausforderung wie die Stadt Berlin, wie das Land Berlin. Dass das in einer sozialen Einheit und auch in einer sozialen Ausgeglichenheit geschah, ist auch ein Erfolg dieser Stadt und auch ein Erfolg der Politiker und Politikerinnen in dieser Stadt. Wir müssen uns von draußen auch nicht klein reden lassen. Herr Müller-Schoenau fing schon an und redete nur noch von "provinziell" in dieser Stadt. Wir sind keine Provinz!

[Beifall bei der SPD und bei der CDU – Heiterkeit bei den Grünen]

Darüber können Sie lachen, Herr Wieland. Das würde bedeuten, dass Sie der erste Provinzpolitiker sind!

[Verstärkter Beifall bei der SPD und bei der CDU]

Ich kann gar nicht verstehen, wie solch eine Provinzdame wie Frau Künast sich anschickt, Bundesvorsitzende der Grünen zu werden, wenn sie so provinziell ist!

[Beifall bei der SPD und bei der CDU]

Den Berlinern sagt man manchmal nach, dass sie ein bisschen überheblich seien; aber manchmal habe ich auch den Eindruck, dass sie sich klein machen. Wenn ich mich mit den Kollegen aus den anderen Bundesländern treffe oder wenn ich andere Landesregierungen sehe – dahinter müssen sich doch die Berliner Landesregierung und das Berliner Landesparlament nicht verstecken!

[Starker Beifall bei der SPD und bei der CDU – Zuruf des Abg. Cramer (Grüne)]

Und auch gegenüber dem Bundestag nicht! Mit aller Bescheidenheit, die wir Berliner immer zeigen -

[Heiterkeit bei den Grünen] (D)

ein bisschen Selbstbewusstsein kann nicht schaden!

[Wieland (Grüne): Wenigstens Sie finden den Senat gut!]

Auch andere kochen nur mit Wasser, und die Probleme, die wir haben und die vor uns stehen, hat kein anderer bisher zu bewältigen gehabt. Diesen Herausforderung haben wir uns gestellt. Dass das alles für manche nicht schnell genug geht und dass man radikaler herangehen müsste – dafür bin ich sehr. Nur wissen wir aber auch, wenn man das tut, dann sitzen 45 000 Arbeitnehmer auf der Straße, um es vorsichtig zu formulieren. Und dann gibt es die ersten, die dann sagen: "So geht das alles nicht!" Aber wie es gehen soll, wird auch wiederum nicht gesagt.

Wir müssen sehen, dass wir in dieser Stadt etwas schaffen, was die Grundlagen verbessert – in erster Linie einen wirtschaftlichen Erfolg. Dann erledigen sich viele Probleme von selbst. Wenn wir weiterhin wirtschaftspolitisch am Ende der Skala liegen, wenn der wirtschaftliche Aufschwung in dieser Stadt nach wie vor im Schneckentempo vorangeht im Vergleich zu anderen Regionen, wird diese Stadt aus eigener Kraft nicht in der Lage sein, die notwendigen Finanzierungen vorzunehmen. Hier muss der Ansatzpunkt sein. Aber da ist Wirtschaftsförderung ein schwaches Instrumentarium. Und Wirtschaftsförderung muss so angesetzt werden, dass sie in Zukunftsbranchen investiert und nicht in die Bereiche, die ihre Arbeitsplätze über kurz oder lang abbauen. Da sind die mehreren hundert Millionen DM, die dort hineingesteckt werden, Fehlinvestitionen.

[Beifall bei der SPD]

Und auch Wirtschaftsförderprogramme sind nicht immer nur dadurch gut, dass man sie neu auflegt und dass sie erweitert werden, sondern man muss auch einmal überprüfen, ob sie tatsächlich etwas gebracht haben –

[Frau Martins (Grüne): Tun Sie das doch! - Cramer (Grüne): Genau!]

nämlich für den Erhalt der Arbeitsplätze in dieser Stadt.

(A)

Gleiches gilt auch für **Arbeitsmarktförderprogramme.** Auch da muss man kritisch hingucken, ob alles, was wir dort finanzieren, zielgerichtet ist.

[Zurufe von den Grünen]

Es kann nicht sein, dass Sie – nur weil es Arbeitsmarktförderung ist – sagen: "Es ist alles gut", liebe Opposition! Das kann es nicht sein. Wir brauchen eine Überprüfung; wir brauchen einen intelligenten Einsatz; und wir müssen in die Bereiche investieren, wo wir die Sicherheit haben, noch etwas weiter zu gestalten.

[Cramer (Grüne): Das reden wir seit zehn Jahren!]

Selbstverständlich ist diese Stadt darauf angewiesen, dass sie international wahrgenommen wird. Und das wird sie – Gott sei Dank – auch.

Diese Stadt ist nach wie vor eine spannende Stadt und Gott sei Dank kommen immer mehr Menschen in diese Stadt, finden sie so toll, dass sie hier ihren Urlaub verbringen, für's Wochenende herkommen, die kulturellen Einrichtungen besuchen, wollen einfach auch nur diese Stadt erleben mit ihrer Theater- und Kneipenlandschaft, die sich abhebt von der anderer Städte in dieser Republik und der anderer Städte in Europa. Dies ist gut so und muss unterstützt werden. Dazu brauchen wir in erster Linie keine Wirtschaftsförderprogramme, sondern müssen unternehmerfreundlich sein in der Weise, dass man Baugenehmigungen gibt, dass man Schankerlaubnisse erteilt und nicht bürokratische Hindernisse aufbaut, sondern zeigt, dass man hier tatsächlich Metropole sein will. Dies sollte man unterstützen.

[Beifall bei der SPD]

Der Kulturbereich ist lange angesprochen worden. Wir hatten eine besondere Sitzung dazu. Da ist schon vieles gesagt worden. Es hat sich aber durch die Wahl heute auch gezeigt, dass wir einen dringenden Handlungsbedarf haben. Dies kann nicht mehr nach dem alten Mechanismus ablaufen: "Wir brauchen mehr Geld!" Einen Kultur- und Wissenschaftssenator zu berufen, der sagt, er brauche mehr Geld, das kann fast jeder. Das ist eine der leichtesten Übungen. Auch Kulturmenschen in dieser Stadt müssen zur Kenntnis nehmen, obwohl Kultur ein Schwerpunkt dieser Stadt sein muss, obwohl alle kulturellen Einrichtungen erhalten bleiben müssen, und auch Kraft geschaffen werden muss, dass wir neue Institutionen fördern können, ist auch Kultur eingebettet in den Gesamthaushalt.

Wenn es im diesjährigen Haushalt erreicht worden ist, dass 20 Millionen DM mehr zur Verfügung stehen, dann bedeutet das eine absolute Schwerpunktsetzung im Vergleich zu anderen Bereichen, die radikal gekürzt worden sind. Das sollte man auch nicht klein reden. Es ist ein Erfolg. Und es wird ein weiterer Erfolg sein, da hoffe ich, dass Herr Kollege Landowsky Recht hat, dass ihm der Finanzsenator zugesichert hat, dass es im nächsten Jahr keine Kürzungen im Kulturetat geben wird. Das ist das richtige Signal. Deswegen darf sich aber keiner zurücklehnen. Strukturveränderungen sind deshalb trotzdem notwendig.

[Beifall bei der SPD - Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Strukturveränderungen beziehen sich nicht nur darauf, dass man einen Abfindungstopf schafft, Herr Müller-Schoenau.

[Müller-Schoenau (Grüne): Aber auch!]

- Das werden wir im Detail noch einmal diskutieren.

[Cramer (Grüne): Haben Sie doch schon lange diskutiert!]

Wir müssen endlich einmal zu einer Diskussion kommen und die öffentlichen Beschimpfungen beenden, sowohl der Politik gegen die Intendanten oder anderen, aber auch umgekehrt. Wir brauchen jetzt eine Phase, in der man in Ruhe analysiert, was in den Spielstätten zu tun ist, und zwar gezielt für jedes einzelne Haus.

[Cramer (Grüne): Das machen Sie seit zehn Jahren!]

Dann kann man viel Luft rausnehmen. Wenn daran alle mitarbeiten, dann werden wir das Problem Kulturfinanzierung auch in den Griff bekommen. Da bin ich mir ganz sicher, aber nicht, wenn das nach dem alten System: "Ich brauche mehr Geld!" läuft und nach "Das ist mein Freund, das ist dein Freund!" Das kann so nicht klappen.

Meine Empfehlung an den neuen Kultursenator: Jeder Kultursenator setzt sich zusammen mit den Intendanten, ich gebe Ihnen einmal einen Rat: Setzen Sie sich einmal mit den Beschäftigtenvertretungen zusammen.

[Beifall bei der SPD]

Da werden Sie vieles erfahren, was in den Häusern läuft, das Sie nicht von Ihren Mitarbeitern, nicht von den Intendanten und nicht im Kulturausschuss erfahren werden. Die können Ihnen sagen, wo noch Luft ist. Da muss man nicht immer betriebsbedingt kündigen und Kürzungen auf dem Rücken der Kleinsten austragen. Nein, da kann man sie einmal fragen, wo Schlendrian in den Häusern ist. Da werden Vorschläge kommen, die man positiv umsetzen kann. Natürlich soll man sie auch mit den Intendanten diskutieren. – Das wäre einmal eine ganz spannende Sache, wenn der Unterausschuss Theater nicht nur die Intendanten einladen würde, sondern auch die Personalrats- oder Betriebsratsvorsitzenden.

[Beifall der Frau Abg. Anding (PDS) – Hoff (PDS): Das haben wir vorgeschlagen, Sie haben es abgelehnt!]

Dann würde man schon einiges anderes hören, da bin ich ziemlich sicher.

Wir müssen uns auch mit dem **Bund** auseinander setzen. Ich bleibe dabei: Die 100 Millionen DM **Hauptstadtkulturförderung** des Bundes sind nicht angemessen.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Das habe ich auch Herrn Naumann gegenüber gesagt, da mache ich auch keinen Hehl daraus, ob das eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung ist oder eine CDU-geführte Bundesregierung. Im Vergleich zu den 130 Millionen DM, die die Stadt Bonn bekommen hat, ist das zu wenig. Nur können wir das hier postulieren, wir werden – so die Erkenntnisse – erst einmal nicht mehr bekommen, es sei denn, dass der Bund tatsächlich über seinen Schatten springt.

[Wieland (Grüne): Weil man auch vernünftig mit ihm reden muss, nicht den großen Diepgen hinschicken!]

Aber eins muss klar sein: Der Dauerstreit mit dem Bund muss beendet werden, wir müssen klare Vereinbarungen bekommen. Die müssen für das Jahr 2000 getroffen werden, das ist auch noch nicht unterschrieben, und sie müssen auch für die Jahre 2001 ff. verfestigt werden. Da gibt es Vorschläge.

[Wieland (Grüne): Er geht ja nicht einmal selbst in den Kulturausschuss, er schickt seinen Sheriff hin!]

 Ja, Herr Wieland, wenn wir uns erlauben würden, in unseren Kulturausschuss jemanden von der Bundesseite zu zitieren, und der kommt dann nicht, dann können wir auch ein Spiel daraus machen, das sollten wir mal beiseite tun.

[Wieland (Grüne): Herr Naumann ist in den Berliner Kulturausschuss gekommen!]

 Nicht dass da Prestigedenken da ist, Herr Stölzl wird sicher auch in den Bundestag gehen und für die Sache Berlins kämpfen. Die Sache Berlins wird dadurch aber nicht besser, Herr Wieland, dass Sie so tun, als ob hier unberechtigte Forderungen erhoben würden.

[Cramer (Grüne): Die Art und Weise war doch unverschämt!]

 Herr Cramer, ich habe ja zur Kenntnis nehmen müssen, dass Sie im Kulturausschuss sitzen, Sie sollten sich aber doch lieber auf verkehrspolitische Themen beschränken.

[Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der CDU]

Das ist zwar auch schon schlimm, aber da kann man ja noch sagen, dass eine jahrzehntelange Erfahrung da ist.

Der Vertrag mit dem Bund muss gemacht werden. Da geht es nicht um Eitelkeiten. Wenn der Bund sagt, er wolle 20 Millionen DM in den **Hauptstadtkulturfonds** packen und das soll dem Landeshaushalt zukommen, dann ist das akzeptabel. Wenn der Bund sagt, er wolle wissen, wo die 80 Millionen DM hingehen, dann ist das auch akzeptabel. Über den Vorschlag, ganze

(B)

(A) Einrichtungen in die finanzielle Zuständigkeit des Bundes zu übergeben, braucht man sich nicht zu streiten. Es gibt in diesem Haus hoffentlich keinen Streit, dass das Jüdische Museum in die Bundeszuständigkeit kommt, da gibt es keinen Streit. Dass wir das Haus der Kulturen der Welt vom Bund hundertprozentig finanzieren lassen, da gibt es keinen Streit.

[Landowsky (CDU): Ja!]

Da könnte ich weitermachen. Da muss man sich zusammensetzen und sachlich diskutieren und kommt dann zu Regelungen, die dazu führen, dass man sich nicht öffentlich streitet und schon gar nicht zwischen den Menschen in der Stadt, die hier Kultur zu ihrem Anliegen gemacht haben. Zurzeit streiten sich die Kulturpolitiker des Bundes und des Landes, da muss man ein Ende finden, deshalb muss man da hin kommen.

[Wieland (Grüne): Dann kommen Sie mal hin, Sie regieren hier mit, Sie regieren im Bund mit!]

Strukturreformen sind notwendig. Ein Senator hat sie gemacht. Er hat den Mut gehabt, auch am Anfang seiner Legislaturperiode zu sagen, er könne nicht alles versprechen, er müsse auch an die Strukturen herangehen. Durch den gestrigen Streik der Lehrerinnen und Lehrer – und zuvor die für mich noch beeindruckendere von den Eltern organisierte Demonstration am Samstag – ist deutlich geworden, was das bedeutet für den Bildungsbereich und was es für einen Senator bedeutet, der eine Fachverantwortung hat. Nur sind hier keine Stellen gestrichen worden. Hier hätte es eines Aufwuchses von 1 200 Stellen bedurft trotz sinkender Schülerzahlen. Hier hat der Senator doch Verantwortung übernommen, wenn er vor dieses Parlament getreten ist und gezeigt hat, wie er in seinem Ressort etwas machen kann, ohne die alte Plattitüde: "Ich brauche mehr Geld!"

[Hoff (PDS): Hat er ja nicht getan!]

Da hat er einen mutigen Schritt getan, der in dieser Situation nicht anders ging. Dabei hat er auch die Unterstützung der SPD-Fraktion. Das sage ich hier ganz deutlich.

[Beifall bei der SPD]

Das ist zwar keine Freude, und ich sage auch klipp und klar: Ich verstehe, warum Lehrerinnen und Lehrer sich besonders bestraft fühlen, weil es in der Tat eine Einzelmaßnahme ist. Es gibt keine generelle Arbeitszeiterhöhung für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst, es ist eine gezielte für Lehrerinnen und Lehrer.

Ich glaube auch, dass die meisten Lehrerinnen und Lehrer, die gestreikt haben, dies nicht getan haben, weil sie für sich etwas erreichen wollten, weil sie dachten, die Stunde mehr sei nicht zumutbar – das vielleicht auch –, aber sie haben auch gestreikt, weil sie auf eine Situation in den Berliner Schulen hinweisen wollten, wo sie in Angst und Sorge sind um die Bildungschancen der Menschen, die ihnen anvertraut sind. Das unterstelle ich auch jedem, der sich da engagiert. Und ich finde es auch gut, dass sie protestiert haben.

Ich finde es aber nicht gut, dass sie einen Streik gemacht haben. Der Streik ist rechtswidrig, und so muss er auch behandelt werden, da gibt es nichts zu vertun.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Dagegen gibt es Maßnahmen, die man anwenden muss. Das sind Gehaltsabzug und eine schriftliche Missbilligung. Das wird der Schulsenator auch so machen müssen. Das ist keine Bestrafungsaktion, das ergibt sich aus dem Status und dem Beamtenrecht.

Dennoch muss im Bildungsressort etliches getan werden. Wir haben es getan. Es wird immer vergessen, dass wir 100 Millionen DM eingestellt haben pro Jahr, dieses Jahr beginnend für die nächsten Jahre der Legislaturperiode. 500 Millionen DM für ein **Schulanlagen- und Sportanlagensanierungsprogramm:** Warum wird denn das in den Schulen nicht zur Kenntnis genommen? Das ist doch auch kein Pappenstiel: 500 Millionen DM zusätzlich.

[Beifall bei der SPD - Vereinzelter Beifall bei der CDU - Spindler (PDS): Geben Sie das den Bezirken!]

Wir haben im Jugendressort 42 Millionen DM für die Kitas (C) umgeschichtet, hauptsächlich aus dem Bauressort. Das ist ein Schwerpunkt. Das heißt, im Haushalt Schule, Jugend und Sport gibt es Steigerungsraten.

[Zuruf der Frau Abg. Dr. Barth (PDS)]

Die inhaltliche Debatte darüber, was an der Schule reformiert werden kann, ist zu führen: mit den Schulen, mit den Gewerkschaften, mit den Eltern und mit den Schülervertretungen. Aber das muss nicht immer mehr Geld bedeuten, sondern da ist Innovation gefragt.

Das Programm "Computer an die Schulen" muss unterstützt werden. Ich finde den Vorschlag, mehr als 50 Millionen DM auszugeben, richtig aber, das ist zu wenig, das reicht nicht aus.

[Müller-Schoenau (Grüne): Dann stimmen Sie doch zu!]

Wir sollten wirklich darüber nachdenken, ob aus dem Zukunftsfonds, aus den Erlösen der Wasserbetriebe 100 Millionen DM in dieses Computerprogramm investiert werden können.

[Beifall bei der SPD – Beifall der Abgn. Frau Herrmann, Barbara (CDU) und Mierendorff (CDU) – Müller-Schoenau (Grüne): Das wollen wir doch genau! – Zuruf der Frau Abg. Martins (Grüne)]

Da sollten wir über unseren Schatten springen.

Das ist doch in vornehmster Weise Zukunftsförderung. Und es ist doch ein Unding, dass der Bildungsminister Rüttgers, der es in der Vergangenheit verpennt hat, heute mit der Parole "Kinder statt Inder" in den Wahlkampf zieht, statt dass er unsere Gesellschaft fit gemacht hätte für die neuen Technologien.

[Beifall bei der SPD]

Wenn er es nicht geschafft hat, dann haben wir doch den Mut, es zu tun, nehmen wir es aus dem Bereich heraus und investieren es in die Schulen, die dort hereinkommen!

Lassen Sie mich auch noch ein Wort zur PDS sagen.

Vizepräsident Momper: Herr Kollege! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Müller-Schoenau?

Wowereit (SPD): Nein, tut mir Leid; sonst immer gern, aber ich habe nur noch wenige Minuten. – Noch ein Wort zur **PDS**. Wir hatten in den letzten Monaten so ein Frühlingsgefühl gehabt, als wir in den Zeitungen den Kollegen Landowsky und Herrn Gysi sehen konnten. Da hat er ja sicherlich viel Ärger gekriegt in seiner eigenen Partei.

[Landowsky (CDU): Das lassen Sie mal meine Sorge sein!]

Herr Gysi hat auf dem Parteitag der PDS erklärt, worum es ihm dabei ging, Herr Landowsky. Ich nehme an, Sie haben es mitbekommen, dass Sie ein Hauptthema auf dem Parteitag waren; Sie sind dort erwähnt worden von Herrn Gysi, der hat gesagt: Sie haben sich praktisch bewegt, nicht er hat sich bewegt. Da waren wir auch zufrieden, dass das Enttabuisieren des Themas PDS auch in Berlin möglich ist. Das konnten höchstwahrscheinlich nur Sie machen. Dafür sind wir Ihnen nach wie vor dankbar.

[Beifall bei der SPD]

Nun haben Sie natürlich wieder die Kehrtwende gemacht. Aber dass es gleich dazu führt, dass durch diese Umarmungstaktik diejenigen Kräfte in der PDS die Oberhand haben, die man gar nicht haben wollte, das ist natürlich bedauerlich.

[Zuruf des Abg. Landowsky (CDU)]

Aber ohne die Galionsfiguren Gysi und Bisky zeigt sich auch seit dem letzten Wochenende schonungslos, was die PDS eigentlich ist: eine tief zerrissene Partei, die noch gar nicht in der Bundesrepublik angekommen ist,

[Beifall bei der SPD und der CDU]

(A) und wo nach Gysis eigenen Worten – Zitat Gysi – die Gruppe derjenigen immer größer wird, die dort auch gar nicht ankommen wollen. Kein geringerer als Gysi selbst befürchtet, dass die PDS als Sekte untergehen kann. Ich kann den Interviewartikel aus der "Süddeutschen" noch einmal hoch halten. Er schließt auch eine künftige Allianz von Kommunistischer Plattform, versprengten K-Gruppen und ergrauten SED-Funktionären, die von den alten Dogmen nicht lassen wollen, nicht aus. – Ich muss sagen, ich habe ja beobachtet: Herr Brauer hat sehr verhalten geklatscht, als Gysi geredet hat.

Herr Wolf, es ist immer ganz schön, dass Sie den liberalen PDSler in dieser Stadt geben. Aber ich habe nach dem Parteitag leider die Befürchtung, dass nicht nur an der Basis, sondern bis hin zum Bundesparteitag Ihre liberalen Auffassungen eben nicht die Basis der PDS darstellen.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Und solange das so ist, brauchen Sie sich auch nicht zu wundern, dass es in den alten Mechanismen läuft. Sie haben etliches zu tun in Ihrer Partei.

[Hoff (PDS): Quatsch!]

Die SPD-Fraktion erklärt hier ganz eindeutig: Wir werden an unserem Versprechen festhalten, dass wir Ihre Anträge sachlich prüfen werden. Wir werden nicht einfach alles ablehnen, nur weil es von der PDS kommt. Aber Ihre Aufgabe ist es, tatsächlich zu beweisen, dass das, was Sie durch Ihre Galionsfiguren vorgegeben haben, programmatisch Ihr Teil ist, dass Sie auf dem Weg sind zu einer Linkspartei in der demokratischen Gesellschaft.

[Spindler (PDS): Sind wir!]

Da haben Sie also einiges zu tun. Und ich denke, da müssen Sie noch einige Beweise bringen. Ich glaube, der Parteitag hat Sie, Herr Wolf, sicherlich ganz schön betroffen gemacht, andere in Ihrer Fraktion sicherlich weniger. Aber es war ein Rückschritt, das muss man deutlich sagen. Und ich glaube, das hat insgesamt dem politischen Klima in dieser Stadt geschadet.

[Zuruf des Abg. Brauer (PDS)]

- Ja, Herr Brauer, wir haben ja immer ein besonderes Verhältnis miteinander. Sie sind ja sicherlich die Erneuerung dieser Partei.

[Gelächter bei der CDU]

Das habe ich auch schon festgestellt, das haben wir zumindest im Hauptausschuss ganz deutlich gemerkt.

Also, ich würde sagen, wir haben vieles zu tun, und wir müssen die großen Themen auch noch anpacken in dieser Stadt, das ist nach wie vor immer noch die **Fusion Berlin-Brandenburg**. Es war schon zeitweise der Eindruck in der Stadt entstanden, als ob das alles beschlossene Sache ist. Die PDS hatte sich bewegt, Herr Schönbohm hatte was erklärt, die SPD hat was erklärt; da dachte man, alle sind sich einig. Ich bin leider nach den Erfahrungen der letzten Wochen wieder skeptischer geworden, ob das tatsächlich der gemeinsame Wille ist. Ich halte es nach wie vor für dringend erforderlich, dass wir an dem Ziel, ein gemeinsames Bundesland Berlin-Brandenburg, festhalten und dass wir es nach vorn bringen.

[Beifall bei der SPD - Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Das ist eine Aufgabe für diese Region, denn wir sind nicht nur Hauptstadt, wir sind auch Hauptstadtregion. Und das, was wir uns wirtschaftlich wünschen, ist nur zu erreichen, wenn wir tatsächlich gemeinsam als ein starkes Bundesland arbeiten. Die SPD-Fraktion wird weiter daran arbeiten. Wir sind auch nach wie vor für eine **Enquete-Kommission** zwischen den beiden Bundesländern. Ich sage aber auch ganz deutlich: Ich sehe noch nicht, ob wir eine Mehrheit in den beiden Parlamenten dafür bekommen. Daran müssen wir arbeiten, dazu wollen wir unseren Beitrag leisten.

Es wird heute noch über die einzelnen Pläne detailliert diskutiert werden müssen. Wir haben einen Haushalt, der uns vorgelegt wird nach den Beratungen im Senat und im Abgeordnetenhaus, der unter den finanziellen Rahmenbedingungen das ermöglicht, was zu machen war. Es sind Schwerpunkte gesetzt

worden, die sind erkennbar. Es sind Einschnitte gemacht worden, die waren notwendig; die werden nicht allen gefallen. Trotzdem, denke ich, sind wir auf dem richtigen Weg. Wir müssen nicht nachlassen, und wir dürfen nicht nachlassen. Der Haushalt 2001 steht vor der Tür. Auch das wird nicht ohne Schmerzen vonstatten gehen. Aber auch da sage ich für den Haushalt 2001: Pauschale Kürzungen bringen nichts mehr. Man muss aufgabenkritisch herangehen, sich anschauen: Von welchen Aufgaben muss man sich trennen, wo kann man etwas herausholen? – Mit dem Rasenmäher geht hier nichts mehr. Wir müssen die Schwerpunkte setzen. Die SPD wird sich an dieser Schwerpunktsetzung beteiligen. Wir werden dem Haushalt des Jahres 2000 zustimmen. – Schönen Dank!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Wowereit. – Für den Senat hat jetzt das Wort der Regierende Bürgermeister, Herr Diepgen.

Diepgen, Regierender Bürgermeister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Erstes möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, insbesondere des Hauptausschusses, vielmals bedanken. Dieser Haushalt ist mit großer Kraftanstrengung, großem Arbeitseinsatz, großen Mühen in einer Frist verabschiedet worden, die der Stadt sicherlich dient, aber die in Teilbereichen sogar als Zumutung gegenüber den Kolleginnen und Kollegen begriffen werden konnte. Ich bedanke mich vielmals für diese Arbeitsleistung.

[Beifall bei der CDU - Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Die Debatte um den Etat des Regierenden Bürgermeisters ist traditionsgemäß eine Auseinandersetzung mit der Gesamtpolitik. Und hier sind einige kritische Anmerkungen gemacht worden, am Anfang hatte ich den Eindruck, über die Debatte dieses Abgeordnetenhauses fällt so etwas wie Mehltau, weil im Grunde alles nur die alten Rituale waren. Man hat zu kritisieren, man übertreibt, man setzt sich mit der Regierung auseinander, lässt möglichst kein gutes Haar daran.

[Berger (Grüne): Sie haben ja auch nichts Neues zu bieten!]

und fristgemäß, wie das auch in jedem Jahr stets war, gab es auch genug Artikel, jeweils auch von den Gleichen im Regelfall, quer durch die verschiedenen Jahre, die man dann zitieren konnte.

Bei der Debatte habe ich mich allerdings ein paar Mal gefragt, ob diejenigen, die hier geredet haben, in der Stadt Berlin sind oder irgendwoanders.

[Wieland (Grüne): Frau Thoben ist jedenfalls nicht mehr hier!]

Da ist die These aufgestellt worden, es gebe in den letzten Jahren nur Stillstand in der Stadt. Seit 1990, seit 1991 habe sich nichts bewegt in der Stadt.

[Wolf (PDS): In der Politik!]

Offensichtlich gab es weder die Veränderungen der wirtschaftlichen Strukturen, gab es nicht das Zusammenwachsen der Stadt, das Zusammenwachsen der großen Eigenbetriebe, das Zusammenwachsen der Verwaltung, den Aufbau einer gemeinsamen Verwaltung der Stadt und den Erhalt auch der verschiedenen Institutionen, die es im alten Ost- und im alten Westberlin gegeben hat. Und offensichtlich ist das, was die Faszination ausmacht, von der ja so viele Touristen Berlins immer wieder reden,

[Berger (Grüne): Von Ihnen sind die nicht fasziniert!]

das ist offensichtlich eine Fata Morgana.

[Müller-Schoenau (Grüne): Die kommen ja auch nicht in dieses Parlament!]

Ich nehme ja gern auch noch den nächsten Zwischenruf auf: Alles das, was positiv in der Stadt geschehen ist, hat nichts mit der Senatspolitik zu tun, das machen alles andere. Und insbesondere – jetzt nehme ich einen konkreten Punkt heraus –, wenn es Steuererhöhungen gibt vor dem Hintergrund von Wirtschafts-

(A) wachstum in den letzten Jahren, hat das nichts mit Berliner Politik zu tun, sondern dann ist die rot-grüne Bundesregierung zuständig. Ich sage Ihnen allerdings voraus: In dem Augenblick, wo wir auch nur irgendwo eine Schwierigkeit in Berlin haben, wird immer der Berliner Senat dafür verantwortlich gemacht. Damit muss man sicherlich leben.

Ich komme zum Punkt Stillstand. Dabei setze ich mich mit der Opposition auseinander.

[Landowsky (CDU): Das wird auch Zeit!]

Wie war das mit der Entwicklung der Stadt und den einzelnen Beschlüssen? Sie haben sich in der Vergangenheit stets dagegen gewehrt, dass beispielsweise die Messe vernünftig ausgebaut wird. Sie wehren sich auch jetzt dagegen, dass die notwendigen Ergänzungen vorgenommen werden. Der Regierende Bürgermeister wirbt dafür, dass das Notwendige – und zwar an Veränderungen und neuen Investitionen – gemacht wird. Wer ist hier für Stillstand?

Bei der **U-Bahnlinie 5** werbe ich jedenfalls dafür, dass man nicht kurzfristig an solche Themen herangeht,

[Wieland (Grüne): Herr Kurth sieht das schon anders!]

dass man nicht unter dem Gesichtspunkt herangeht: Welches ist gegebenenfalls die Behinderung von aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen, und was ist tagespolitische Bequemlichkeit, die auch das eine oder andere erfordern kann? Dabei räume ich durchaus ein – ich bleibe bei der U-Bahnlinie 5 –, dass auch ich oftmals den Eindruck habe, dass es sehr schön wäre, wenn die Zahl der Baustellen – die nach Meinung der Opposition Stillstand demonstrieren – ein wenig reduziert werden könnte. Unter den Linden spazieren zu gehen ohne von einer Baustelle in die andere zu fallen, das möchte ich auch gerne.

[Over (PDS): Künftig werden wir nur noch in die Baugrube der U-Bahnlinie 5 fallen!]

(B) Es ist aber richtig, dass, wenn man das von der Opposition geforderte und von Abgeordnetenhaus beschlossene Verhältnis zwischen öffentlichen Personannahverkehr und Individualverkehr verwirklichen will, man den öffentlichen Personennahverkehr so leistungsfähig wie möglich machen muss.

[Beifall bei der CDU]

Dazu gehört auch, dass man so viel Verkehr wie möglich unter die Erde legt.

[Beifall bei der CDU]

Dazu gehört, dass man heute die Entscheidung darüber trifft, was in zehn Jahren von uns allen als selbstverständlich für den heutigen Zeitpunkt erwartet wird, und dass man heute keine Entscheidung aus Bequemlichkeit dagegen trifft. Darüber ärgern wir uns in fünf oder zehn Jahren.

[Wieland (Grüne): Das ist doch nicht Bequemlichkeit! Sie lügen sich doch selbst in die Tasche!]

Ich weiß noch nicht, was bei diesem strittigen Thema herauskommt. Aber wer ist dabei für Stillstand und wer für Bewegung und Aufbau der Stadt? Der totale Stillstand ist die Forderung der Opposition im Abgeordnetenhaus. Sie wollen den Stillstand.

[Beifall bei der CDU]

Ich greife das Thema **Zukunftsfonds** auf. Was steckt denn hinter der Idee des Zukunftsfonds? Entwicklung in der Zusammenarbeit von Forschung, Industrie, Dienstleistung und Ausbildung. Der Zukunftsfonds soll eine Hilfe dafür sein, dass wir notwendige gesellschaftliche Initiativen und Infrastrukturmaßnahmen der öffentlichen Hand – beispielsweise für Adlershof und Buch – finanzieren können. Sie sind dagegen. Ich frage erneut: Wer ist für Stillstand und wer für Bewegung und Aufbau in Berlin mit den notwendigen strukturellen Veränderungen, die wir durchsetzen wollen?

Das Thema lässt sich auch auf die Entwicklung der Innenstadt ausweiten.

[Wieland (Grüne): Oder auf den Transrapid!]

Ich bin leidenschaftlich dafür, im richtigen Zeitrahmen die Museumsinsel zu bauen und das Stadtzentrum wieder historisch aufzubauen. Sie wollten den Palast der Republik. Ich sagte: Der muss weg! Wer ist also für Zukunft und wer für Stillstand? Sie oder ich?

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD – Zurufe von der PDS und den Grünen]

Man muss sich fragen, inwieweit Sie bei der Gesamtargumentation irgendwo auf dem Boden der Tatsachen bleiben.

[Doering (PDS): Eben - Wer soll das bezahlen?]

Dabei räume ich ein, dass es immer mal wieder Mode ist, Berlin klein zu reden und schlecht zu schreiben. Ich bin weit davon entfernt, zu behaupten, wir hätten alles, was in dem Veränderungsprozess seit 1990 notwendig ist, bereits bewältigt. Ich habe sogar manchmal die Sorge, eine Vielzahl der Berliner könne den Eindruck haben, sie würden durch die Veränderungen zu stark belastet. Das ist ein subjektives Empfinden von vielen Berlineringen und Berlinern.

[Frau Martins (Grüne): Von Zehlendorfern!]

Ich finde es aber nicht korrekt, die Leistungen Berlins klein zu reden. Darin spiegelt sich – abhängig von den Veröffentlichungsterminen: von Tag zu Tag oder wöchentlich – ein bisschen Neid und Frust wider. Manchmal habe ich auch den Eindruck, hier rolle eine Kampagne bar jeder Vernunft ab.

[Doering (PDS): Richtig!]

Das ist die konkrete Situation. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

Wenn wir uns darüber unterhalten, wie die Stellung Berlins in der Bundesrepublik Deutschland ist, und der Kollege Kurth und ich bei den Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich mit den anderen Ländern reden und wir beim Städtetag darüber reden, was die Bedürfnisse Berlins sind, dann stoßen wir auf das Gegenteil dessen, was hier behauptet wird. Wir stoßen auf ein Stück Sorge vor zu guten Entwicklungen Berlins. In München und Stuttgart wird mobil gemacht, insbesondere im kulturellen Bereich und der Investitionen für Wissenschaft und Forschung, weil man dort erhebliche Sorgen hat, Berlin werde "weglaufen" und das Gespenst eines neuen deutschen Zentralismus entstehe durch das Wachstum Berlins. Das ist ein Teil der Realität in der Bundesrepublik Deutschland. Damit ist leider verbunden. dass die Bereitschaft genau hinzusehen, was in Berlin geschehen ist und welche Unterschiede - bezüglich der sozialen Ausgangspositionen und der wirtschaftlichen Entwicklung - es zwischen Ost und West noch gibt, durch die von mir beschriebene Mentalität und die Ängste vor dem Hintergrund einer vermeidlichen Debatte über deutsche Geschichte immer weiter in den Hintergrund gedrängt worden ist. Das bringt uns erhebliche Schwierigkeiten. Ich bitte Sie, mit etwas mehr Realismus auf das zu schauen, was sich in der Stadt in den letzten Jahren entwickelt hat.

Der vorliegende Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2000 ist ein Haushalt des Gestaltungswillens und der Zuversicht, dass wir in dem Spannungsfeld zwischen notwendiger Sparsamkeit und notwendigem Aufbruch und Aufbau den richtigen Weg finden. Die Gesamtausgaben liegen wieder niedriger als im Vorjahr. Insgesamt werden über 400 Millionen DM weniger ausgegeben als 1999. Wir bleiben dabei, dass die Netto-Neuverschuldung in jedem Jahr weiter abgebaut wird und bis zum Jahr 2009 – das bleibt unser Ziel – vollkommen abgebaut wird.

Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Auf einen Teil der Leistung, nämlich der Abbau von 50 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst, ist in der Debatte schon hingewiesen worden. Gerade die, die in anderen Bereichen, in denen sich Erfolge von wirtschaftlichem Handeln niederschlagen, immer sagen, es müsse noch mehr gemacht werden, verdrängen die Frage, wo Grenzen erreicht worden sind, und regen sich über den Personalabbau erheblich auf.

D)

(A) Sie weisen nämlich auf das Spannungsfeld hin, dass genau diese Entwicklung dazu führt, dass die Arbeitslosenstatistik in Berlin erheblich erhöht wird. Also dass ein Stück Verpflichtung im sozialen Bereich – ich will es nur an diesem Beispiel deutlich machen – bleibt, ist für mich jedenfalls Selbstverständlichkeit, wenn es um eine strikte Modernisierung dieses Landes geht.

Der Kollege Steffel hat vorhin mehrere Grundsätze dargestellt, die ich ausdrücklich aufgreifen möchte, nämlich äußerste Sparsamkeit, die Verwirklichung unserer Überlegungen zur strikten Modernisierung des Landes, er hat auf die großen Chancen in Wissenschaft, Bildung, Kultur hingewiesen, für Wirtschaftswachstum plädiert, er hat darauf hingewiesen, dass wir das, was an Mitteln eingesetzt wird, mit höchster Effektivität einsetzen müssen. Das ist die Herausforderung, der wir uns alle zu stellen haben. Nun wird es in einem großen Gemeinwesen wie Berlin – in der nächsten Zeit von 12 Bezirken und der Hauptverwaltung mit einer ganzen Fülle von Leistungs- und Verantwortungszentren bei dieser Zielrichtung die eine oder andere Lücke geben. Da wird es immer Schwierigkeiten geben. Dies so weit wie möglich zu verringern, ist Aufgabe der Politik und der Leitung jeder einzelnen Verwaltung und jedes einzelnen Leistungs- und Verantwortungszentrums. Damit ist effektiver Einsatz der Mittel genau beschrieben, und es ist in der Debatte auch deutlich geworden - der Kollege Steffel hat es an vielen Beispielen klar gemacht -: Ein Stück Stolz dieser Koalition seit 1991 in der Entwicklung Berlins besteht darin, dass die Veränderung, die jeder, wenn er durch die Stadt läuft, sehen und spüren kann, in sozialer Balance durchgeführt worden ist.

[Beifall bei der CDU - Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Dabei bleibt es, auch wenn einige meinen, dieses in einer gewissen Oberflächlichkeit der Betrachtung, auch manchmal mit elitärer Arroganz

[Beifall des Abg. Dr. Steffel (CDU)]

der Orientierung einzig und allein auf ein Thema, als eine Politik, die entscheidungsunfähig ist, bezeichnen zu können glauben. Nein, zu den Entscheidungen in dieser Stadt gehört es, dass wir unsere Entscheidungen in der sozialen Balance treffen, in dem Versuch, Menschen mitzunehmen, in dem Versuch, strikte Modernisierung so darzustellen, dass die Stadt auch für den Bürger da ist. Das ist jedenfalls mein Verständnis von Politik: strikte Modernisierung, aber Menschen mitnehmen und soziale Balance ausdrücklich garantieren. Das ist Politik von Berlin aus.

[Beifall bei der CDU - Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Dass wir bei den Anforderungen im Hinblick auf die Konsolidierung des Haushalts noch lange nicht am Schlusspunkt angekommen sind, ist eine Banalität. Ich sage auch: Sparen ist kein Selbstzweck; es geschieht nicht um seiner selbst willen. Wir sind gezwungen, klare Prioritäten zu setzen und den Staat auf seine Kernaufgaben zu konzentrieren. Jeder muss sich darüber im Klaren sein: Wenn wir von Prioritäten sprechen, gibt es auch Nachrangigkeiten. Diese werden sich vielleicht bei dem einen oder anderen sehr schmerzhaft bemerkbar machen. Denn natürlich – wahrscheinlich stimmen Sie mir da zu – leben wir in einer im Kern strukturkonservativen, besitzstandswahrenden Gesellschaft. Diese empfindet, jedenfalls im Kreis ihrer Betroffenen, Veränderungen sehr leicht als eine Provokation.

[Müller-Schoenau (Grüne): Und Sie sind der Chef davon!]

Ich nehme Ihren Zwischenruf gern noch einmal auf. Herr Müller-Schoenau, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass ich die Arroganz der sozialen Kälte.

[Zuruf von der PDS: Steffel!]

die aus Ihren Formulierungen oftmals spricht, ausdrücklich nicht mit übernehme.

[Beifall bei der CDU und der SPD – Gelächter bei der PDS und den Grünen]

Ich sage deswegen auch: Ich nehme Menschen mit. Aber wenn ich mich hier damit auseinandersetze, dass ein Teil unserer

Gesellschaft strukturkonservativ und besitzstandswahrend ist, (C) ergänze ich das auch mit dem Hinweis, dass der Status quo als Maßstab für die Zukunft ungeeignet ist.

[Zuruf von den Grünen]

Deswegen auch: Politik der strikten Modernisierung mit klaren Schwerpunkten, die wir zu setzen haben.

Wenn Sie sich diesen Haushalt ansehen und die Politik des Senats insgesamt, gibt es diese Schwerpunkte. Als erstes Bildung und Ausbildung: Wir sammeln das Kapital in den Köpfen, gerade weil es uns an Kapital in den Kassen gebricht. Dabei sind die Schwerpunkte auch gesetzt worden. Es ist eine Verkürzung der Debatte um die Schulpolitik, wenn jetzt nur darüber geredet wird, dass von den **Lehrern** eine Stunde mehr Unterricht verlangt wird. Einmal könnte ich nun den bundesweiten Vergleich hier noch einmal herbeiführen.

[Müller-Schoenau (Grüne): Ja, machen Sie mal!]

Sie alle wissen – ich finde, das sollte nun auch bei allen Kommentierungen und Stellungnahmen der Elternvertretungen, aller Betroffenen, mit beachtet werden –, dass wir es selbst bei der jetzt anstehenden Erhöhung der Unterrichtszeit für die Lehrer noch mit einer verringerten Arbeitszeit der Lehrer zu tun haben. Das hat auch etwas damit zu tun, dass es beispielsweise für verschiedene Arbeiten innerhalb der Schule Unterrichtsermäßigungen gibt.

[Frau Martins (Grüne): Ja, die schaffen Sie gerade ab!]

Alles dieses muss man mit beachten. Ich beziehe mich dabei nicht nur auf die 100 Millionen DM Schulsanierungsprogramm, sondern auch darauf, dass es einen Einstellungskorridor gibt, dass es ein Mehr an Lehrerstellen an den Punkten gibt, wo es notwendig ist, dass es den Ausbau des Schulsystems im Sinne von Vielfalt gibt, dass es zusätzliche internationale Schulen gibt, dass im Mittelpunkt der Schulpolitik mehr Eigenverantwortung und Profilbildung der einzelnen Schulen steht

[Frau Martins (Grüne): Seit 9 Jahren!]

und dass das genau die notwendige Veränderung im Sinne von Qualität und Elitebildung – und Akzeptieren von Elitebildung – und der Weiterentwicklung der Wissensgesellschaft ist. Immer stärker wird der Dreiklang von Wissen, Kapital und persönlicher Arbeit im Vordergrund stehen. Genau darauf müssen wir unser Bildungssystem einrichten.

[Beifall bei der CDU - Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Das zweite in den Schwerpunkten: Wir investieren in die Infrastruktur – dabei habe ich einige Schwerpunkte schon genannt –, sowohl in die verkehrliche Infrastruktur als auch in das, was für Wirtschaftswachstum von entscheidender Bedeutung ist, die Verbindung mit der Wissensgesellschaft und die Verknüpfung von Wissenschaft, Wirtschaft und Industrie. Die großen Infrastrukturmaßnahmen sind hier genannt worden.

Ich leugne nicht, dass erheblicher Ärger in dem Dreiklang auftritt, der zwischen dem Land Brandenburg, der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Berlin zu gestalten ist, wenn es um Einzelheiten der Entwicklung des Internationalen Flughafens Berlin-Brandenburg geht. Aber denjenigen, die beispielsweise kritisieren, dass wir den Flughafen Tegel ertüchtigen, muss ich entgegen halten, dass sie von Flughafenpolitik und den Notwendigkeiten dieser Region entweder nichts verstehen oder ihre Kenntnisse nicht in die Debatte einbeziehen. Wenn ich gerade jetzt im Sinne der Ansiedlung von internationalen Dienstleistungen Infrastrukturen verbessern muss, muss ich heute internationale Verkehre in die Stadt holen und das gegenwärtige Flughafensystem möglichst optimal nutzen. Das geht nur mit einer Ertüchtigung von Tegel.

[Beifall bei der CDU]

Wer sich einbildet, das Thema mit dem einfachen Stichwort, dann werden wir demnächst alle nach Leipzig fahren, abgehandelt zu haben, der irrt. Heute kommt es darauf an, dass wir die

(A) Verkehre herziehen, damit wir nachher überhaupt etwas haben, mit dem wir in den Internationalen Flughafen Berlin-Brandenburg umziehen können! So ist die Situation.

[Beifall bei der CDU]

Ich nenne den dritten Punkt, den Ausbau des Wissenschaftsstandortes. Dabei geht es nicht nur um Adlershof und Buch, sondern generell um die Verzahnung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Zum Ausbau des neuen Berlins gehört auch der Ausbau der Sicherheit – ich spreche hierbei von sozialer und innerer Sicherheit –. Wir brauchen einen starken Staat. Nur reiche Leute können sich einen schwachen Staat leisten. Das sollte schlicht und ergreifend einmal zur Kenntnis genommen werden. Diese Fragestellung betrifft die **innere Sicherheit**, den Ausbau beispielsweise und die Modernisierung auch in den Polizeiapparaten und die Bereiche, in denen es um das staatliche Gewaltmonopol geht. Für die Bedürfnisse der Bürger, genau auf diesem Sektor Sicherheit zu empfinden, Sicherheit organisiert zu erhalten und die Bekämpfung von internationaler Kriminalität auch wirklich als eine wichtige Aufgabe des Staates zu sehen, ohne dass nicht nur darüber geredet, sondern es wirklich gemacht werden kann, muss investiert werden.

[Beifall bei der CDU]

In der Bündelung staatlicher Aufgaben liegt dabei die besondere Chance. Es ist in der Debatte darauf hingewiesen worden, dass der Senat eine Expertenkommission zur Staatsaufgabenkritik eingesetzt hat.

[Wolf (PDS): Das ist nicht kritisiert worden!]

Damit es dabei kein Missverständnis gibt, möchte ich erläutern, dass diese Expertenkommission Entwicklungen und Überlegungen des Senats unterstützen soll. Wir hoffen, dass hier noch ein Teil von neueren und zusätzlichen Ideen gerade in der Fragestellung der Entwicklung zwischen freier Gesellschaft, Bürgergesellschaft und Staat erarbeitet werden kann.

In der Gesamtentwicklung Berlins haben wir es, wie Sie wissen, im Augenblick mit einem moderaten Aufwärtstrend der Berliner **Wirtschaft** zu tun. Es gibt nach dem, was die Industrie- und Handelskammer auch erarbeitet hat, für das laufende Jahr voraussichtlich einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts. Ich will ausdrücklich darauf hinweisen, dass es positive Entwicklungen gerade im Bereich der Existenzgründungen gibt, im Bereich der neuen Dienstleistungen und im Bereich der Mediengesellschaft. Wir belegen Platz Nr. 1 im Bereich der Neugründungen; dabei ist auch der Saldo positiv.

Sehr stark mit dem, was wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und Anziehungskraft beinhaltet, hat Wissenschaft, Forschung und Kultur zu tun. Ich muss ein paar Bemerkungen zu dem machen, was hier auch über den Kulturetat gesagt worden ist. Ich wiederhole noch einmal die Feststellung, dass der Kulturetat in Berlin im Verhältnis zum Jahr 1999 um 8 % angestiegen ist. Ich bitte herzlich alle diejenigen, die sich kritisch mit Berliner Kulturlandschaft auseinandersetzen, zur Kenntnis zu nehmen, das Theater, Orchester, Opernhäuser zu einem wichtigen Bestandteil der Berliner Kulturlandschaft gehören. Das ist aber nun wirklich nicht alles. Wir haben eine ausgebaute Museumslandschaft. Dabei gibt es Weiterentwicklungen. Es gab gerade auch in den vergangenen Jahren Neueröffnungen im Zusammenhang mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Man muss sich die Entwicklungen und Investitionen ansehen, zu denen wir bereit sind, beispielsweise verbunden mit einer wichtigen Entscheidung städtebaulicher Art in Kreuzberg, dem Neubau für die Berlinische Galerie. Ich greife damit nur einen Punkt heraus. Wer hier behauptet, die Kulturlandschaft Berlins würde austrocknen, weiß nicht, wovon er redet.

[Beifall bei der CDU - Wieland (Grüne): Aber Sie!]

Damit sind wir gleichzeitig bei der Frage der **Theater** und **Musiktheater**. Dass es hier eine Reihe von Veränderungsnotwendigkeiten gibt, wissen wir alle. Wir wissen, dass es um Tarife geht, wir wissen, dass es um Organisationsfragen geht, wir wissen, dass es auch um die Bewegung innerhalb einer Kulturszene

geht, dass Neues auch mitgestaltet werden kann. Wir wissen, das dabei Synergieeffekte auch genutzt werden können und müssen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir insbesondere vor dem Hintergrund der Ressourcen, die es in Berlin gibt, die Herausforderung des Jahres 2000 auch lösen werden. Das setzt auch ein Stück Bereitschaft der Kulturszene, der Intendanten und der Regisseure mit voraus. Hier in diesem Abgeordnetenhaus habe ich vor wenigen Wochen daran erinnert, dass es noch gar nicht lange her ist, dass alle Intendanten mehrmals intensiv geschworen haben - übrigens auch der Rat der Künste -, dass sie Mittel freimachen können in Solidarität zu einzelnen besonders belasteten Häusern. Nun, bitte schön - kann ich nur dazu sagen. Ihr braucht – kann ich den Intendanten nur zurufen – noch nicht einmal in Solidarität unmittelbar Geld abgegeben. Es würde schon ausreichen, wenn die Bereitschaft zu einer sachgemäßen Zusammenarbeit, zur Nutzung jeweils der personellen und sächlichen Ressourcen - ob es sich dabei um Hauskräfte oder Orchestermitarbeiter handelt oder ob es andere Themen sind - vorhanden wäre. Jeweils hinreichende Kooperation und auch Abstimmung hinsichtlich der Planung der einzelnen inhaltlichen Schwerpunkte würde schon helfen, ein bisschen mehr Bereitschaft zur Gemeinsamkeit herstellen.

[Beifall bei der CDU]

Der Bund ist aufgerufen, ein Stück seiner bisher vorgetragenen Mentalität des Gutsherren, vielleicht im Anklang an frühere landesherrschaftliche Verfahrensweisen, aufzugeben. Manchmal hat man den Eindruck, es werde so getan, als griffe irgend jemand in das Portemonnaie, und der Segen wird ausgeschüttet. Der Bund ist nur dazu da, jeweils das Schöne und Gute irgendwo zu finanzieren, so wie es im Bereich des aufgeklärten Absolutismus einmal üblich war. Das entspricht nicht den demokratischen Gepflogenheiten unserer heutigen Zeit – wahrlich nicht! Der alte Streit darüber, ob der Bund nur für die Sahnehäubchen zuständig ist, oder ob er für die Basis der Berliner Kulturszene und die Vielfalt ein Stück Mitverantwortung auch heute hat, muss in Kürze einmal abgeschlossen werden.

[Beifall bei der CDU – Wieland (Grüne): Was soll das heißen? Wollen Sie da immer entscheiden?]

- Ich habe die ganze Zeit darauf gewartet, dass Sie die Diskussion mit einem Zwischenruf inhaltlich beleben. Nun haben Sie es einmal getan. Herr Wieland, es ist in der Tat ein wesentlicher Unterschied zu dem, was heute möglich ist und dem, was während der geteilten Stadt ein Stück Selbstverständlichkeit war.

[Wieland (Grüne): Sie wollen wieder die alte Haushaltsführung haben, wie zu alten Westberliner Zeiten!]

Übrigens haben wir aus dem Überleitungsgesetz die Finanzierung für die gesamte Breite der Berliner Kulturszene erhalten. Das war sogar eine der Begründungen für die Berlin-Hilfe insgesamt. Nun nehmen Sie das einfach zur Kenntnis!

[Wieland (Grüne): Das ist aber vorbei. Verstehen Sie es doch einmal! Wenn man Geld will, kann man nicht mit solchen Forderungen kommen!]

Nehmen Sie auch noch zur Kenntnis, dass es keinen historischen und keinen internationalen Vergleich gibt, in dem eine Hauptstadt in dem Bereich ihrer kulturellen Aufgaben, dem Bereich der staatlichen Repräsentation und in den Bereichen von Wissenschaft und Forschung darauf angewiesen war, sich selbst zu refinanzieren.

[Wieland (Grüne): Das tun Sie auch nicht!]

Es gibt keinen internationalen Vergleich in dieser Form. Das setzt voraus, dass wir hier in dem Thema Länderfinanzausgleich, Neuordnung der Aufgaben zwischen Bund und Ländern und auch der Neuordnung der Kulturfinanzierung und -szene einen ganz neuen Weg gehen. Der Senat wird diesen Schritt mitgehen, wenn der Bund bereit ist, einzelne Institutionen zu übernehmen.

[Wieland (Grüne): Dann können Sie dem Bund aber auch nicht die Kiez-Kultur unterschieben!]

(C)

A) Es ist so – da greife ich auch noch einmal die Geschichte heraus –, dass eine Reihe von Institutionen, die sich mit deutscher Geschichte auseinandergesetzt haben, in Berlin vom Berliner Senat, und nicht von der Bundesrepublik Deutschland nur deswegen gegründet worden sind, weil wir damals die oberste Gewalt der Alliierten und den Vier-Mächte-Status hatten. Die Veränderungen auf dem Sektor müssen jetzt vorgenommen werden. Das betrifft Einrichtungen wie Topographie des Terrors, wie Jüdisches Museum, wie Wannsee-Villa, wie auch das Haus der Kulturen der Welt. Das betrifft die Gedenkstätten des Widerstandes. All diese Fragen sind neu mit dem Bund unter dem Gesichtspunkt zu verhandeln, Herr Wieland, dass es nicht so geht wie bei der vergangenen und auch der jetzigen Regierung, die glauben, für den Widerstand in Deutschland

[Wieland (Grüne): Sagen Sie nicht wieder das Falsche!]

ist der Bund ausschließlich zuständig, und für all das, was schlechte, was schwierige deutsche Geschichte ist, ist ausdrücklich die Kommune Berlin zuständig. So geht es natürlich nicht

[Beifall bei der CDU]

Wir werden hier zu einem Weg kommen, wobei ich auch der Auffassung bin, dass all die Fragen, die mit dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland und der ausschließlichen Kulturzuständigkeit zusammenhängen, vom Berliner Senat nicht wie beispielsweise von Bayern oder Baden-Württemberg unter dem Gesichtspunkt strikter Einhaltung der Grundsätze gesehen werden. Ich bin der Auffassung, der Bund muss auch ein Eigeninteresse haben und muss auch akzeptieren, dass er ein Eigeninteresse an der kulturellen Entwicklung der Stadt hat. Er investiert nicht in irgendeinen anderen sozusagen als der große Gönner, sondern der Bund investiert in Berlin in Interessenlagen des Bundes. Dieses Grundverständnis muss sich endlich durchsetzen.

[Wieland (Grüne): Das hat er doch mit 120 Millionen DM gezeigt!]

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zu den zukünftigen Fragestellungen machen. Wer werden auch noch in den nächsten Haushaltsberatungen das Spannungsfeld haben: Wir sind mitten im Umbruch der Stadt.

[Mutlu (Grüne): Das sagen Sie seit 10 Jahren!]

Diese Stadt muss in viele Felder der wirtschaftlichen Entwicklung, der Wissenschaft, der Forschung und der Kultur investieren. Wir werden dabei nicht überall nur die Frage stellen können, ob damit auch ein Stück zusätzliche Verschuldung verbunden ist. Sondern wir werden die Frage stellen müssen, ob nicht gerade das Grundvoraussetzung ist für Zukunftschancen in dieser Region. Auf der anderen Seite gibt es die Notwendigkeit, bei strikter Sparsamkeit die Netto-Neuverschuldung abzubauen. Dieses ist ein Spannungsfeld, aus dem wir auch in den nächsten Jahren nicht herauskommen werden.

[Wieland (Grüne): Was soll denn das heißen? Wieder mehr Neuverschuldung?]

Jeder, der sich einbildet, das könne man im Sinne von Schwarz oder Weiß entscheiden, der irrt.

[Wieland (Grüne): War das die Ankündigung für 2001?]

Ein Teil der Antwort muss in der Tat in den Verhandlungen über die Neuorientierung der Finanzen und des **Finanzausgleichs in der Bundesrepublik Deutschland** liegen.

[Wieland (Grüne): Sagen Sie den anderen Ländern auch, wie der Bund das zu sehen hat?]

In den großen Themen der Neuordnung des Europas und in der Neuordnung der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland müssen wir darauf setzen – und ich bin sehr froh, dass der Kollege Kurth bei den letzten Absprachen, den Verhandlungen mit den zehn sogenannten Nehmerländern da große Erfolge hatte –, dass es die Weiterführung der Stadtstaatenklausel und der besonderen Einwohnerbemessung geben wird, dass es eine

neue Definition im Bereich der kommunalen geben muss, dass (C) es auch eine Berücksichtigung der notwendigen Ausgaben geben muss, die beispielsweise durch Transferleistungen im Sinne von sozialer Sicherheit zu erbringen sind. Wir müssen darauf setzen, dass die Aufgaben der gesamtstaatlichen Repräsentation nicht nur kommunal finanziert werden, sondern dass es dabei eine entsprechende Unterstützung des Bundes geben muss. Das sind Grundvoraussetzungen dafür, dass wir für die Zukunft unseren Haushalt und diese Stadt erfolgreich gestalten können. Aber wenn man sich gerade unter dem Gesichtspunkt ansieht, welche Wachstumsmöglichkeiten wir hatten, welche genutzt werden, welche Leistungen erbracht worden sind, welchen Handlungsspielraum wir in diesen Dimensionen haben, von denen ich gesprochen habe, wenn man sich ansieht, welche Entwicklungsmöglichkeit diese Stadt Berlin im Herzen Europas hat, gibt es keine Veranlassung dafür, nur schwarz zu malen.

[Wieland (Grüne): Ich denke, das ist Ihre Lieblingsfarbe!]

Im Gegenteil! – Übrigens nicht, weil jeder, der schaffen will, Herr Wieland, fröhlich sein muss, sondern weil ein Stück Optimismus auch dazu gehört, dass er überhaupt Gestaltungskraft für ein Land hat. Wenn Sie nur davon ausgehen, dass Sie abbauen, werden Sie die Stadt Berlin nicht für die Aufgaben der Zukunft gestalten. Ich sage Ihnen: Wir haben die Kraft, die Koalition hat die Kraft, aber vor allen Dingen die Berlinerinnen und Berliner haben die Kraft für diesen Aufbau Berlins. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU -Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Regierender Bürgermeister! – Als letzter zum Einzelplan 03 hat jetzt der Abgeordnete Dr. Wruck das Wort. Herr Dr. Wruck hat eine Gesamtredezeit von 5 Minuten.

Dr. Wruck (fraktionslos): Meine Damen und Herren! Ein Zweifler ist unbeständig auf allen seinen Wegen. Der große Zweifler ist der Regierende Bürgermeister. Der Senat ist müde geworden durch die Menge der Pläne. Die Pläne Olympiabewerbung, Schönefeld, Aufbau des Schlosses in Berlin – in all diesen Fragen hat er bisher keine Entscheidung im klaren Sinne gefällt. Herr Regierender Bürgermeister, Sie haben vom Mehltau gesprochen. Harry Ristock hat einmal gesagt: Diese große Koalition wird sich wie ein Mehltau auf die Stadt legen.

[Müller-Schoenau (Grüne): Da hatte er Recht! – Niedergesäß (CDU): Sagen Sie mal was Neues!]

Sie hätten diesen Begriff Mehltau nicht verwenden sollen. Und die nassforsche Art des Sprechers der CDU-Fraktion, Herrn Steffel,

[Niedergesäß (CDU): Doktor Steffel!]

Das ist nicht üblich! – der in seiner Rede ein Wort am häufigsten benutzt hat – Unternehmerschaft –

[Mutlu (Grüne): Er ist doch einer! Reinigungsfirma!]

und dann gesagt hat, wir brauchten eine neue Ethik des Unternehmertung!

[Doering (PDS) und Niedergesäß (CDU): Richtig!]

Ich denke, Sie sind in einer Partei, die sich christlich nennt. Das bedeutet ein Ja zum christlichen Menschenbild.

[Müller-Schoenau (Grüne): Wie kommen Sie darauf?]

Gerade derjenige, der in dieser Welt mit Gütern versehen ist, hat eine besondere persönliche Verantwortung gegenüber denen, die darben,

[Beifall bei der PDS]

und zwar unabhängig von staatlichen Gesetzen und Reglementierungen.

[Niedergesäß (CDU): Das ist unsere Grundphilosophie, die hast du nicht vergessen!]

(B)

Dr. Wruck

(A) Wir reden hier über einen Haushalt, der bei näherer Betrachtung ungesund ist, weil die Ausgaben bei weitem das übersteigen, was das Land Berlin an Einnahmen hat. Wer meint. das ist normal, der offenbar hat den Blick zum Beispiel auf andere Bundesländer versäumt.

> [Niedergesäß (CDU): Irgendwie haste das nicht richtig mitgekriegt!]

Berlin erlebt, wie aus unterschiedlichen Gründen immer mehr Menschen in das Umland ziehen. Das sind meistens Menschen, die nicht wenig Steuern zahlen, die es sich leisten können, irgendwo in Brandenburg ein Haus zu bauen. Sie gehen Berlin verloren. Gerade um diese Menschen muss man sich auch kümmern.

> [Niedergesäß (CDU): Ich denke, die bleiben alle in Preußen!]

Insofern sollte man zum Beispiel die Qualität der Ausbildung in Berlin besonders fördern. Man muss aber auch die Verwahrlosung und den Sittenverfall in dieser Stadt hemmen und etwas dagegen setzen.

Wahrscheinlich wird dieses Land Berlin nie zu einer gesunden Haushaltssanierung kommen, wenn es nicht ein gemeinsames Bundesland mit Brandenburg, mit seinem Umland gibt. Dann gibt es Chancen, nicht, weil diese Region so reich ist, sondern weil Berlin, wenn man die Geschichte kennt, auf das Umland angewiesen ist.

[Wieland (Grüne): Dann haben wir sie ja alle wieder!]

Es wäre richtiger gewesen, wenn man sich in den ersten Jahren der Wiedervereinigung um eine Vereinigung mit Brandenburg intensiver gekümmert hätte

[Niedergesäß (CDU): Das haben wir doch!]

und es nicht wieder wie ein großer Kunktator hinausgeschoben hätte. Und dann ist es zunächst gescheitert.

Für Berlin gilt, dass der Tanz um der goldene Kalb begonnen hat.

Vizepräsident Dr. Luther: Denken Sie bitte an Ihre Redezeit, Herr Dr. Wruck!

Dr. Wruck (fraktionslos): Zwei Sätze noch, Herr Präsident. -

Ein Volk, das sich von Gott abwendet, ist verloren. Jesus Christus - Johannes 8,51 - spricht: Weil ich aber die Wahrheit sage, so glaubt ihr mir nicht.

Vizepräsident Dr. Luther: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. - Die einzelnen Redezeiten der Fraktionen werden selbstverständlich addiert auf die folgenden.

Ich schließe damit die allgemeine Beratung und die Beratung des Einzelplans 03, über den ich jetzt abstimmen lasse.

Zuerst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, Drucksache 14/301-7, ab. Wer für den Antrag der PDS-Fraktion stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer nun dem Einzelplan 03 unter Berücksichtigung der Änderungen gemäß Drucksache 14/301 und der Sachbeschlüsse gemäß Drucksache 14/302, hier die Nrn. 1 bis 24, seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen! - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei Gegenstimmen der Opposition ist das damit angenommen.

Ich rufe nun auf

Einzelplan 06

- Justiz -

hierzu:

- 1. Änderungen des Hauptausschusses nach Drucksache 14/301
- 2. Auflagenbeschlüsse des Hauptausschusses nach Drucksache 14/302, Nr. 34

Es sind mir keine Wortmeldungen angekündigt worden. Wir kommen damit direkt zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, Drucksache 14/301-9, abstimmen. Wer für Antrag der PDS-Fraktion stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Gegenstimmen waren die Mehrheit, so dass der Änderungsantrag (D) abgelehnt worden ist.

Wer nun dem Einzelplan 06 unter Berücksichtigung der Änderungen gemäß Drucksache 14/301 und der Sachbeschlüsse gemäß Drucksache 14/302, hier die Nr. 34, zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen! - Gegenstimmen? -Stimmenthaltungen? - Bei Gegenstimmen der Opposition ist der Einzelplan 06 damit angenommen.

Ich unterbreche nun unsere Haushaltsberatungen, und ich rufe die dringlichen Vorgänge unserer heutigen Sitzung aus der Liste der Dringlichkeiten auf:

1. Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr vom 15. März 2000 und des Hauptausschusses vom 31. März 2000 zum Antrag der Grünen über flächendeckende Ausweitung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes

- Drs 14/315 als TOP 2 A

2. Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung vom 15. März 2000 und des Hauptausschusses vom 29. März 2000 zum Antrag der Fraktion der PDS über Bundesratsinitiative zur Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes

als TOP 2 B

Antrag der Fraktion der PDS über Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über eine Vergnügungsteuer für Spielautomaten

- Drs 14/324 als TOP 2 C

4 Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD über Staatsprüfungsgesetz

als TPO 2 D

5 Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 12. April 2000 zur Vorlage - zur Beschlussfassung - gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin (Nr. 3/2000 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte)

- Drs 14/326 als TOP 2 E

377

Vizepräsident Dr. Luther

(A) Wir beginnen mit der

Ifd. Nr. 2 A, Drucksache 14/315:

Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr vom 15. März 2000 und des Hauptausschusses vom 31. März 2000 zum Antrag der Fraktion der Grünen über flächendeckende Ausweitung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes, Drucksache 14/120

Eine Beratung hierzu ist nicht vorgesehen.

Die Ausschüsse empfehlen mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bei Enthaltung der Fraktion der PDS – die Annahme des Antrags mit neuer Überschrift und mit neuer Fassung. Wer so gemäß der Beschlussempfehlung, Drucksache 14/315, beschließen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen! – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Gegenstimmen und Stimmenthaltungen der Opposition ist das damit angenommen.

Wir kommen nun zur

Ifd. Nr. 2 B, Drucksache 14/316:

Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung vom 15. März 2000 und des Hauptausschusses vom 29. März 2000 zum Antrag der Fraktion der PDS über Bundesratsinitiative zur Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes, Drucksache 14/151

Eine Beratung ist auch hier nicht vorgesehen.

Die Ausschüsse empfehlen mehrheitlich – gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen – die Annahme des Antrags mit neuer Überschrift und in neuer Fassung. Wer so gemäß Beschlussempfehlung Drucksache 14/316 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Auch dies ist dann bei Gegenstimmen der Opposition angenommen.

Wir kommen zur

Ifd. Nr. 2 C, Drucksache 14/324:

I. Lesung des Antrags der Fraktion der PDS über Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über eine Vergnügungsteuer für Spielautomaten

Ich eröffne die I. Lesung. Eine Beratung ist nicht vorgesehen.

Es wird die Überweisung an den Hauptausschuss empfohlen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen! – Stimmenthaltungen? – Gegenstimmen? – Dann ist diese Überweisung einstimmig so entschieden worden.

Ich rufe auf

Ifd. Nr. 2 D, Drucksache 14/325:

I. Lesung des Antrags der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD über Staatsprüfungsgesetz

Ich eröffne die I. Lesung. Eine Beratung ist nicht vorgesehen.

Es wird empfohlen, den Antrag an den Hauptausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen! – Stimmenthaltungen? – Gegenstimmen? – Dann ist diese Überweisung einstimmig so entschieden worden.

Wir kommen nun zur

Ifd. Nr. 2 E, Drucksache 14/326:

Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 12. April 2000 gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin (Nr. 3/2000 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte)

Der Hauptausschuss empfiehlt einstimmig – bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – die Annahme dieses Vermögensgeschäfts.

Ich lasse sofort und ohne Aussprache darüber abstimmen. **(C)** Wer so verfahren möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Stimmenthaltungen? – Gegenstimmen? – Bei einigen Gegenstimmen ist das Vermögensgeschäft angenommen.

Wir setzen nun unsere Haushaltsberatungen fort, und ich rufe auf

Einzelplan 05

- Inneres -

hierzu

- Änderungen des Hauptausschusses nach Drucksache 14/301
- Auflagenbeschlüsse des Hauptausschusses nach Drucksache 14/302, Nrn. 25 bis 33

Hierzu gibt es Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksachen 14/301-3 und 14/301-5, sowie einen Änderungsantrag der Fraktion der PDS, Drucksache 14/301-8.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle einen grundsätzlichen Hinweis: Bei Aufruf aller Einzelpläne sind diese selbstverständlich verbunden mit den von mir eben erwähnten Beschlussempfehlungen des Hauptausschusses, nämlich Drucksachen 14/301 und 14/302. Ich brauche diese dann nicht jedes Mal aufzurufen. Eventuelle Änderungsanträge werde ich jedoch jeweils aufrufen und darüber an entsprechender Stelle, das heißt beim Einzelplan 29 – Allgemeine Finanzangelegenheiten –, abstimmen lassen bzw., sofern Änderungsanträge einem Einzelplan eindeutig zugeordnet werden können, bei diesem jeweiligen Einzelplan.

Zum Einzelplan 05 beginnt die PDS-Fraktion. Das Wort hat Herr Abgeordneter Marian Krüger.

Krüger (PDS): Danke, Herr Präsident! – Meine Damen und Herren! Wir haben heute Vormittag aus den Reihen der Koalition wieder einmal die unvermeidlichen Floskeln über die politischen Visionen gehört, die Berlin angeblichen aus dem Sumpf der Haushaltskrise heraushelfen würden. Was Herr Steffel hier als Vision geboten hat, lautete: Politik muss sich vor allen Dingen um die Besserverdienenden kümmern. – Das ist das Modell FDP, das ist die Vision Günter Rexrodt, und das ist – wenn ich Herrn Landowsky zitieren darf – wohl eine Rolle rückwärts.

[Beifall bei der PDS – Gram (CDU): In welcher Debatte waren Sie denn?]

Ich erlaube mir, Herr Steffel, Ihnen mit Helmut Schmidt Folgendes zu antworten: Wer solche Visionen hat wie Sie, der sollte zum Arzt gehen.

[Beifall bei der PDS und den Grünen – Atzler (CDU): Sie waren auf einer anderen Veranstaltung!]

Wir haben heute nicht über Wolkenschlösser, sondern über die realen haushaltspolitischen Bedingungen Berlins zu sprechen, über soziale Gerechtigkeit unter den Bedingungen leerer Kassen

Damit komme ich zum Haushalt der Innenverwaltung

[Zuruf von der CDU: Na, endlich!]

und zu der Verantwortung, die der Innensenator Werthebach für die Personal- und Tarifpolitik im öffentlichen Dienst hat. In den letzten zehn Jahren hat die Koalition ca. 50 000 Stellen abgebaut. Es bleibt eine Mär, dass der öffentliche Dienst durch den Stellenabbau billiger für die Steuerzahler geworden ist, wie Peter Grottian unlängst sehr richtig in der "Süddeutschen Zeitung" feststellte. Was in Berlin im öffentlichen Dienst an Stellen abgebaut worden ist, entspricht einem finanziellen Gegenwert von ca. 3 Milliarden DM bezogen auf das vergangene Jahrzehnt.

[Zuruf des Abg. Gram (CDU)]

Ich frage Sie, wie es dann zu erklären ist, dass die realen Personalausgaben seit 1996 nur um ca. 350 Millionen DM gesunken sind. Selbst wenn wir in Rechnung stellen, dass in den 90er Jahren ca. 2 Milliarden DM für Tariferhöhungen einschließlich der

Krüger, Marian

Angleichung der Osttarife aufgebraucht worden sind, stellt sich die Frage: Was ist mit dem Rest des Milliardenbetrages passiert? - Die Antwort liegt auf der Hand. Während die Stellen der einfachen Beamten, Angestellten und Arbeiter unter die Räder des Personalabbaus gekommen sind, wurde eine ungenierte Besitzstandswahrung in den Hauptverwaltungen betrieben. Und in diesem Jahr rufen zahlreiche Abgeordnete der CDU ebenso ungeniert nach betriebsbedingten Kündigungen, die Sie, Herr Werthebach, in der Beschäftigungssicherungsvereinbarung 2000 mit den Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst noch kategorisch ausgeschlossen haben. Sie haben sich darin verpflichtet, bis zum Jahr 2001 die Bezüge der Ostbeamten auf 100 % anzugleichen. Woher wollen Sie denn die 100 Millionen DM nehmen, die dies kosten wird? - Heute droht die Umsetzung der Vereinbarung unter dem Druck eines nicht mehr steuerbaren Personalhaushalts zu kippen. Das ist auch Ergebnis einer Politik der Besitzstandswahrung, für die in Berlin nicht nur die Arbeitgeberseite Verantwortung trägt. Wenn das nicht in einer Politik der betriebsbedingten Kündigungen enden soll, dann kommt als Alternative nur ein neues Modell der solidarischen Umverteilung von Arbeitszeit und Einkommen im öffentlichen Dienst in Frage.

[Beifall bei der PDS]

Das bedeutet Arbeitszeitverkürzung mit gestaffeltem Lohnverzicht für den höheren und gehobenen Dienst. Dies würde ein Umverteilungsvolumen von immerhin 400 Millionen DM erbringen, bestehende Arbeitsplätze sichern und einen Einstellungskorridor für Tausende junge Menschen ermöglichen. Nur unter diesen Bedingungen scheint auch die überfällige Angleichung der Besoldung der Ostbeamten überhaupt realisiert werden zu können. Soziale Gerechtigkeit unter den Bedingungen der Haushaltskrise ist nicht unmöglich. Dass diese Reformansätze bislang immer mit dem bornierten Widerstand des Innensenators zu rechnen hatten, ist ein Bestandteil der Misere, für die die Blokkade weiterer innenpolitischer Reformvorhaben als Beispiel dienen soll. Zum Stichwort Stellenpool ist schon viel gesagt worden. Ich möchte nichts wiederholen.

Stichwort Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege – auch hier blockieren Sie, Herr Werthebach, die Durchführung des Parlamentsbeschlusses, der die Einbindung der FHVR in das Berliner Hochschulsystem vorsieht. Die damit mögliche Einsparung von Beamtenanwärterbezügen sollte für die Finanzierung der Versorgungslasten an den Hochschulen verwendet werden. Durch Ihre Politik besteht die Gefahr, dass die Hochschulverträge an der Frage der Versorgungslasten spätestens 2003 brechen. Sind das vielleicht die Konsequenzen, die der Senat aus dem Rücktritt der Wissenschaftssenatorin Thoben zieht?

[Beifall bei der PDS]

Herr Senator, das sind Beispiele für einen Strukturkonservatismus, der Sie zu einem der wandelnden Haushaltsrisiken für diese Stadt macht!

[Beifall bei der PDS]

Aber man kann nicht sagen, dass Ihnen alle Neuerungen zuwider sind. Zum Beispiel wollen Sie mehr Geld für die **Staatssekretäre**. Diese **Besoldungserhöhung** wird eine Lawine weiterer Stellenanhebungen auslösen. Ihre Begründung für dieses Projekt finde ich schon bemerkenswert: Berlin muss seinen politischen Führungskräften mehr Geld zahlen, weil die sonst in die private Wirtschaft oder in besser dotierte Verwaltungsjobs in anderen Bundesländern entfleuchen. Wir fragen besorgt: Steht eine Massenflucht von Staatssekretären nach Brandenburg bevor? Werden etwa Fachkräfte wie Volker Liepelt demnächst von Infineon abgeworben?

[Heiterkeit und Beifall bei der PDS und den Grünen]

Die PDS findet, dass eine solche Besoldungserhöhung überflüssig ist wie ein Kropf. Gemessen an der Art, wie Sie regieren, bekommen Sie nicht zu viel Geld. Da müssten Sie wohl eher noch jeden Monat etwas zurückgeben. Das gilt vor allen Dingen auch für die Mitglieder des Senats, die hier kaum anwesend sind.

[Gram (CDU): Bei der Rede kein Wunder!]

Wahrscheinlich fahren Sie mit Eberhard Diepgen U 5 gegen den (C) Stillstand

[Heiterkeit und Beifall bei der PDS und den Grünen]

Herr Werthebach, wie Sie merken, versuchen wir, Sie zu verstehen. Ich glaube, Sie verstehen sich selbst mehr als Polizeisenator denn als Senator der Reform des öffentlichen Dienstes. Ohne **Polizei**, so führten Sie einmal in diesem Hohen Hause aus, sei alles andere nichts.

[Bm Dr. Werthebach: Ohne Sicherheit!]

Und Ihr neuer Polizeivizepräsident sekundierte unlängst mit der Bemerkung, dass sich die Menschen nicht in Staaten zusammengeschlossen hätten, um Theater oder Kindertagesstätten zu betreiben, sondern um sich des Schutzes der Polizei zu versichern.

[Heiterkeit bei der PDS]

Das sind wohl Ihre Visionen. Aber unter den Bedingungen der Haushaltskrise heißt das doch nichts anderes als: Alle anderen sollen sparen, nur die Polizei nicht. – Das heißt also, eine Polizei auf Kosten von Theatern und Kitas zu unterhalten.

An dieser Stelle möchte ich auch mit einer Legende aufräumen. Sie zeichnen gerne das Bild einer chronisch unterfinanzierten Polizeibehörde. Aber Berlin gibt in diesem Jahr immerhin 135 Millionen DM mehr für die Polizei aus als 1999. Berlin liegt bei den Pro-Kopf-Ausgaben für die Polizei vor allen anderen Bundesländern, die dafür mehr für Kultur und Bildung ausgeben. und andere Fragen, die offensichtlich nicht mehr in den Bereich der Hoheitsaufgaben, der Staatlichkeit fallen. In den beiden anderen Stadtstaaten Hamburg und Bremen werden pro Schüler fast 10 000 DM ausgegeben, in Berlin 7 800 DM. Dafür liegt Berlin mit seinen Pro-Kopf-Ausgaben für die Polizei um satte 250 % über dem Bundesdurchschnitt. Aber das ist nicht nur ein Problem des Haushalts, sondern es ist auch ein Problem, dass mit den erheblichen Aufwendungen zu wenig für die Dienstbedingungen der Schutz- und Kriminalpolizisten getan wird. Sie werden trotz der gestiegenen Aufwendungen nicht besser. Es wäre mit diesem Haushalt durchaus möglich gewesen, die Ausstattung z. B. mit Schutzwesten zu verbessern, aber die Koalition hat den entsprechenden Antrag abgelehnt. Und es ist auch möglich, etwas gegen die anschwellende Zahl von Überstunden zu tun, wenn Dienstabläufe reformiert werden, wie z. B. das Schichtsystem, und wenn bei Demos und Kundgebungen auf Deeskalation statt auf Eskalation gesetzt wird.

[Beifall bei der PDS]

Viele Belastungen in der Polizei haben sehr viel mit einer defekten politischen Führung, einer kampagnenhaften Sicherheitspolitik und nicht in erster Linie mit einem Mangel an Geld zu tun. Sie sind auf eine Politik zurückzuführen, die die Polizisten in dieser Stadt mehr und mehr zu Ausputzern sozialer Probleme degradiert

Die PDS unterstützt eine **Polizeistrukturreform** und eine verstärkte Integration der Schutzpolizei in die Kriminalitätsbekämpfung. Das bestehende Fünfsäulenmodell der Polizeibehörde hat sich überlebt. Der Polizei kommt nach unserem Verständnis die Rolle einer zivilen Ordnungsmacht zu, die sich strikt am Prinzip der Gefahrenabwehr orientiert. Daher setzen wir auch nicht auf die Ausdehnung polizeilicher Eingriffsbefugnisse und den Ausbau des Sicherheitsapparates, sondern auf eine Strategie der Kriminalitätsvermeidung. Wir halten einen grundlegenden Umbau der Polizeistruktur für nötig, um die Sicherheit in den Kiezen zu erhöhen, die Polizei von sachfremden Aufgaben zu entlasten. Dazu gehört auch eine verbesserte Ausstattung mit Kommunikations- und Informationstechnik.

Die Kriminalitätsentwicklung in Berlin hat nunmehr seit mehreren Jahren eine rückläufige Tendenz. Namentlich bei Kfz-Diebstählen, beim Ladendiebstahl, bei Wohnungs- und Laubeneinbrüchen haben wir den niedrigsten Stand seit der deutschen Einheit. Die Kriminalitätsentwicklung kann daher auch nicht als Hilfsargument herangezogen werden, wenn es darum geht, den Sicherheitsapparat in dieser Stadt auszubauen und populistisch die Kriminalitätsfurcht der Bürgerinnen und Bürger zu schüren. In

D)

Krüger, Marian

(A) diesem Zusammenhang möchte ich eines betonen: Die PDS hält eine Innen- und Rechtspolitik nach dem Prinzip: "Sicherheit im Austausch gegen Freiheit" grundsätzlich für inakzeptabel und für gefährlich.

Und um Sie noch einmal persönlich anzusprechen, Herr Innensenator: Wir werden es nicht zulassen, dass in dieser Stadt unter der falschen Flagge der Kriminalitäts- und Rechtsextremismusbekämpfung die Bürgerrechte wie z. B. die Demonstrationsfreiheit auf ein Niveau gedrückt werden, wie wir es zuletzt in der DDR besichtigen konnten.

[Beifall bei der PDS – Oh! von der CDU – Gram (CDU) Das ist ja nicht zu glauben! Ihre Vopos haben die Menschen zusammengeprügelt!]

Vizepräsident Dr. Luther: Das Wort hat nun der Herr Abgeordnete Gewalt!

Gewalt (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Krüger! Es ist schon ein Stück aus dem Tollhaus,

[Heiterkeit bei der PDS]

wenn von der PDS die Vorstellungen der Union zum Versammlungsrecht kritisiert werden – von einer Partei, die am 17. Juni Demonstrationen mit Panzern auseinandergetrieben hat.

[Beifall bei der CDU – Zurufe von der PDS – Gram (CDU): Echt, das ist nicht zu fassen! – Doering (PDS): Da sind Sie falsch informiert: Das war keine Polizei!]

Da wäre vielleicht ein klein wenig Zurückhaltung angemessener gewesen.

Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger Berlins vor Kriminalität – kurz: die innere Sicherheit – ist und bleibt die Kernaufgabe des Staates im Lande Berlin. Deshalb sind wir – die Opposition möge uns das verzeihen – hier wenig kompromissbereit. Bei den Haushaltsberatungen haben wir deutlich gemacht, dass die Polizei, aber auch die Justiz nicht gleichberechtigt neben anderen Politikfeldern stehen. Gerade in Zeiten knapper Kassen muss die Politik den Mut haben, Prioritäten zu setzen. Für uns, die CDU, ist der Schutz der Bürgerinnen und Bürger an erster Stelle zu nennen, für uns hat die innere Sicherheit absolute Priorität.

[Beifall bei der CDU - Wieland (Grüne): Lächerlich!]

Insofern, Herr Kollege Wieland, sind wir auch erleichtert, dass es gelungen ist, Feuerwehr und Polizei im Haushalt 2000 von Sparmaßnahmen so weit als möglich auszunehmen.

[Wieland (Grüne): Das stimmt doch gar nicht!]

Entgegen anderslautenden Parolen, Herr Kollege Wieland, wird es weder bei der Feuerwehr noch bei der Polizei im Saldo Personaleinsparungen geben. Schauen Sie sich den Haushalt an! In Anbetracht der Tatsache, dass die Haushaltsprobleme uns zwingen, im Land Berlin mehr als 4 000 Stellen im öffentlichen Dienst abzubauen, ist dieses im Bereich der inneren Sicherheit eine bemerkenswerte Leistung.

[Beifall bei der CDU - Beifall der Frau Abg. Fischer (SPD)]

Besonders problematisch waren in den vergangenen fünf Jahren – wir erinnern uns daran – die Kürzungen bei der Ausstattung und der baulichen Unterhaltung der Berliner Polizei. Hier wird es in diesem Jahr erstmals – sogar die PDS hat dieses hervorgehoben – eine Trendwende geben. So ermöglicht z. B. die Erhöhung des Titels "Bauliche Unterhaltung" von 44,5 Millionen DM auf 60 Millionen DM erstmals wieder notwendige Instandsetzungsmaßnahmen bei Polizeidienstgebäuden. Die Polizeidienststelle in der Kruppstraße – um ein Beispiel zu nennen –, die man nach Wassereinbrüchen zu Recht nur noch als Tropfsteinhöhle bezeichnen konnte, wird endlich saniert. Es wurde auch Zeit.

[Beifall bei der CDU - Beifall der Frau Abg. Fischer (SPD)]

Bei allen Haushaltsproblemen darf man aber nicht den Blick für die Strukturen und die Gesetzesgrundlagen der polizeilichen Arbeit verlieren. Die Anpassung des Berliner Polizeirechts an die Notwendigkeiten einer modernen Kriminalitätsbekämpfung (C) stehen für uns im Vordergrund. Begonnen haben wir in der letzten Legislaturperiode – unter lebhaften Protesten der Opposition, wie ich mich noch erinnern kann –

[Wieland (Grüne): Allerdings! Die Schleierfahndung haben Sie eingeführt!]

mit der Aufnahme von lagebildabhängigen Kontrollen und der Ermöglichung des so genannten Aufenthaltsverbots für potentielle Straftäter an gefährlichen Orten. Wir werden dies fortsetzen mit einem Gesetzesentwurf zur Videoüberwachung gefährdeter öffentlicher Objekte.

[Zuruf des Abg. Krüger (PDS)]

Ich mache keinen Hehl daraus, dass wir hier ein Mehr nach dem Vorbild vieler anderer Bundesländer gewünscht haben.

[Wieland (Grüne): Gescheitert sind Sie!]

Das gilt auch für die Ermöglichung eines längerfristigen Unterbindungsgewahrsams und die Schaffung einer tauglichen rechtlichen Grundlage für den finalen Rettungsschuss, um Opfer bei Geiselnahmen besser schützen zu können. Auch wenn der Koalitionspartner hier nach wie vor Bedenken hat, bin ich der festen Überzeugung, dass die Entwicklung bei der Kriminalität uns in den nächsten Jahren – ich füge hinzu: leider – Recht geben wird.

Polizei und Justiz – auch wenn der eine oder andere Mitarbeiter bei den Strafverfolgungsbehörden in der Vergangenheit diesen Eindruck erweckt hat – sind nicht Konkurrenten, sondern Partner bei der Kriminalitätsbekämpfung. Insofern bin ich froh darüber, dass der Regierende Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Justizsenator und Innensenator Dr. Werthebach konkrete Maßnahmen für die Verbesserung im Verhältnis zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei ergreifen werden. Dieses ist dringend erforderlich.

[Beifall bei der CDU] (D)

Damit allein ist es aber nicht getan. Das Land Berlin muss endlich auch gesetzliche Möglichkeiten im Jugendhilferecht nutzen. Strafunmündige Kinder – ich sage das hier mit aller Klarheit – sind kein Fall für Polizei und Justiz, die sich hier zu Recht für unzuständig ansehen. Hier muss durch Erziehung das Kind vor sich selbst, aber auch die Öffentlichkeit vor einem auf den falschen Weg geratenen Kind geschützt werden. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass bei besonders schweren Fällen überhaupt Erziehung stattfinden kann. Ein strafunmündiges Kind, das kriminelle Handlungen, serienmäßig Straftaten oder sogar Kapitalverbrechen begangen hat, darf sich nicht, wie in der Vergangenheit geschehen, erzieherischen Maßnahmen entziehen können.

[Beifall bei der CDU]

Deshalb ist für uns eine verbindliche Heimunterbringung, wie wir sie mit den Sozialdemokraten in der Koalitionsvereinbarung beschlossen haben, in Berlin auch dringend zu ermöglichen.

[Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD]

Ich erwarte hierzu vom zuständigen Jugendsenator baldmöglichst eine entsprechende Vorlage. Sie ist dringend erforderlich.

Zum Strafvollzug: Es ist richtig, unsere Justizvollzugsanstalten platzen aus allen Nähten. Dies ist auch nicht verwunderlich, wenn man berücksichtigt, dass über ein Drittel aller Strafgefangenen – in Plötzensee sogar über 50 % – Ausländer sind, die in der Regel wegen der Schwere der von ihnen begangenen Straftat nach Verbüßung der Haft jedes Aufenthaltsrecht in Deutschland verwirkt haben. Insofern ist es nur konsequent, dass sich die Koalition zu einer Ausweitung des Strafvollzuges im Ausland entschlossen hat. Dieses war dringend notwendig.

[Frau Seelig (PDS): Das ist totaler Quatsch!]

Mittlerweile haben auch Staaten außerhalb der Europäischen Union wie z. B. Polen – für Berlin besonders bedeutsam – das Zusatzprotokoll zum Europaratsabkommen, das den Auslandsstrafvollzug auch gegen den Willen des Betroffen ermöglicht,

Gewalt, Wolfgang

(A) ratifiziert. Es bleibt zu hoffen, dass die Bundesregierung entsprechende Verhandlungen mit der Türkei etwas energischer führt, als dies in der Vergangenheit geschehen ist,

> [Beifall bei der CDU – Frau Oesterheld (Grüne): Meinen Sie, in den letzten 16 Jahren?]

um auch in der Türkei einen Auslandsstrafvollzug zu ermöglichen. Hier stimmen wir mit allen Bundesländern überein, nur die Bundesregierung hat offensichtlich noch Skepsis.

Insgesamt: Die innere Sicherheit ist für mich und die CDU-Fraktion bei Herrn Dr. Werthebach und beim Regierenden Bürgermeister in guten Händen. Wir haben in dieser Hinsicht volles Vertrauen in den Senat.

[Beifall bei der CDU – Frau Oesterheld (Grüne): Das war ja eine jugendpolitische Rede, Herr Gewalt!]

Vizepräsident Dr. Luther: Das Wort hat nun der Abgeordnete Wieland!

Wieland (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Gewalt! Dass die innere Sicherheit bei Herrn Werthebach in guten Händen ist, das glauben nur Sie hier im Saale.

[Beifall bei den Grünen - Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Wir haben das ganze letzte Jahr über folgendes Schema erlebt: Auf der einen Seite gibt es hier große Worte und Forderungen. Sie haben es ja auch heute wieder dargebracht. Pikanterweise haben Sie das genannt, was Sie in den Koalitionsvereinbarungen nicht bekommen haben, nämlich den polizeilichen Todesschuss als Normierung, die Videoüberwachung der öffentlichen Plätze und Räume und den Polizeigewahrsam über eine Woche. Das hat dankenswerterweise Herr Kollege Benneter, der Koalitionspartner, nicht mitgemacht.

Aber wie es immer ist, wie das Krümelmonster nach Keksen, rufen die Konservativen nach Gesetzen. Ihr Hunger ist unersättlich. Sie hören nicht auf, sie halten sich auch an keine Koalitionsvereinbarung. Da gibt es bei Ihnen keine Sättigungsgrenze, Sie wollen immer weitergehen. Deshalb sage ich: Bitte nicht noch einen Sündenfall wie die Schleierfahndung hier in Berlin, das war schon zuviel, was wir hier letztes Jahr erlebt haben.

[Beifall bei den Grünen und der PDS – Beifall des Abg. Benneter (SPD)]

Wo die Konservativen einmal Taten bringen müssten, da versagen sie. Es ist doch nachgerade ein Treppenwitz, dass wir als die in vielen Augen immer noch patentierten Polizeifeinde in den Haushaltsberatungen beantragen mussten, dass Geld für Schutzwesten zur Verfügung gestellt wird. Wir haben es beantragt, wir haben Gelder für den Fuhrpark beantragt,

[Zuruf des Abg. Gram (CDU)]

wir haben beantragt, dass einmal Schluss sein muss mit dem Umstand, dass der Polizist seinen Diensthund selbst anzuschaffen, zu füttern und dann auch noch bis zum Tode zu pflegen hat. Wo gibt es denn so etwas? – In einem Gemeinwesen – und hier hat Herr Krüger Recht –, das nicht gerade wenig für seine Polizei ausgibt. Unrecht hat er natürlich, wenn er einen Stadtstaat mit Flächenstaaten vergleicht. Aber dass es nicht gerade wenig Geld ist, damit hat er Recht. Wenn es auch dann noch so fehlgeleitet wird, dann schlägt das auf diejenigen zurück, die hier das Sagen haben, und dann schlägt das insbesondere auf Herrn Werthebach zurück.

[Beifall bei den Grünen]

Herr Werthebach und auch Sie von der CDU haben uns immer gesagt, die Sicherheit sei in guten Händen, insbesondere die sogenannte Hauptstadtsicherheit. Was ist denn die Realität? – Während rings herum die Regierungsgebäude wachsen, ist immer noch keine Grundsteinlegung beim gemeinsamen Abschnitt erfolgt. Die ist immer noch nicht erfolgt, da hinken wir bisterher.

[Bm Dr. Werthebach: Aber die Sicherheit ist gewahrt!]

Sie haben immer noch nicht das notwendige Bewachungspersonal für die neu hierher ziehenden Botschaften und Konsulate und andere Einrichtungen. Herr Schily verbittet sich inzwischen die ständige Quengelei, wie er sagt, von Seiten des Senats von Berlin.

[Gram (CDU): Schlimm genug! -Bm Dr. Werthebach: Arrogant!]

- Schlimm genug, wie es von Berliner Seite vorgetragen wird! Da haben wir doch eben Eberhard Diepgen erlebt! Der Volksmund sagt, wer die Musik bezahlt, bestimmt die Melodie. Eberhard Diepgen stellt sich hin und sagt: Ich bestimme die Melodie, will aber, dass der Bund bezahlt. – So geht es natürlich nicht! So geht es nicht bei der Kultur und so geht es nicht im Inneren. Da wird man sich zu einem anderen Verhandlungsstil bequemen müssen und im Interesse der Stadt sollte man es schleunigst

[Beifall bei den Grünen – Beifall der Abgn. Benneter (SPD) und Neumann, Eveline (SPD)]

Es lohnt eigentlich kaum noch, etwas über das Landesamt für Verfassungsschutz – auch im Bereich dieses Innensenators – zu sagen.

[Zuruf von der CDU: Dann lassen Sie es!

Er selber will es verlagern, er will es nicht auflösen, wie es richtig wäre,

[Bm Dr. Werthebach: Doch!]

er will einen Umzug organisieren

[Gram (CDU): Es wird aufgelöst!]

und will alle die Versager mitnehmen, die in den vergangenen Jahren dafür zuständig waren, dass bundesweit das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz zu einer absoluten Lachnummer geworden ist. Was haben wir denn hier nicht alles erlebt? Stasiopas, die schon für die Stasi zu unzuverlässig waren, waren Leumundszeugen gegen Polizeidirektoren. Da wurde uns versichert, die haben wir nur noch, um alte Strukturen, weiter wirkende Stasistrukturen, zu beobachten. Das war falsch. Es kam heraus, dass die PDS weitgehend von Ihnen beobachtet wurde. Dann wurde gesagt, wir lösen uns von diesen ehemaligen Stasi-IMs. Dann kam heraus, man wolle sie sozusagen recyceln,

[Gram (CDU): Sie waren doch gar nicht dabei!]

sie nach Thüringen abgeben, um sozusagen die Möglichkeit zu haben, diese Quelle weiter fließen zu lassen. Das alles ist geschehen.

[Gram (CDU): Falschinformation!]

Es ist eine Aktenvernichtung im Landesamt geschehen, der Herr Amtsleiter ließ den Reißwolf bedienen, Ihr Abteilungsleiter hat gleich selber Handarbeit altmodisch geleistet. Das alles geschah, um einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu täuschen. Bis heute gab es von Ihnen auch nicht ein mildes Wort der Missbilligung dagegen, Herr Werthebach. So handeln Sie, so üben Sie Ihre Verantwortung als Senator aus, genauer gesagt üben Sie sie nicht aus. Wir sagen: 1999 war der Krankenstand im öffentlichen Dienst nirgendwo so groß wie im Verfassungsschutz. Seien wir soziale Arbeitgeber, genügen wir unseren Pflichten, tun wir etwas für die Mitarbeiter dort, lösen wir dieses Landesamt auf!

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

In der Politik gegenüber Immigranten und Flüchtlingen folgt Herr Werthebach immer noch seinem Vorbild Kanther. Das ist dieser Geldwäscher mit dem glattgezogenen Scheitel, bei dem die Wohnung neulich durchsucht worden ist, zur Erinnerung sage ich das nur. Eine Politik des Drangsalierens, eine Politik, die die Altfallregelung, die die Innensenatoren und -minister in Görlitz gefällt haben, restriktivst anwenden wollte. Glücklicherweise haben wir das hier im Parlament gestoppt, dankenswerterweise haben wir dies mit der SPD-Fraktion zusammen getan, aber das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir müssen sehen, ob es umgesetzt wird, wie es umgesetzt wird von dieser unwilligen Verwaltung.

Wieland, Wolfgang

(A) Wir stehen noch unter dem Eindruck des Hungerstreiks der Frauen aus der Ukraine, die hier seit Monaten in Haft gehalten werden, weil man aus der Abschiebehaft eine Beugehaft, eine Erzwingungshaft von Passpapieren macht, weil man die Not und das Elend dieser Frauen nicht sehen will, die hierher gelockt wurden, die hier in das Rotlichtmilieu gezwungen wurden, denen man helfen muss und die man nicht in eine derart verzweifelte Situation bringen darf. Wir fordern als Grüne die Haftentlassung dieser Frauen und zwar die sofortige.

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Sie haben in Ihrer Koalitionsvereinbarung versprochen, einen Integrationsvertrag mit den hier lebenden Immigrantinnen und Immigranten. Wo bleibt der denn eigentlich?

[Bm Dr. Werthebach: Der kommt!]

Das war eine gute Idee, das war eine sehr gute Idee! Ich höre immer nur von Seiten der CDU, was die Ausländerinnen und Ausländer zu leisten hätten. Ich höre immer nur den Teil, wo sie Vorleistungen bringen sollen. Mir fehlen die Angebote, mir fehlen die Erleichterungen, mir fehlt das, was aus dem Ganzen wirklich einen Vertrag machte.

Dieser Senator hat in den letzten Wochen, Monaten, es wurde gesagt, die Stadt beglückt mit einer Diskussion über das **Demonstrationsrecht.** Er war der Ansicht, hier werde zuviel demonstriert,

[Bm Dr. Werthebach: Ja, das ist so!]

statt sich zu freuen, dass der Pariser Platz zu einem lebendigen Forum der Demokratie letztes Jahr wurde, wo Beamte, wo Ärzte, wo Rentner, wo Bauern demonstrierten.

[Bm Dr. Werthebach: NPD!]

Die rot-grüne Regierung hat es ja geschafft, die ganze Bevölkerung hierher zu bringen zum Zwecke des Demonstrierens.

[Gram (CDU): Gegen sich aufzubringen!]

Statt sich darüber zu freuen, der Demonstrant von heute ist der Tourist von morgen,

[Heiterkeit - Gram (CDU): Da haben wir Massentourismus!]

hat er nichts anderes im Sinne gehabt als zu sagen: Demonstrationsrecht einschränken und war dann auch der ganz Falsche, der dort, wo er hätte handeln müssen, nämlich bei der NPD, es hätte tun können.

Fazit: Sie haben heute, Herr Werthebach zu Recht ein miserables Ergebnis hier bekommen bei Ihrer Wahl zum Bürgermeister. Sie sollten darüber nachdenken und die Konsequenzen daraus ziehen. – Vielen Dank!

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Vizepräsident Dr. Luther: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Lorenz!

[Wieland (Grüne): Aber nicht trotzkistisch werden!]

Lorenz (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben es heute von Herrn Gewalt gesagt bekommen: die Innenpolitik ist in guten Händen.

[Beifall bei der CDU]

Eindrucksvoll hat der Redner dargestellt, wie der Innensenator nur von Gewalt und Koller begleitet, durch die Stadt reitet, über seine Videokameras sieht er alles, bannt das Verbrechen, rechte und linke Demonstrationen hat er lange verboten, ganz ihm gehört der Verfassungsschutz, der nur ihm die Auskunft gibt, Ausländer hält er am kurzen Zügel, kein Rechtsschutz hindert ihre Abschiebung, das Verwaltungsgericht straft er gnadenlos ab, kurzum: die Stadt ist sicher.

[Heiterkeit bei den Grünen]

Der kleine Fehler, dass dies alles auf Kosten der Bürgerfreiheiten geht und wohl auch auf die Kosten der SPD und damit des Koalitionspartners, das gehört nun einmal dazu. Was wäre ein schwarzer Held, wenn ihm rote Helfer beiseite stehen müssten?

Welch Schauspiel, aber ach, ein Schauspiel nur.

Wenn das die innenpolitischen Probleme dieser Stadt wären, die mit dem bekämpft werden, was der Senator und sein Gewalt da vorgaukeln, dann hätten wir keine Probleme. Die Wahrheit sieht, leider, anders aus.

Die Polizei schiebt einen immer größer werdenden Block an Überstunden vor sich her. Ihre Führung ist in einen täglichen Kleinkrieg verwickelt, dem eigentlich nur noch die öffentliche, körperliche Auseinandersetzung fehlt. Die Kripo ist faktisch ohne Leitung, die Reform der Schutzpolizei, die im Berliner Modell einen Anfang gefunden hat, befindet sich in der Krise.

Die Kluft zwischen Kripo und Schupo war noch nie so groß. Die Feuerwehr ist erstmals in meinem politischen Leben in ein Feuer geraten, das sie offensichtlich nicht löschen kann, nämlich das Feuer der Kritik der Bürger, das unsere Feuerwehrleute tief erschüttert.

[Wieland (Grüne): Weil die Mäuse abgebrannt sind!]

Der Verfassungsschutz taumelt von einer Panne in die andere und arbeitet ineffektiv. Die Verwaltungsreform steht an einem überaus kritischen Punkt und hätte, wenn sich nicht engagierte Sozialdemokraten und auch die Opposition intensiv in die Bresche geworfen hätten, den bürokratischen Tod erlitten.

> [Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen – Gram (CDU): Retter der Nation!]

Und diese Mängel sollen mit Videokameras und Demonstrationsverboten tatsächlich behoben werden?

[Gram (CDU): Komme mir vor wie St. Martin!]

- Nein, dazu ist anderes nötig, und das ist nicht etwa nur Geld. Die Polizei ist von einigen Sparzwängen ausgenommen, und das geht auch so in Ordnung. Wer aber glaubt, alle Probleme wie früher mit Geld und in Stellen ersaufen zu können, der irrt. Woran Polizei und öffentlicher Dienst leiden, ist nicht das Defizit an Geld und Ideen, sondern der öffentliche Dienst in Berlin leidet unter einem Vollzugsdefizit. Dieses Defizit beruht auf einer Reformunwiligkeit in den Spitzen der Verwaltung, die sicherlich sehr schwer zu beseitigen ist.

Erfolgreich war man über Jahrzehnte in der Berliner Verwaltung nur dann, wenn man über möglichst viel Personal verfügte und nicht auffällig wurde – schon gar nicht durch Effektivität. – Die dilettantische Art wie man das Berliner Modell anging, ist dafür ein gutes Beispiel. – Wenn nicht ein Polizeiführer wie Direktor Karau dieses Vorhaben in die Hand genommen hätte, hätten wir es jetzt schon zu Grabe tragen können.

Das Ganze ist auch ein Managementproblem, das von der politischen Führung angegangen werden muss. Wird es das? – Ich kann nur den Innenbereich beurteilen und sage: Das Gegenteil ist der Fall. Der Senator setzt auf alte Methoden. Alles ist auf ihn bezogen. Er ist vor allen Dingen ein Mann der Verwaltung, eigentlich ein Politiker wider Willen.

Ich kenne diese seine Einstellung aus den Zeiten, in denen ich selbst in der Verwaltung tätig war.

[Gram (CDU): Schon verjährt!]

Politiker sind lästig, behindern den ordentlichen Gang der Verwaltung, und man speist sie mit Halbwahrheiten ab, die sie schlucken, ja schlucken müssen, weil sie ohnehin keine Ahnung haben

Ein typisches Beispiel für diese Haltung aus der letzten Sitzung des Verfassungsschutzausschusses: Ich schilderte die Missstände im Verfassungsschutz bis zu dessen Ausgliederung aus der Innenverwaltung. Die Entgegnung des Senators lautete: Damals hätten sich die Alliierten des Verfassungsschutzes bedient – eine Wahrheit, die freilich mit diesen Missständen überhaupt nichts zu tun hatte, eine Halbwahrheit, die letztlich der

(C)

(B)

Lorenz

(A) Verschleierung diente. Am freudigsten stimmt es den Beamten, wenn er die Politiker einmal richtig hinter das Licht führen und ihnen ihre Unfähigkeit zu erkennen geben und eindrucksvoll demonstrieren kann. Auch hierzu ein Beispiel, nämlich das der Wiedereingliederung des Verfassungsschutzes in die Innenverwaltung. Da redet man der Opposition ein, dass das die Auflösung des Verfassungsschutzes bedeuten würde,

[Liebich (PDS): Haben wir nie geglaubt!]

und diese fällt tatsächlich – wenigstens teilweise – darauf rein. Für denjenigen, der das Kuckucksei mit Sicherheit bemerkt hatte, wird es dann so eingerichtet, dass er sich gerade auf einer Dienstreise befindet. Ist das nicht eine schlaue Art?

Nein, das ist nicht schlau, das ist dumm – jedenfalls dann, wenn man eine große Reform anpacken will. Dann muss man mitnehmen, dann ist jede Art von Täuschung ein Pyrrhussieg. Mit dieser Einstellung schafft man doch keine Reform, noch weniger bewältigt man die großen Probleme, die nur in Zusammenarbeit zu bewältigen sind. Wer sich abkapselt und nur in seinem Dunstkreis wohlfühlt, wer sich nur auf Vertraute verlässt, wem die Verlässlichkeit über die Tüchtigkeit geht, wer die echte Kooperation ablehnt und nicht praktizieren kann, der ist reformunfähig, und genau das geschieht.

Ein Senator, der eine grundlegende Änderung der Organisation eines wichtigen und umstrittenen Organs – hier des Verfassungsschutzes – mit keiner Silbe mit dem Koalitionspartner bespricht, obgleich er weiß, dass dieser daran ein elementares Interesse hat.

[Gram (CDU): Das ist schlichtweg nicht wahr!]

sondern diesen in einem Handstreich in einer öffentlichen Sitzung übertölpelt, der ist kooperationsunfähig – ganz gleich, ob diese Maßnahme sinnvoll ist oder nicht.

Wer die Repräsentanten seiner Verwaltung ausschließlich aus seinem Dunstkreis rekrutiert, der wird – so tüchtig diese auch sein mögen – die politischen Widerstände, die sich in den konkreten Situationen ergeben, nie richtig einschätzen und daher Widerstände erregen. Deshalb wäre es wichtig, wenn in dieser Verwaltung wieder ein wenig von dem Geist einer wirklichen Zusammenarbeit zu spüren wäre, einem Geist, den auch wir in Berlin benötigen, nämlich einen Geist des Aufeinanderzugehens und der Schaffung einer Begeisterung für eine weltoffene Stadt,

[Wieland (Grüne): Hört, hört!]

die sich dann auch in einer Verwaltung manifestieren muss, die sich für die Welt öffnet und nicht kleinlich verschließt. Das ist im Augenblick nicht der Fall. Wir befinden uns in einer Sackgasse, aber nicht nur in einer Sackgasse des Handelns, sondern auch des Denkens und Empfindens.

Ich hoffe, dass die CDU anerkennt, dass wir die materiellen Grundlagen für eine erfolgreiche Innenpolitik gesetzt haben. Es bleibt abzuwarten, ob sie tatsächlich in der Lage ist, dieses Entgegenkommen zu nutzen und gemeinsam mit der SPD aber auch den Oppositionsparteien – jedenfalls in wichtigen Feldern – eine weltoffene Stadt zu kreieren und zu unterstützen.

[Wieland (Grüne): Das geht nur ohne Werthebach!]

Ich glaube, dass wir schwierigen Zeiten entgegen gehen. Wenn wegen der geschilderten Mängel tatsächlich Situationen eintreten, aus denen sich die CDU mit Forderungen, die wir nie und nimmer unterschreiben werden, einen Freischlag erlaubt, dann wird es in Zukunft sicherlich auch Antworten der SPD geben, die in dieser Koalition eher zerstörend als erhaltend wirken werden.

[Beifall bei den Grünen - Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsident Dr. Luther: Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 05 liegen mir nicht vor. Deshalb lasse ich zuerst - -

[Zurufe]

- Wie? - Oh pardon, Herr Senator! Bitte, Herr Senator Werthebach!

Dr. Werthebach, Bürgermeister und Senator für Inneres: **(C)** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte mir vorstellen können, dass Herr Wieland es sehr begrüßt hätte.

[Wieland (Grüne): Außerordentlich!]

wenn ich nichts mehr gesagt und alle seine unzutreffenden Behauptungen hätte im Raum stehen lassen müssen. So geht das nicht.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muss mit einer Antwort auf das beginnen, was Herr Wieland gesagt hat: Herr Wieland! Wo waren Sie eigentlich bisher hilfreich in der inneren Sicherheit?

[Beifall bei der CDU - Zurufe der Grünen]

Nun hören Sie doch einmal zu! – Sie haben durch Herrn Müller-Schoenau im Hauptausschuss einen Showantrag stellen lassen – zusätzliche Schutzwesten sollten für die Polizei angeschafft werden. Dann ist Herr Müller-Schoenau gefragt worden, wo er denn die Deckung dafür hernehmen wolle,

[Cramer (Grüne): Hat er doch dargelegt! – Weitere Zurufe von den Grünen]

worauf ihm nichts eingefallen ist.

[Müller-Schoenau (Grüne): Quatsch! – Wieland (Grüne): Sie hören nicht hin!]

Meint er vielleicht die Bürgerämter?

[Zurufe der Grünen]

Das ist doch erkennbar nur ein Showeffekt, lieber Herr Wieland. Ich kenne Sie nur als destruktiven Kritikaster,

[Beifall bei der CDU]

als sonst gar nichts. Pauschal wird das Engagement meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diskriminiert und diskreditiert.

[Wieland (Grüne): Beim Aktenzerreißen!]

Lieber Herr Wieland, wenn Sie uns glauben machen wollen, (D) unsere Polizei stärken zu wollen,

[Wansner (CDU): Wieland hat keine Ahnung!]

lassen Sie Taten Ihren Worten folgen, nicht Showanträge!

[Vereinzelter Beifall bei der CDU – Wieland (Grüne): Treten Sie zurück!]

Bisher glaube ich, dass Sie kiloweise Kreide geschluckt haben

[Heiterkeit bei der CDU]

und gewissermaßen als ein Wolf im Schafspelz hier um die Ecke kommen.

[Beifall bei der CDU - Zurufe bei den Grünen]

Herr Wieland, Sie haben sich im letzten Jahr vor der Kamera entblößt.

[Allgemeine Heiterkeit]

Das war wahrlich kein schönes Bild; da hätte ich mir schon gewünscht, Sie wären in einen Schafspelz gekrochen, aber in einen tatsächlichen, nicht nur in einen allegorischen.

[Beifall bei der CDU –

Cramer (Grüne): Sie sind ja ein Witzbold! – Wieland (Grüne): Nun ist der Witz aber verbraucht!]

 So gut war das Bild nicht, das gebe ich zu, Herr Wieland, aber es muss schon hin und wieder einmal aufgezeigt werden – insbesondere, um die Wahrhaftigkeit Ihrer Ausführungen hier darzulegen.

Herr Lorenz, Sie haben ein Drehbuch für ein Schauspiel "Innere Sicherheit" vorgestellt, das mag irgendwo spielen, aber nicht in Berlin. Außerdem, Herr Wieland, bitte ich Sie hier vor dem ganzen Publikum bzw. vor allen Ihren Kolleginnen und Kollegen, intensiv mit mir zusammenzuarbeiten. Ich stehe Ihnen jederzeit für Gespräche zur Verfügung. Sie wissen, dass ich Ihnen eine ganze Reihe von Terminvorschlägen gegeben habe.

[Wieland (Grüne): Jetzt haben Sie mich mit Herrn Lorenz verwechselt!]

Bm Dr. Werthebach

(A) Ich halte eine intensive Zusammenarbeit der Koalitionsparteien in Fragen der inneren Sicherheit für unverzichtbar.

[Beifall bei der CDU]

Ich stelle mich auf jeden Fall in dem Reformprozess an die Spitze

[Cramer (Grüne): Das glauben Sie doch selbst nicht!]

und werde das auch nachher noch einmal darlegen im Bereich der inneren Sicherheit, insbesondere im Bereich Verfassungsschutz. Übrigens muss ich hier klarstellen, Herr Lorenz — Herr Wieland, hören Sie doch einmal zu, das würde Ihnen gerade in diesem Bereich, wo Sie immer nur Behauptungen aufstellen, ohne sie auch nur einmal belegen zu können.

[Cramer (Grüne): Sie haben mich gerade mit Herrn Lorenz verwechselt!]

Vielleicht kann es Ihnen hilfreich sein in Ihrer Diskussion und in Ihrer Meinungsbildung.

Herr Lorenz, ich stelle noch einmal klar: Die Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz ist mit Ihrem Kollegen Herrn Benneter erörtert worden, und Ihr Landesvorsitzender hat mir ausdrücklich bestätigt, dass dies schon immer die Politik Ihrer Partei war.

[Zurufe von den Grünen]

Das möchte ich klarstellen, wiederhole aber und betone auch noch einmal: Ich stehe Ihnen weiter für intensive Gespräche zur Verfügung.

Die Komplexität der politischen Herausforderung erfordert besondere Verantwortung. Dazu gehört vor allem die Kraft zu einer Gegenwart und Zukunft verbindenden und nicht gegeneinander ausspielenden Prioritätensetzung im Haushalt. Es geht darum, heute das Erforderliche zu tun und morgen das Verschiebbare. Wir haben es geschafft, seit dem ersten Haushalt des wiedervereinten Berlins 45 000 Stellen finanzwirksam abzubauen. Herr Müller-Schoenau, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie gerade bei dieser Passage einmal zuhörten, damit endlich Ihre unzutreffenden Behauptungen aufhören, denen sich leider fast alle hier im Raume – mit Ausnahme des Vertreters meiner Partei – angeschlossen haben.

[Zuruf von den Grünen]

Dieser finanzwirksame Abbau von 45 000 Stellen ist eine Leistung,

[Zuruf des Abg. Müller-Schoenau (Grüne)]

die einer besonderen Würdigung schon deshalb bedarf, weil sie sozialverträglich erfolgte und in enger Abstimmung mit den Personalvertretungen, mit den Gewerkschaften. Das ist doch die Leistung! Und wer immer wieder behauptet, es sei keine Gegenleistung von den Gewerkschaften erbracht worden, sollte sich das zum einen vor Augen führen und zum Zweiten das, was Frau Fugmann-Heesing immer wieder gefordert hatte: Es müsste ein Stelleneinstellungskorridor geschaffen werden. Der ist geschaffen, Herr Müller-Schoenau! Ich bin gern bereit, Ihnen zuzuleiten, in welchem Umfang wir hier neue junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt haben.

[Zuruf des Abg. Müller-Schoenau (Grüne)]

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass Regierung und Parlament die staatlichen Kernaufgaben zum Wohle unserer Stadt erfüllen und nicht auf dem Altar einer falsch verstandenen Konsolidierungspolitik opfern. Dazu gehören selbstverständlich die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Deshalb hat die Polizei den solidarischen Sparbeitrag außerhalb des Vollzugsbereichs geleistet, und damit ist es genug. Der Polizeivollzugsbereich konnte so im Ergebnis proportional sogar gestärkt werden.

Mein Fazit lautet: Der 2000er Haushalt der Polizei ist insgesamt positiv zu bewerten, wenngleich die unzureichende Ausrüstung der Polizei in den nächsten Jahren verbessert werden muss. Wenn dies nicht nur die Meinung der Koalitionsparteien ist, können wir uns sicherlich rasch auf eine fühlbare Verbesserung der polizeilichen Ausstattung verständigen. Auch in Zukunft wird erfolgreiche Sicherheitspolitik nicht zum Nulltarif zu bekommen

sein, sondern nur durch hinreichende Haushaltsmittel. So sind wir froh, dass das Berliner Modell für das Nächste abgesichert ist. Das für die Hauptstadtsicherheit und die Arbeit der Polizei sehr wichtige neue Computersystem POLIKS ist im Haushalt 2000 abgesichert, so dass die Ausschreibung der zentralen Softwarekomponente in diesem Jahr erfolgen kann.

[Zuruf der Frau Abg. Oesterheld (Grüne)]

Noch näher am Einsatz eines großen EDV-Systems sind wir bei der Feuerwehr, die auch wieder einmal von Herrn Wieland kritisiert wurde. In diesem Jahr soll die neue Einsatzleitzentrale mit dem System IGNIS in Betrieb genommen werden. Damit wird es auch unter extremen Belastungen, wie sie zum letzten Jahreswechsel vorgefunden wurden, nicht mehr zu Ausfällen kommen, die die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr nachhaltig beeinträchtigen.

Ergänzend zu unseren landespolitischen Möglichkeiten erhoffe ich mir vom Bund an Stelle von arroganten Sprüchen mehr Engagement in Sicherheitsfragen der deutschen Hauptstadt. Ich werde den Bundesinnenminister mit konkreten Forderung konfrontieren, die er im Interesse der Sicherheit unserer Stadt und der Sicherheit ausländischer Staatsgäste nach meiner Auffassung seriöserweise nicht ablehnen kann. Unbestreitbar wird die Sicherheitslage Berlins vor allem auch durch den Sitz der Bundesorgane, die Anwesenheit ihrer Repräsentanten und des diplomatischen Korps bestimmt. Unbestreibar bleibt, dass der Bund sich in Bonn proportional stärker beteiligt hat - und das in einer mittelgroßen Stadt, die die Kriminalitätsbelastungen von Ballungszentren nur in den Medien erlebt! Unbestreitbar ist die Berliner Sorge um die innere Sicherheit und die Sicherheit der Bundesinstitutionen kein Ausdruck von Subventionsmentalität. Auch dem Bundesinnenminister sollte bewusst werden: Berlin ist die Hauptstadt der Nation, und daraus entstehen Sonderpflichten auch des Bundes.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Die **Verwaltungsreform** bleibt ein herausragender Schwerpunkt der Innenpolitik. Weil wir die Innovation wirklich ernst nehmen, werden wir 2 Millionen DM zusätzlich aufbringen,

[Müller-Schoenau (Grüne): Zu wenig!]

um die kontinuierliche Entwicklung der **Bürgerämter** in den Bezirken zu ermöglichen, und dies, obwohl die Einrichtung der Bürgerämter eine ausschließlich bezirkliche Aufgabe ist. Wer wie Herr Müller-Schoenau dem Hauptausschuss angehört und hier sagt, wir brauchten im Jahre 2000 15 Millionen DM, der hat offensichtlich überhaupt keine Vorstellung von dem, was man im Bereich der Bürgerämter hier investieren kann.

Regierung und Parlament stehen in der Verantwortung für die Zukunft Berlins. Dazu ist es erforderlich, die Handlungs- und Gestaltungsmacht der staatlichen Organe auch bei rückläufigen Ressourcen zu verbessern. Wer die Frage beantwortet, was des Staates Pflicht und was des Bürgers Recht ist, der eröffnet sich die Spielräume, die Zukunft Berlins zu gestalten und den inneren Frieden zu sichern. Ich verweise insoweit auf das, was der Regierende Bürgermeister hier heute Morgen gesagt hat. Es ist unausweichlich zu entscheiden, in welchen Bereichen der Staat maßgeblich tätig sein muss und aus welchen er sich zurückziehen kann. Der Grundsatz "Wehret den Anfängen" oder – wie andere sagen – "Null Toleranz gegenüber Kriminalität" gilt für mich weiterhin.

[Zurufe von den Grünen - Cramer (Grüne): Auch für Kohl!]

Dazu stehe ich persönlich. Die Achtsamkeitspflicht des Staates beginnt nicht erst mit der Strafverfolgung. Ich möchte, dass unsere Bürger wissen, dass die Polizei frühzeitig hinschaut und nicht wegsieht. Folglich setzen wir auch konsequent das Konzept um: "Grüne Wochen für die Berlinerinnen und Berliner. Die Polizei will's wissen."

Noch ein Wort zum Verfassungsschutz. Wir sind im März an einem Punkt angelangt, an dem die über Jahre hinweg erfolgten Durchstechereien – offenbar auch aus dem Amt heraus – im Interesse der Beschäftigten und der Politik nicht mehr hingenommen werden konnten.

:)

(D)

384

Bm Dr. Werthebach

(A) Das Beschaffen, nicht aber das Verbreiten von Nachrichten ist die vorrangige Aufgabe eines Nachrichtendienstes.

[Gram (CDU): Das ist wahr!]

Der Verfassungsschutz ist eine unverzichtbare Staatsaufgabe, daher ist es notwendig unter Auflösung der bisherigen Amtsstrukturen das Instrument des Verfassungsschutzes in neuer effizienterer Weise als gesellschaftspolitisches Diagnoseinstrument zu nutzen. Die extremistische Szene, insbesondere die der Rechtsextremisten, nutzt Berlin weiterhin als Zentrum ihrer Agitation. Um Schaden vom Gemeinwesen abzuwenden, ist es in der Hauptstadt Berlin unerlässlich, den Verfassungsschutz als Frühwarnsystem gegen links- und rechtsextremistische Randgruppen einzusetzen. – Ich versichere Ihnen, dass der Verfassungsschutz auch innerhalb der Hauptverwaltung mit einem Revisionsfilter versehen sein, seine rechtsstaatliche Aufgabe uneingeschränkt und überparteilich erfüllen wird. Die für Ende 2002 vorgesehene Evaluierung wird dies bestätigen.

Der Haushalt 2000 ist ein Übergangshaushalt in einer Zeit, in der Berlin einen Erneuerungsprozess ohne Beispiel durchmacht. Wir haben vieles erreicht, große Aufgaben sind noch zu meistern, packen wir sie an und seien wir dabei ein wenig stolz auf unsere faszinierende weltoffene Stadt. Und genau das sollten wir allen, vor allem unseren Gästen, zeigen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU - Beifall der Abgn. Frau Thieme-Duske (SPD) und Ehlert (SPD)]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Dr. Werthebach.

Zuerst lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, Drucksache 14/301-8. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Gegenstimmen waren die Mehrheit, damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer nun dem Einzelplan 05 unter Berücksichtigung der Änderung des Hauptausschusses, Drucksache 14/301, und der Auflagenbeschlüsse des Hauptausschusses gemäß Drucksache 14/302, hier die Nrn. 25 bis 33, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Gegenstimmen der Opposition ist damit der Einzelplan 05 so beschlossen.

Über den eingangs erwähnten Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drucksachen 14/301-3 und 14/301-5 – wird dann unter dem Einzelplan 29 abgestimmt.

Ich rufe nun auf

Einzelplan 10

- Schule, Jugend und Sport -

hierzu:

- 1. Änderungen des Hauptausschusses nach Drucksache 14/301
- 2. Auflagenbeschlüsse des Hauptausschusses nach Drucksache 14/302, Nrn. 35 bis 42

Hier wird auch der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, Drucksache 14/301-3, und der Änderungsantrag der Fraktion der PDS, Drucksache 14/301-10, behandelt.

Vor Eintritt in die Beratung möchte ich noch einen Fehler korrigieren. In den Auflagenbeschlüssen, über die wir bereits am Ende eines Einzelplans abstimmen, muss im Auflagenbeschluss Nr. 38 der Klammersatz gestrichen werden. Ich bitte Sie, dies zu berücksichtigen.

Wir kommen jetzt zu den Reden. Es beginnt für die Fraktion der PDS Frau Schaub. – Sie haben das Wort!

Frau Schaub (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Böger, Sie haben es geschafft, in kurzer Amtszeit 50 000 bis 60 000 Menschen auf die Straße zu bringen, um

gegen die katastrophale Bildungspolitik der großen Koalition zu protestieren und Zukunftschancen für die Kinder und Jugendlichen unserer Stadt einzufordern. Das effizient zu nennen, wäre zynisch.

[Czaja (CDU): Wie Zlatko! – Zuruf von der CDU: Rechtswidrig!]

Schüler, Eltern, Lehrer gestalteten gestern mit Witz und Phantasie und außerdem, wie ich finde, mit viel Disziplin den Warnstreik. Das war auch ein Beitrag zum Thema Demonstrationsrecht. In der Stadt wurde für alle, die es sehen wollten – darunter waren übrigens auch viele ausländische Gäste –, sichtbar: Lehrer und Schüler ließen sich weder durch die Androhung von Disziplinarmaßnahmen noch durch Verunglimpfungen davon abhalten, zum außergewöhnlichen Mittel des Warnstreiks zu greifen, nachdem andere Protestformen beim Senat auf taube Ohren trafen und der Senator daraus gar noch eine Unterstützung für seine Politik konstruierte

Herr Landowsky – jetzt ist er gerade wieder mal nicht da –, zum Thema kulturvoller Umgang miteinander: Sie haben die streikbereiten Lehrerinnen und Lehrer, so die Presse in einem wörtlichen Zitat, als "alte 68er" bezeichnet, die "sich in der Schule festgesetzt" hätten. Meine gute Erziehung und dieses Haus lassen es mir angeraten sein, Ihnen nicht zu sagen, wo Sie sich festgesetzt haben.

[Krüger (PDS): Na?]

Überhaupt: 68er – der Komplex scheint bei einigen Herren der CDU fest zu sitzen und sich zur Midlife Crisis zu entwickeln.

[Heiterkeit bei der PDS]

Gründen Sie eine Selbsthilfegruppe, meine Herren, aber verschonen Sie das Parlament mit Ihren unverarbeiteten Problemen.

[Beifall bei der PDS und den Grünen –
Frau Künast (Grüne): Sie sollten als fast 60-jährige
nicht mehr in der Midlife Crisis sein! –
Zuruf der Frau Abg. Richter-Kotowski (CDU)]

Unverschämt ist, Herr Steffel, die Unterstellung gefälschter Krankschreibungen, und das von der Tribüne des Abgeordnetenhauses. – Lehrern, Schülern und Eltern, die am Warnstreik teilgenommen haben, oder wie es Tausende Eltern taten, indem sie ihre Kinder zu Hause behielten, sage ich Danke dafür, dass sie mit aufrechtem Gang für die Lebens- und Zukunftschancen ihrer, unserer Kinder streiten.

[Beifall bei der PDS - Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Der gestrige Warnstreik machte zwei Dinge deutlich: Es geht um mehr als 45 Minuten zusätzlichen Unterricht, es geht um den Stopp der Talfahrt in der Berliner Schule und eine Bildungsoffensive, die sich in den zurückliegenden Wochen von unten zu entwickeln beginnt. Und: Lehrer, Eltern und Schüler lassen sich nicht gegeneinander ausspielen. Dabei hat der Senator selbst die Unwahrheit nicht gescheut, das zu versuchen.

[Bm Böger: Machen Sie es deutlich, Frau Schaub, dann kann ich auch deutlich antworten! – Czaja (CDU): Es ist unerhört!]

 Ich kann gern auch deutlichere Ausführungen machen, tue ich gern auf Aufforderung, jetzt rede ich erst einmal zu Ende.

Ein gestörtes Verhältnis zur Wahrheit von Wahlversprechen scheint bei CDU und SPD zum politischen Rüstzeug zu gehören, zumindest bei manchen. Verringerung des Unterrichtsausfalls auf das unvermeidbare Maß, hundertprozentige Personalausstattung der Schulen, Sicherung des Unterrichts und des gegenwärtigen pädagogischen Ausstattungsstandards sowie Erhöhung der Ressourcen, insbesondere für die Abdeckung des Fachlehrerbedarfs – das alles waren Versprechen der großen Koalition, bevor sie wieder große Koalition wurde. Das ist in der Dokumentation der Wahlzeit und in der Koalitionsvereinbarung nachzulesen. Bildungspolitik sollte ein Schwerpunkt in der Regierungsarbeit der großen Koalition in dieser Legislaturperiode sein.

Frau Schaub

Der erste Haushalt für das Bildungswesen, der uns in dieser Legislaturperiode vorgelegt wird, ist das Gegenteil dieser Versprechungen. Er verstärkt den Bildungsnotstand, statt ihn zu beseitigen. Eine Wochenstunde mehr für Lehrerinnen und Lehrer, drohender weiterer Abbau pädagogischer Ausstattung, 60 DM pro Azubi im Jahr gestrichen – in manchem OSZ ist das die Hälfte des Lehr- und Lernmitteletats –, das bedeutet Schule zurück in die Kreidezeit, und zwar im doppelten Wortsinn.

[Czaja (CDU): Sie hätten in der Schule einen Rhetorikkurs nehmen sollen!]

Und Arbeitsplätze? – Ich hörte Herrn Steffel in den Saal brüllen, die PDS sei gegen die Schaffung von Arbeitsplätzen.

[Gräff (CDU): So ist es doch!]

Und Herr Wowereit fand die elegante Sprachregelung: "Wir wollen die Personalkosten senken, nicht Stellen streichen!" **Lehrerstellen**, das steht fest, müssen geschaffen werden, daran führt kein Weg vorbei. Da fragt man denn schon, wer den Lehrerpersonalhaushalt auf Dauer einfrieren will, was das mit Schaffung von Arbeitsplätzen zu tun hat, das müssten Sie mir gelegentlich erklären.

[Czaja (CDU): Sie sind doch völlig befangen als Lehrer!]

Legt man die Ausstattungsbedingungen des laufenden Schuljahres zu Grunde, dann sind 30 456 Stellen schon unter dem Ausstattungsstandard.

[Zuruf des Abg. Czaja (CDU)]

Und für das kommende Schuljahr ist das bekanntlich noch einmal niedriger angesetzt mit 29 950 Stellen und liegt damit über 1 600 Stellen unter einer bedarfsgerechten Ausstattung. Dieses Problem muss gelöst werden in Berlin. Herr Wolf hat heute morgen über Altersteilzeit gesprochen und hat ein deutliches Gesprächsangebot unterbreitet. Das möchte ich hier noch einmal hervorheben und unterstreichen. Die Berliner Schule braucht dringend Reformen, darüber sind sich alle einig. Mit wem aber soll die Schule reformiert werden, wenn Lehrerinnen und Lehrer derart unter Druck gesetzt werden? Verstehen Sie die Proteste von gestern und der Wochen zuvor als Aufforderung, der Erhöhung der Lehrerarbeitszeit nicht zuzustimmen und stattdessen eine wirkliche Lösung des Problems zu diskutieren.

[Zuruf des Abg. Czaja (CDU)]

Stimmen Sie unseren Anträgen zu, die beinhalten, auf die Arbeitszeitverlängerung für Lehrerinnen und Lehrer zu verzichten, ebenso darauf zu verzichten, eine weitere Verschlechterung der Ausstattungsstandards zumindest ins Kalkül zu ziehen, wie es Artikel I § 4 Haushaltssanierungsgesetz zulässt. Stimmen Sie unserem Antrag zu, die Lernmittelfreiheit an Berufsschulen auch für das kommende Schuljahr zu sichern. – Vielen Dank!

[Beifall bei der PDS – Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Vizepräsident Dr. Luther: Für die Fraktion der CDU hat jetzt Herr Abgeordneter Schlede das Wort!

Schlede (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Worüber wollen wir heute entscheiden, wenn es um Bildungsfragen geht als Teil des Haushaltssanierungsgesetzes? - Drei Komplexe: Es geht um die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtungen für alle Lehrer um eine Stunde. Es geht zum Zweiten - das können wir hier vernachlässigen, weil eher organisatorischer Natur - um die Gründung eines Instituts für Schule und Medien und zum Dritten um die Senkung des Betrags für Lernmittel im berufsbildenden Bereich von 7,2 Millionen DM um 1,5 auf 5,7 Millionen DM. Hat das gestern 50 000 Menschen auf die Straße getrieben? Ich wage mal zu behaupten: Das war es offensichtlich nicht. Sondern es hat sich bei diesen 50 000 offensichtlich um Menschen gehandelt, die in Bezug auf das Berliner Schulsystem doch einige Sorgen darüber hinaus haben und die, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von allen Fraktionen, müssen wir wohl ernst nehmen.

[Beifall des Abg. Cramer (Grüne)]

Ich will hier deutlich machen, was ich bei etwa 200 bis 300 (C) Zuschriften in den letzten Wochen erfahren habe, nur mal hineingucken in die Fülle der Positionen. Da schreibt mir eine Lehrerin:

70 % unserer Kinder sind nichtdeutscher Herkunft. Ein erheblicher Teil unserer Kinder kommt zu uns mit Lernstörungen und Verhaltensauffälligkeiten. Die Konrektorenstelle ist seit drei Jahren kommissarisch besetzt. Das Durchschnittsalter des Kollegiums ist 49 Jahre. Es fehlen Lehrer für Sport und Musik.

In einem anderen Schreiben, Kolleginnen der Helen-Keller-Schule:

Klassenräume, Fachräume, Sporthallen, Mehrzweckräume sind zum Teil seit Jahrzehnten nicht mehr renoviert, Bücher, Landkarten und andere Arbeitsmittel veraltet.

Gleichzeitig beschwert man sich fast unisono im Lande Berlin über die Herabwürdigung der Lehrkräfte im Zusammenhang mit der Erhöhung der Unterrichtsstunden.

[Cramer (Grüne): Zu Recht!]

Ich möchte nicht verhehlen, dass die gestrige Versammlung deutlich gemacht hat, seitens der Eltern, dass der Unterrichtsausfall mehr als genug ist. Sie wollen ihn so nicht mehr hinnehmen. Von Schülern, dass auch sie es nicht mehr besonders lustig finden, dass Unterricht alle Nase lang ausfällt und dass die äußeren Rahmenbedingungen nicht vom Feinsten sind. Von Lehrern, dass sie ob der Tatsache, dass ihre Arbeitszeiterhöhung noch von einer zusätzlichen Faule-Säcke-Diskussion begleitet wird, nicht eben erfreut sind.

Ich kann auf der anderen Seite allerdings auch nicht verhehlen, dass ein Teil der Lehrer, an der Spitze die GEW, und auch ein Teil der Eltern sich selbst unglaubwürdig gemacht hat. Denn wer hier nach dem Motto: "Der Zweck heiligt die Mittel" beispielsweise Kinder instrumentalisiert – das ist in beachtlichem Umfang geschehen –,

[Vereinzelter Beifall bei der CDU und der SPD]

wer auf der anderen Seite Streik aus der Sicherheit eines Beamten und öffentlich Bediensteten initiiert und statt an einem Samstag zu demonstrieren lieber am Mittwoch streikt und Unterrichtsausfall durch Unterrichtsausfall bekämpft, macht sich selbst unglaubwürdig.

[Beifall der Frau Abg. Merkel (SPD) – Frau Schaub (PDS): Der Samstag hatte nicht geholfen!]

Ich muss jedoch auch betonen, das muss registriert werden, dass zwei Drittel der Lehrer selbst nach Auskunft der GEW, die diese Zahl eher niedriger sehen würde, sich nicht am Streik beteiligt haben und ihren Pflichten nachgegangen sind.

Meine Damen und Herren, wir sind uns schon bewusst, dass die Lehrer im Lande Berlin durch das Haushaltssanierungsgesetz eine zusätzliche Last aufgebürdet bekommen, die sonst dem öffentlichen Dienst im Land Berlin nirgendwo zugemutet worden ist. Insofern handelt es sich fraglos um ein Sonderopfer. Wenn wir es denn im Rahmen der Haushaltssanierung beschließen müssen, dann nicht, weil wir glauben, dies sei eine pädagogische Sanierungsmaßnahme, obwohl mit diesen 1 200 Stellen – das muss ausdrücklich aus der Sicht der großen Koalition betont werden – sowohl das Vertretungsreservoir deutlich angehoben und damit der Unterrichtsausfall bekämpft wird als auch die Möglichkeit geschaffen wird, wenn auch sicherlich nach unserer Auffassung – da bin ich mit Herrn Senator Böger vollkommen einig – noch immer zu wenig, aber immerhin eine Anzahl von jungen Lehrkräften einzustellen,

[Zuruf von den Grünen: Sie sind ja der Schattensenator!]

wie wir hoffen in diesem Jahr 500 bis 800 und im nächsten Jahr dann weitere wahrscheinlich 300 bis 500.

Ich gehe davon aus, dass also die Vertretungsmittel erhöht werden, und ich gehe auch davon aus, dass in diesen Haushaltsjahr – in den weiteren Jahren wird das fortgesetzt – sowohl die Sanierung der Schulen als auch die Investition in die technische (D)

386

Schlede

(A) Ausstattung voranschreitet. Und ich bin auch fest davon überzeugt, dass es uns gelingen wird, in den nächsten Jahren ein Mehr an Arbeitszeitgerechtigkeit in die Schulen zu bringen und die Lehrerarbeitszeit zu objektivieren, damit es endlich aufhört, über das Vehikel der Unterrichtsstunden ständig die Lehrerarbeitszeit zu erhöhen. Das wird auch diesem Berufsstand nicht gerecht.

Ich komme zum Schluss, indem ich darauf hinweise: Die Arbeit der Berliner Lehrerinnen und Lehrer bleibt anerkennenswert. Wir sollten ihr Engagement unterstützen. Ich zitiere aus einem Brief einer Schule, die gesagt hat:

Trotz aller Veränderungen auch sicherlich einschneidender Art werden wir auch in Zukunft kein Nein zu Klassenfahrten, kein Nein zu Schulfesten, kein Nein zu außerschulischen Angeboten sagen. Wir werden weiterhin engagiert die Schule in Berlin betreiben.

Dafür danke ich ausdrücklich. Ich möchte am Ende auf einen Vergleich, wenn er denn stimmt, zwischen Bayern und Berlin hinweisen: Sollten wir denn tatsächlich nur 12 % unseres Haushalts für Bildung ausgeben gegenüber 30 % im Land Bayern, so müssten wir mit dem Ziel in den Haushalt 2001 hineingehen, diese Spannbreite erheblich zu reduzieren. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Schlede! – Für die Grünen spricht jetzt Herr Mutlu! – Ihre Zeit beginnt.

Mutlu (Grüne): Soll ich fliegen?

Vizepräsident Dr. Luther: Rechtzeitig gehen!

Mutlu (Grüne): Herr Präsident, das nächste Mal werde ich rennen, damit Sie zufrieden sind. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie Sie gestern den Fernsehbildern entnehmen konnten oder heute in den Zeitungen gelesen haben, waren gestern nicht 60 000 Menschen versammelt, sondern das war eine Massendemonstration von Schülerinnen und Schülern, von Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrern, Herr Schlede. Das war keine reine Ansammlung, das war eine Massendemonstration, die die Berliner Innenstadt in letzter Zeit kaum gesehen hat. Diese Menschen sind auf die Straße gegangen, um gegen Ihre kurzsichtige Haushaltspolitik zu demonstrieren, sie sind auf die Straße gegangen, weil sie mit der Bildungspolitik Ihrer großen Koalition nicht einverstanden sind. Ich weiß nicht, ob Sie dort waren. Die Stimmung war einfach überwältigend. Die Beteiligung insbesondere der Schülerinnen und Schüler war einfach Spitze. Ich kann nur sagen: Weiter so. Eine andere Sprache scheinen Sie nicht zu verstehen.

[Beifall bei den Grünen]

Wir werden weiterhin die Proteste der Schüler, der Eltern, der Lehrer unterstützen, und es wird sich auch in unserer Arbeit im Parlament niederschlagen.

Mag ja sein, dass das Beamtenrecht, Herr Schlede, für Lehrer kein Streikrecht vorsieht.

[Atzler (CDU): Das ist so!]

Mag ja sein, dass die Entschuldigungszettelaktion der Elternvertretungen nicht korrekt war. Jetzt ist Herr Steffel nicht da, aber ich kann es ja trotzdem mal in seine Richtung sagen: Es mag ja sein, dass Ihnen die ganzen Proteste der letzten Monate nicht schmecken. Aber ich sage Ihnen, trotzdem sind diese Proteste gerechtfertigt, trotzdem ist dieser Streik legitim. Eine andere Sprache verstehen Sie nämlich nicht.

[Beifall bei den Grünen - Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Ich sage, der bögersche Konfrontationskurs und die Bildungspolitik der großen Koalition in den vergangenen neun Jahren ließen keinen anderen Weg und sind Grund genug, um auf die Straße zu gehen. Unsere Solidarität ist mit denen, die auch in Zukunft auf die Straße gehen werden, um gegen die verfehlte Politik der großen Koalition zu demonstrieren.

Unterrichtsausfall kann nicht durch Unterrichtsausfall (C) bekämpft werden. Da stimme ich Ihnen völlig zu. Allerdings muss ich Ihnen auch sagen, falls Sie nicht da gewesen sind: Der gestrige Streik, die Demonstration gestern, das war der beste Sozialkundeunterricht, den die Schülerinnen und Schüler in Berlin erlebt haben, am eigenen Leibe erfahren haben.

[Beifall bei den Grünen]

Noch authentischer hätte man den Schülerinnen und Schülern Demokratie nicht mehr beibringen können. Ich habe gestern mehrere Tausend Schülerinnen und Schüler gesehen, die den Streik nicht als Gelegenheit genutzt haben, um blau zu machen, sondern sie sind mit ihren Lehrerinnen und Lehrern auf der Straße gewesen, um deutlich zu machen, dass es so nicht weitergehen kann. Wir sehen es ebenso.

[Beifall bei den Grünen - Vereinzelter Beifall von der PDS]

Meine Damen und Herren von der großen Koalition, Sie wissen wie ich, dass es in dem Streik gestern und in den Demonstrationen davor nicht nur um die Erhöhung der Lehrerarbeitszeit ging, sondern um viel mehr. Wir unterscheiden uns allerdings in der Schlussfolgerung. Ihnen sind die Proteste scheinbar egal – uns nicht. Alle Vertreterinnen und Vertreter der Koalitionsfraktionen – allen voran Herr Böger – fahren ihren Kurs fort – aber nicht mit uns! Die Ablehnung des Haushalts durch die Fraktion der Grünen sicher wir zu.

[Wowereit (SPD): Das ist aber schlimm!]

Die Parteien der großen Koalition scheinen nicht nur ihre Wahlversprechen vergessen zu haben, sondern sie haben auch schnell vergessen, dass am 11. März 40 000 Eltern, Schülerinnen und Schüler auf der Straße waren. Vor knapp einer Woche, am 5. April, waren über 10 000 Lehrerinnen und Lehrer auf der Straße. Gestern waren es über 60 000 Menschen. Beim Fußball würde man das so werten: am 11. März haben Sie die gelbe Karte bekommen, Herr Böger, gestern die rote. Damit sind Sie faktisch des Platzes verwiesen worden. Akzeptieren Sie, dass Ihre Politik der vergangenen Monate falsch war.

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Was muss noch passieren, damit Sie als verantwortlicher Schulsenator einlenken und sich gegen den Finanz- und Innensenator durchsetzen können? Wollen Sie französische Verhältnisse? – Keine Sorge, wenn Sie so weitermachen, werden wir sie haben.

Als nächstes kommt die Schülerdemo. Im Gegensatz zu Ihnen werden wir an der Seite der Schülerinnen und Schüler für eine zukunftsorientierte und qualitative Bildungspolitik marschieren. Die Berliner Schule braucht dringend eine Qualitätsverbesserung und eine Verjüngung der Lehrerschaft. Ich weiß, dass das viel Geld kostet. Die finanzielle Situation Berlins ist außerordentlich dramatisch.

Allerdings ist die finanz- und wirtschaftspolitische Misere, in der Berlin steckt, weder nach dem 10. Oktober 1999 entstanden noch ist sie über Nacht gekommen. Sie ist das Resultat von neun Jahren großer Koalition und Klientelpolitik.

[Beifall bei den Grünen - Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Bitte kommen sie mir nicht mit dem Märchen, dass die Haushaltssituation Berlins auf die Herstellung der Einheit zurückzuführen ist. Der weitaus größere Teil der Verschuldung des Landes ist das Ergebnis einer jahrelang verfehlten Prioritätensetzung in der Berliner Haushaltspolitik und Ihrer Klientelbedienungspolitik.

Wenn man sich den Einzelplan 10 im Bezug auf Schule etwas genauer ansieht – ich konzentriere mich auf einige Details –, dann fallen diverse Dinge auf. Das ist einerseits die Erhöhung der wöchentlichen Pflichtstundenzahl gemäß Haushaltssanierungsgesetz. Das ist eine Maßnahme, die die Belastung der veralteten Berliner Lehrerschaft verstärkt. Zudem verhindert sie die Verjüngung der Lehrerschaft. Andererseits wurde die Lehrmittelfreiheit für die Berufsschule faktisch aufgehoben. Ferner heißt es im Haushaltssanierungsgesetz im Artikel 1 § 4:

Die Einsparungen nach § 3 Abs. 3 Nr. 3 werden bei den Lehrerstellen auch durch Erhöhung von Klassenfrequenzen, Reduzierung der Mittel für Vertretungsstunden, Reduzie,

(D)

387

Mutlu

(A) rung von Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden ohne Besitzstandswahrung und ohne gleichzeitige Reduzierung von mit der Fusion verbundenen Aufgaben erbracht.

Jemand aus den Reihen der Verantwortlichen möge mir erklären, wie dieser Passus zu verstehen ist! Auch wenn Deutsch nicht unbedingt meine Muttersprache ist, meine ich, diesen Passus verstanden zu haben. Für mich schließt diese Formulierung weder die Reduzierung der Ermäßigungstatbestände aus noch die der Anrechnungsstunden und auch nicht die Erhöhung der Klassenfrequenzen. Uns blühen schlechte Zeiten. Alle Schülerinnen und Schüler, alle Lehrerinnen und Lehrer und alle Eltern, die diesen Passus näher betrachten, können sehen, was auf sie zukommt. Wir lehnen das ab.

[Beifall bei den Grünen]

Ein weiteres Beispiel sind die ehemaligen Standorte des Landesschulamts in der Storkower Straße sowie Am Karlsbad. Beide werden nicht mehr genützt. Trotzdem werden für die Storkower Straße 9,4 Millionen DM Miete gezahlt. Für den Standort Am Karlsbad werden 160 000 DM Bewirtschaftungskosten aufgebracht. Hier hat jemand geschlafen, seine Hausaufgaben nicht gemacht und den Haushalt grundlos belastet. Das müsste angesichts der desolaten Situation nicht sein.

Zu den drei **Sportoberschulen:** Diese sind nicht ausgelastet und überproportional mit Lehrkräften ausgestattet. Das selbe gilt für die Zahl der Erzieherinnen der beiden Sportinternate. Ein weiteres Beispiel ist die Internationale Gesamtschule, an die sich die Schulverwaltung trotz erheblicher Zweifel hinsichtlich der Finanzierbarkeit klammert und die sie auf Teufel komm raus im kommenden Schuljahr gründen will.

Einige Bemerkungen zum Schul- und Sportanlagensanierungsprogramm: Es wird mit Stolz verkündet, dass 100 Millionen DM für die Sanierung der maroden Schulbauten und Sportanlagen zur Verfügung gestellt werden. Dabei fällt kein Wort über
die Versäumnisse der letzten Jahre und darüber, wie die Bezirke
ihren Aufgaben nicht nachgekommen sind und nachkommen
könnten. Weshalb sind die Anlagen in einem solch desolaten
Zustand? Scheinbar haben Sie in den vergangenen Jahren Ihre
Aufgaben nicht erfüllt, denn sonst hätten wir diese Situation
nicht. Die 100 Millionen DM sind unzureichend. Sie verkaufen
uns und der Bevölkerung das als eine Erfolgsstory. Das werden
die Bürger Ihnen auf Dauer nicht abnehmen.

[Beifall bei den Grünen]

Mit unserem Dringlichkeitsantrag "Sicherstellung der Bildung und Erziehung in der Berliner Schule" haben wir klare Vorschläge gemacht, wie der bildungspolitischen Misere entgegengetreten werden kann – beispielsweise durch die Ausfinanzierung des Lehrerstellenplans, die Einstellung von jungen Lehrkräften, die finanzielle Absicherung der Schulstationen und die Ausstattung mit Computern. Da wir kein Geld drucken können, haben wir konkrete Vorschläge gemacht, woher Geld aus dem Haushalt kommen könnte. Unsere Haushaltspolitiker haben etwa 100 Millionen DM an Kürzungsvorschlägen gemacht, die Sie abgelehnt haben. Das zeigt, wohin Sie mit Ihrer Politik wollen. Sie werden heute entscheiden, was für Berlin wichtiger ist: Jugend oder Prachtbauten und Hauptstadtwahn. Wir werden uns für die Jugend entscheiden und deshalb Ihren Haushalt ablehnen. Ich appelliere an das Haus, das ebenfalls so zu tun!

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Präsident Führer: Für der SPD-Fraktion hat Frau Neumann das Wort!

Frau Neumann, Eveline (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Regierende Bürgermeister zitierte, nur reiche Leute könnten sich einen armen Staat leisten, und er hat Recht. Deswegen wollen wir Sozialdemokraten als Anwalt der armen Leute

[Gelächter bei den Grünen]

dem Staat seine **finanzpolitische Handlungsfähigkeit** zurückerobern. Herr Müller-Schoenau, Sie können ganz sicher sein, dass wir das im Sinne von und mit Frau Fugmann-Heesing machen. Dies erfordert Härte. Klaus Wowereit hat dargelegt, wen diese Härte alles trifft. Diese Härte trifft auch die Lehrer

[Frau Martins (Grüne): Und die Schüler!]

- und dies durchaus in besonderem Maß.

Sie wehren sich dagegen. Wenn dieses Wehren allerdings mit Rechtsbruch und mit der Instrumentalisierung von Kindern geschieht, dann müssen wir das scharf verurteilen, Herr Mutlu.

[Beifall bei der SPD]

Wir können keinen Rechtsbruch unterstützen. Zusätzlicher Stundenausfall und Standespolitik sind keine Bildungspolitik. Eltern haben das erkannt. Herr Böger hat keinesfalls gesagt: Erst die Stundenerhöhung und dann Ruhe oder Stillstand, wie Sie meinen, es verstanden zu haben, Herr Wolf, sondern jetzt müssen auf dieser Grundlage der besser gesicherten Unterrichtsversorgung die entsprechenden Gesetzesvorhaben vorangetrieben werden.

Wir, die SPD, erwarten, dass ein **Schulreformgesetz** in Angriff genommen wird. Es sollte etwa zu Beginn des Jahres 2001 hier vorliegen.

[Hoff (PDS): Erst müssen Sie sich in der Koalition einigen, da haben Sie schon 4 Jahre lang versagt!]

Nicht schneller, denn wir wollen mit den Betroffenen die Gesetze formulieren und deren Einwände auch berücksichtigen.

[Beifall bei der SPD]

Allerdings erwarten wir, dass bereits im Dialog vielleicht bis Ende Mai die ersten Ziele formuliert sein müssen und werden, denn man braucht zuerst eine Zielstellung und dann die Konkretisierung und Umsetzung.

Es wird nicht reichen, die Reformen nur gedanklich zu formulieren, nein, sie müssen auch umgesetzt werden. Dazu – da haben Sie Recht, Herr Müller-Schoenau – brauchen wir selbstverständlich die Lehrer. Wir brauchen die Professionalität und die Erfahrung von Eltern, Kindern und Lehrern.

[Beifall bei der SPD]

Sie haben Recht, Herr Schlede, wir müssen die Sorgen der Letzteren ernst nehmen.

[Mutlu (Grüne): Dann machen Sie doch etwas! – Hoff (PDS): Davon müssen Sie den Senator überzeugen!]

- Ich denke, er ist schon überzeugt, ich muss ihn keinesfalls hier überzeugen. Wir sind in einem ständigen Dialog und möchten ihn nur erweitern. Wir möchten gern, dass die Lehrer wieder von der Straße in die Räume kommen, Unterricht machen und in der Diskussion mitmischen, denn die sind die Vertreter der Professionalität, und wir brauchen sie.

Herr Dr. Steffel hat darauf hingewiesen, welches Fehlverhalten hier vorliegt. Wir dürfen aber nicht nur auf das Fehlverhalten der Lehrer sehen, sondern müssen auch auf das sehen, was sie täglich arbeiten und leisten. Sie haben eine Herkulesaufgabe abzuarbeiten, wobei Herkules, obwohl auch mit Muskeln und Kräften begabt, bisweilen auch phantasievoll und kreativ gehandelt hat. Man denke nur an die Ausmistung des Augiasstalls. Wir brauchen auch entsprechende Phantasie und Kreativität. Da kann ich der Opposition nur Recht geben. Wir müssen den Lehrern Unterstützung und Ermutigung geben. Wir müssen sie in ihrer schweren Herkulesarbeit unterstützen.

[Beifall bei der SPD]

Das wird auch mit dem Umfeld zu tun haben. Wir haben in dem Zusammenhang einen Fehler, den wir gemacht haben, zu korrigieren begonnen. Der Ansatz für die Schulsekretärin wird nicht bei 30 Stunden liegen. Das war einfach zu niedrig. Es ist nicht nur für die Schüler, sondern auch für die Lehrer wichtig, dass dort eine kompetente, sachkundige Assistentin und Ansprechpartnerin vor Ort ist. Die Lehrer müssen von fachfrem-

Frau Neumann, Eveline

(A) den Tätigkeiten entlastet werden. Da das Ganze unter der Überschrift Haushalt diskutiert wird, kann man auch darauf hinweisen: Ein Teil davon wird durchaus Geld sparen, denn Lehrer sind teuer. Ein einzelner Lehrer kostet zwischen 12 000 DM und 15 000 DM im Monat. Wir müssen darüber hinaus Systembetreuer installieren, denn die Lehrer sollten morgens nicht vor dem Computer und dem Fotokopierer stehen und damit ihre Zeit verbringen. Da brauchen sie Unterstützung. Das Ganze wird allerdings am Maßstab der Chancengleichheit zu messen sein.

Ich sehe die rote Rose und beende meine Ausführungen, deswegen: Beginnen wir mit den Dialog unter der Überschrift Chancengleichheit! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD]

Präsident Führer: Nunmehr hat Frau Dr. Barth das Wort für die PDS-Fraktion. – Bitte sehr!

Frau Dr. Barth (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jahrelang wurde nicht nur für die Schulpolitik eine verfehlte Finanzpolitik betrieben; gleichermaßen trifft das auch auf die Jugendpolitik zu. Auch hier hat sich über die Jahre ein tiefes Loch aufgetan. Es hat mich nicht verwundert, als im vorigen Jahr der Senat sich neu bildete und Ihnen, Herr Böger, dieses Ressort nicht gerade von anderen streitig gemacht wurde. Keiner wollte dieses sogenannte Elendsressort haben - so wurde es von der "Berliner Morgenpost" bezeichnet, was mich schon erschreckt hat. Aber es ist klar geworden: Defizitverwaltung macht keinen Spaß, und Lorbeeren kann man in diesem Bereich nicht ernten. Doch statt die Herausforderung anzunehmen und die vom Senat einst beschlossenen Leitlinien für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt zur Richtschnur eigenen Handelns zu machen, stehen Sie, Herr Senator Böger, mit Ihrem Haushaltsentwurf für das Kapitel 10 00 in der sozialdemokratischen Tradition Ihrer glücklosen Vorgängerin. Denn die Bedingungen für junge Menschen und Familien mit Kindern in Berlin werden sich mit diesem Haushalt weiter verschlechtern, und das gerade in Bereichen, in denen es um allgemeine Förderung geht, um den Abbau von Benachteiligungen, um Chancengleichheit und Prävention, um den Einstieg ins Berufsleben.

Meine Damen und Herren von der SPD und der CDU, ich vermisse, dass Sie Verantwortung für diesen Bereich übernehmen und Prioritäten für junge Menschen und ihre Familien in dieser Stadt setzen. Wer von sozialer Stadtentwicklung redet, muss zur Kenntnis nehmen, dass in Berlin ca. 100 000 Minderjährige von Sozialhilfe leben. Er muss zur Kenntnis nehmen, dass der neueste Sozialstrukturatlas bestätigt hat, dass Familien mit Kindern die Stadt verlassen. Dort steht es schwarz auf weiß. Er muss zur Kenntnis nehmen, dass zu wenig Grün in dieser Stadt ist, dass zu wenig Spiel- und Sportplätze vorhanden sind - wir kommen über die 50 % Ausstattung nicht hinaus - und dass es zu wenig Betreuungs- und Freizeitangebote nach der Schule gibt, ob es die Schülerclubs oder die Schulstationen sind. Und schließlich haben Familien in dieser Stadt schlechte Lebensbedingungen und werden im Freizeitbereich zur Kasse gebeten. Der Familienpass macht diese Defizite bei weitem nicht wett.

Besonders am Herzen liegt mir die Förderung von Kindern und Jugendlichen. In Höhe von insgesamt ca. 18 Millionen DM hat unser Senator einen Teil der Regelfinanzierung in die Hände der Lottospielergemeinde gegeben, die jetzt neben Berliner Arbeitsämtern zu den Hauptsponsoren für außerschulische Bildungsarbeit und Freizeitangebote gehören wird. Im Haushaltssanierungsgesetz stellen Sie die Weichen, die Regelfinanzierung weiter einzuschränken, wenn die Zuwendungssummen jährlich pauschal um 5 % weiter gekürzt werden sollen. Das ist unverantwortlich.

Die PDS-Fraktion fordert mehr Regelfinanzierung statt Ausstieg aus der Regelfinanzierung und verlässliche Rahmenbedingungen, Planungssicherheit und mehr und gerechtere Mittelzuweisungen in die Bezirke, damit diese ihrer gesetzlichen Verantwortung nachkommen können. Die PDS-Fraktion schlägt Ihnen deshalb auch vor, die Mehreinnahmen aus unserem Antrag auf Erhöhung der Vergnügungsteuer, der heute in den Haupt-

ausschuss überwiesen wurde, sollten zweckgebunden für Kinder- und Jugendarbeit in die Bezirke gegeben und da auch zur Verfügung gestellt werden, exakt pro Kopf der 6- bis 27-Jährigen, damit Verteilungsgerechtigkeit herrscht und nicht diejenigen Bezirke bestraft werden, die bisher Prioritäten für Kinder und Jugendliche gesetzt haben.

Ich möchte zum Schluss sagen: Wenn Sie unsere Anträge abstimmen, sehen Sie sich diese bitte noch einmal genau an. Wir sind davon überzeugt, dass Sie für die Kinder und Jugendlichen dieser Stadt dann etwas Gutes tun, wenn Sie ihnen zustimmen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der PDS - Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Präsident Führer: Für die Fraktion der CDU hat Frau Abgeordnete Richter-Kotowski das Wort. – Bitte sehr!

Frau Richter-Kotowski (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Barth! Das war ja wieder einmal eine sehr tränenreiche Rede, die Sie hier gehalten haben.

[Doering (PDS): Was? Sie war doch ganz fröhlich!]

Sie haben sicherlich Recht, Berlin befindet sich in einer dramatischen finanziellen Situation, aber die Dinge, die Sie an bestimmten Stellen vorgetragen haben, sind mal wieder alles nur Träume.

Es ist sicherlich nicht mehr alles Wünschenswerte finanzierbar. Das werden wir und auch Sie wohl einsehen müssen. Umso wichtiger ist es bei der Fülle der Aufgaben, die richtigen Schwerpunkte auch in der Jugend-, Familien- und Sportpolitik zu setzen.

In diesem Zusammenhang bin ich froh, dass die Maßnahmen der Familienbildungsarbeit gerettet wurden. Ich finde es schon seit Jahren unerträglich, dass immer wieder versucht wird, den Rotstift im Familienbereich anzusetzen. Das ist der falsche Weg! Alles, was den Familien nutzt, nutzt auch jungen Menschen in dieser Stadt.

[Beifall bei der CDU]

Erfahrungsgemäß müssen Einsparungen in diesem Bereich durch andere Reparaturmaßnahmen mit enormen und langfristigen Folgekosten aufgefangen werden. Das könnten wir uns doch eigentlich – im wahrsten Sinne des Wortes – ersparen. Eine gute Nachricht für meine Fraktion war auch die Einstellung der noch notwendigen 41,7 Millionen DM für die Betriebskosten der Kitas der freien Träger. Das war eine notwendige und richtige Entscheidung.

[Beifall bei der CDU]

Richtig und notwendig ist aber auch eine Umstrukturierung der gesamten Kitalandschaft in Berlin. Das heißt für uns, das wir von dem hohen prozentualen Anteil öffentlicher Träger wegkommen und hin zu den freien Trägern gelangen müssen. Wenn man bedenkt, dass insgesamt 1,6 Milliarden DM für die städtischen Kitas und nur 432 Millionen DM für die der freien Träger aufgewandt werden und dazu das Platzverhältnis berücksichtigt, besteht hier ein deutlich sichtbares Missverhältnis. Wird dazu noch berücksichtigt, dass derzeit nur im freien Trägerbereich Kostentransparenz vorhanden ist, genügt allein schon diese Tatsache, erhöhten Druck aufzuwenden, um hier eine Umsteuerung vorzunehmen. Als ersten Schritt fordern wir eine Kosten-Leistungs-Rechnung für den öffentlichen Bereich und als Folgeschritt die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Bezirke, damit die Übertragung von öffentlichen Kitas an freie Träger problemloser vonstatten gehen kann. Dazu gehören in erster Linie handhabbare Möglichkeiten für den Übergang von Personal an freie Träger. Eine dieser Möglichkeiten wären beispielsweise Gestellungsverträge. Hier gibt es zahlreiche gute Beispiele auch aus anderen Bundesländern, aber auch Einzelbeispiele in Berlin, die - ehrlich gesagt - nur darauf warten, auch aufgegriffen zu werden.

Überhaupt sollte man sich mehr gute Beispiele auch von anderer Seite zunutze machen. Wir müssen das Rad nicht immer wieder neu erfinden. Aber auch mehr Phantasie bei der Lösung

,

(D)

389

Frau Richter-Kotowski

(A) von Problemen ist gefragt. Dazu müssen jedoch zuerst die drei wichtigsten deutschen Betriebsregeln aus dem Stammbuch der Verwaltung, aber auch aus unseren eigenen Köpfen ersatzlos gestrichen werden, die heißen: 1. Das haben wir immer schon so gemacht! 2. Das haben wir noch nie so gemacht! 3. Da könnte ja jeder kommen!

[Frau Dr. Barth (PDS): Und 4. Das können wir so machen!]

Wenn uns das gemeinsam gelingt, könnten wir auch endlich solche harten Nüsse wie beispielsweise das hochverschuldete JAW oder das Sport- und Erholungszentrum knacken.

[Beifall bei der CDU - Beifall der Frau Abg. Martins (Grüne)]

Dazu wünsche ich mir für die kommenden Haushaltsberatungen eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Hauptausschuss und Fachbereichen sowie die Entwicklung vieler guter Ideen, um nicht nur hier in den beiden Beispielen zu verträglichen Lösungen zu kommen.

Zum Abschluss möchte ich Ihr Augenmerk auf einen für uns auch sehr wichtigen Bereich lenken, das ist die **Sportstadt Berlin**. Mehr als 1 Million Berliner treiben regelmäßig Sport. Rund 1 200 Vereine wirken in dieser Stadt. Neben seinen Funktionen für Gesundheit, Lebensfreude und soziale Integration zieht der Sport auch viele Besucher in die Stadt und prägt das Bild von Berlin positiv mit. Wir treten deshalb insbesondere dafür ein, dass das Schulbauten- und Sportanlagensanierungsprogramm zügig umgesetzt wird, Sportprojekte gegen Jugendgewalt weiter gefördert werden, Vereine weiterhin Sportanlagen kostenlos nutzen können und eine 4. Sportschule am Olympia-Stadion errichtet wird.

[Mutlu (Grüne): Wofür denn? – Zuruf des Abg. Cramer (Grüne)]

Die Deutschlandhalle soll in eine Eissporthalle umgewandelt werden. Die Sanierung des Olympia-Stadions sollte unverzüglich begonnen werden.

(B) [Beifall bei der CDU]

- Ich möchte den Zwischenruf an dieser Stelle aufgreifen, Herr Cramer! Mit den Fixerstuben werden Sie bei uns mit Sicherheit keine Freunde finden!

[Beifall bei der CDU]

Die Unterstützung und Förderung des Sports, aber auch des Jugend- und Familienbereichs wird auch in Zukunft zu den wichtigsten Anliegen der CDU-Fraktion gehören. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU]

Präsident Führer: Für die Fraktion der Grünen hat das Wort Frau Abgeordnete Martins. Bitte sehr!

Frau Martins (Grüne): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Diepgen wehrt sich zwar gegen den Vorwurf von sozialer Kälte, es wurde aber nur von Eliten gesprochen. Das Wort Integration hat heute noch keiner in den Mund genommen, weil es anscheinend nicht so wichtig ist.

[Frau Richter-Kotowski (CDU): Doch, ich habe davon gesprochen!]

- Ja, Frau Richter-Kotowski, wir sind in manchen Punkten ähnlicher Auffassung. In der Grundsatzdebatte des Herrn Steffelt, in der es darum ging, wurde es nicht erwähnt. Wir sind der Meinung, dass wir die 5 %, die im Haushaltssanierungsgesetz aufgeführt sind, heute nicht beschließen dürfen. Ich habe manchmal das Gefühl, Sie wissen nicht was Sie tun. Nur leider sind wir hier nicht im Film, sondern im Parlament.

Wir müssen uns überlegen, was dies für den Jugendbereich bedeutet. 5,6 Millionen DM sollen eingespart werden. Wenn man sich das Haushaltssanierungsgesetz durchliest, dass auch die freien Träger den Sparbeitrag erbringen sollen, kann ich nur einen gewissen Zynismus feststellen. Die freien Träger haben schon seit langem keine Tarifanpassung bekommen. Auch die 1996 abgesenkten 10 % sind noch nicht vergessen; sie

haben große Lücken gerissen. Ich frage mich, welcher Jugendbereich gemeint ist, wenn Sie sagen, dass Sie die 5,6 Millionen DM in Prioritäten umsetzen wollen. Sind es die, von denen der liebe Kollege Gewalt gesprochen hat, bei denen es um die verbindliche Unterbringung geht? - nicht verbindliche Heime, sondern verbindliche Unterbringung ist der richtige Fachbegriff. Wollen Sie Petershagen schließen? Sollen die Diversionsmittler bei der Polizei wieder weggenommen werden? Noch nicht einmal dort würden sie die 5,6 Millionen DM erreichen. Will Herr Wowereit die Mittel im Zusammenhang mit gleichgeschlechtlichen Lebensweisen, die auch schon einmal auf der Tagesordnung standen, streichen? Auch damit bekommen wir nicht die 5,6 Millionen DM zusammen! Wo sollen im Jugendbereich die Prioritäten gesetzt werden? Wir können sie nicht erkennen. Demzufolge sagen wir, dass es eine Farce ist zu sagen, die freien Träger müssen 5 % erbringen. Das geht auch nicht im Bereich Soziales, wo es Behinderte treffen würde. Es wird auch in anderen Bereich nicht zu schaffen sein.

[Frau Richter-Kotowski (CDU): Das ist richtig!]

Geben Sie doch zu, dass es in einigen Bereichen nicht möglich sein wird. Demzufolge kann man dieses in das Gesetz nicht schreiben.

> [Beifall bei den Grünen – Zuruf der Frau Abg. Richter-Kotowski (CDU)]

- Deswegen streichen Sie schon den 2. Absatz. Richtig! Es wird aber nicht ausreichen, weil der 1. Absatz der gravierende ist.

[Frau Richter-Kotowski (CDU): Es ist aber immerhin schon einer!]

Herr Ehlert rennt durch das Land auf und ab und sagt, dass Leistungsverträge die Lösung sind. Jawoll, Herr Ehlert! Wir haben in vielen Bereichen gesagt, dass wir den Prüfauftrag schon 1995 herausgegeben haben. Bitte, lieber Senat, in der Mitteilung – zur Kenntnisnahme – 1968 ist vieles enthalten. Warum ist nichts geschehen? Sie sind jetzt neu und sagen, dass neue Besen gut kehren. Das ist richtig. Die alten Besen wissen nur, wo der Dreck ist. Dazu kann ich Ihnen nur sagen, dass dies wirklich so ist.

[Beifall bei den Grünen – Beifall der Frau Abg. Richter-Kotowski (CDU)]

Leistungsverträge müssen finanziert werden. Man kann nicht immer nur sagen, dass Leistungsverträge her müssen und dann das Leben gut wird.

Ein weiterer Punkt ist die immer wieder vorgeschlagene Evaluierung. Evaluierung hat nicht den Hintergrund, Geld zu sparen, sondern soll Effizienz hervorheben; neue Produkte sollen betrachtet werden. Das ist Evaluierung und nicht das Sparen. Dabei muss wirklich überlegt werden, ob die Projekte bei den Kindern und Jugendlichen ankommen. In diesem Bereich darf nicht gespart werden. Vielmehr muss umstrukturiert werden. Das wird aber nicht den Einsparungseffekt bringen. Da sollten wir einmal genauer hinschauen.

Ich möchte noch einmal anmerken, dass die große Nummer mit den Kitas zwar richtig ist, aber deutlich gezeigt hat, dass es der Jugendbereich nicht tragen kann. Die Haushaltsberatungen müssen global betrachten werden; bei dem Bauetat muss gekürzt werden. Komischerweise kann mir niemand sagen, um welche ursprünglichen Maßnahmen es sich bei dem Betrag von 30 Millionen DM die aus dem Bauetat kommen, handelt. Offensichtlich ist es nicht so wichtig gewesen. Alle in der Stadt haben aber von Kitas, die nicht finanziert wurden, gesprochen. Wir müssen aber auch darauf hinweisen, dass noch 20 Millionen DM fehlen, wenn Sie den Übergang von 50 % in freie Trägerschaft ernst nehmen wollen. Der Betrag von 20 Millionen DM würde gerade ausreichen, um die Anträge zu berücksichtigen. Das Thema ist also noch nicht ausgestanden.

Ich möchte jetzt zum **Kitaanmeldeverfahren** übergehen. Zu der 5-Stunden-Regelung für Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose, die Sie nun schon im Rückgang akzeptieren, kann ich Ihnen nur aus der Kenntnis einer Mutter in der Kita sagen, dass es bei kommunalen Kitas nicht möglich ist, nach Erhalt einer Arbeit, den Betreuungsbedarf zu erhöhen, weil die Personalbemessung der

;)

Frau Martins

(A) Kita zu eng ist. Die Eltern haben zwar wieder Arbeit, das Kind wird aber dennoch nur fünf Stunden betreut. Viele Eltern haben absehbar wieder Arbeit. Deshalb ist es katastrophal, nicht den durch die Eltern angegebenen Betreuungsbedarf zu berücksichten. So geht es nicht weiter!

[Beifall bei den Grünen]

Dann kommen wir zum nächsten Punkt - der Familienbildung. Herr Seitz weiß nun, das es Schreibabyambulanzen gibt; das ist vielleicht ganz hilfreich. Frau Richter-Kotowski hat gesagt, das war ein Erfolg, dass wir wenigstens einen Teil gerettet haben. Ich sage: Ein Drittel wurde gestrichen. Und welches Drittel wurde gestrichen? - Der konfessionelle Bereich und derjenige, der sich verstärkt mit den ausländischen Migranten beschäftigt! Man muss klar sagen, das ein Einschnitt vorgenommen wurde. Mich stört daran, dass diese Vorgehensweise zeigt, dass es kein Konzept gibt. Man hat erst einmal alles gestrichen, damit man danach sagen kann, man habe etwas gerettet. Na, herzlichen Dank! Dann hat man mal 3 bis 4 Projekte genannt, die überleben werden, dann hat man wieder 5 bis 6 genannt. Es gab nicht ein Kriterium; es ist bis heute unklar, warum denn das eine und nicht das andere genommen wurde. So kann man mit diesem Bereich nicht umgehen! Es werden Kriterien gebraucht, damit man klar sagen kann, das ist die Priorität, damit man auch klar sagen kann, was nicht mehr finanziert werden kann und das auf Grundlage von Kriterien, die durchschaubar sind. Die Gutsherrenart, hier durchzureiten und heute mal so, morgen mal so zu entscheiden, und wenn die Betroffenen schreien, dann die Entscheidung umzudrehen, das geht nicht. Die Familienbildung ist im Kinder- und Jugendhilfegesetz als Pflichtaufgabe definiert, und der Fortbestand muss ermöglicht werden. Es darf nicht sein, dass der Familienbereich 2001 gekippt wird.

Ich frage mich auch ernsthaft: Was ist mit dem Landesfamilienbeirat? Er ist immer noch nicht installiert, aber er muss eingerichtet werden, wenn eine neue Legislatur beginnt. Ich weiß nicht, wann bei Ihnen das Beginnen beginnt. Ich finde, er ist überfällig und er muss dringend eingerichtet werden, damit wir ein Gremium haben, das fachlich beraten kann.

[Beifall bei den Grünen]

Zu den 2 Millionen DM für die Praktikantinnen kann ich nur sagen: Wenn man das wirklich mit diesem Einstellungskorridor und den jungen Leuten ernst nimmt, dann war das der falsche Punkt. Wir haben gesagt, dass das aufgestockt werden muss. Hier findet eine Verlängerung von Ausbildungszeiten statt. Man kann nicht immer nur sagen, die Studentinnen seien faul, und ihnen dann auch keine Chance geben, schneller fertig zu werden. Es wird keine neuen Plätze geben, weiterhin wird es so sein, dass wichtige Erfahrungen, die bei freien Trägern gesammelt werden könnten, nicht gesammelt werden. Die Leute arbeiten teilweise schon umsonst, um nur mir der Ausbildung fertig zu werden. Aber das kann doch wohl nicht das Ziel von Politik sein.

Beim JAW habe ich den Beitrag gerne zur Kenntnis genommen, Frau Richter-Kotowski. Wir brauchen dieses Modell Stellenpool tatsächlich. Man muss vielleicht den Jugendnotdienst im Zusammenhang mit dem JAW diskutieren, um schneller zur Erkenntnis zu kommen, was notwendig ist.

Zum Bereich Sport: Das Millionengrab dieser Stadt, die SEZ-Sanierung, muss jetzt Priorität erhalten. Es muss geprüft werden, wie das auch mit EU-Mitteln finanziert werden kann, damit endlich dieses Schmuckstück der Bäderbetriebe zum Tragen kommt. Man weiß, wie beliebt das SEZ ist. Herr Rabbach, es kostet heute schon 10 DM Eintritt. Diese Tatsache sollte man nicht vergessen. Wenn man diesen Betrag nimmt, muss diese Einrichtung dem auch in den zwei Stunden entsprechen, in denen man da schwimmen kann.

Kommen wir zum letzten Punkt, und da sage ich, Herr Böger: Die 450 000 DM, die Sie in der Sportförderung einstreichen wollen, sind vertretbar. Man muss aber aufpassen, um welche Projekte es sich dabei handelt. Ich kann gut damit leben, wenn man bei den Grundstücksankäufen für Segelflugplätze etwas wegnimmt. Aber wir könnten nicht damit leben, wenn es um Gewaltpräventionsprojekte geht, wenn es um die Jugendlichen

geht. Dagegen können in der Sportförderung durchaus **(C)** 450 000 DM bei den für die Eliten bestimmten Projekten weggenommen werden.

Der Bereich Jugend ist ein Stiefkind. Er ist schwierig, weil man wenig streichen kann. Dennoch ist es ein wichtiger Bereich. Die Stadt muss sich ihren sozialen Aufgaben stellen. Diese Stadt braucht die soziale Arbeit der Menschen, damit sie weiterhin für alle Menschen attraktiv ist.

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Präsident Führer: Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Nolte das Wort. Bitte sehr!

Nolte (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Aufgabe, Politik für Familien, Kinder und junge Menschen in unserer Stadt zu machen, wird seit einigen Jahren immer schwieriger, obwohl der Senat und die ihn tragenden Fraktionen ebenso wie die Opposition diesem Bereich höchste Priorität für die Zukunft unserer Stadt einräumen. Die unverändert schwierige Haushaltslage Berlins zwingt zu Einsparungen auch in den Angeboten für junge Menschen und Familien. Allerdings ist es außerordentlich zu begrüßen, dass die notwendigen und schmerzhaften Kürzungen und Einschnitte im Verhältnis zu anderen Ressorts abgemildert werden konnten. Es wäre schön, wenn auch die PDS das einmal anerkennen würde.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Familienpolitik ist, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten und Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gerechte Startchancen einzuräumen. Hier spielen die Berliner Kindertagesstätten der Bezirke und der freien Träger eine herausragende Rolle. Ich möchte noch einmal festhalten, dass die hohe Qualität der Berliner Kindertagesstätten und die Personalbemessung mit Erzieherinnen auch in diesem Jahr unverändert bleibt. Unter den Gesichtspunkten der Pluralität und der Subsidiarität, aber auch unter Berücksichtigung der Kosten streben wir in dieser Legislaturperiode eine Erhöhung des Anteils der Kindertagesstätten freier Träger auf 50 % an. Dazu ist eine vergleichbare Finanzierung entsprechend der Rahmenvereinbarung aus dem Jahr 1999 und die Planungssicherheit für die freien Träger die Voraussetzung. Wir begrüßen es, dass es dem Hauptausschuss gelungen ist, die in diesem Bereich fehlenden 42 Millionen DM im Haushalt umzuschichten. Allerdings wäre es besser gewesen, wenn der Senat bereits bei der Aufstellung des Haushalts die erforderlichen Mittel bereitgestellt und so Unsicherheit vermieden hätte.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Ein Viertel der Berliner Familien können ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten. Sie benötigen materielle Hilfen, aber auch Beratung. Das gilt ebenso für Familien, die von Ehescheidung, Überschuldung oder andere Notlagen betroffen sind. Im Haushalt des laufenden Jahres sind deshalb im Bereich der Familienberatungsstellen keine Kürzungen vorgenommen worden. Und das ist gut so.

Was die Familienbildungsmaßnahmen betrifft, so konnte der Hauptausschuss erreichen, dass der Schnellschuss des Senats, der eine völlige Streichung der Familienbildung vorsah, durch eine vernünftigere Betrachtungsweise ersetzt wurde. Leider musste auch in der Familienbildung eine Reduzierung der Mittel vorgenommen werden, aber die erforderlichen Maßnahmen insbesondere für alleinerziehende Eltern können fortgesetzt werden.

Der Berliner Familienpass, der im letzten Jahr mit einer Auflage von 80 000 Exemplaren eingeführt wurde und der Familien mit kulturellen, sportlichen und anderen Freizeitangeboten unterstützt, wird weitergeführt. Wir danken den Sponsoren aus der Privatwirtschaft, ohne die der Erfolg des Familienpasses nicht möglich gewesen wäre.

Berlin hat eine entwickelte offene Jugendarbeit, deren Tätigkeit aber oft nicht durch eine Regelfinanzierung gesichert ist. Hier sind auch die Bezirke aufgefordert, entsprechende PrioritäD)

Nolte

(A) ten zu setzen. Ein neues Zumessungsmodell kann möglicherweise Erleichterungen schaffen, aber sicherlich keine wirklichen Entscheidungen ersetzen.

Auch in diesem Jahr werden noch einmal 30 Millionen DM Lottomittel aus dem Dreijahresprogramm von 1998 für zusätzliche Ausbildungsplätze, für Computer in den Schulen und für die Fortsetzung von Jugend-mit-Zukunft-Projekten bereitgestellt. Weitere über 8 Millionen DM Lottomittel sind für die Jugendarbeit in Berlin angemeldet. Auch wenn wir uns bei den Mitgliedern des Lottobeirats für diese finanzielle Unterstützung nur sehr herzlich bedanken können, bleibt es mittelfristige Aufgabe des Senats und der Bezirke, die Jugendarbeit in Berlin entsprechend dem bundesweit anerkannten Berliner Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz im Rahmen einer Regelfinanzierung sicherzustellen.

Der von Frau Senatorin Schöttler vorgelegte Sozialstrukturatlas zeigt eine Verfestigung der sozialen Schieflagen in den Berliner Innenstadtbezirken. Das Statistische Landesamt prognostiziert eine weitere Abwanderung von jährlich 30 000 Menschen in den nächsten 5 Jahren, darunter wieder viele Familien, die der Mittelschicht zuzurechnen sind. Das sind keine rosigen Aussichten. Der Senat und alle Fraktionen des Hauses sind aufgefordert, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um hier eine Umkehrung des Trends zu bewirken.

In wenigen Wochen wird der Senat bereits den Haushaltsentwurf für das nächste Jahr besprechen. Herr Müller-Schoenau von den Grünen hat bereits vor der Gefahr gewarnt, dass der Finanzsenator ähnlich wie Frau Fugmann-Heesing bei der notwendigen Haushaltskonsolidierung und beim Abbau von Besitzständen allein stehen könnte.

Ich wünschte mir deshalb, dass sich die drei jüngeren Senatoren Herr Strieder, Herr Branoner und Herr Kurth – die ersten beiden haben auch schulpflichtige Kinder – vor den Haushaltsberatungen für 2001 träfen und aus der Sicht ihrer wichtigen Ressorts – Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen –, aber auch aus der Sicht von Familienvätern Leitlinien für ein zukunftsfähiges Berlin absprächen, um das Steuer herumzureißen. Für den Wirtschaftssenator könnte es auch heißen wie bei einem angeschlagenen Wirtschaftsunternehmen: Berlin muss sich auf sein Kerngeschäft konzentrieren.

[Beifall bei der SPD]

Kreativ und querdenkend sind sie alle drei und auch mutiger als der Regierende Bürgermeister. Ich hoffe, dass, wenn sie zu Ergebnissen kommen, mindestens die jungen Abgeordneten und die jungen Wilden aller Fraktionen ihre Unterstützung nicht verweigern.

Für Heute bitte ich Sie, dem vorgelegten Haushalt Jugend und Familie für das Jahr 2000 zuzustimmen!

[Beifall bei der SPD]

Präsident Führer: Für die SPD-Fraktion spricht nun noch Frau Abgeordnete Seidel-Kalmutzki. – Sie haben das Wort.

Frau Seidel-Kalmutzki (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Förderung des Sports als Leistungs-, Breiten- und Freizeitsport, aber auch als Zuschauersport bleibt eine zentrale Aufgabe der Politik, denn Sportförderung ist praktizierte Kinder- und Jugendarbeit. Der Sport ist in seiner Existenz und mit seinem reichhaltigen Sportangebot der Vereine durch diesen Haushalt nicht gefährdet. Berlin gibt jährlich mehr als 300 Millionen DM für den Sport aus.

Die Zuschüsse für die Sportförderung haben aber leider eine Kürzung von 450 000 DM erfahren müssen, die auch ich als sportpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion nicht gutheißen kann und nicht gutheißen will. Dennoch bleibt festzustellen, dass im Jahr 2000, im olympischen Jahr, weniger Mittel für nationale und internationale Sportveranstaltungen benötigt werden. Es kann also sichergestellt werden, dass diese Kürzung keine Auswirkungen auf den Breiten-, Vereins- und Schulsport in Berlin hat.

[Beifall bei der SPD]

Die SPD-Fraktion wird auch weiterhin für die unentgeltliche Nutzung öffentlicher Sportanlagen durch förderungswürdige gemeinnützige Sportorganisationen garantieren, auch bei Bädern und privaten Betreibern.

Vorrangig ist ebenfalls, dass die **Sportstätten** kontinuierlich saniert, modernisiert und nachfragegerecht gestaltet werden. Um die Sportanlageninfrastruktur in den neuen Ländern zu verbessern, hat der Bund ein Sonderförderprogramm nach den Kriterien des "goldenen Planes Ost" aufgelegt, für Berlin in Höhe von 3,75 Millionen DM. Ein Drittel zahlt dabei der Bund. Besonders begrüßenswert ist aber, dass von Senat jährlich insgesamt 100 Millionen DM für die Sanierung von Schulen und Sportanlagen bereitgestellt werden.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Aus diesen Mitteln werden nicht nur **Sportplätze**, Gebäude, Hallen von Vereine saniert werden können, auch viele Sportplätze und Gebäude unserer Schulen partizipieren von diesem Programm. Im Gegensatz zu den Ausführungen von Herrn Mutlu konnte jedenfalls ich bei meinen Besuchen vor Ort große Zustimmung erfahren. An mich wurde die Bitte herangetragen, dieses Programm kontinuierlich fortzuführen, um den Aufbau von Sportvereinen insbesondere im Ostteil der Stadt, wo der Organisationsgrad noch weit unter Westniveau liegt, weiter auszubauen. Seit 1999 legen die Mitgliederzahlen im Berliner Sport wieder zu. Nach jahrelangen Verlusten gibt es einen unerwarteten Zuwachs. Das ist nach Aussage des Landessportbundes auch ein Erfolg des Sanierungsprogramms. Zitat: "Es hat der Vereinsarbeit wieder Auftrieb gegeben." – Das ist doch wohl eine positive Aussage zur Sportpolitik der Koalition.

Der Senat fördert weiter. Fast 80 Sportveranstaltungen – nationale und internationale Wettkämpfe in 30 Sportarten – stehen auf dem Programm. Diese Spitzensportveranstaltungen erhöhen nicht nur das Image von Berlin, sie sind auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Berlin bemüht sich weiter und intensiv darum, Sportereignisse von Rang in die Sportstadt zu holen. Der Zuschlag für die Schwimm-EM ist dabei ein großer Erfolg.

[Beifall bei der SPD]

Hoffentlich entscheidet sich am 6. Juli, dass auch die Fußball-WM 2006 nach Berlin kommt und damit das Finale zu uns im bis dahin sanierten Olympia-Stadion.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Die SPD-Fraktion sieht der Fußball-WM jedenfalls mit großer Freude entgegen.

Zum Olympia-Stadion vergeht kein Tag ohne eine neue Schlagzeile. Ich möchte mich in den Reigen der Nörgler, Zweifler, Besserwisser und Spekulanten nicht einreihen. Es bleibt dabei, das Olympia-Stadion wird saniert, der Baubeginn wird rechtzeitig erfolgen, das Finanzierungskonzept wird tragbar sein, und der laufende Spielbetrieb von Hertha BSC wird nicht gefährdet.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Ein ähnlich großes Engagement wie bei der Frage der Sanierung des Olympia-Stadions zeigt die SPD-Fraktion auch beim Erhalt des **SEZ**. Das SEZ muss saniert und modernisiert werden. Jegliche Diskussion zur Privatisierung lehnen wir ab.

[Beifall bei der SPD - Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Aber eine Entscheidung muss vom Senat in den nächsten Tagen getroffen werden, eine weitere Verzögerung ist unzumutbar. 10 Jahre SEZ-Finanzierungstheater sind mehr als ausreichend. Bei den Bäderbetrieben sind die Mittel leider nicht ausreichend. Zusammen mit der Senatssportverwaltung wird die SPD-Fraktion da neue Wege aufzeigen.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist für uns der Erhalt der Sportstätten bei Schulschließungen. Insbesondere muss der Weiterbetrieb von Sporthallen von aufgegebenen Schulstandorten gewährleistet werden.

[Beifall bei der SPD]

Frau Seidel-Kalmutzki

(A) Auch beim Schulsport wird es keine Abstriche geben. Berlin hält an 3 wöchentlichen Sportstunden fest.

Bei aller Kritik – berechtigt oder nur polemisch – kann ich heute feststellen, dass der Senat bemüht ist, den sportpolitischen Grundsätzen gerecht zu werden. Sportpolitik erfüllt vielfältige sozialpolitische Aufgaben, von der Gesundheitsfürsorge, über die Gewaltprävention, die Integration gesellschaftlicher Gruppen, bis zur Betreuung älterer und behinderter Menschen. Das sind alles Leistungen, die praktisch unbezahlbar sind.

[Beifall bei der SPD]

Präsident Führer: Nun hat für den Senat Herr Bürgermeister Böger das Wort. – Bitte sehr!

Böger, Bürgermeister und Senator für Schule, Jugend und Sport: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Haushaltsdebatten sind – vielleicht könnte man auch sagen: sollten sein – Stunden der Wahrheit. Die Wahrheit ist, dass wir in vielen Bereichen des Land Berlin nur noch enge politische Gestaltungsräume haben. Das bedeutet übrigens nicht das Ende von Politik, sondern damit fängt sie eigentlich an – sonst könnte es ja jeder machen, Herr Mutlu. Wenn man alles umsetzen könnte, wären Sie sicherlich auch dabei.

[Zuruf des Abg. Mutlu (Grüne)]

Es geht also um die Frage, wie wir begrenzte Ressourcen einsetzen und sie für wichtige Zukunftsfelder einsetzen.

Das Ressort, über dessen Etat wir jetzt reden und streiten, Schule, Jugend, Sport und Familie ist alles andere als das, wie es eine Kollegin von der PDS zu bezeichnen pflegte, ein "Elendsressort".

[Frau Dr. Barth (PDS): Das habe nicht ich gesagt – das stand in der "Berliner Morgenpost"!]

sondern es ist im Gegenteil wirklich das Zukunftsressort in dieser Stadt.

[Beifall bei der SPD - Zurufe von links]

Und weil das so ist, müssen wir bei aller Notwendigkeit einer nachhaltigen Finanzpolitik, die auch Zukunftschancen der Jugend im Auge hat – das ist unbestritten –, darauf achten, dass wir in diesem Zukunftsbereich, bei dem es um die jetzt lebenden Kinder, junge Familien, Schülerinnen und Schüler oder eben auch Sportler geht, nicht so stark kürzen, dass ihre Gestaltungschancen in dieser Stadt zu stark eingeschränkt werden.

Verehrte Kollegin von den Grünen! Sie hatten vorhin verlangt, man sollte allgemeine Kriterien für unabweisbare Sparvorgänge entwickeln. Ich glaube, das wird nicht gut gehen können, weil im Prinzip alle Bereiche in diesem Ressort im Kern nicht Überflüssiges darstellen, sondern sie haben jedes Teil für sich eine wirkliche Bedeutung in der Stadt. Ich gestehe Ihnen gern – man lernt in der Politik immer zu –, dass ich in den letzten Monaten gelernt habe, was "Schreibabyambulanzen" sind – wenn das der richtige Ausdruck ist.

Ich habe viel Post bekommen und gespürt, dass man in manchen Bereichen, die man gar nicht kennt, wenn Einsparungen diskutiert werden, sicherlich manches Problem zusätzlich auftaucht. Das muss man dann auch ändern können. Ich finde, eine solche Korrektur sollte man nicht vorhalten, sondern zur Kenntnis nehmen. Man kann nicht am Anfang alles wissen.

[Zuruf der Frau Abg. Martins (Grüne)]

Nur: Was könnten denn überhaupt ganz allgemeine Leitlinien in diesem Bereich sein? – Da muss ich kritisch in alle Richtungen sagen: Da muss man sich darüber im Klaren sein, dass dieses weite Feld der Gesellschaftspolitik, Bildungspolitik, Jugend-, Familienpolitik, Sportpolitik – Wenn man die allgemeine Leitlinie sieht, muss man sich wohl an dem Kriterium der Subsidiarität orientieren, sehr stark darauf achten, dass das, was der Staat selbst macht, möglichst beschränkt wird und man eher die Mittel in den Bereich freier Träger gibt, wo zusätzlich über ehrenamt-

liche Arbeit weitere Initiativen ausgelöst werden. Das gilt insbesondere für den Kita- und Jugendbereich, wo im Grunde genommen für jede Mark, die ausgegeben wird, noch weitere Initiativen ausgelöst werden, auch ehrenamtlich, die wir absolut notwendigerweise in dieser Stadt brauchen. Dafür sollten wir als Politiker dankbar sein, dass es dieses Ehrenamt in so weiten Bereichen unserer Stadt gibt. Es wird sicherlich verstärkt gebraucht.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Damit möchte ich auf einige Teilbereiche kommen. Meine Kollegin Frau Seidel-Kalmutzki hat in hervorragender Weise die Bedeutung des Sportes in dieser Stadt dargestellt, alles benannt, da brauche ich fast nichts mehr hinzuzufügen. Der organisierte Sport ist die größte Bürgerinitiative, in der Stadt, nicht die lauteste, aber die größte Bürgerinitiative mit unendlich viel ehrenamtlicher Arbeit, mit unendlich positiver Wirkung in prägenden Zeiten für junge Leute. Bei den Grünen hat man Lernprozesse in allen Feldern gespürt. Man lernt ja immer dazu. Ich wäre unendlich dankbar, wenn die Grünen endlich einmal die ziemlich trübsinnige Gegenüberstellung, Leistungssport hier gleich böse, Breitensport hier gleich gut, aufgeben würden.

[Beifall bei der SPD und der CDU – Zurufe von den Grünen]

Es ist Unfug, so zu argumentieren. Diese Stadt braucht den Leistungs- und Spitzensport. Es ist sehr schön, wenn sehr viele Berlinerinnen und Berliner in Australien und leider nicht in Berlin das haben wir nicht realisieren können – zu Olympischen Spielen fahren. Das ist gut für diese Stadt. Das hat enorme Ausstrahlungskraft. Das löst auch erhebliche Impulse breitensportlicher Art aus. Im Übrigen hat es in weiten Feldern Vorbildcharakter. Insofern ist dieses Feld außerordentlich wichtig. Der Vereinssport - das hat Frau Seidel-Kalmutzki beeindruckend geschildert - ist hier bedeutend. Er wird - auch das darf man einmal betonen - hier auch sehr gut gefördert. Darüber müssen wir zu reden lernen. Unser Haushalt und auch dieser Haushalt hat immerhin ein Volumen von 5 Milliarden DM. Das ist mehr als nichts. Nach den Oppositionsreden hat man denken können, wir geben 2,20 DM in diesem Land aus. So ist es nun auch wieder nicht. Man darf auch einmal über das reden, was man tut. Im Sport tun wir eine ganze Menge. Das ist gut, das ist wichtig und soll auch so bleiben.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Es gibt im Sport einige größere Projekte, die dann von den Grünen vielleicht wieder als lästige Großprojekte bezeichnet werden. Auch das hielte ich für Unfug. Es ist klar, der Senat und die Koalitionsfraktionen - so hoffe ich - und vielleicht auch Sie von der Opposition bekennen sich uneingeschränkt zur zeitgerechten Sanierung des Olympia-Stadions für unsere Stadt Berlin. Das ist absolut notwendig. Das Olympia-Stadion soll Austragungsort für die Fußballweltmeisterschaft werden. Das Olympia-Stadion ist aber dessen ungeachtet immer auch ein notwendiger Ort für große Breiten- und Spitzensportarten. Einen solchen Ort braucht die Stadt Berlin in iedem Fall. Senator Strieder hat sich das weiß ich - mit seinen Beamten und Staatssekretären in den letzten Wochen und Monaten nach Amtsantritt außerordentlich bemüht, die nicht ganz leichte Situation der Auftragsvergabe und Auftragsübernahme beim Olympia-Stadion in eine vernünftige Konstruktion zu bringen. Ich hoffe und bin sicher, dass wir dann dem Parlament ein Konzept vorlegen können, das in verantwortlicher Weise unter Beteiligung von Privaten die Grundsanierung des Olympia-Stadions in Angriff nehmen wird, und zwar zeitgerecht. Einfach wird das nicht. Es ist auch im Übrigen nicht ohne Risiko. Ein bisschen Mut gehört zu allen Maßnahmen.

Lassen Sie mich noch etwas zu einem Bereich sagen, dem SEZ und den Bäderbetrieben. Ich möchte davor warnen – das ist ganz beliebt im Hauptausschuss, schon zu meinen Zeiten auf dieser Seite im Parlament –, dass die Bäderbetriebe Maß genommen werden. Okay, das kann man immer machen. Ich weise nur darauf hin, dass diese Anstalt, die wir gegen viele Widerstände eingerichtet haben, zwischenzeitlich schon einiges an Optimierung erreicht hat. Das muss man einmal positiv betonen. Ich bin froh, dass wir wenigstens jetzt eine Konzentration in

D)

Bm Böger

(A) dieser Anstalt haben und dies nicht mehr weiter bei den Bezirken liegt. Sie könnten es gar nicht machen, auch angesichts der vorhandenen Zwänge.

[Rabbach (CDU): Sehr richtig!]

Was das SEZ betrifft, so gibt es im Hause mächtig Streit. Der Hauptausschuss, der bekanntlich allmächtig ist, hat uns auferlegt, bis zum 31. Mai 2000 ein Konzept vorzulegen. Das klingt immer gut. Ich will noch einen Schritt weiter gehen. Ich glaube, wir sollten gemeinsam mit der Eierei beim SEZ Schluss machen.

[Beifall bei der SPD – Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Es ist übernommen worden, und nun sollten wir im Rahmen der Bäderanstalt ein klar vorgelegtes Investitionskonzept haben, und wir sollten die Summen finanzieren und auch klar sehen, wie wir die Zinsen für diese Summen bezahlen können. Da wird man dann nicht alle Blütenträume erfüllen können. Dann muss man von Menschen, die hoffentlich auch künftig eigenständige Einnahmen haben, auch Ausgaben, Eintrittspreise für ein Spaß- und Freizeitbad verlangen können. Sonst kann sich das niemals rechnen. Aber unter diesen Auspizien sollten wir in jedem Fall dieses SEZ nun endlich angehen. Der Standort ist trotz der Rivalitäten der neuen Schwimm- und Sporthalle für ein Spaß- und Freizeitbad geeignet.

Zur Kitapolitik ist einiges gesagt worden. Es ist wohl richtig, im Haushaltsansatz war der Titel zu knapp gestreckt. Ich bin dem Hauptausschuss und den Fraktionen außerordentlich dankbar, dass eine Finanzierung aus dem Etat Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung möglich war, wie ich generell finde – das sage ich nicht in Abwehr zu Kollegen und Kolleginnen –, wir müssen darauf achten, dass die Aussage, dass wir mehr in dieser Stadt in Köpfe als in Beton investieren, sich tatsächlich im Haushalt niederschlägt.

[Beifall bei der SPD]

Insofern finde ich diesen Transfer von der Wohnungsbauförderung zur auskömmlichen Finanzierung der Kitapolitik richtig und weise. Trotzdem sind wir auch in diesem Bereich darauf angewiesen, uns das eine und andere anzusetzen, ob es richtig organisiert wird und ob es kostengünstigere Wege gibt. Ich finde es nicht richtig, wenn jede Überlegung und Maßnahme sofort mit einem Geschrei belegt wird, man wolle jetzt an die Substanz herangehen, die Frauen sollten zurück an den Herd und all so einen Quatsch. Wir müssen die Freiheit haben, das System, das jetzt in Berlin existiert auch kritisch zu überprüfen. Wir müssen im Übrigen – das teile ich voll – stärker dafür sorgen, dass freie Träger aktiv werden, weil sie am Ende preis- und kostengünstiger sind als staatliche Einrichtungen.

Zum Abschluss komme ich zu dem wichtigen Feld der Bildungspolitik.

[Mutlu (Grüne): Na, endlich!]

Keine Sorge, Herr Mutlu, ich werde dazu ausreichend Stellung nehmen und nicht nur hier und heute. – Es ist in diesem Zusammenhang von verschiedenen Seiten über die **Demonstrationen** in der Vergangenheit und insbesondere über die gestrige Demonstration gesprochen worden. Ich halte hier noch einmal fest – jenseits aller inhaltlichen Fragestellungen: Sie können und werden von einem Senator nicht verlangen, und ich halte das auch in der Sache für vollkommen falsch –: Wenn beamtete oder auch angestellte Lehrer in der Unterrichtszeit – das ist nicht identisch mit der Arbeitszeit, wie wir alle wissen – protestieren und das Streik nennen und zugleich sagen, sie kämpften gegen **Unterrichtsausfall,** und dabei produzieren sie erst einmal Unterrichtsausfall. Und zweitens ist und bleibt dies rechtswidrig.

[Beifall bei der SPD und der CDU -Zuruf des Abg. Mutlu (Grüne)]

- Herr Mutlu, zu Ihrer Grandezza, mit der Sie sagen: "Mag sein, mag sein, mag sein!": Ich kann Ihnen ja dann einmal die Anträge von Anwälten vorlegen, die bei mir eingehen. – Was halten Sie eigentlich von der Schulpflicht, Herr Mutlu? Steht das zur Disposition?

[Mutlu (Grüne): Lenken Sie nicht vom Thema ab!]

Was halten Sie eigentlich von § 1 des Schulgesetzes, in dem alles Mögliche steht, aber mit Sicherheit nicht, dass man Schülerinnen und Schüler zum Lügen verleiten soll? Das ist kein Erziehungsziel der Berliner Schule.

[Starker Beifall bei der SPD und der CDU – Atzler (CDU): Bravo! – Zuruf des Abg. Mutlu (Grüne)]

Wahr ist allerdings auch, dass es in der Schule und in der Bildungspolitik erhebliche Probleme und berechtigte Sorge und Kritik gibt. Ich stimme dem Kollegen Schlede und auch meiner Kollegin Neumann voll zu, die – wenn man so will – den Finger in eine Wunde gelegt hat, die tatsächlich da ist. Wir können überhaupt nicht bestreiten, dass unser Bildungssystem in vielen Bereichen erhebliche Probleme hat. Das ist nicht durchgängig so, aber es ist spürbar in der Bildungslandschaft, und das gilt insbesondere dann, wenn allen bewusst ist, dass Bildung unsere Zukunft ist. Daran gemessen haben wir noch viel zu tun in diesem Land.

[Beifall bei der SPD und der CDU – Cramer (Grüne): Allerdings!]

Nun zum Einzelnen: Es ist richtig, dass manche Schule in einem schlechten und erbärmlichen Zustand ist. Es ist aber falsch, wenn insbesondere eine bestimmte Zeitung aus Süddeutschland den Eindruck erweckt, als sei das gesamte Schulsytem in Berlin von hinten bis vorne marode und als gebe es hier nur den Zusammenbruch. Das ist kompletter Blödsinn. Es gibt Probleme, und wir werden das angehen. Die Opposition hat das auch gelobt – da soll man ja froh sein. Das 100-Millionen-DM-Programm ist in Wahrheit – dank der Leistung des Hauptausschusses, Herr Wowereit – ein 110-Millionen-DM-Programm, weil die 10 Millionen DM für die Oberstufenzentren auch noch dem Kollegen Strieder in seinen Etat für die bauliche Unterhaltung gegeben wurden.

[Zuruf der Frau Abg. Oesterheld (Grüne)]

Das heißt, es werden in diesem Jahr insgesamt 110 Millionen DM eingesetzt, um dringend notwendige Sanierungen in Schulen und Sportanlagen vorzunehmen. Dies ist kein Jahresprogramm, sondern wir wollen das Jahr für Jahr in Berlin einsetzen. Das halte ich für äußerst wichtig, und da ich gerade Herrn Kollegen Strieder bei Herrn Kurth entdecke, möchte ich mich an beide wenden, um von ihnen lächelnd die Zuversicht zu erhalten, dass es sich hierbei um ein Programm der Legislaturperiode handelt, das wir also Jahr für Jahr durchsetzen werden.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Wir hoffen sehr, dass nun, nachdem die Mittel für dieses Programm freigegeben sind, die Bezirke auch tatsächlich die Aufträge absetzen und gebaut wird. Ich möchte nicht erleben, dass Herr Kurth am Jahresende sagt: Ich kann 20 Millionen DM einstreichen, weil diese Summe nicht verbaut werden konnte. – Das soll es in Berlin auch schon manchmal gegeben haben. Das wäre dann wohl die schlimmste Botschaft, die man vermitteln könnte.

[Müller-Schoenau (Grüne): Das geht für Personalkosten drauf!]

Also, dieses Geld muss man tatsächlich ausgeben, und zwar vernünftig, und das wird auch geschehen.

Der zweite wichtige Punkt im Bildungssystem ist der grassierende **Unterrichtsausfall.** Es ist ganz sicher, dass in dem jetzigen System – Es wird dem Senat gemeldet – was lobenswert ist, denn die politische Verantwortung liegt beim Senat und nur beim Senat; die Bezirke interessieren überhaupt nicht, nebenbei bemerkt –, und der Senat erhält täglich Hunderte von Briefen darüber, dass an dieser Schule dauerhaft Chemie, dort Englisch, hier Musik, dort Kunst ausfällt.

[Zuruf von den Grünen: Hier Mathematik! – Weitere Zurufe von den Grünen]

Nein! Herr Müller-Schoenau – ich will Ihren Namen richtig aussprechen –, das ist auch ungerecht. Das Landesschulamt ist sicherlich noch viel besser zu organisieren. Da haben Sie recht! Aber die Behauptung – bitte, Herr Müller-Schoenau –, dass frü-

Bm Böger

(A) her alles besser gewesen sei, als es die Bezirke gemacht haben, geht an der Sache vorbei. Früher hatten wir in finanzieller Hinsicht etwas leichtere Zeiten, als das dezentral geregelt wurde. Da konnte man in den Bezirken eben noch einmal Personal "drauflegen", was jetzt nicht möglich ist. Trotzdem ist jetzt vieles besser zu organisieren.

[Cramer (Grüne): Das Landesschulamt ist völlig unfähig!]

- Herr Cramer, bleiben Sie bei der BVG! Hier hat es keinen Sinn. -

[Frau Künast (Grüne): Nicht so arrogant, Herr Böger! – Weitere Zurufe von den Grünen]

Das Landesschulamt muss besser organisiert werden,

[Zurufe von den Grünen – Unruhe – Glocke des Präsidenten]

und wir müssen den einzelnen Schulen mehr Gelegenheit, mehr Verantwortung, Kompetenz und Mittel geben, selbst zu regeln, wie man mit dem Unterrichtsausfall umgeht. – Ich verstehe gar nicht, warum Sie so brüllen, Herr Mutlu! Sie sind doch gar nicht mehr auf der Demonstration, sondern im Parlament. Heben Sie doch die Hand, um eine Zwischenfrage zu stellen! Sie brauchen hier nicht zu brüllen.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD und der CDU]

- Das war also der weitere Punkt, den wir angehen wollen.

Zum Thema "Computer in Schulen" ist sehr viel gesagt worden. Es ist wahr, dass wir in Berlin hierbei schon wichtige Schritte getan haben, doch reicht das nicht aus. Wenn wir in diesem Tempo weiterschreiten, dann werden wir vielleicht in acht Jahren ein Optimum haben – d. h. alle Schulen komplett mit Computerräumen ausgestattet, in jedem Klassenraum und im Lehrerzimmer einen Computer. Das dauert aber zu lang. Wir brauchen energische Schübe. Ich habe mit Freude gehört, dass der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Wowereit, angekündigt hat, man sei bereit, einen Zukunftsfonds "Jugend" zu finanzieren, damit wir Anstöße bekommen und auch die Unterstützung der privaten Wirtschaft haben. Denn bislang – das muss man auch festhalten – sind viele Ankündigungen der "Informationsoffensive 21", die ich abends in den "Tagesthemen" oder in den Talkshows höre, leider nur Ankündigungen geblieben.

[Frau Oesterheld (Grüne): Wie beim Senat!]

So viel ist bei den Schulen noch nicht angekommen. Wir brauchen den Einsatz der Privaten, aber wir brauchen eben auch einen staatlichen Mitteleinsatz, um energische Fortschritte zu erreichen.

Ein weiterer Punkt, die **Arbeitszeit**, ist mehrfach angesprochen worden. Ich bitte Sie darum, dass Sie heute diesem Projekt zustimmen. Es ist dazu viel gesagt worden in der letzten Zeit. Es ist wohl wahr – das kann man nicht bestreiten –, dass es sich nicht um eine pädagogische Maßnahmen handelt, sondern um eine zumutbare Notwendigkeit im Rahmen der fiskalischen Zwänge, denen Berlin unterliegt. Darüber hinaus kann es auch nicht sein – bei allem Respekt vor dem Einsatz von Lehrerinnen und Lehrern –, dass wir dann, wenn die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer in Berlin in etwa an das Mittelfeld im Bundesgebiet angeglichen wird, kurz vor Ausrufung der Staatskrise stehen. Das kann nicht sein, und das können Sie heute auch in jeder überregionalen Zeitung nachlesen.

[Beifall bei der CDU – Frau Abg. Freundl (PDS) meldet sich zu einer Zwischenfrage.]

Präsident Führer: Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Böger, Bürgermeister und Senator für Schule, Jugend und Sport: Ja, bitte sehr!

[Atzler (CDU): Sie muss aber gut und kurz sein!]

Präsident Führer: Frau Abgeordnete Freundl – bitte sehr!

Frau Freundi (PDS): Herr Senator! Sie haben uns ja aufgefordert, Fragen zu stellen.

[Frau Künast (Grüne): Wieviel Redezeit hat denn der Senat noch?]

Böger, Bürgermeister und Senator für Schule, Jugend und Sport: Bis ich fertig bin, Frau Künast! Darum müssen Sie sich nicht kümmern.

Frau Freundl (PDS): Herr Böger, ich habe doch eine Frage zu stellen!

Böger, Bürgermeister und Senator für Schule, Jugend und Sport: Ja, bitte!

Frau Freundl (PDS): Wie finden Sie die Idee von Herrn Wolf – wo Sie heute morgen so angestrengt versucht haben, wegzuhören –, der Ihnen dargelegt hat, wie über die konsequente Anwendung des Altersteilzeitgesetzes tatsächlich 1 000 neue Lehrer kostenneutral in den öffentlichen Dienst übernommen werden könnten?

Böger, Bürgermeister und Senator für Schule, Jugend und Sport: Ich bewundere Ihre Fähigkeit, Frau Kollegin, festzustellen, wann ich zuhöre. Aber zur Sache möchte ich Ihnen sagen, dass ich diese Anregung – das wird Sie in Erstaunen versetzen – auch schon selbst in Gedanken hatte. Ich bin gern bereit, dies zu prüfen, vor allem, wenn mir der Kollege Wolf vielleicht noch Spezialberechnungen vorstellt, wie das kostenneutral geht. Im Kern finde ich es sehr vernünftig, dass die Älteren im Berufsleben und insbesondere in der Lehrerschaft eine Möglichkeit bekommen, hinauszugleiten – ich darf das einmal so nennen. Das ist sehr vernünftig, und es ist geradezu irrsinnig, was wir gegenwärtig tun, dass wir nämlich die wenigen neuen, jungen Lehrer auf Zweidrittelstellen einstellen, weil unser Dienstrecht nun einmal so ist. Umgekehrt müsste es sein, dass man also erst massiv anfängt und später langsam hinausgeht.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD – Zuruf der Frau Abg. Künast (Grüne)]

Aber wenn das kostenneutral geht und es eine Bereitschaft gibt, habe ich keine Probleme damit, das aufzunehmen. Und wenn mir Herr Wolf noch die Gnade einer Audienz gibt und mir das noch im Einzelnen vorlegt, will ich das gern aufnehmen. Damit habe ich überhaupt keine Probleme.

[Zurufe von der PDS und den Grünen]

Wenn wir in dieser Stadt – und das habe ich mittlerweile zig Mal bei Schulbesuchen erlebt – nicht auch einmal darüber reden, was gut geht in den Berliner Schulen und wo Beispielhaftes geleistet wird, dann werden wir nie eine Chance haben, uns gemeinsam auf einen vernünftigen Reformprozess zuzubewegen. Das Wichtigste ist die Veränderungen in den Köpfen derjenigen, die in der Schule unterrichten. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Präsident Führer: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zuerst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS ab mit der Drucksachennummer 14/301-10. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer nun dem Einzelplan 10 unter Berücksichtigung der Änderungen des Hauptausschusses mit der Drucksachennummer 14/301 unter der Auflagenbeschlüsse des Hauptausschusses gemäß der Drucksache 14/302 – hier sind es die Nummern 35 bis 42 unter Streichung des Klammerzusatzes des Auflagenbeschlusses Nr. 38 – zustimmen möchte, den bitte ich um das

395

Präsident Führer

(A) Handzeichen! – Die Gegenstimmen! – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieser Einzelplan bei Gegenstimmen der Opposition so beschlossen.

Den zu Beginn der Aussprache erwähnten Änderungsantrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/301-3 kommt beim Einzelplan 29 zur Abstimmung.

Ich rufe auf:

Einzelplan 11

- Gesundheit und Soziales -

hierzu:

- 1. Änderungen des Hauptausschusses nach Drucksache 14/301
- 2. Auflagenbeschlüsse des Hauptausschusses nach Drucksache 14/302, Nrn. 43 bis 45 und 76

Hierzu auch den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen mit der Drucksachennummer 14/301-3 und den Änderungsantrag der Fraktion der PDS mit der Drucksachennummer 14/301-11.

Einzelplan 18

- Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen -

hierzu:

- Änderungen des Hauptausschusses nach Drucksache 14/301
- Auflagenbeschlüsse des Hauptausschusses nach Drucksache 14/302, Nrn. 72 bis 74

Hierzu gibt es auch den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachennummer 14/301-5.

In der Debatte beginnt die PDS-Fraktion. Es hat das Wort Frau Abgeordnete Dr. Schulze, bitte sehr!

Frau Dr. Schulze (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Schöttler! Frau Schöttler, Politik ist bei Ihnen wohl die Kunst, aus richtigen Informationen die falschen Schlussfolgerungen zu ziehen.

[Kittelmann (CDU): Immer anständig bleiben!]

Lassen Sie mich das an zwei Beispielen aus Ihrem Zuständigkeitsbereich erläutern, einmal dem Bereich Sozialpolitik, zum zweiten der Krankenhauspolitik.

Zur Sozialpolitik: Ihr Einstieg in die Finanzierung der sozialen Infrastruktur der Stadt für das Jahr 2000 war bereits der Ausstieg aus all den Zielen der Koalitionsvereinbarung zur Entwicklung der sozialen Stadt Berlin. Frau Schöttler, Sie haben nicht gekämpft! Sie haben jetzt schon resigniert. Sie akzeptieren, dass für Ihr Ressort nicht mehr Geld vorhanden sein soll. Sie sind mit den sozialpolitischen und gesundheitlichen Themen dieser Stadt ausgebremst worden. Sie wissen und die ganze Stadt weiß es auch:

[Kittelmann (CDU): Nein!]

der Koalition sind die Prestigeprojekte nach wie vor mehr an das Herz gewachsen als der soziale Friede in der Stadt als die Unterschiede zwischen Ost und West, zwischen Arm und Reich, Alt und Jung, Krank und Gesund.

[Kaczmarek (CDU): Groß und Klein!]

Sie tragen die Verantwortung für eine Millionenmetropole und nicht für Kleinkleckersdorf. Die sozialen Probleme in der Stadt nehmen zu und nicht ab. Ihnen fehlt es neben einer soliden Finanzierung für Ihren Bereich aus unserer Sicht vor allem an Ideen, die sozialen Themen der Stadt wirklich anzupacken. Damit wir nicht falsch verstanden werden: Das ist nicht nur vordergründig eine Frage des Geldes. Das ist politische Bewegungslosigkeit im Sozialressort, Hängen an alten Strukturen in dieser Stadt, Ideenlosigkeit und fehlender Mut zu neuen Wegen, die Organisation und die Finanzierung der sozialen Arbeit auf sichere Füße zu stellen.

In Ihrem Haushalt steht als Fußnote fast auf jeder Seite: Weniger zur Konsolidierung des Haushalts. – Sie sparen überall ein bisschen, aber im Zuwendungsbereich mit einschneidenden Wirkungen, obwohl der gemessen an ihrem Gesamthaushalt gerade einmal fünf Prozent beträgt, dort sparen Sie am meisten. Frau Schöttler, Sie kommen aus unserer Sicht mit dieser Tour auf Dauer nicht durch. Sie müssen Farbe bekennen und vor der Öffentlichkeit erklären, wovon Sie sich künftig verabschieden wollen und worauf sich die Menschen in der Sozialpolitik einzustellen haben. Durchmogeln nach dem Motto: Augen zu und durch, jedem ein bisschen weniger, das tut keinem weh –, werden wir nicht mehr akzeptieren – und die Menschen in dieser Stadt auch nicht.

[Beifall bei der PDS – Beifall des Abg. Müller-Schoenau (Grüne)]

Wir fordern von Ihnen ganz konkret die Umsetzung einer Sozialberichterstattung, gekoppelt an eine bedarfsorientierte Sozialplanung. Die Ausgleichung und Ausstattung einer sozialen Infrastruktur der Bezirke, wobei Sie erst einmal erklären müssen, was Sie unter sozialen Grundstandards verstehen, was Sie mit "bedarfsorientiert" meinen und was Sie unter "Versorgungsgerechtigkeit" verstehen.

Frau Schöttler! Noch in diesem Jahr, nämlich während der Planungen zum Haushalt 2001 müssen Sie die Katze aus dem Sack lassen. Ihre in der Öffentlichkeit nicht spürbare Gegenwehr gegenüber den Konsolidierungsforderungen von Finanzsenator Kurth und den anderen Senatsmitgliedern lassen für uns die Frage offen: Wessen Interessen vertreten Sie eigentlich in dieser Stadt als Sozialdemokratin?

Ende vergangener Woche habe Sie den neuen Sozialstrukturatlas der interessierten Öffentlichkeit vorgelegt, ein solides Werk von knapp 250 Seiten, wissenschaftlich fundiert begleitet. In den Kernaussagen und im Trend gleichen sich die Aussagen mit denen des Jahres 1997. Die soziale Differenzierung in der Stadt nimmt zu, die Kluft zwischen Arm und Reich ebenso. Die Sozialdaten benachteiligter Stadtteile und Stadtgebiete mit hoher Arbeitslosigkeit, hohem Anteil an Sozialbedürftigen ist auch gleich geblieben, in einigen Teilen sogar gewachsen. Die Quintessenz – und das wissen auch Sie –, der Entwicklungstrend ist nicht neu, es hat sich nur ausdifferenziert, aber Gegenstrategien sind nicht in Sicht. Sie lasses es laufen, wie es läuft.

Frau Schöttler, Sie sind nicht neu im Geschäft und die Ergebnisse dürften Sie nicht erschüttert und die Kernaussagen nicht überrascht haben. Trotzdem haben Sie es mitgetragen, in Ihrem Haushalt Kürzungen mit erheblichen Konsequenzen für die soziale Versorgung und die soziale Arbeit zu akzeptieren. Die Analyse der Daten der Sozialstrukturatlanten 1997 und 1999 muss doch bei Ihnen mehr auslösen als ein Heben der Hände vor dieser Situation.

[Beifall bei der PDS]

Ihr Haushalt ist, wie auch die anderen Teilhaushalte, nicht solide aufgestellt. Sie rechnen mit Geldern aus der EU. Sollten diese aber nicht in der geplanten Höhe kommen, ist das löchrige Netz der sozialen Projekte dieser Stadt nur noch ein Strick. Da ist Tauziehen angesagt. Die Servicegesellschaften mögen noch auf Ihrer Seite stehen, die Mehrzahl der vielen anderen sozialen Projekte in der Stadt wohl aber schon längst nicht mehr. Und das werden Sie zu spüren bekommen. Herr Böger hat es in seinem Ressort schon gemerkt.

Neben einer unterentwickelten sozialen Infrastruktur stehen die Projekte im **Zuwendungsbereich der freien Träger** mit ihrer Finanzierungspolitik nicht nur vor einer schwierigen Finanzsituation, sondern sie haben einen erheblichen Substanzverlust in der Qualität ihrer Arbeit hinzunehmen. Sie leben von der Hand in den Mund – und das seit Jahren.

Frau Dr. Schulze

Frau Schöttler, Sie haben mit Ach und Krach, auch unter dem Druck aller Fraktionen, den **Telebus** finanziert,

[Frau Sen Schöttler: Nein, nein, da brauchte ich keinen Druck!]

– da brauchten Sie Druck und zwar von allen Fraktionen –, die Nachbarschafts- und Stadtteilzentren zum Teil finanziert – deren Zukunft ist nach wie vor offen –, die Seniorenarbeit zum Teil auch finanziert. Aber darüber hinausgehende Einsichten in die Notwendigkeit der Finanzierung der sozialen Struktur, der Netze in dieser Stadt, haben Sie noch nicht überzeugend darstellen können. Auch die Fraktion der CDU und der SPD werden lernen müssen, dass Druck von den Projekten dieser Stadt ausgehen wird, wenn hier nicht endlich ein Konzept vorgelegt wird, das solide diese für den sozialen Frieden in der Stadt notwendigen Projekte sichert.

Frau Schöttler, Sie werden künftig die Projekte evaluieren müssen. Sie werden Schwerpunkte in Ihrem Bereich vorgeben müssen. Sie werden die Strukturen überarbeiten müssen, um sich in Ihrem Senat überhaupt noch durchsetzen zu können. Sie sind dort – mit Verlaub – das schwächste Kettenglied, und Sie werden daran gemessen werden, wie Sie sich für die sozialen Projekte und Belange in dieser Stadt einsetzen werden.

Das wird auch deutlich im zweiten Schwerpunkt, in der Krankenhauspolitik. Hier hat man den Eindruck, dass Chaostheoretiker am Werk gewesen sind. Aber diese hätten wohl zum Schluss ein anderes Konzept vorgelegt.

Die Krankenhausplanung in dieser Stadt ist ein Synonym für Chaosplanung. Der Krankenhausplan orientierte sich nicht an seiner eigentlichen Aufgabe - an einer humanen und bedarfsgerechten stationären Versorgung der Menschen in dieser Stadt. Er unterliegt - und das wissen alle - dem Diktat eines mit den Krankenkassen ausgehandelten Budgets und Beitragssenkungsvereinbarungskomplott, das dazu beiträgt, dass die Krankenhäuser zu Lasten der Patienten und der Menschen in dieser Stadt ausgeblutet werden. Die PDS hat diesen Versuch, den Sie gestartet haben, Krankenhausplanung als Instrument der Sanierung der Berliner Krankenkassen misszuverstehen, von Anfang an kritisiert und zurückgewiesen. Sie haben jetzt den Salat und den täglichen Druck auszubaden. Mit den Folgen einer solchen Politik werden Sie konfrontiert. Planungsunsicherheit, wie Sie das in der Krankenhauspolitik vorgelegt haben und wie wir das ganz speziell für das Klinikum Buch erleben, spiegelt sich auch in den anderen Kliniken dieser Stadt wider. Moabit, Zehlendorf, das Max-Bürger-Zentrum, die Franz-Volhard- und die Robert-Rössle-Klinik sind Namen, die in dieser Stadt für Chaosplanung in der Krankenhauspolitik jedem Bürger und jeder Bürgerin schon bekannt sind.

Neben dieser Chaosplanung, die Sie im Krankenhausbereich vorgelegt haben, haben Sie auch eine Chaosplanung im Personalkonzept vorgelegt. Hier stimmt die Finanzierung nicht. Es gibt erhebliche Risiken in dieser Finanzierung. Das wissen Sie, und das weiß auch die Koalition. Die geplanten Maßnahmen des Personalabbaus: allein im Jahr 2000 144 Millionen DM. 44 Millionen DM davon sind vom Senat untersetzt. Der Rest fehlt dem Haushalt. Das Prinzip Hoffnung soll hier eingestellt werden. Wir hoffen, Sie werden mit diesem Prinzip scheitern, damit endlich eine klare Politik auf den Tisch kommt.

Das Gleiche gilt für den **Bettenabbau:** 2 640 Betten abzubauen, ist in diesem Jahr nicht zu schaffen – es sei denn, Sie übersetzen das damit, dass Sie sich den Interessen von Patientinnen und Patienten, Ärztinnen und Ärzten, Krankenschwestern und Pflegern dieser Stadt widersetzen wollen. Das sind Unwägbarkeiten, die sich in der Folge durch Ihren Haushaltsentwurf ziehen; das sind die fehlenden Konzepte für den Einsatz der Bundesmittel; das sind die fehlenden Konzepte für den Einsatz der entsprechenden Baumittel, die Sie nicht untersetzen konnten. Wir haben im Hauptausschuss und im Unterausschuss Krankenhaus eine Politik der Schadensbegrenzung betrieben, um den Schaden für die Stadt Berlin abzuwehren, der durch diese Planung entstanden ist.

Frau Schöttler, gestehen Sie sich zukünftig in dem Planansatz für Ihren Haushaltsplan 2001 selbst mehr Mut zu, um die wirklichen Probleme in dieser Stadt anzupacken. Das Chaos in der Krankenhausplanung und Ihr Chaos in der Sozialplanung waren kein guter Einstieg. Tun Sie sich das nicht an und dieser Stadt auch nicht. Trotz allem wünsche ich Ihnen: Kopf hoch, Frau Schöttler, und nicht die Hände; das kann sich die Stadt nicht leisten!

[Beifall bei der PDS]

Präsident Führer: Für die Fraktion der CDU hat das Wort die Frau Abgeordnete Herrmann. Bitte sehr!

Frau Herrmann, Annelies (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Dr. Schulze! Eigentlich dachte ich ja, die PDS bringt einmal etwas Positives. All die Jahre bei den Haushaltsberatungen nur negative Ansätze!

[Hoff (PDS): Da können Sie mal Vorleistungen bringen!]

Vielleicht können Sie auch einmal etwas Positives bringen; das belebt das Ganze!

Angesichts der Haushaltslage des Landes Berlin drängt sich mir in Bezug auf das Kapitel Gesundheit und Soziales des Haushaltsplans 2000 ein bereits berühmt gewordener Satz Konrad Adenauers auf: "Die Lage war noch nie so ernst wie jetzt und heute."

[Zuruf der Frau Abg. Simon (PDS)]

Wir haben wiederum Haushaltsberatungen hinter uns, die von den Zwängen sparsamsten Haushaltens geprägt wurden. Dass wir heute für den Gesundheits- und Sozialbereich einen zwar nicht zum Jubeln herausfordernden, aber dennoch akzeptablen Haushalt verabschieden können, beruht zum großen Teil auch darauf, dass wir uns – im Gegensatz zu Ihnen – als Fachpolitiker in der Pflicht sehen, gemeinsam mit unseren Haushältern zu überlegen, wie wir die gesundheitliche und soziale Infrastruktur Berlins finanzieren können.

[Beifall des Abg. Kaczmarek (CDU)]

Auf Grund der eng bemessenen Redezeit kann ich leider nur einige wenige Punkte aufgreifen. Positiv ist beispielsweise zu bewerten, dass es gelungen ist, die Finanzierung der **Praktikanten in der Altenpflege** für dieses Jahr sicherzustellen. Hier ist es aber wichtig, dass umgehend eine dauerhafte Lösung gefunden wird. So sind wir auch stolz darauf, dass wir im Rahmen der Haushaltsberatung erreicht haben, für das Jahr 2000 für den Telebus die im Haushaltsansatz der Sozialverwaltung fehlenden 500 000 DM durch Umschichtung innerhalb des Kapitels 11 zur Verfügung zu stellen.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Im Hinblick auf die bald bevorstehenden Haushaltsberatungen für das Jahr 2001 sehen wir jedoch die Senatorin in der Pflicht – so wie es im Landesgleichberechtigungsgesetz festgeschrieben ist –, die für den **Telebus** erforderliche Summe von vornherein im Haushaltsansatz zu berücksichtigen. Wir erwarten weiterhin, dass schnellstmöglich eine mit den Behindertenverbänden abgestimmte Telebusverordnung erstellt wird, die sowohl den Anforderungen der Telebusnutzer als auch den haushälterischen Rahmenbedingungen Rechnung trägt, damit die Betroffenen nicht immer wieder durch missverständliche Rundschreiben unnütz verunsichert werden wie im vorigen Jahr.

Wichtig ist ebenfalls, dass der Senat schnellstmöglich eindeutige Ausführungsvorschriften zum Landesgleichberechtigungsgesetz für Menschen mit Behinderungen erlässt. In diesem Zusammenhang erwarten wir vom Senat, dass in Kooperation mit den Bezirken dafür gesorgt wird, dass die erforderlichen Stellen für die Bezirksbehindertenbeauftragten in die Stellenpläne eingearbeitet werden.

Es gibt eine Reihe von Problemen, für die im Rahmen der Diskussion um den Haushalt 2000 noch keine befriedigende Lösung gefunden werden konnte. Wir erwarten, dass die

:)

Frau Herrmann, Annelies

Senatsverwaltung rechtzeitig zur I. Lesung des Haushaltsplans für das Jahr 2001 schlüssige Konzepte einschließlich der dazugehörigen realistischen Finanzierung vorlegt. Dies betrifft beispielsweise die Zukunft des Hospizbüros. Die bisherigen Äußerungen der Senatorin bzw. der Staatssekretärin im Hauptausschuss wie im Fachausschuss lassen nicht erkennen, ob und wie sich das Hospizbüro künftig in die Hospizlandschaft einfügen soll und wie dann eine Anschlussfinanzierung an die zum Oktober endende Bundesfinanzierung gesichert wird. Es kann nicht die Lösung sein, einfach zu sagen: Wenn ihr das Hospizbüro wollt, dann lassen wir eben einen oder zwei ehrenamtliche Hospizdienste wegfallen. So etwas ist mit uns nicht zu machen.

Uns beschäftigt aber noch ein weiterer haushaltsrelevanter Aufgabenbereich. Nachdem inzwischen die notwendigen Sannierungen von vielen Pflegeeinrichtungen im Ostteil der Stadt mit Hilfe der für den Landeshaushalt günstigen Kofinanzierung nach Artikel 52 Pflegeversicherungsgesetz durch den Bund vorgenommen wurden, muss nun verhindert werden, dass eine Benachteiligung der Einrichtungen im Westteil eintritt. Hier gilt es für das Jahr 2001, weitere Schritte zu überlegen. In diesem Zusammenhang muss der Landespflegeplan umgehend fortgeschrieben werden. Das bestehende Angebot an stationären Pflegeplätzen und ambulanter Pflege ist dabei unter Einbeziehung aller Trägerformen insbesondere nach Qualitätsgesichtspunkten hinsichtlich des Bedarfs zu überprüfen, damit endlich einheitliche Qualitätsstandards in der Stadt gewährleistet werden

Dazu ist aus unserer Sicht die weitere enge Zusammenarbeit mit der Liga der Spitzenverbände und der freien Wohlfahrtspflege, die sich sehr gut bewährt hat, sinnvoll. Nach nunmehr dreieinhalb Jahren Ligavertrag können wir feststellen, dass die Leitziele des Vertrags trotz der schwierigen Rahmenbedingungen einvernehmlich in einem bemerkenswerten Umfang und mit viel Erfolg umgesetzt werden konnten. - Das können Sie nicht bestreiten! - Jetzt kommt es darauf an, schnellstmöglich die Vertragsverhandlungen mit den Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege zu einem positiven Ende zu bringen, damit auch über den 31. Dezember 2000 hinaus die Arbeit der Träger und Projekte dieses Zuwendungsbereichs auf einer gesicherten Basis steht. Für alle dafür geeigneten Projekte sollte dabei der Abschluss von Leistungsverträgen geprüft werden.

Ich würde gern noch auf einige andere wichtige Haushaltsberatungsthemen zu sprechen kommen, nämlich auf die Sicherung der ambulanten medizinischen Versorgung von Obdachlosen in dieser Stadt, die Perspektive der Nachbarschaft in Stadtteilzentren und die Weiterentwicklung des ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen Engagements, aber aus zeitlichen Gründen muss ich darauf leider verzichten. Den Schwerpunkt meiner heutigen Ausführungen habe ich mehr auf den Sozialbereich gelegt, da der Krankenhausbereich bereits mehrfach und ausführlich in diesem Haus besprochen worden ist.

Ich gehe zum Schluss noch kurz auf den Bereich Buch ein: Wir erwarten von den Senatsverwaltungen, dass sie ihre mehrfach gegebenen Zusagen einhalten und für Buch umgehend eine tragfähige und kurzfristig realisierbare, ressortübergreifende Standortplanung - einschließlich des dazugehörigen Finanzierungskonzepts - vorlegen. Dieses wird dann zusammen mit den in den Auflagenbeschlüssen geforderten Berichten sicher gewährleistet werden, so dass wir im Herbst erneut in eine fundierte Haushaltsdebatte einsteigen können. Obwohl die Lage zum Haushalt 2000 ernst ist, ist sie dennoch nicht hoffnungslos. Wir werden daher dem Kapitel 11 unsere Zustimmung geben. -Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU]

Präsident Führer: Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Dr. Köppl das Wort. - Bitte sehr!

Dr. Köppl (Grüne): Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Senatorin! Meine Damen und Herren! Normalerweise läuft es hier so ab: Die Opposition kritisiert die Regierung, und die Regierungsfraktion unterstützt die Regierung. Das können wir in diesem Fall (C) komplett anders machen; dieses Ritual muss nicht fortgeführt werden. Wenn Sie gerade die Rede meiner Kollegin Frau Herrmann gehört haben - das war eine kontrollierte Oppositionsrede -, dann bin ich der Meinung, dass wir anders vorgehen können. An der Gesundheitspolitik gibt es nichts zu kritisieren – aber auch nichts zu verteidigen. Das ist unser Problem! Es findet nämlich wenig bis nichts statt. Das Motto der Senatorin lautet: Ich möchte die CDU-Politik meiner Vorgängerin weiterführen, nur mit etwas weniger Engagement.

[Beifall bei den Grünen - Zuruf des Abg. Gaebler (SPD)]

Fangen wir doch einmal mit der Krankenhausplanung an: Frau Hübner hat dieses Parlament mit einer etwas chaotischen Anlage der Politik beschäftigt. Zum Schluss waren nicht nur die Lehrer - wie jetzt gegen Herrn Böger - auf der Straße, sondern die Bischöfe mit ihrem Anhang. Sie haben gegen die Schließung ihrer jeweiligen Krankenhäuser protestiert. Bis zu 20 Krankenhäuser waren von Schließungen bedroht. Was ist danach geschehen? - Ein willkürlich zusammengeschusterter Krankenhausplan, mit der Schließung von fünf Häusern - davon ein großes Haus - das Moabiter Krankenhaus - und die Krise der AOK. Die Wiederholung der Krise der AOK hatten wir gerade im Januar. Hier haben wir genau die Situation, die ich eben beschrieben habe. Die Senatsverwaltung sagt: Wir führen die alte Politik fort und werden das Krankenhaus Moabit schließen aber es passiert nichts. Die Krankenhausverwaltung hat vor kurzem in einem Interview verlauten lassen, dass sie, wenn das so weitergeht, ihren Schließungsbeschluss noch selbst schreiben müsse, damit sie dagegen klagen könnte. Wir stehen nach wie vor vor der Situation, dass die Krankenhausplanung obwohl chaotisch entstanden - mehrheitlich von diesem Parlament beschlossen worden ist und irgendwie umgesetzt werden soll, aber nicht umgesetzt wird.

Das Krankenhaus Moabit - ein ganz großes Problem - ist ein anerkanntes Haus mit akzeptablen Preisen, das ein gutes Profil und ein gutes Management aufweist. Von der Infrastruktur (D) her gilt es als das traditionelle und hoch angesehene Kiezkrankenhaus. Wer dieses Krankenhaus nun zerstört, weil ihm nichts anderes einfällt, der versündigt sich an der Berliner Krankenhauslandschaft und macht einen schweren Fehler. Frau Senatorin! Ich fordere Sie noch einmal auf, sich das zu überlegen und endlich zu sagen, dass Sie dieses Krankenhaus nicht schließen wollen. Natürlich haben wir dann ein Budgetproblem -

[Zuruf der Frau Abg. Merkel (SPD)]

es müssen dann 110 Millionen DM eingespart werden, das weiß ich, und dazu stehe ich auch -, aber dann können wir darüber reden, wie wir das machen. Nur diese Aussage gibt es bisher nicht, und der Schließungsbescheid liegt auch nicht vor.

Zweites großes Beispiel - das Krankenhaus Buch: Es ist in einer sehr chaotischen Vorgängerpolitik hin- und hergezerrt worden. Es ist in einer Phase, in der wir alle noch von Bundesgeldern geträumt haben, von Herrn Orwat gigantisch geplant worden, mit einem Interventionszentrum, das so groß werden sollte, dass man für nahezu 20 Millionen DM einen Tunnel hätte bauen müssen - aber es ist nicht realisiert worden.

[Zuruf der Frau Abg. Künast (Grüne)]

Nach dem Gezerre - Sie alle können sich daran erinnern - um den Wissenschafts- oder Orwat-Standort gab es die Neubauplanung mit einem privaten Investor, und dann wurde das Ganze ausgeschrieben. Jetzt haben wir die Situation - letzte Woche musste es die Senatsverwaltung offen legen -, dass es keinen Investor gibt. Es ist also wieder so, dass alle anderen Krankenhäuser in dieser Stadt modernisiert werden, nur im Krankenhaus Buch passiert gar nichts. Dort wird nur geplant, und es werden Visionen betrieben, aber nichts passiert. Dieses Krankenhaus sieht noch genauso aus wie zur Wende. Es hat ein bisschen Farbe bekommen - das will ich gar nicht bestreiten -, aber ansonsten ist nichts passiert. Wenn das noch ein Jahr so weitergeht, dann haben wir eine ganz andere Diskussion in dieser Stadt: Dann gibt es nämlich die Überlegung, ob wir überhaupt noch ein Krankenhaus benötigen oder vielleicht eines mit

Dr. Köppl

A) 300 Betten. Das kommt dann auf die Tagesordnung, und das hätten Sie zu verantworten. Natürlich sind Sie, Frau Senatorin, nicht dafür verantwortlich, dass diese Ausschreibung nicht geklappt hat, denn das beruht noch auf Fehlern Ihrer Vorgängerin – das will ich Ihnen zugestehen. Aber jetzt zu sagen, wir schreiben neu aus, das ist das so ähnlich wie Ihr Wahlplakat: Hier kommt Gabi mit den Stöckelschuhen und schreibt mal eben neu aus, denn das Alte hat nicht geklappt.

[Beifall und Heiterkeit bei den Grünen]

Das geht nicht! Das klappt nicht! Man kann nicht einem großen Krankenhaus, das immer nur die Wurst vor die Nase gehalten bekam, sagen: Na, dann schreiben wir eben neu aus, vielleicht finden wir ja einen Neuen. Ich halte das für keine tragfähige Überlegung und bitte Sie, in Buch die Fakten auf den Tisch zu legen.

Das Krankenhaus Buch hat im Augenblick 27 Millionen DM Schulden – Stand: Beginn dieses Jahres. Wenn dieses Jahr abgelaufen ist, dann vermute ich, dass wir weitere 15 bis 20 Millionen DM oben draufpacken können und einen Schuldenstand von mindestens 40 Millionen DM haben werden. Was machen wir damit? – Diese Schulden müssen bei der Privatisierung in den Haushalt übernommen werden, denn kein neuer Investor wird diese Schulden übernehmen. Oder wir müssen eine Lösung finden, wie wir in einer anderen Rechtsformkonstruktion dieses Krankenhaus betreiben können, aber es liegen keine Vorschläge

Das Allerschlimmste, das in letzter Zeit im Gesundheitsbereich passiert ist, ist die Offenlegung eines schweren Desasters in der Finanzierung zu Artikel 14. Ich stehe nicht zum ersten Mal hier vorne und warne auch nicht zum ersten Mal davor, welches Haushaltsrisiko wir mit der falschen Finanzierung Berlins in einem Bundesmodellprogramm eingegangen sind. 1998 habe ich hier gestanden und gesagt: Wenn Sie das so weitermachen wie bisher - und zwar alle Verantwortlichen in der Koalition und nicht nur die damalige Senatsverwaltung -, dann laufen wir in ein Risiko, das eventuell eine Größenordnung von 120, 130 Millionen DM umfasst. Jetzt haben wir uns einen Bericht vorlegen lassen, in dem es heißt: 140 Millionen DM Bundesmittel sind definitiv verloren, wir können sie nicht mehr zurückholen. Man muss sich einmal vorstellen: Was die U 5 anbelangt, regt sich die gesamte Stadt auf, weil potentielle Bundesmittel in Höhe von 160 Millionen DM zurückgezahlt worden sind. Hierbei merkt überhaupt niemand, dass wir schon 140 Millionen DM verloren haben. Und wir haben wir noch ein weiteres Haushaltsrisiko von 100 Millionen DM, weil das Investitionsvolumen nicht mehr vorhanden ist, mit dem wir komplementär die Bundesmittel bedie-

Das heißt, wenn der ganze Vorgang abgeschlossen ist im Jahr 2004, hat das Land Berlin eine Viertelmilliarde DM der ihm zur Verfügung stehenden Bundesmittel nicht abgefordert. Und es gibt keine Verantwortlichen: Die alte Senatorin ist weg, Staatssekretär Orwat ist auch nicht mehr greifbar, irgendwie regt sich keiner auf, die Viertelmilliarde DM ist weg – das ist eine Art und Weise, mit öffentlichem Geld umzugehen, die katastrophal, die unverantwortlich ist.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Die Verantwortung liegt in Ihrer Hand, Sie haben es gewusst, die Koalition hat es gewusst, die Finanzpolitiker haben es gewusst und der Regierende Bürgermeister auch. Das ist eine inakzeptable Situation. Es ist auch betrüblich, weil wir in anderen Bereichen Kleinbeträge zusammenkratzen müssen, und hier geht es um eine Viertelmilliarde DM, die wir verlierenn.

Im Bereich der Krankenhauspolitik gibt es noch ein Problem, das ich hier kurz ansprechen möchte, das sich wahrscheinlich in den nächsten Monaten dramatisch zuspitzen wird: Ausbildungsplätze für Pflegekräfte. Wir bilden in Berlin über 4 500 Krankenpflegekräfte aus. Das ist der größte Ausbildungsberuf für Frauen in Berlin, das ist eine hochqualifizierte Ausbildung, und wir haben es bisher auf Grund unserer Intervention geschafft, diesen Ausbildungsbereich zu verteidigen.

Jetzt will ich Ihnen die Situation ausmalen, wie wir sie hier in (C) einem Jahr vielleicht diskutieren: Wir haben eine Krankenpflegeschule im Krankenhaus Moabit, Moabit soll geschlossen werden; wir haben zwei Krankenpflegeschulen - eine im Auguste-Victoria-Krankenhaus, eine im Wenckebach-Krankenhaus - die zusammengelegt werden sollen, da können Sie sich vorstellen, was passiert; wir haben eine Krankenpflegeschule im Klinikum Buch, das soll vielleicht privatisiert werden, wir wissen nicht, ob der neue private Betreiber sie übernehmen wird - ich kann jetzt die ganze Latte durchgehen. Wenn wir dort nicht intervenieren und uns nicht etwas überlegen, ein anderes Konzept machen, dann garantiere ich Ihnen, dass wir in einem Jahr etwa 1 000 Ausbildungsplätze für den qualifiziertesten Ausbildungsberuf und quantitativ stärksten Ausbildungsberuf für Frauen in den Sand gesetzt und keine Chance haben, sie wieder aufzubauen. -Ich bitte Sie noch einmal, Frau Senatorin, Sie sind ja auch Senatorin für Arbeit,

[Frau Dr. Klotz (Grüne): Und Frauen!]

mitzudenken und Konzepte zu entwickeln, wie wir es schaffen, dass wir wenigstens den Stand, den wir im Augenblick haben, verteidigen können. Das ist eine wirkliche Bedrohung, die Krankenhäuser werden es aus eigenen Mitteln nicht schaffen, diese Schulen zu unterhalten.

[Beifall bei den Grünen]

Nächster Punkt: **Drogenpolitik**. Es wird ja immer gesagt, die Opposition meckere hier nur herum und habe keine Vorschläge. Da will ich Ihnen die Drogenpolitik entgegenhalten. In der Drogenpolitik sind wir nahezu die einzige Fraktion im Haus, die Konzepte entwickelt hat, wie wir eine moderne Metropolen-Antidrogenpolitik in Berlin machen können, die Folgendes leistet: 1. Wir wollen das Los der drogenabhängigen Personen verbessern, ihre elende Lage, die auch davon abhängig ist, dass sie durch Polizeimaßnahmen zusätzlich in die Illegalität getrieben werden. Dies muss als Problem erkannt und ihre Situation verbessert werden. 2. Natürlich wissen wir, dass drogenabhängige Personen ihr Umfeld mit kriminellen Methoden überziehen, weil sie zu Geld kommen müssen. Sie haben eine hohe Klaurate, sie haben andere Methoden, um an Geld zu kommen, das ist ein schwieriges soziales Problem.

Die Vorschläge, die wir gemacht haben, gehen auf beide Punkte ein. Wir haben vorgeschlagen, in Berlin Drogenkonsumoder Gesundheitsräume einzurichten, damit wir das wenigstens in einem Bereich etwas unter Kontrolle haben, damit wir Kontakt aufnehmen können zu diesen Personen. Dann können wir zu den Schwerstabhängigen sagen: Wir wollen euch wieder integrieren, nehmt Kontakt zu dem Hilfesystem auf, wir beschaffen euch einen Raum, wo ihr unter nicht illegalen Bedingungen Drogen konsumieren könnt. - Dies ist ein Konzept, das sich auch unter konservativen Regierungen in anderen Ländern bewährt hat. Die Schweiz macht das. Es gibt ähnliche Ansätze in Holland, in England. Sie sind alle evaluiert, Sie müssen das nur einmal lesen, die Ergebnisse sind eindeutig positiv. Es steht Berlin gut an, insbesondere deswegen, weil die Bundespolitik geändert wurde. Wir haben eine Chance, uns an einem kompletten Programm für die Bundesrepublik zu beteiligen,

[Bm Dr. Werthebach: Um Gottes Willen!]

ich halte es für eine Schande, dass die Hauptstadt, obwohl sie von diesem Problem sehr stark gebeutelt wird, sich nicht aktiv darum bemüht, sondern das im Augenblick eher aus Sichtweise der Innenpolitik ablehnt. Ich setze hier ganz auf die SPD,

[Frau Dr. Klotz (Grüne): Bist du wahnsinnig?]

dass wir hier im Parlament eine Mehrheit zusammenbekommen, um das umzusetzen.

Als Letztes: Die Kürzungen bei den Sozialprojekten sind hier bereits angesprochen worden. 5 Prozent Kürzungen bei Projekten, die schlecht finanziert sind, die mit hohem Eigenengagement arbeiten und für die soziale Absicherung einer Stadt wichtig sind, sind nicht akzeptabel. Wir sollten diesen Bereich in Zukunft von solchen pauschalen Kürzungen verschonen. Diese

Dr. Köppl

Menschen in den Proiekten leisten wichtige Arbeit für die Stadt und verdienen unsere Anerkennung und Unterstützung und nicht Kürzungen von 5 Prozent pro Jahr. - Danke schön!

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Präsident Führer: Für die Fraktion der SPD hat Frau Helbig das Wort - bitte sehr!

Frau Helbig (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte in der Diskussion wieder etwas mehr zurückkommen auf die eigentliche Haushaltsdebatte. Wir haben gerade zwar interessante Ausführungen gehört, aber wir sollten uns etwas mehr auf das konzentrieren, um das es hier heute geht.

[Frau Jantzen (Grüne): Es geht darum!]

Ich möchte es noch einmal betonen: Die konsequente Konsolidierungspolitik ist auch im Jahr 2000 das erklärte Ziel der Koalition. Das ist heute bereits mehrfach zum Ausdruck gekommen. Von den mehr als 40 Milliarden DM Gesamtvolumen des Haushalts entfallen auf den Einzelplan 11 - Gesundheit und Soziales - rund 1,4 Milliarden DM. Das sind 3,5 Prozent des Gesamthaushalts. Das ist so genommen nicht viel, die Auswirkungen jedoch, die der Einzelplan Gesundheit und Soziales auf die Lebensverhältnisse der Menschen hat, ist dafür umso größer. In diesem Bereich befinden wir uns in einem gigantischen Umstrukturierungsprozess. Die politische Debatte der letzten Monate und mit Sicherheit auch der nächsten Zeit ist geprägt durch die Fragen, die sich aus der Umsetzung des Krankenhausplans ergeben und die mit den Strukturentscheidungen zur Bildung eines Landesbetriebs für die städtischen Krankenhäuser zusam-

Im Sozialbereich werden wir uns damit auseinander setzen müssen, welche Angebote für eine menschenfreundliche soziale Stadt notwendig, aber auch bezahlbar sind.

(B) [Beifall bei der SPD]

Bei all unseren Maßnahmen müssen wir darauf achten, dass sich die Menschen in ihren Kiezen wohlfühlen und gerne in dieser Stadt leben, sich geborgen und zu Hause fühlen.

An dieser Stelle wollen wir an die vielen ehrenamtlich und hauptamtlich Arbeitenden in den Beratungsstellen und Projekten der Stadt erinnern, die mit relativ geringen Ressourcen hevorragende Arbeit leisten, die die öffentliche Hand so sonst nicht bezahlen könnte. Ihnen gilt unser Dank und unsere Anerkennung.

Wie wird nun der hier zur Abstimmung vorliegende Haushalt diesen politischen Ansprüchen gerecht

[Zuruf von links: Gar nicht!]

Lassen Sie mich einige Punkte herausgreifen.

Zunächst der Telebus: Auch wir begrüßen es, dass es im Zuge der Haushaltsberatungen gelungen ist, einen Weg zu finden, die Kürzung von 1999 rückgängig zu machen und damit von der Senatorin zugesichert worden ist, dass eine Angebotsminderung auf Grund fehlender Haushaltsmittel nicht eintreten wird. Andererseits sage ich an der Stelle auch: Sparen kann man auch durch Optimieren, insofern werden wir zu dem Thema im Rahmen der neuen Telebusverordnung sicher noch weiter zu diskutieren haben.

[Beifall bei der SPD]

Frau Schulze, ich frage mich, welchen Haushalt Sie eigentlich vorliegen hatten, wenn Sie vorhin dieses Szenario gemalt haben, indem Sie so tun, als ob die sozialen Projekte nun wirklich völlig am Ende wären. Ich will nicht schönreden, dass die fünfprozentige Kürzung der Zuwendungen aus dem Haushaltssanierungsgesetz hier ein großes Problem, aber wenn ich mir die Abschlusssummen des Einzelplans 11 anschaue, dann ist hier erkennbar, dass ein sogar noch leicht steigender Betrag an Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme der Investitionen etatisiert ist. Ein Szenario zu malen, dass davon ausgeht, hier sei alles auf der Kippe, das können wir so nicht teilen.

Im Gegenteil ist es gelungen, die Projektförderung im sozialen (C) Bereich und in der Ausländerarbeit im Wesentlichen am Status quo abzusichern, obwohl das natürlich auf Grund der Kürzungen in den letzten Jahren schon eine sehr knappe Finanzierung ist. Es soll, wie ich es bereits eben sagte, nicht über die Schwierigkeiten hinwegtäuschen, die sich aus den Kürzungen auf Grund des Haushaltssanierungsgesetzes ergeben.

Bei der Projektförderung stehen wir erst am Anfang der Diskussion. Es wird politisch unsere Aufgabe sein, einen Wandel von der Zuwendung in die Leistungsfinanzierung zu vollziehen. Dabei müssen wir die Betroffenen mitnehmen und auch die Qualitätsdebatte führen. Hier bin ich nicht so pessimistisch, wie es die Opposition vorhin für den Jugendbereich diskutiert hat. Ich denke, dass wir hier auf einem guten Weg sind.

Über die Arbeit der **Hospizbüros** möchte ich aus Zeitgründen nichts mehr sagen. Darüber hat die Kollegin Herrmann vorhin schon Ausführungen gemacht, wobei wir an einer Stelle etwas anderer Auffassung sind. Das Hospizbüro sollte unserer Meinung nach nicht zu Lasten ehrenamtlicher Hospizdienste finanziert werden.

Lassen Sie mich noch kurz ausführen - ich habe schon die rote Karte bekommen. - Wir begrüßen es, dass in großem Maße die Errichtung von **Pflegeheimen** im ehemaligen Ostteil der Stadt in Angriff genommen wird, denn hier haben wir durch die 80-prozentige Beteiligung die Chance, wesentliche Infrastrukturverbesserungen zu schaffen, auch das ist schon gesagt worden.

Wenden wir uns noch kurz dem Gesundheitsbereich zu.

[Zuruf: Nein!]

Es ist unsere soziale Verantwortung, die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger dezentral sicherzustellen und gleichzeitig unsere Verpflichtung, auch die Interessen der Beschäftigten im Auge zu behalten. Die immer wieder aufflammende Diskussion um betriebsbedingte Kündigungen, insbesondere im Gesundheitsbereich, in den letzten Wochen, ist nicht angemessen.

[Beifall des Abg. Gaebler (SPD)]

Wenn die öffentliche Hand betriebsbedingte Kündigungen ausspricht, hat sie den sozialen Frieden in dieser Stadt gefährdet. Denn das tut jede Maßnahme, die zu weiterer Erhöhung der Arbeitslosigkeit führt. - Die weiteren Punkte will ich mir jetzt aus Zeitgründen schenken. Insoweit werden wir dem Einzelplan 11 zustimmen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

> [Beifall bei der SPD -Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Präsident Führer: Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, möchte ich Sie doch bitten, die Handys abzuschalten! Ich weiß nicht, wie oft ich das noch sagen soll. Es stört hier die Anlage, und vielleicht kann man diese Gespräche wirklich so terminieren, dass man sie draußen führen kann und sich nicht hier rufen lässt. - Das Wort hat nun für die Fraktion der PDS die Frau Abgeordnete Freundl, bitte sehr!

Frau Freundl (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Schöttler! Kommen wir mal zum Planansatz für den Bereich Arbeit, Frauen, Berufliche Bildung. Da gab es ja im Wahlkampf und auch anschließend bei den Koalitionsvereinbarungen immer wieder die Ankündigung, dass dieser Bereich höchste Priorität hat und dass bei der Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen keinerlei Einsparungen und Abstriche zugelassen werden. Schaut man sich nun den Haushaltsplan 2000 an, sehen wir schon auf den ersten Blick: Allein bei den Landesmitteln werden über 30 Millionen DM eingespart. Und das hat selbstverständlich Folgen, das bleibt nicht unbemerkt. Und das bleibt auch nicht ohne Auswirkungen auf die Entwicklung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in dieser Stadt. 12 000 Förderfälle weniger, ich denke, das ist schon eine bemerkenswerte Zahl, und allein für den Torso des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, den es in Berlin gibt, 2 000 Förderfälle weniger. Im Bereich Aus- und Weiterbildung wird

Frau Freundl

(A) ganz kräftig gespart. Wir haben am Redebeitrag des Kollegen Steffel gesehen, wie wichtig auch lebenslanges Lernen sein kann und wie fatal die Auswirkungen sein können, wenn man in diesen Bereichen spart.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Die Einsparungen sind in fast allen Bereichen der Arbeitsmarktpolitik zu spüren: bei Strukturanpassungsmaßnahmen, bei den Möglichkeiten, Arbeitsmarktpolitik, also Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, mit den Mitteln des Europäischen Sozialfonds zu kombinieren; das geht jetzt nicht mehr. Und das will ich Ihnen an einem ganz konkreten Beispiel zeigen, wie diese Art von chaotischer, unfreundlicher Politik auch gegenüber den Trägern eigentlich Mehrkosten und Mehraufwand für das Land bedeutet.

Stichwort: Arbeitsmarktpolitik ABM plus Qualifizierung: Hier sind in den vergangenen Jahren beispielsweise sinnvolle Projekte entstanden, die aber den Qualifizierungsanteil dringend brauchen, z. B. in den Schulstationen. Da werden Sie sicherlich einsehen, dass es dort notwendig ist, ehemalige Arbeitslose zu qualifizieren, ehe sie in diesen Schulstationen, die allgemein anerkannt sind, eingesetzt werden. Nun aber geht das laut den Sparvorgaben von Frau Schöttler nicht mehr, Arbeitsmarktpolitik mit Qualifizierung zu verbinden. Da kommt Herr Böger mit einer neuen Idee und sagt: Okay, dann machen wir die Schulstationen doch aus Überhangkräften. Ich bin mir sicher, dass er die derzeitige Praxis der Finanzierung gar nicht genau kennt. Und er weiß offensichtlich auch nicht, was uns gestern der Staatssekretär von Frau Schöttler wortreich zu erklären versucht hat, warum nämlich die Umsetzung eines Parlamentsbeschlusses, der da lautet, Überhangkräfte zur Bekämpfung der Schwarzarbeit einzusetzen, einfach nicht gelingen mag. Also offensichtlich braucht jeder Senator und jeder Staatssekretär hier sein ganz spezielles, ganz persönliches Misserfolgserlebnis bei diesem Versuch. Was ich aber nicht verstehen kann, ist, warum man aus einem Modell aussteigt, was viel Aufwand bedeutet, und ein neues zu inszenieren versucht, versucht, dafür wiederum finanzielle Mittel in Gang zu bringen, die woanders dann fehlen. Das ist also eine Art von unkoordinierter Arbeit, die wenn sie die freien Träger beispielsweise an den Tag legen würden, diese schon nicht mehr existieren lassen würde.

[Beifall bei der PDS]

Zum Thema **Bündnis für Arbeit** fällt mir wirklich nicht viel ein. Das kann man sehr schnell abhandeln. Ich glaube, das Stichwort ist kaum zu nennen. Ich weiß nicht, ob dieses Bündnis in Berlin noch existiert. Die Arbeitsgruppen, die dort gebildet sind, tagen möglicherweise jahraus, jahrein. Aber auch vom Bund gibt es da keinen Impuls. Erinnern Sie sich, wie wichtig das im Bundestagswahlkampf war, diese Frage des Bündnisses für Arbeit. Es ist verpufft, es gibt keine Ergebnisse; das ist ein riesengroßes Problem.

Trotzdem will ich eine positive Anmerkung machen. Vor anderthalb Jahren in den Haushaltsberatungen habe ich auf die bemerkenswerte soziale Schieflage hingewiesen, dass nämlich Sozialhilfeempfangende an der Kindergelderhöhung nicht teilhaben; dies ist geändert auf Antrag der PDS-Fraktion im Bundestag.

[Haha! und Abwinken bei den Grünen]

Das ist neu geregelt worden. Dazu war ein Antrag der Fraktion notwendig. Und die Regelung ist nur befristet bis 2002. – Schauen Sie ins Gesetz!

Ein Wort zu den **lokalen Beschäftigungsbündnissen.** Hier fand ich sehr löblich, was in Neukölln passiert ist. Da gab es ja die Idee, diese lokalen Beschäftigungsbündnisse auf die ganze Stadt auszuweiten. Nicht bedacht hatte man offensichtlich – deshalb funktioniert es in vielen Bezirken auch ausgesprochen schlecht –, dass das parallel läuft zur Gebiets- und Verwaltungsreform und dass sehr viele Bezirksämter in starkem Maße mit sich selbst zu tun haben und dass die möglichen Träger solcher Beschäftigungsbündnisse keinen festen Kooperationspartner haben, weil sie nämlich überhaupt noch nicht wissen, wie das Bezirksamt ab Herbst bzw. zu Beginn des nächsten Jahres

zusammengesetzt sein wird. Das ist ein riesengroßes Problem. (C) Hier fordern wir auch die Bezirksämter auf, trotz alledem fähig zu sein zu ressortübergreifender Arbeit. Wir hören da viel Lob für die Bezirke Marzahn und Hellersdorf beispielsweise, aber auch Lichtenberg. In anderen Bezirken wie z. B. Mitte, Tiergarten und Wedding funktioniert es ganz oder gar nicht. Was natürlich ein nicht unerhebliches Problem ist bei dieser Realisierung dieses Vorschlags und dieser Idee der Senatsverwaltung von Frau Schöttler, ist, dass in Aussicht gestellt worden ist, das mit 40 Millionen DM zu unterstützen, wohlgemerkt für 7 Jahre und alle Bezirke. Diese Finanzzusage ist nun in der vorigen Woche zurückgenommen worden zugunsten der Ausfinanzierung des IdA-Projektes. Das ist ein relativ typisches Beispiel, dass man startet, dass man ein Projekt macht, dass man die Servicegesellschaften in die Spur schickt, dass man die Bezirksämter relativ viel Vorarbeit leisten lässt und dass man dann sagt: Aber das Geld dafür könnt ihr im Moment nicht abrufen.

Und noch eine vorletzte Bemerkung, die mir am Herzen liegt. Frau Schöttler hat ja da ein Riesenressort im Moment, und ich habe das Gefühl, dass ihr nicht so richtig bewusst ist, mit welchen beschäftigungspolitischen Problemen sie in dieser Stadt betraut ist und wo sie auch eine Doppel- und Dreifachverantwortung hat. Das Stichwort Krankenhausplanung ist schon gefallen. Es gibt keinerlei Idee aus diesem Hause, was man mit 7 000 bis 8 000 Personen macht, die möglicherweise von den Krankenkassen nicht mehr finanziert, in den Krankenhäusern als medizinisches Personal überflüssig werden. Es gibt keine Idee. Glauben Sie denn wirklich, dass es ausreicht zu sagen, betriebsbedingte Kündigungen werden ausgeschlossen, und damit ist die Zukunftsperspektive für diese Personen gesichert? Ich glaube, die möchten tatsächlich mit Ihnen gemeinsam diskutieren, welche Möglichkeiten auch außerhalb der Krankenhausbetriebe es für sie gibt.

Zweites Beispiel, Überhang im öffentlichen Dienst: Es ist doch klar, sowohl durch die Krankenhausplanung als auch durch die Gebietsreform gibt es eine unglaubliche Aufstockung des Personalüberhangs. Auch hier haben Sie keine Idee. Ich freue mich ja, dass Herr Böger für seinen Lehrerinnen- und Lehrerbereich hier unseren Vorschlag zumindest prüfen will. Aber auch da stelle ich mir vor, dass Frau Schöttler beispielsweise Vorschläge der Altersteilzeit bei der Umverteilung von Arbeit und Einkommen erstens in den Senat hineinträgt und sich zweitens auch darum kümmert, beispielsweise eine Bundesratsinitiative voranzutreiben, wo diese Frage für die Beamtinnen und Beamten in der gesamten Bundesrepublik geregelt wird. Nichts, keine Impulse, keine Ideen. Und ich glaube, das geht so nicht. Damit werden Sie sich über die Legislaturperiode nicht retten können. Sie können 150 000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst sagen, eure Kündigungen bleiben ausgeschlossen, und denen, die aus dem öffentlichen Dienst ausgeschlossen sind, können Sie keine Antwort geben. Wir werden Sie also mit unseren Vorschlägen, die wir dazu schon in der vergangenen Legislaturperiode erarbeitet haben, immer wieder nerven.

Ein letztes Wort will ich zur **beruflichen Bildung** sagen. Da haben wir uns doch sehr gewundert, als wir in den Haushaltsplan geschaut haben: Wir haben ein Minus von 22 Millionen DM im Ansatz der Mittel entdeckt und haben sehr viele Fragen gestellt im Haushaltsvollzug der 1. und 2. Lesung, um dieses Geheimnis zu klären, warum trotz eines steigenden Bedarfs an Ausbildungsplätzen, eines steigenden Bedarfs also auch, Schulabgängerinnen und Schulabgänger zu versorgen, warum Sie trotzdem versuchen, 22 Millionen DM einzusparen.

Vizepräsident Momper: Frau Kollegin, Ihre Fraktion möchte Ihnen signalisieren, dass Sie aufhören sollen. Ich wollte das weitergeben, falls Sie es übersehen haben.

Frau Freundl (PDS): Vielen Dank, Herr Präsident!

Vizepräsident Momper: Und das auch noch kostenlos!

;)

Frau Freundl

Frau Freundl (PDS): Das auch noch. – Sie haben gesagt, die 20 Millionen DM k\u00e4men verst\u00e4rkt vom Bund. Dieses R\u00e4tsel werden Sie nicht l\u00f6sen, denn von dort kommen zus\u00e4tzlich 1,7 Millionen DM. Gehen Sie nicht ganz so euphorisch mit der Hoffnung um, dass Sie unseren Antrag zur Umlagefinanzierung, den wir in dieser Legislaturperiode noch nicht einmal eingebracht haben, so blitzschnell umsetzen k\u00f6nnen, dass Sie noch 20 Millionen DM in diesem Haushaltsetat sparen k\u00f6nnen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der PDS]

Vizepräsident Momper: Danke, Frau Kollegin! – Für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Mommert das Wort!

Frau Mommert (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die schwierige Haushaltssituation hat sich auch auf die Etats der Arbeits- und Frauenverwaltung ausgewirkt. Uns, denen, die in diesem Bereich politisch aktiv sind, tut das weh. Wir wissen, dass das nicht nur in diesem Jahr so sein wird, sondern dass es im nächsten Jahr noch viel schlimmer wird. Um unserer Verantwortung gegenüber den 274 000 Arbeitslosen in dieser Stadt und den vielen ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen gerecht zu werden, müssen wir in der Zeit der knappen Mittel Prioritäten setzen.

Frau Freundl, bei Ihnen habe ich etwas vermisst. Es war zwar sehr interessant, Ihnen zuzuhören – es war eine intelligente Analyse und eine kritische Beurteilung der Politik –, aber das, was Sie an **Arbeitsmarktpolitik** machen wollen, das war noch nicht einmal in Konturen zu entdecken. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der PDS fällt natürlich schwer, wenn sie Ihre Arbeitsmarktpolitik nicht skiziert.

Das tue ich nun und stelle die Prioritäten unserer Arbeitsmarktpolitik dar. Für uns beinhaltet eine gute Arbeitsmarktpolitik, die Berliner Wirtschaft dabei zu unterstützen noch wettbewerbsfähiger zu werden, um bestehende Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern und neue zu schaffen, und die Qualifizierung von Arbeitnehmern und Arbeitslosen, damit sie ihre Arbeit behalten oder neue Arbeit finden. Daraus ergeben sich auch die Prioritäten, die in unserer Koalitionsvereinbarung stehen: neue Entwicklungen der Wirtschaft und im Arbeitsleben fördern, wirtschaftsnahe Ausbildung und Qualifizierung, Frauen insbesondere in Zukunftsberufen mehr Chancen geben, Ältere und Schwächere nicht ausgrenzen, sondern ihr Wissen und ihre Erfahrung nutzen und ihnen Beschäftigungsmöglichkeiten anbieten.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU – Beifall der Frau Abg. Thieme-Duske (SPD)]

Als nachahmenswerte Beispiele für Arbeitsmarktprojekte, die in den letzten Jahren in Berlin durchgeführt wurden und diese Prioritäten erfüllen, nenne ich stellvertretend: Ausbildungsverbünde, die in Kooperation mit der Wirtschaft zusätzliche Ausbildungsplätze – besonders auch in Betrieben mit ausländischen Firmeninhabern – geschaffen haben, das Projekt Gründerzeit, in dem 300 junge Menschen von 18 bis 35 Jahren für eine Existenzgründung motiviert wurden, das familienorientierte Projektmanagement für KMU, das Hilfestellung bei einer familienorientierten Personalpolitik in den Betrieben gibt und Weiterbildung für Beschäftigte im Erziehungsurlaub anbietet, das Projekt Teleservice 2000-Plus, in dem neue Lernformen für Frauen im Bereich der luK-Technik erprobt werden und der Einsatz von luK in kleinen und mittleren Unternehmen unterstützt wurde.

Unser besonderes Anliegen ist es, Beschäftigungsmöglichkeiten für **ältere Arbeitslose** und **Sozialhilfeempfänger** zu schaffen. Wir begrüßen deshalb das Vorhaben des Senat, in diesem Jahr 300 Strukturanpassungsmaßnahmen in die Bezirke zu geben, die fünf Jahre lang dauern und in bestimmten Feldern in den Bezirken umgesetzt werden. Das betrifft die Beschäftigungsfelder "Hilfen für ältere und pflegebedürftige Mitbürgerinnen", "ergänzende Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche" und "Unterstützung von Frauen- und Kulturprojekten". Auch dieses Vorhaben und die Weiterführung von IdA – Integration durch Arbeit – für Sozialhilfeempfänger wird von uns unterstützt und muss fortgeführt werden.

Zur Prioritätensetzung gehört es auch, dass wir die Berliner Förderlandschaft überprüfen, eventuell vereinfachen und evaluieren. Wir werden mit Finanzsenator Kurth in eine konstruktive Diskussion über seine Sparvorschläge im Arbeitsbereich eintreten und seine Vorschläge genau prüfen. Wir weisen aber jetzt schon darauf hin, dass Vergleiche mit Flächenländern schwierig sind, da die dort von den Kommunen gezahlten Anteile in einem Stadtstaat wie Berlin mitfinanziert werden müssen.

Ich sehe die rote Karte und habe nur noch einen sehr wichtigen Schlusssatz. Damit die knappen Arbeitsmarktmittel zielorientiert und effektiv eingesetzt werden können, wollen wir weiter Servicegesellschaften als externe Dienstleister nutzen, die in den vergangenen Jahren garantiert haben, dass bei der schnellen Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik die Mittel effektiv und innovativ eingesetzt wurden.

[Beifall bei der CDU – Beifall der Frau Abg. Thieme-Duske (SPD) – Anhaltende Unruhe]

Vizepräsident Momper: Danke schön! – Das Wort für die Fraktion der Grünen hat Frau Dr. Klotz! – Im Übrigen bitte ich alle Kollegen, ein wenig ruhiger zu sein! Das käme uns allen zu Gute, insbesondere denen, die reden.

Frau Dr. Klotz (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Carola Freundl, die Erhöhung des Kindergelds für die Sozialhilfeempfangenden zugänglich zu machen, als den Erfolg eines PDS-Antrags zu verkaufen, geht zu weit.

[Beifall bei den Grünen]

Meine Fraktion muss oft genug die Konsequenzen von unpopulären Entscheidungen der Bundesregierung ausbaden. Wenn uns dabei etwas Gutes gelungen ist, dann dürfen wir uns das selbst ans Revers stecken. Zudem, wenn es so ist, dass ein Antrag der PDS-Fraktion im Bundestag bewirken würde, dass dann auch passiert, was drinsteht, dann frage ich mich, warum ihr nicht längst einen Antrag auf Umlagefinanzierung eingebracht habt.

[Beifall bei den Grünen]

Ich komme zum Haushalt. Die Zahlen haben bisher eine geringe Rolle gespielt. Noch bevor dieser Haushalt verabschiedet ist, ist der Presse zu entnehmen, dass der Senat im Arbeitsmarktbereich für das Jahr 2001 weitere Kürzungen plant.

Vizepräsident Momper: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Freundl?

Frau Dr. Klotz (Grüne): Nein. – Der Senat verschweigt allerdings, dass bei der Beschäftigung und Qualifizierung von Arbeitslosen in den vergangenen fünf Jahren schon dreistellige Millionenbeträge eingespart worden sind. Die Mittel wurden seit 1995 um mindestens 320 Millionen DM heruntergefahren auf heute 440 Millionen DM. Für 1994 sprachen Sie noch von einer Entlastung für den Arbeitsmarkt von 94 000 Personen. Für das Jahr 2000 streben Sie 68 000 Förderfälle an. Das macht ein Minus von 27 000 – und das in einem Zeitraum, in dem die Arbeitslosigkeit um 60 000 in Berlin gestiegen ist. Sie haben das Motto: Je mehr die Arbeitslosigkeit steigt, desto geringer ist der Mitteleinsatz für Arbeitsmarktpolitik. Dafür können Sie von uns keine Unterstützung erwarten.

[Beifall bei den Grünen]

Was den Bereich der **beruflichen Erstausbildung** betrifft, kann man das Verhalten des Senats nicht anders als doppelzüngig bezeichnen. Auf der einen Seite gründet der Regierende Bürgermeister gemeinsam mit Frau Schöttler und Herrn Böger die SoKo Azubi und verkauft sie der Öffentlichetit als ganz starke Truppe, die nach Ausbildungsplätzen fahndet. Auf der anderen Seite erfüllt der öffentliche Dienst seine eigene Ausbildungsverpflichtung nicht. 50 Millionen DM wurden im Haushalt 1999, die dort für Ausbildung eingestellt waren, nicht ausgegeben. Das allein ist in einer Situation, in der Tausende Jugendliche in Berlin

-.

Frau Dr. Klotz

(A) ohne Ausbildungsplatz sind, ein Skandal. Dass Sie dann aber auch noch die Unverfrorenheit besitzen, nicht ausgegebene Ausbildungsplatzmittel zu kürzen, um Ihre pauschalen Minderausgaben im Personalbereich abzudecken, das ist eine Unverfrorenheit und ein Skandal.

Wir können Ihnen nur sagen, Frau Schöttler – Herrn Diepgen können Sie es dann ausrichten und Herrn Böger auch –: Nehmen Sie Ihre starke Truppe und sehen Sie in Ihrem eigenen öffentlichen Dienst nach, wo Sie noch mehr Ausbildungsplätze schaffen können. Sachdienliche Hinweise dafür gibt es genug.

[Beifall bei den Grünen]

Wir sagen auch: Es ist falsch, bei der beruflichen Bildung 20 Millionen DM zu sparen, einfach pauschal zu streichen, ohne zugleich Strukturveränderungen vorzunehmen und die Förderinstrumente neu zu bündeln. Aber das bekommen Sie offensichtlich nicht auf die Reihe. Die Mitnahmeeffekte, die es in diesem Teil noch gibt, lassen Sie weiter unangetastet. Ihnen fallen nur pauschale Kürzungen ein. Das ist einfallslos und geht zu Lasten der jungen Generation.

Weil jetzt klar geworden ist, wie die neuen betrieblichen Ausbildungsplätze, die es für das vergangene Jahr in Berlin gab, entstanden sind, lassen Sie mich das hier bitte sagen: Wenn wir das Jugendsofortprogramm JUMP betrachten und uns ansehen, was die Wirtschaft an zusätzlichen Ausbildungsplätzen geschaffen hat, kommen wir auf die stolze Zahl von 32 zusätzlichen betrieblichen Ausbildungsplätzen – das ist das Ergebnis Ihrer "hervorragenden" Initiative. Das kann es wohl nicht gewesen sein.

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Weil die große Koalition sagt, dass wir keine Vorschläge machen, will ich mit der Kritik aufhören, obwohl ich mich noch ohne Ende auslassen könnte

- zum Beispiel über Strukturentscheidungen,

(B)

- über die Vorgaben für die Servicegesellschaften, wo erst 7 Millionen DM im Haushaltsentwurf standen, dann wieder 15 Millionen DM, wo es einen Prüfauftrag gibt, ob das nicht auch Überhangkräfte aus dem öffentlichen Dienst machen können, die aber auf der anderen Seite nicht mal in der Lage sind, die Schwarzarbeit auf dem Bau zu bekämpfen.
- Ich könnte Sie fragen, wie viele Staatssekretäre Sie momentan in Ihrer Verwaltung haben, Frau Schöttler; ich habe in dieser Woche ein Organigramm bekommen, in dem immer noch drei Staatssekretäre standen ich finde das toll, bei der Finanzlage des Landes Berlin.

Aber ich höre mit der Kritik jetzt auf und mache einen konstruktiven Vorschlag, dem Sie zustimmen können.

Zu einem wichtigen Punkt liegt Ihnen ein Änderungsantrag unserer Fraktion mit dem Titel vor: Handlungsstrategien für eine soziale und solidarische Stadt – Quartiersmanagement mit Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung verknüpfen. In der vergangenen Woche wurde der Öffentlichkeit der neue Sozialstrukturatlas vorgestellt. Die Befunde sind ziemlich deutlich: Die sozialen Probleme in den Berliner Quartieren sind nach wie vor erheblich, und zwar auch in Gebieten, die keine der ausgewiesenen 15 Quartiersmanagementgebiete sind. Die Ansätze des Senats zeigen also bisher keine positiven strukturellen Wirkungen. Warum ist das so?

Das Konzept zum Quartiersmanagement, das Sie selbst entwickelt haben, ist bisher umzureichend umgesetzt worden. Es ist eben nicht genug, sich nur auf 15 Gebiete zu reduzieren. Berlin hat mehr arme Kieze, als dieser Senat es wahrhaben will. Ein kurzfristiges Quartiersmanagement muss in ein Gesamtkonzept sozialer Stadtentwicklung übergeleitet werden. Dazu braucht man einen langen Atem.

[Beifall bei den Grünen]

Zugleich – und das ist die Crux, in der man sich befindet – müssen die Menschen vor Ort auch schnell sehen, dass sich wirklich etwas verändert. Nur dann werden sie selbst dauerhaft mitmachen, und das muss unser wichtigstes Ziel sein.

Ein bisheriger eklatanter Mangel des Quartiersmanagementkonzeptes ist die unzureichende Verknüpfung mit Arbeitsfördermitteln. Deswegen schlagen wir in einem ersten Schritt vor:

- eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Senat von Berlin und dem Landesarbeitsamt mit dem Ziel, Arbeitsförderung vor allem in Gebieten mit besonderem Handlungsbedarf zum Einsatz zu bringen. Sie können dieses Problem der Koordinierung mit den Arbeitsämtern nicht den Akteuren allein überlassen. Es ist wichtig, dass die in den betroffenen Quartieren wohnenden Menschen dort auch arbeiten können und nicht in einen anderen Stadtteil geschickt werden
- 2. 100 Millionen DM unter anderem aus den in den letzten Jahren nicht ausgeschöpften Mitteln für Landes-ABM sollen für die Vergabe von Strukturanpassungsmaßnahmen an private und gemeinnützige Unternehmen bereitgestellt werden. Die Mittel sollen je zur Hälfte in Gebieten mit besonderem Handlungsbedarf und zur Hälfte in anderen Bereichen der kommunalen Infrastruktur wie z. B. in Bäderbetrieben oder Theatern eingesetzt werden.
- Um die Realisierung zu erleichtern und die Akzeptanz zu erhöhen, sollen Vergabebeiräte eingerichtet werden, die an die bezirklichen Beschäftigungspakte angebunden werden.

So weit unser Vorschlag, dem Sie zustimmen sollten, weil er ein Baustein ist. Er ist keine Komplettlösung, aber ein Baustein, damit der nächste Sozialstrukturatlas den Einstieg in die Lösung der Probleme und keine weitere Verschlechterung aufzeigt.

[Beifall bei den Grünen]

Frau Schöttler, gestern im Frauenausschuss fragte die Abgeordnete Galland von der CDU-Fraktion nach den Auswirkungen des Haushaltsstrukturgesetzes, also der von Ihnen vorgesehenen jährlichen 5prozentigen Kürzung im Zuwendungsbereich, auf die Situation von Frauenprojekten. Wir finden, das war eine sehr berechtigte Frage. Frau Schöttler, Ihre Antwort war so unwahr wie unbefriedigend. Unwahr ist die Behauptung, dass bei den Frauenprojekten in den vergangenen Jahren keine Kürzungen vorgenommen wurden. Erzählen Sie so etwas einmal Herrn Kurth, der dann nämlich wahrscheinlich sofort begierig seine Schlussfolgerungen daraus zieht. Mal abgesehen davon, dass seit 1996 keine Tariferhöhungen gezahlt wurden, wurden in allen den Jahren in diesem Minietat Millionenbeträge an Sparleistungen erbracht. Warum Sie das nicht sagen, ist mir schleierhaft. Auch für das Jahr 2000 kürzen Sie bei der beruflichen Qualifizierung insgesamt 300 000 DM, was bei einer Gesamtsumme von 8 Millionen DM nicht wenig ist. Um ein Beispiel herauszugreifen: Bei dem Frauenträger "Wirkstoff", der berufliche Weiterbildungen u. a. im PC-Bereich durchführt - dem Bereich, der Ihnen ja immer besonders am Herzen liegt -, haben Sie seit 1997 81 000 DM gekürzt. Das ist das, was in der Realität stattfindet.

Das war Ihre Unwahrheit. Jetzt kommt das Unbefriedigende. Unbefriedigend ist Ihre Aussage, dass wir das alles schon irgendwie hinbekommen und schaukeln, vor dem Hintergrund, dass Sie wissen, dass in diesem Bereich die Untergrenze erreicht ist. Ich kann Ihnen nur sagen: Holen Sie sich die Unterstützung auch bei der Opposition, die Sie offenbar dringend brauchen, damit Ihnen als Frauensenatorin nicht in Zukunft der Etat abhanden kommt, so wie Ihnen schon der eigenständige Frauenausschuss abhanden gekommen ist. – Vielen Dank!

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Vizepräsident Momper: Danke schön, Frau Kollegin! – Nunmehr hat Frau Kollegin Thieme-Duske für die Fraktion der SPD das Wort. – Bitte schön, Frau Kollegin!

Frau Thieme-Duske (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin froh, meine lieben Sprecherkolleginnen von der Opposition, dass wir im Ausschuss sachlicher und konstruktiver diskutieren und dort auch zu besseren Ergebnissen als in der Hitze der Haushaltsdebatte hier im Plenarsaal kommen.

[Zuruf der Frau Abg. Dr. Klotz (Grüne)]

Frau Thieme-Duske

(A) Wir stehen mit diesem Haushalt am Anfang einer Legislaturperiode. In der Arbeitsmarktpolitik können wir – das sage ich in aller Deutlichkeit – an die gute Tradition der vergangenen Jahre anknüpfen. Das setzt sich auch in diesem Haushalt fort. Wenn man Ihnen zuhört, hat man den Eindruck, wir fahren gegen Null. Aber wir stellen fest, mit einem Betrag von ca. 550 Millionen DM für Arbeitsförderung und Ausbildung sind wir froh, dass mit dem Haushalt 2000 der Grundgedanke der Berliner Arbeitsmarktpolitik fortgeführt werden kann, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

[Beifall bei der SPD]

Knapp 70 000 Menschen – das sind viele –, darunter 5 600 Jugendliche im Sofortprogramm, sind eine spürbare Entlastung des Berliner Arbeitsmarktes. Die im Gesamtbetrag enthaltenen 110 Millionen DM aus dem Europäischen Sozialfonds zeigen: Brüssel liegt uns näher, als man denkt. Mit Blick auf die kommenden Jahre muss aber auch von mir gesagt werden: Ja zur Evaluierung und Effektivierung von Programmen, aber ganz deutlich: Eine Absenkung des Niveaus der Arbeitsförderung ist nicht verantwortbar.

Wichtiger neuer Ansatz der Berliner Arbeitsmarktpolitik ist der Blick nach unten in die Bezirke. Da muss ich sagen, Frau Freundl, dass wir doch weiter sind, als nach Ihren Äußerungen hier zu verstehen war. Ich denke, es ist erfreulich, dass sich die Berliner Bezirke bei der Entwicklung von arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Fördermaßnahmen auf den Weg gemacht haben, vor Ort selbst beschäftigungswirksame Möglichkeiten aufzuspüren und umzusetzen. Ich stelle fest, das ist viel Kleinarbeit. Deshalb möchte ich an dieser Stelle denen, die hier schon aktiv sind, für ihre Kärrnerarbeit – das ist es nämlich oft – danken, ganz besonders dem bezirklichen Beschäftigungsbündnis in Neukölln.

An dieser Stelle möchte ich heute auch nochmals das Schulund Sportstättensanierungsprogramm nennen. Es ist ein Erfolg, dass es bei der schwierigen Haushaltssituation überhaupt möglich war, 100 Millionen DM jährlich – über die gesamte Legislaturperiode 500 Millionen DM – für die Sanierung von Schulen und Sportstätten im Haushalt abzusichern. Damit gehen Aufträge in Betriebe in den Bezirken, die davon profitieren.

Ich freue mich aber besonders, darauf lege ich besonderen Wert, dass die Senatsschulverwaltung die gemeinsame Anregung der Arbeitssenatorin und der SPD-Fraktion aufgenommen hat und zügig, spätestens im nächsten Jahr, die arbeitsmarktpolitisch wirksame Umsetzung dieses Sanierungsprogramms zugesichert hat. Das bedeutet nicht nur, heile Schulen und Sportstäten, sondern auch neue Arbeit für arbeitslose Bauhandwerker. An die Adresse der Grünen sage ich hier, dass dies unser Beitrag zur Beschäftigungsverbesserung in den Regionen ist.

Ich möchte noch ein Wort zur Ausbildungssituation sagen. Nach dem Stand vom Februar konnte allen jugendlichen Bewerbern zumindest ein Angebot unterbreitet werden. Es gibt einen rechnerischen Ausgleich. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Das ist ein Erfolg, der nur durch die Ausbildungsförderung des Berliner Senats und durch die erfolgreiche Umsetzung des Jugendsofortprogramm allein in Berlin mit zusätzlichen 2 500 Ausbildungsplätzen möglich war. Das muss festgehalten werden. Selbstverständlich muss – dem schließe ich mich an – der öffentliche Dienst in Berlin mehr für zusätzliche Ausbildungsplätze im dualen Bereich tun. In diesem Bereich ist sogar die private Wirtschaft besser. Das darf so nicht sein!

[Beifall bei der SPD – Beifall der Frau Abg. Dr. Klotz (Grüne)]

Noch einen Satz zum Schluss zur Greencard-Diskussion. Der Anteil der neubegründeten Ausbildungsverhältnisse in IT-Berufen in Berlin ist höher als in anderen Regionen. Wir sind der Meinung, dass dies nachhaltige und erfolgversprechende Ausbildungspolitik ist, nachhaltiger als Postkartenaktionen. Ich bitte um Zustimmung zum Haushalt dieser Senatsverwaltung!

[Beifall bei der SPD]

Vizepräsident Momper: Danke schön, Frau Kollegin! Das **(C)** Wort für die Fraktion der SPD hat nunmehr Frau Ulrike Neumann.

Frau Neumann, Ulrike (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gleichberechtigung darf nicht formal gesehen, Gleichstellungspolitik nicht auf den Frauenhaushalt beschränkt werden. Frauenpolitik ist Querschnittsaufgabe. In allen Politikbereichen muss Gleichstellung Beurteilung und Entscheidungskriterium sein. Seit einiger Zeit nennen wir das gender-mainstreaming. Bei jedem Gesetz, bei jedem Verwaltungshandeln sollen die Auswirkungen auf das Verhältnis von Frauen und Männern geprüft und berücksichtigt werden. Mit dem Amsterdamer Vertrag hat dieser Grundsatz europäischen Verfassungsrang erlangt. In Berlin ist er Bestandteil der aktuellen Koalitionsvereinbarung.

In diesem Sinn möchte ich eine Bemerkung machen, die auf den ersten Blick nichts mit dem Haushalt zu tun hat. Nachdem die Spitze unseren hohen Hauses ebenso zur frauenfreien Zone wurde wie der Stiftungsrat beim Lotto, haben wir jetzt im Senat eine geradezu märchenhafte Lösung. Damit meine ich nicht, dass an der Spitze drei männliche Bürgermeister stehen, sondern das Gabriele Schöttler im Senat gleichsam Schneewittchen wird mit sieben Zwergen.

[Beifall bei der SPD]

Ich komme zum Haushalt. Der Frauenhaushalt selbst hat zwar Umschichtungen erfahren, er ist aber in der finanziell verengten Zeit nicht gekürzt worden, Frau Dr. Klotz! Eine Aufstockung der Mittel hat es für den Komplex der Anti-Gewaltarbeit gegeben. Das Berliner Interventionsprogramm gegen häusliche Gewalt BIG ist nach Abschluss der Modellphase in die Umsetzungsphase eingetreten. Eine Clearingstelle gegen häusliche Gewalt wird aufgebaut. Seit November 1999 fördern wir eine telefonische Hotline gegen häusliche Gewalt mit 500 000 DM.

[Beifall bei der SPD] (D)

Im Sinne des gender-mainstreaming vorbildlich ist die Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik des Senats. Bei allen Maßnahmen wird darauf geachtet, dass der Frauenanteil durchschnittlich etwa 50 % beträgt. Bei den Programmen zur Wirtschaftsförderung sind wir noch nicht so weit. Das Problem wird aber gesehen. Veränderungen sind auf den Weg gebracht, beispielsweise das Programm der Innovationsassistentin. Hier wird der personelle Transfer von den Hochschulen in kleine und mittlere Unternehmen finanziell gefördert. Die Arbeitsgruppe Frauen und Wirtschaft hat jetzt spezielle Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils von bis jetzt 20 % entwickelt.

In diesem Zusammenhang möchte ich eine Bemerkung zur Diskussion um die Greencard machen. Wir verurteilen das Schüren rassistischer Emotionen, um diese in Wählerstimmen umzusetzen. Da wäre ein Wort der Distanzierung unseres Koalitionspartners sicherlich hilfreich.

[Beifall bei der SPD – Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Allerdings ist es andererseits kein Zeichen von weltläufiger Liberalität, wenn Unternehmen, die ihre Ausbildungspflichten über Jahrzehnte vernachlässigen, jetzt junge qualifizierte, extrem leistungsfähige und preiswerte Arbeitskräfte männlichen Geschlechts ohne Familie herholen. Vorrang muss die Qualifizierung und Beschäftigung der hier lebenden Menschen haben. Es ist auch eine Maßnahme, dass man hier die qualifizierten Menschen ausbildet, eine Maßnahme, den Haiders und anderen Rechtsradikalen das Wasser abzugraben.

[Beifall bei der SPD – Goetze (CDU): Sie unterstützen die geplanten Maßnahmen!]

Gerade auch für Frauen muss stärker als bisher der Weg in zukunftträchtige Arbeitsplätze im Bereich der Informationstechnologien geebnet werden. Dem dient unser Programm FIT, Frauen und Mädchen in Informations-, Telekommunikations- und

Frau Neumann, Ulrike

(A) Medienberufen. Im Ausländerrecht müssen wir bereit sein, nicht nur Arbeitskräfte herzuholen, sondern Menschen eine gesicherte Bleibe zu geben. Das von der Koalition vereinbarte selbständige Aufenthaltsrecht muss durchgesetzt und darf nicht behindert werden, auch nicht vom amtierenden Innensenator im Bundesrat. Hinsichtlich der besseren Integration von Frauen in qualifizierte Erwerbsarbeit werden die §§ 13 und 14 des Landesgleichstellungsgesetzes umgesetzt. Es wird sich zeigen, ob und wie es gelingen kann, durch öffentliche Auftragsvergabe Frauenförderung im Bereich der Privatwirtschaft anzuschieben. Dem werden wir unsere besondere Aufmerksamkeit widmen.

Einen Schlusssatz möchte ich noch anbringen. Alle Senatsverwaltungen müssen bei der Erstellung des Haushaltsplans darlegen, wie sie dem gleichstellungspolitischen Auftrag der Verfassung Rechnung tragen. Darin hat Berlin eine Vorreiterrolle im Sinne des gender-mainstreaming. Noch besser wäre es allerdings, wenn durch Auflagenbeschlüsse noch mehr Verbindlichkeit hergestellt würde. Das hat der Arbeits- und Frauenausschuss bereits 1998 einstimmig empfohlen. Die gelegentlich strukturkonservativen Haushälter werden sich dem auf Dauer nicht entziehen können. Ich bitte um Zustimmung zum Frauenhaushalt!

[Beifall bei der SPD]

Vizepräsident Momper: Danke schön, Frau Kollegin! Für den Senat hat nunmehr Frau Senatorin Schöttler das Wort. Bitte schön. Frau Senatorin!

Frau Schöttler, Senatorin für Arbeit, Soziales und Frauen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Schulze! Ihr Zwiegespräch mit mir war gleichermaßen polemisch und ignorant, so dass ich darauf im Weiteren nicht eingehen werde. Zu den anderen sage ich im Lauf meiner Rede etwas. Wir reden heute - für die, die es noch nicht gemerkt haben - über die Haushalte Soziales und Gesundheit sowie den Haushalt Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen. Die Zusammenführung bietet im Haushalt, aber auch in der Politik große Chancen. Die politische Aufgabe, das soziale Berlin aktiv und umfassend zu gestalten, gewinnt mit dem Ressortzuschnitt Konturen. Berlin hat einen großen Schatz. Dieser Schatz sind die Menschen in Berlin. Der Reichtum Berlins besteht aus den Menschen. In diese Menschen zu investieren - das tun wir mit diesem Haushalt und insbesondere mit dem Haushalt Gesundheit, Soziales, Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen -, bedeutet, den Reichtum Berlins zu verstärken.

[Beifall bei der SPD]

Die Herstellung sozialer Gerechtigkeit und der Chancengleichheit in allen Bereichen, in denen Menschen die Unterstützung der Solidargemeinschaft und des Staates brauchen, um am aktiven gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können, liegt in unserem Bereich und soll aktive Politik werden. Die Menschen müssen sich in dieser Stadt wohl fühlen und sich nicht verloren fühlen. In Zeiten notwendiger Haushaltskonsolidierung bedarf es eines klaren Ausdrucks der politischen Unterstützung der sozial Schwachen, es bedarf der aktiven Solidarität, der Hilfe zur Selbsthilfe. Nicht Ausgrenzung, Integration muss Thema sein, und Integration ist Thema.

[Beifall bei der SPD]

Niemand soll ausgegrenzt werden, und wenn ich "niemand" sage, dann meine ich auch niemand. Die politische Antwort auf grundlegende Lebensbedürfnisse der Menschen, die Chancengleichheit der Geschlechter, Ausbildung, Arbeit, Gesundheit, soziale Gerechtigkeit sind in diesem Ressort gebündelt, und darauf muss man auch eine ganzheitliche Sicht haben. Denn die Auswirkungen auf den einzelnen Menschen, wenn er seinen Arbeitsplatz verliert, liegen in vielen Bereichen: Die Gesundheit leidet, das soziale Umfeld verändert sich, die Lebensplanung wird eine andere, das Verhältnis in der Familie und der Lebensmut verändern sich. Deshalb muss man diese Politik ganzheitlich sehen.

Am Beispiel der Gesundheitspolitik kann man dies deutlich machen. Wenn über Gesundheitspolitik in dieser Stadt geredet wird, dann denken alle zur Zeit zunächst in erster Linie an die Maßnahmen zur **Umsetzung des Krankenhausplans.** Dies ist hochaktuell, dies macht Schlagzeilen. Wir, Herr Köppl, handeln zügig, auch wenn man es nicht sieht. In diesem Bereich – das wissen Sie auch – ist es manchmal besser, nicht über die Betroffenen, sondern mit den Betroffenen zu reden,

[Hoff (PDS): Wer tut denn das?]

und man kommt dann auch sehr viel schneller ans Ziel, nur man merkt es nicht öffentlich. Es geht im übrigen nicht darum, die AOK gegen ein besonderes Krankenhaus auszuspielen. Es geht um stabile Beitragssätze für die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler in dieser Stadt, um den Erhalt der Solidarität der anderen Bundesländer. Meine Erfahrung ist, dass man sich ganz schnell darüber verständigen kann, dass die Medizin im Krankenhausbereich dieser Stadt zu teuer ist und zu üppig ausgestattet. Aber jedes einzelne konkrete Bett in dieser Stadt ist unverzichtbar. - So kann man Krankenhauspolitik nicht machen, und deshalb führt kein Weg daran vorbei: Der Krankenhausplan wird umgesetzt. Der wichtigste Grundsatz bei der Umsetzung bleibt die sozial verträgliche Lösung für die Beschäftigten und die Qualität der Gesundheitsversorgung für die Menschen in dieser Stadt zu erhalten. Frau Freundl, auch da tun wir etwas für die Menschen, und ich bitte Sie einfach, mit den Beschäftigten, mit den Krankenschwestern, mit den Pflegern, mit den Ärzten, aber auch denen, die in anderen Bereichen tätig sind, bei der Nennung von Zahlen vorsichtig zu sein. Wenn Sie sagen: 7 000 bis 8 000 Arbeitsplätze, dann sind es ca. die Hälfte der noch im Gesundheitswesen Beschäftigten. Diese Zahl stimmt einfach

Die Gesunderhaltung der Bevölkerung ist für mich zentrale Richtschnur meines Handelns; denn es gilt der Grundsatz: Gesundheit ist zwar nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts. Und deshalb ist Gesundheit eine wichtige Grundlage und Voraussetzung für eine eigenständige Lebensführung. Soziale Integration und Erwerbsarbeit möglichst für alle sind für mich wichtige und zukunftsfähige Strategien für eine gesundheitliche und soziale Versorgung.

Die Verbesserung der sozialen Infrastruktur, Integration ins Erwerbsleben und Gesundheitsförderung bringen kurzfristig keine Schlagzeilen. Es braucht, wie Frau Klotz richtig gesagt hat – einen langen Atem, weil man ein tragfähiges Netz knüpfen muss. Diesen Weg werden wir gehen und den Rat und die Unterstützung der sozialen und gesellschaftlichen Gruppen in dieser Stadt und auch der Opposition gern annehmen. In Berlin ist es gute Tradition, die Selbsthilfekräfte sowohl von einzelnen als auch von gesellschaftlichen Gruppen zu stärken und Eigeninitiative zu belohnen. Wir haben in den letzten Jahren mit dem Programm "Integration durch Arbeit" aktiv gezeigt, wie man passive Transferleistungen in aktive, aktionierende Forderungen umwandeln kann, indem man Menschen Arbeit anbietet und nicht ausrechnet, was für ihren Lebensunterhalt notwendig ist. Mit dieser Investition in die Menschen spart man sehr viele Ausgaben auf der anderen Seite.

Aktive Arbeitsmarktpolitik ist in dieser Stadt unverzichtbar. Sie hat auch in diesem Haushalt einen hohen Stellenwert. Über 70 000, 80 000 Menschen haben durch die aktive Arbeitsmarktpolitik die Chance erhalten, ihre Erfahrungen einzubringen, sich zu qualifizieren, eine Chance, die ohne eigenes Verschulden durch die Strukturbrüche in dieser Stadt im Arbeitsmarkt ohne Förderung nicht möglich war. Ganz nebenbei erfüllen sie noch wichtige Aufgaben für die soziale Infrastruktur besonders im Ostteil der Stadt. Deshalb wird aktive Arbeitsmarktpolitik immer einen hohen Stellenwert haben.

[Beifall der Frau Abg. Thieme-Duske (SPD)]

Wir haben weiter wichtige Aufgaben im Bereich der Ausbildung zu erfüllen. Wir haben gemeinsam mit den Gewerkschaften, mit den Unternehmen, dem Jugendsofortprogramm der Bundesregierung, der neuen Gemeinschaftsinitiative Ost und

:)

405

Frau Schöttler

A) unseren landeseigenen Ausbildungsprogrammen die Grundlage dafür gelegt, dass wir jedem Jugendlichen, der es möchte, einen Ausbildungsplatz oder eine Beschäftigung anbieten können.

[Beifall bei der SPD]

Für die Ausbildungsplatzförderung stehen insgesamt 114 Millionen DM im Haushalt zur Verfügung. Berufliche Integration und Stärkung der Orientierungsfähigkeit bei jungen Menschen ist eine Investition in die Zukunft. Im übrigen können wir das 110-Millionen-DM-Programm zur Schulsanierung und Sportstättensanierung noch um einiges erhöhen, wenn wir es mit einem Beschäftigungsprogramm für junge Menschen verbinden. Dies haben wir vor.

[Beifall bei der SPD]

Ich will aber auch noch eine Bemerkung machen, weil ich glaube, bei allen finanziellen Mitteln, die wir zur sozialen Integration zur Verfügung stellen, geht es nicht ohne die Mithilfe der Berlinerinnen und Berliner, der Vereine, der Verbände der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der kirchlichen Gemeinschaften. Jeder muss sich in dieser Stadt verpflichtet fühlen, Integrationpolitik zu machen, solidarisch zu leben und Hilfe zu leisten. Ich glaube, dies kann kein Haushalt ersetzen.

[Beifall bei der SPD]

Eine weitere gemeinsame Verantwortung, die wir in dieser Stadt übernehmen wollen, ist die **Bekämpfung von Gewalt**. Meine Kollegin Frau Neumann hat bereits ausführlich über das Programm BIG – Berliner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt – gesprochen. Ich kann mich dem voll anschließen. Ich will unterstützend sagen, dass Frauenpolitik in dieser Stadt nicht allein Aufgabe meiner Verwaltung sein kann. Frauenpolitik, gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Lebensbereichen ist Aufgabe des gesamten Senats.

[Beifall bei der SPD]

Zum Abschluss will ich noch einmal ganz deutlich machen, dass die soziale Integration aller Bürgerinnen und Bürger für den Senat eine ebenso zukunftsweisende Aufgabe und Herausforderung ist wie die wirtschaftliche Standortverbesserung, der Ausbau der Wissenschafts- und Kulturmetropole sowie Weltoffenheit und Fremdenfreundlichkeit als Markenzeichen für Berlin. Soziale Infrastruktur, soziale Gerechtigkeit in einer Stadt sind knallharte Standortfaktoren. Wir gewinnen die Zukunft nur mit den Menschen, nicht gegen ihre Interessen. Ich bitte Sie: Stimmen Sie dem Haushalt 11 und 18 zu!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Vizepräsident Momper: Danke schön, Frau Senatorin! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zuerst lasse ich zum Einzelplan 11 abstimmen über den Änderungsantrag der PDS aus Drucksache 14/301-11. Wer diesem Antrag seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön! Die Gegenprobe! – Letzeres war die Mehrheit. Enthaltungen? – Mit Mehrheit abgelehnt.

Wer nun dem Einzelplan 11 unter Berücksichtigung der Änderungen des Hauptausschusses aus Drucksache 14/301 und der Auflagenbeschlüsse des Hauptausschusses gemäß Drucksache 14/302, hier die Nummern 43 bis 45 und 76, zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Das reicht.

[Heiterkeit]

Die Gegenprobe! – Das waren weniger als zuvor. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen; mit Mehrheit so beschlossen.

Wer dem Einzelplan 18 unter Berücksichtigung der Änderungen und der Auflagenbeschlüsse des Hauptausschusses, Drucksachen 14/301 und 14/302, hier die Nrn. 72 bis 74, zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen! – Danke! Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei Gegenstimmen der Opposition und ohne Enthaltungen so angenommen.

Über die eingangs erwähnten Änderungsanträge der Fraktion (C) Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 14/301-3 – Einzelplan 11 betreffend – und Drucksache 14/301-5 – Einzelplan 18 betreffend –, lasse ich unter dem Einzelplan 29 abstimmen.

Dann rufe ich auf

Einzelplan 12

- Bauen, Wohnen und Verkehr -

hierzu:

- Änderungen des Hauptausschusses nach Drucksache 14/301
- 2. Auflagenbeschlüsse des Hauptausschusses nach Drucksache 14/302, Nrn. 45 bis 54 und 75

Hierzu sind auch die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksachen 14/301-1, 14/301-4 und 14/301-5 aufgerufen.

[Unruhe]

Dazu erbitte ich die besondere Aufmerksamkeit des Herrn Bausenators! Gespräche, die ich störend empfinde, können auch außerhalb des Plenarsaals stattfinden. Das gilt auch für die Senatoren für Bauwesen und für Wirtschaft. –

[Beifall bei der PDS]

Wenn die Gespräche unterbleiben, wird es hier nämlich auch leiser

Ich rufe auch auf

Einzelplan 14

 Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie - (D)

hierzu:

Änderungen des Hauptausschusses nach Drucksache 14/301

Hierzu ist auch der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, Drucksache 14/301-5 aufgerufen. Zu beiden Einzelplänen liegt weiterhin ein Änderungsantrag der Fraktion der PDS, Drucksache 14/301-12, vor.

Wortmeldungen liegen mir vor. Für die Fraktion der PDS hat Frau Abgeordnete Matuschek das Wort. Bitte, Frau Kollegin!

Frau Matuschek (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Strieder! Es kribbelt wohl – was?

[Sen Strieder: Nein - warum?]

Deswegen brauchten Sie wohl so lange, um sich zu sammeln.

Erstmals haben wir ein Senatsressort dieser Zusammensetzung. Es sollte eigentlich "SenVWBUS" – Verkehr, Wohnen, Bauen, Umwelt, Stadtentwicklung – heißen, aber es heißt jetzt "Stadtentwicklung". Das weckt Hoffnungen.

Senator Strieder ist immer noch glücklich, dass ihm der Coup mit dem Posten als Supersenator geglückt ist, auch wenn er dafür die nicht unumstrittene, aber unbestritten kompetente Finanzsenatorin aus dem Rennen werfen musste. Zwar musste er inzwischen die Zeitbomben aus dem Bau- und Verkehrsbereich – Stichworte: Entwicklungsgebiete, U-Bahnfinanzierung, Wohnungsbaugesellschaften – verantworten und dabei erkennen, dass das "bisschen Bauverwaltung" ein recht merkwürdiges Eigenleben führt, aber er hat es geschafft, vom Überbausenator zum Bausenator zu werden und damit die Ohnmacht und Finanzschwäche seines früheren Ressorts hinter sich zu lassen.

(B)

Frau Matuschek

(A) Zweifellos gibt es gute Gründe für das neue Superressort Stadtentwicklung. So können die bisher existierenden Blockaden besser überwunden werden, vorausgesetzt, es besteht erstens der politische Wille dazu, und zweitens – was genauso wichtig ist – die Öffentlichkeit wird bei der Findung eines neuen tragfähigen Leitbildes für die Stadtentwicklung einbezogen. Beides vermissen wir bei Ihnen, Herr Strieder. Die Befürchtungen, bei dem Riesenressort handle es sich um eine große Blackbox, sind nicht unbegründet. Bis Heute sind weder die schon bestehenden Beiräte bei den Verwaltungen noch wie im Falle des Fahrgastbeirats beim Verkehrsverbund die noch zu schaffenden Gremien berufen worden.

Das Stadtforum, der vielbeschworene "Think tank" für moderne Stadtentwicklung hat seit Herbst 1999 nicht mehr getagt.

[Anhaltende Unruhe]

Vizepräsident Momper: Entschuldigen Sie, Frau Kollegin! Ich bitte die Kollegen Abgeordneten, die im hinteren Saalbereich so lautstarke Diskussionen in großen Gruppen führen, den Raum zu verlassen oder die Gespräche zu beenden! – Danke schön! – Bitte, Frau Kollegin, fahren Sie fort!

Frau Matuschek (PDS): Danke sehr!

Zur Verkehrspolitik: Der Koalitionsvertrag benennt das Leitbild einer stadt- und umweltverträglichen Mobilität. Das wollen wir auch. Aber wo, Herr Strieder, ist Ihr Leitbild, das Berlin als **Stadt des öffentlichen Nahverkehrs** benennt, das Berlin in die erste Reihe der europäischen Städte mit moderner, weil ökologischer, sozialverträglicher und kostengünstiger Mobilität zurückführt? Solange Projekte wie die Teltowkanalautobahn, der Innenstadting, der Havelausbau, die Verlängerung der U 5 aufrechterhalten werden, wird es die angestrebte Verkehrswende nicht geben.

B) Die PDS will nicht weniger ÖPNV, sondern mehr. Sie haben unsere Unterstützung, Herr Strieder, wenn es um Straßenbahn für ganz Berlin und um die Förderung des Fahrradverkehrs geht. Wir wollen nicht, dass Mobilität verhindert wird, indem die kommunalen Straßen aus purer Not verfallen, weil das dringend benötigte Geld in Großprojekte fließt. Wir wollen nicht, dass Mobilität verhindert wird, indem die Fahrpreisspirale für öffentliche Verkehrsmittel immer weiter nach oben geschraubt wird. Die Fortsetzung dieser Preispolitik ist die Fortsetzung sozialer Ungerechtigkeit und ökologischer wie ökonomischer Unvernunft. Es reicht nicht, Herr Strieder, Presseerklärungen abzugeben und Gespräche zu führen, aber keine eigenen Lösungsvorschläge zu machen.

[Beifall bei der PDS]

Es reicht nicht, auf die rechtliche Situation der Tarifgenehmigung zu verweisen. Wozu sind die Vertreter des Landes Berlin im Aufsichtsrat der BVG und des Verkehrsverbunds, wenn sie dort offenbar nur Kaffee trinken und nicht die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses durchsetzen?

[Beifall bei der PDS]

Von Kostenwahrheit kann im Verkehrshaushalt keine Rede sein. Ein Beispiel: Bei der Wegedornbrücke waren im Haushaltsentwurf 6 Millionen DM als schon verbaut deklariert worden. Abgesehen davon, dass kein Mensch diese Brücke braucht, musste der Senat auf Initiative der PDS eingestehen, dass von diesen 6 Millionen DM noch nicht ein Pfennig verbaut ist, weil nämlich das dafür notwendige Grundstück noch gar nicht zur Verfügung steht. Genauso ist es bei der Tangentialverbindung Ost.

Offensichtlich ist gerade der Verkehrshaushalt ein Umschlagplatz für Geldkoffer: 60 Millionen DM für den Tiergartenstraßentunnel – bitte schön, 60 Millionen DM für nicht benötigte U-Bahnzüge – bitte schön. Auch die Teltowkanalautobahn ist finanzpolitisch ein Fass ohne Boden. Zur U-Bahn 5 ist schon einiges gesagt worden. Wir brauchen eine neue Verkehrspolitik auch, weil die alte die finanziellen Grundlagen für eine lebenswerte Stadt auffrisst.

Ein Kristallalisationspunkt für eine neue Verkehrspolitik für stadtverträgliche Mobilität ist der Erhalt der Berliner Verkehrsbetriebe. Je besser der öffentliche Nahverkehr funktioniert, um so weniger Mittel müssen in Straßen und Beton versinken, um so weniger Flächen müssen mit Verkehrsanlagen versiegelt werden, um so weniger Maßnahmen für Schadstoff- und Lärmreduzierung müssen ergriffen werden.

[Niedergesäß (CDU): Also rückläufig!]

- Ich habe schon darauf gewartet, wann Sie endlich anfangen, Herr Niedergesäß! - Der Erhalt der BVG und die Erhöhung ihrer Leistungskraft ist deshalb auch ein Sparbeitrag zur Haushaltsentlastung. Voraussetzung für den Erhalt der BVG sind verkehrspolitische Rahmenbedingungen, wie Parkraumbewirtschaftung, Busspuren, Ampelvorrang für Busse und Bahnen ebenso wie ein tragfähiger Unternehmensvertrag. Der geltende ist unter der Bedingung abgeschlossen worden, dass die verkehrspolitischen Rahmenbedingungen schnell realisiert werden und die Linienkonzessionen für die BVG unangetastet bleiben. Sie blieben genau 2 Wochen unangetastet. Die Verkehrsverwaltung hat rechtswidrig auf Anhörungen zur Konzessionsverlängerung verzichtet und damit erst die juristische Grundlage für das dann auch tatsächlich eingeleitete Beschwerdeverfahren durch die Bahn und andere Verkehrsbetriebe geliefert. Nicht die beabsichtigte europäische Gesetzgebung ist daran schuld, sondern die Versäumnisse der Verkehrsverwaltung. Das ist der Grund, warum wir sagen, die BVG wird absichtlich in den Ruin getrie-

[Niedergesäß (CDU): So ein Unfug!]

Seit der Beschwerde der BVG-Konkurrenten sind die Konzessionen nicht wie versprochen auf 8 Jahre verlängert worden, sondern in "einstweilige Erlaubnisse" mit einer 6-monatigen Laufzeit umgewandelt worden. Kein Verkehrsbetrieb – ob kommunal oder privat – kann seine Geschäftstätigkeit auf einer 6-monatigen Erlaubnis aufbauen. Hier ist Handlungsbedarf dringender denn je. Wir fordern zumindest die Gleichstellung der BVG mit anderen Verkehrsbetrieben.

[Beifall bei der PDS]

Wir fordern energische Schritte zur Vorbereitung von fairen und berechenbaren Ausschreibungsverfahren. Dafür sind Klagen über Billiganbieter oder Huldigungen des freien Wettbewerbs nicht hilfreich. Notwendig sind landesgesetzliche Regelungen über Ausschreibungskriterien, über die Festsetzung von Qualitätsmerkmalen, über den Ausschluss von Lohn- und Sozialdumping. Dazu brauchen wir einen Nahverkehrsplan, der seinen Namen auch verdient, der die gesetzliche Grundlage für Ausschreibungen erst bietet und ein brauchbares Instrument für die Durchsetzung dieser Ziele ist, der auf die Gewinnung von Fahrgästen zielt und nicht auf deren Vertreibung.

In der Stadtentwicklungspolitik werden die Grundsatzposition des Senats deutlich. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Schwerpunktsetzung zu Gunsten der Umgestaltung der östlichen Innenstadt, zu Gunsten der Aufwertung einzelner Stadtgebiete, zur Förderung des Wohneigentums und der Stadterweiterungsprojekte nahezu unverändert ist zu Lasten der Lebensqualität anderer Stadtteile, zu Lasten der Erhaltung bezahlbarer Wohnungen. Mit der Fortführung der Planungen für den Alexanderplatz setzt der Senat ein anachronistisches Projekt fort, das den Handlungsnotwendigkeiten in dieser Stadt zuwider läuft.

[Niedergesäß (CDU): Sie wollen dort die sozialistische Leere haben! Zehnspurige Autobahnen wollen Sie haben!]

Nicht weitere Büroflächen, Einzelhandelszentren und Luxuswohnungen werden gebracht, sondern eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den Stadtteilen.

[Beifall bei der PDS]

Mit dem festen Willen, das Planwerk Innenstadt zum Schwerpunkt der laufenden Legislaturperiode zu machen, hält der Senat an den falschen Prioritäten der Vorjahre fest. Die Stärkung des Wohnortes Innenstadt verlangt nicht eine bedenkenlose Verdichtung in den Wohngebieten der Nachkriegszeit, sondern eine neue Auseinandersetzung mit den Verkehrsproblemen,

Frau Matuschek

(A) mit dem Zustand des öffentlichen Raumes, mit dem Defizit an Grün und der andauernden Verdrängung von Familien und Einkommensschwachen aus der Innenstadt. Für die zusätzliche Errichtung von Wohnungen bestehen durchaus Potentiale, z. B. auf dem Gelände des Stadions der Weltjugend. Setzen Sie sich, Herr Strieder, dafür ein, dass hier in Kürze ein Projekt "Autofreies Wohnen" entsteht,

[Niedergesäß (CDU): Autonome Zone, ja?]

und lassen Sie die Bewohner der Fischerinsel und der Karl-Marx-Allee in Ruhe leben!

[Zuruf des Abg. Niedergesäß (CDU)]

Die soziale Stadtentwicklung hat noch vor Jahresfrist jeden Vertreter von Senat und Koalition zu großen Ankündigungen inspiriert. Vom hochgestochenen Aktionsprogramm "Urbane Integration" sind das Quartiersmanagement, die Aufhebung der Fehlbelegungsabgabe und neuerdings das von der PDS schon im Vorjahr geforderte Schulsanierungsprogramm übrig geblieben. Die Einführung des Quartiersmanagements verdeckt jedoch die Zuspitzung der sozialen Lage in der ganzen Stadt. Die PDS stellt andere Anforderung an ein Konzept der sozialen Stadtentwicklung. Das sind vor allem: bezahlbares Wohnen sichern, Einkommensschwächere vor Verdrängung schützen, lokale Beschäftigung initiieren und sichern sowie Arbeitsförderung und Stadtentwicklung verknüpfen, Entscheidungsprozesse dezentralisieren und demokratisieren,

[Niedergesäß (CDU): Machen wir alles!]

Finanzausstattung der Bezirke aufgabengerecht verbessern, das Netz der sozialen Infrastruktur stabilisieren und ausbauen sowie öffentlichen Raum erhalten und verbessern.

> [Beifall bei der PDS – Beifall der Frau Abg. Paus (Grüne)]

Wir sind der Auffassung, dass soziale Stadtentwicklung ein zentrales Handlungsfeld der Stadtpolitik werden muss,

[Niedergesäß (CDU): Sie haben ja unsere Koalitionsvereinbarung vorgelesen!]

damit nicht durch weitere Fehlentscheidungen die Problemgebiete der Zukunft erst geschaffen werden. Die soziale Segregation, also die räumliche Trennung verschiedener Bevölkerungsschichten, wird durch die geplante Privatisierung städtischer Wohnungsbaugesellschaften forciert.

[Niedergesäß (CDU): Das ist Unfug!]

Wenn parallel die kommunale Infrastruktur zusammengekürzt wird und der öffentliche Raum verwahrlost, Herr Strieder, dann hilft auch kein Quartiersmanagement mehr.

[Zuruf des Abg. Dr. Borghorst (SPD)]

Das Defizit der **Entwicklungsgebiete** hat sich allein von 1999 bis 2000 um 500 Millionen DM erhöht und beträgt gegenwärtig 1,71 Milliarden DM.

[Niedergesäß (CDU): War früher bei 2 Milliarden! Hat sich verringert!]

Der Rechnungshof hat bestätigt, was die PDS schon seit längerem erklärt, Herr Niedergesäß:

[Niedergesäß (CDU): Ihr seid ja richtig weitsichtig!]

Die Maßnahmen sind materiell und finanziell vollkommen überdimensioniert. Nur wenn Teilgebiete aus den Entwicklungsbereichen entlassen, wenn begonnene Vorhaben zeitlich gestreckt und wenn noch nicht begonnene Maßnahmen neu konzipiert werden, besteht überhaupt eine Chance, dass Milliardendefizit zu begrenzen.

[Niedergesäß (CDU): Das machen wir pausenlos!]

Mit der Kündigung des Vertrages mit dem Entwicklungsträger BAAG für Adlershof lässt der Senat erkennen, dass er den Ernst der Lage zumindest erahnt.

Im Strieder-Ressort sind allein 3,2 Milliarden DM oder knapp zwei Drittel des Gesamtetats für Altverpflichtungen aus der

Wohnungsbauförderung bis 1999 vorgesehen. Der Gesamtumfang der Altverpflichtungen beträgt 35,8 Milliarden DM, für die wir in diesem und in den nächsten 20 Jahren keine Streichungs- und Umschichtungsanträge stellen können. Wenden wir uns also gleich dem von der Koalition so geliebten und dem von uns immer kritisierten Eigentumsprogramm zu. 2 750 Eigentumswohnungen sollen gefördert werden, davon 500 im Neubau, – jetzt kommt die Neuerung – 1 750 Eigentumswohnungen durch die Förderung der Mieterprivatisierung und 500 Wohnungen durch die Förderung von Genossenschaften.

[Niedergesäß (CDU): Sehr gut!]

Hier schlägt die PDS-Fraktion alternativ vor, die Zahl der zu fördernden Eigenheime auf 100 Wohnungseinheiten pro Jahr zu reduzieren und die dadurch frei werdenden Mittel zu Gunsten der Bestandserwerbsförderung für Genossenschaften zur Verfügung zu stellen.

[Beifall bei der PDS – Dr. Arndt (SPD): Schaufenster! – Niedergesäß (CDU): Sehr populistisch!]

Mit der gestrigen Entscheidung des Hauptausschusses, die neu gegründete Genossenschaft Bremer Höhe aus Prenzlauer Berg bei Erwerb und Sanierung ihrer 514 Wohnungen finanziell zu unterstützen, ist ein Schritt in die richtige Richtung gemacht worden. Das ist ein Beitrag zur sozialen Stadtentwicklung.

[Gaebler (SPD): Na, also!]

– Wir loben auch, wenn es angebracht ist, Herr Gaebler! – Denn durch das Engagement der Mieter und ihr Bleiben im Kiez findet eine soziale Stabilisierung in einem Problemgebiet statt, können Modernisierung und Instandsetzung bei langfristig sozial verträglichen Mieten durchgeführt werden. Zugleich wird damit ein Beitrag zur wirtschaftlichen Entlastung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften geleistet, da diese finanziell kaum mehr in der Lage sind, ihren Altbaubestand zu sanieren.

Berlin muss Mieterstadt bleiben.

[Niedergesäß (CDU): Bleibt es auch!] (D)

Die Stabilisierung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften ist für die Mieter auch deshalb wichtig, weil die öffentlichen Unternehmen besser als ihr Ruf sind. In einer Umfrage im Auftrag des Berliner Mietervereins lagen die städtischen Wohnungsunternehmen bei den zwei wichtigsten Kriterien in der Beurteilung der Mieter an den Spitzenpositionen.

Noch ein paar Worte zu den In-sich-Geschäften: Bisher sind auf diese Weise Einnahmen von rund 750 Millionen DM in den Landeshaushalt geflossen. Den Unternehmen entstanden allein durch diese Kaufpreiszahlungen 1998 und 1999 Zinsbelastungen von 88 Millionen DM. Es ist im Grunde genommen eine verdeckte Kreditaufnahme des Landes.

Dieses Superressort erfordert eigentlich eine Superrede.

[Doering (PDS): War doch super!]

Einen letzten Satz darf ich dennoch sagen: Herr Strieder, Sie haben nach Ihrer Wahl gesagt, ein gutes Pferd springt knapp. Bisher ist es ein bisschen eigenartig. Entweder scheut das Pferd

[Frau Oesterheld (Grüne): Es hoppelt!]

oder die Hindernisse erweisen sich als zu groß oder der Reiter versucht sich unter der Messlatte durchzuschlängeln. Das kann so nicht sein. Arbeiten Sie daran!

[Beifall bei der PDS – Zuruf des Abg. Dr. Lehmann-Brauns (CDU)]

Vizepräsident Momper: Schönen Dank, Frau Kollegin! – Das Wort für die Fraktion der CDU hat nunmehr der Kollege Goetze. – Bitte schön!

[Dr. Rogall (SPD): Herr Niedergesäß hat so viel zu sagen!]

- Nein, Herr Niedergesäß möchte nicht. Herr Goetze spricht jetzt, Herr Kollege Rogall!

[Zuruf: Oh! - Niedergesäß (CDU): Ich komme schon noch zum Zuge!]

408

C)

Goetze

(A) Goetze (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben eben von der Kollegin Matuschek eine wohlmeinende Kommentierung unserer Koalitionsvereinbarung gehört. Dafür danke ich Ihnen ganz herzlich. Es ist viel Positives herübergekommen. Wir sind auch gut daran, das, was wir uns vorgenommen haben, zu verwirklichen. Nicht verwirklichen werden wir allerdings die Ansätze der achtziger Jahre in der Verkehrspolitik. Darüber sind die Zeit und die Entwicklung in dieser Stadt, sind die Anforderungen einfach hinweggegangen. Insofern wird das, was Sie uns seit anderthalb Jahrzehnten gebetsmühlenartig vortragen, in der Sache auch nicht besser.

[Zurufe von der PDS und den Grünen]

Vielmehr gehe ich davon aus, dass wir auch die aktuellen Probleme lösen können. Zu den aktuellen Problemen gehört auch der **Bau der U 5.** Ich bin ausgesprochen zuversichtlich und denke, dass wir heute Signale und demnächst Entscheidungen haben werden, die ganz eindeutig dazu führen, dass die U 5 möglichst unverzüglich gebaut wird,

[Beifall bei der CDU]

denn all die Scheinargumente, die heute angeführt werden, um sie nicht zu realisieren, gelten in fünf oder zehn Jahren genauso. Deshalb ist das etwas unehrlich von denjenigen, die diesen Bau kritisieren.

[Dr. Rogall (SPD): Herr Kurth lügt nicht!]

Dann sollen sie lieber sagen: Wir wollen es gar nicht haben –, aber diese Verschiebung ist nicht mit realistischer und ehrlicher Politik zu begründen.

[Beifall bei der CDU – Zurufe von der PDS und den Grünen]

Ich denke, dass wir bauen werden und das zügig.

Der Bauetat ist heute schon mehrfach erwähnt worden, und zwar immer dann, wenn die Senatsverwaltungen, die vor dieser, die wir jetzt besprechen, in der Erörterung waren, mitteilen konnten, dass dieses oder jenes Programm zu Lasten des Bauetats bei ihnen verwirklicht wird. Das ist auf der einen Seite für die Stadt eine wichtige Geschichte, etwa bei der Schulsanierung, auf der anderen Seite macht es aber deutlich, dass im Stadtentwicklungsetat stark gekürzt worden ist. 112 Millionen DM sind im Rahmen der Haushaltsberatungen gestrichen worden. Wir müssen natürlich darauf achten, dass diese Streichungen nicht zu Lasten des Investitionsvolumens gehen, eines Investitionsvolumens, das bei uns auch Arbeitsplätze sichert. Wir müssen einfach sehen, dass die Streichung von 150 000 oder 200 000 DM an Investitionsmitteln pro Jahr jeweils einen Arbeitsplatz kostet.

[Cramer (Grüne): Kommt darauf an, wie Sie sie anlegen!]

Es gibt einen Großteil von Firmen, die Monopolisten sind – wie z. B. die Wasserunterhaltung oder Ähnliches –, und da gibt es vom freien Markt so gut wie keine Aufträge. Hier müssen wir darauf achten, dass ein Mindestmaß an Infrastruktur erhalten und gesichert bleibt.

Wir werden in der City-West die nicht mehr in das Gesamtbild der Architektur und unsere Stadtentwicklungsvorstellungen passenden Bauten der 60er und 70er Jahre beseitigen und in der City-West ein würdiges Pendant zur City-Ost entstehen lassen. Wir werden in der City-Ost daran gehen, ein **Gebäude mit der Schlossfassade** und einer modernen inneren Nutzung wieder aufzubauen, und zwar möglichst schnell.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Wir sind auf einem guten Weg, alle Fraktionen schwenken, aus verschiedenen Richtungen kommend, auf das ein, was die CDU-Fraktion schon seit längerem als Idee favorisiert hat.

[Zuruf des Abg. Berger (Grüne)]

Wir hatten leider eine Investorensuche, die nicht zum Ergebnis geführt hat, allerdings auch deswegen nicht, weil man mitten im Verfahren die Anforderungen verändert hat, was nicht ganz fair ist. Deswegen ist es auch etwas fehl am Platz, heute zu sagen, es gebe keine privaten Investoren, denn die hat man auf diese Weise einfach ausgebootet.

Wir hatten dann eine Kommission zu besetzen. Das ist wieder so eine Geschichte, die offensichtlich von den Gegnern des Schlosses initiiert worden ist. Das ist mein persönlicher Eindruck. Es wurde eine Kommission besetzt, bei der sich in den letzten zwei Monaten nichts getan hat, und deswegen habe ich ein wenig den Eindruck, dass die Gegner dieses Wiederaufbaus mit der vielleicht etwas zeitraubenden Gründlichkeit der Befürworter arbeiten und diesen Bau letztlich doch verhindern wollen. Ich meine wie bei der U 5: Dann sollen sie es lieber sagen, anstatt auf diese merkwürdige Art und Weise vorzugehen.

[Liebich (PDS): Ich sage es: Wir wollen die U 5 verhindern!]

Wir haben im Vorfeld oder während der Etatdebatte immer wieder Hinweise aus den Bezirken bekommen – Stichwort: Stadtbild und **Brunnensanierung**. Da haben wir die etwas merkwürdige Situation, dass erst Bezirke aus einem rein parteipolitischem Ansatz heraus Brunnen z. B. verkommen lassen – sie nicht mehr sanieren und nicht mehr betreiben. Dann können sie über mehrere Jahre wehklagen, wie grässlich und schrecklich alles ist und wie ungerecht der Senat ist. Anschließend kriegen sie dann als Bonus die Sanierung präsentiert und finanziert, und ich warte nur darauf, dass wir in ein oder zwei Jahren feststellen müssen, dass diese Anlagen dann auch wieder hin sind, weil man in manchen Bezirken kein Interesse hat, an dieser Stelle etwas für das Stadtbild zu tun.

Ähnlich verhält es sich beim Lamentieren um die **Grünmittel**. Wir mussten feststellen, dass die interessierten Kreise und Verbände sich vehement dafür eingesetzt haben, dass die Grünunterhaltung auf dem Status quo verbleibt. Man war dort der Auffassung, es gebe ein dramatisches Absinken. Wenn wir uns die Ist-Zahlen des letzten Jahres anschauen, dann sind 72 Millionen DM für die Grünerhaltung in den Bezirken angesetzt worden, und 70 Millionen DM sind ausgegeben worden. Das ist fast eine Punktlandung, und insofern kann man sich an dieser Stelle auch nicht beschweren.

(D)

Wir werden in der Zukunft mehr Wert auf die Frage legen müssen, wie wir EU-Mittel bekommen. Wir haben das Umweltentlastungsprogramm für die Förderperiode 2000 bis 2006. Die Projektträgerschaft ist ausgeschrieben und entschieden. Es gibt auch Schwerpunktsetzungen im Haushalt, was den Mitteleinsatz angeht. Soziale Stadtentwicklung ist dabei ein wesentlicher Schwerpunkt. Völlig weggefallen ist bedauerlicherweise die Investitionsförderung bei kleinen und mittleren Unternehmen. Das ist eine Fehlentwicklung, wie ich meine, denn diese Investitionshilfen haben in der Vergangenheit dazu geführt, dass Branchenkonzepte erarbeitet werden konnten und dass viele Unternehmen in das Boot geholt wurden, um Umweltentlastungen zu befördern. Ich denke, dass wir hier wachen Auges darauf achten müssen, dass es beim Einsatz dieser UEP-Mittel nicht zu Fehlentwicklungen kommt. Wir sollten uns wesentlich intensiver als in der letzten Legislaturperiode mit dem Einsatz dieser Mittel beschäftigen.

Wir werden in dieser Legislaturperiode Wohnungsbaugesellschaften verkaufen, aber nennen dazu ganz deutlich Essentials und den Blickpunkt im Rahmen einer Gesamtstrategie: Erstens bricht dieser Verkauf keine Mietverträge. Wir werden, um eine vernünftige Mietenentwicklung sicherstellen zu können, noch in diesem Jahr einen Gesamtberliner Mietenspiegel vorlegen können. Wir haben das Essential, 300 000 Wohnungen in landeseigenen Gesellschaften zu behalten. Wir haben unmittelbar nach der Regierungsbildung – das Thema "Bremer Höhe" ist schon angesprochen worden – die Genossenschaftsgründungen massiv unterstützt, und wir werden in dieser Richtung einen deutlichen Schwerpunkt legen.

Wir müssen sehen, dass wir die belegungsgebundenen Wohnungen besser verteilen, denn nicht so sehr der Gesamtzustand der Stadt oder einzelner Quartiere, sondern das Wohnumfeld, die Bildungseinrichtungen und Ähnliches sind maßgebend für Wegzüge.

[Beifall des Abg. Radebold (SPD)]

Goetze

(A) Belegungsgebundene Wohnungen – möglicherweise auch in Form von Handel – sind hier besser zu verteilen. Das Zweckentfremdungsverbot ist teilweise zu lockern und die Fehlbelegungsabgabe weiter zurückzuführen. Wir haben uns zu kümmern um Betriebskostenabsenkungen und um den Einsatz der Förderprogramme der IBB. Davon gibt es über ein Dutzend, und die kann man zusammenfassen und optimieren.

Der Haushaltsentwurf, der zur Beschlussfassung ansteht, bietet einen guten Rahmen, all diese Ziele mittelfristig zu erreichen und in diesem Jahr die Pflöcke dafür einzuschlagen. Ich bitte Sie herzlich um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Vizepräsident Momper: Das Wort hat nun Frau Kollegin Oesterheld – bitte schön!

Frau Oesterheld (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Goetze! Es war ja wieder zum Ergötzen.

[Beifall des Abg. Kaczmarek (CDU)]

Wir bauen die U-Bahn und das Schloss, wir haben für alles Geld, aber genauer darf es nicht werden.

[Zuruf des Abg. Niedergesäß (CDU)]

Herr Wowereit hat am Schluss der letzten Haushaltsberatungen gesagt, an den Bauhaushalt traue sich keiner heran. "Keiner" war gelogen, denn wir gehen gern an diesen Bauhaushalt 'ran, und zwar besonders da, wo die Millionen einfach nur verschleudert werden. Da wären wir schon über die gesamten letzten Jahre hin gern einmal herangegangen.

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Nehmen wir als Erstes die **Entwicklungsgebiete:** Wenn wir die Geldverschwendung der Entwicklungsträger immer wieder kritisiert haben, wurde gesagt, wir machten sie nur schlecht und schadeten damit den Gebieten – nach dem Motto: Der Bote, der die schlechte Botschaft überbringt, ist der Verursacher dieser Botschaft. – Wenn man sich jetzt den Rechnungshofbericht anschaut, findet sich darin Wort für Wort die seit Jahren vorgetragene Kritik der Grünen. Es war nicht nur die Kritik der Grünen, sondern auch die Kritik der anderen Oppositionspartei. Das will ich gar nicht für uns allein in Anspruch nehmen. Akribisch wird im Rechnungshofbericht aufgelistet, was wir die ganze Zeit über kritisiert haben, aber Sie haben das laufen lassen. Seit 1996 hätten Sie den Riegel vorschieben müssen.

Fangen wir einmal mit dem Schlachthof Eldenaer Straße an: Was ist dort die letzten Jahre über gelaufen? – Der Entwicklungsträger hat sich ein schönes Büro gebaut, und ein paar denkmalgeschützte Gebäude wurden abgerissen. Dann hat der Entwicklungsträger noch ewig lange gegen die Gewerbetreibenden geklagt und am Ende versucht, sie vom Hof zu jagen, anstatt sie zu nutzen, um das Gebiet zu entwickeln. Und er hat sein Geld bekommen. Was hat er für dieses Geld geleistet? – So gut wie nichts! Er hätte nicht eine müde Mark verdient.

[Beifall bei den Grünen]

Ich komme zum zweiten Entwicklungsgebiet, der Wasserstadt Oberhavel: Dort wurde arsenverseuchtes Gelände gekauft – Preis: 1 200 DM pro Quadratmeter –, und das für Eigenheimbau. Da können sie ja sehen, wie Sie das später wieder "heruntersubventionieren", damit sich die Berliner das auch kaufen können. Es wurden teure Brücken gebaut, und es wurde gegen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses und Auflagen des Senats verstoßen, als würden die Entwicklungsträger die gesamten Maßnahmen aus der eigenen Tasche bezahlen. Ich sage: Derartige Dinge sind eine richtige Veruntreuung von öffentlichen Geldern, aber der Senat tut letztendlich nichts.

[Beifall bei den Grünen und der PDS – Niedergesäß (CDU): Das ist ein starkes Stück, was Sie da sagen! So übel sollte man über die Leute nicht reden!]

- Sie haben darüber diskutiert, Herr Niedergesäß, und Sie wissen auch, dass es an einzelnen Punkten wirklich nicht in Ord-

nung ist. Da wird es wohl auch noch zu Anzeigen kommen, und dann werden wir uns einmal mit den Gerichtsentscheidungen befassen.

Nehmen wir nun Adlershof als Beispiel: Wir haben von Anfang an gesagt, dass diese Konzeption – so, wie sie dort betrieben wird – absolut fatal ist: Diese Verstrickung zwischen Tochter- und Muttergesellschaft, wo die eine die Aufträge an die andere gibt, und dann gehen die Aufträge wieder zurück, und wo z. B. die Gutachtenaufträge fünfmal an die Gleichen für die gleichen Themen vergeben werden. – Als wir das kritisiert haben, sagte uns der Senat: Die Verträge wurden extra so gemacht, wir wollten die Synergieeffekte! – Der Rechnungshof hat uns jetzt gesagt, welche Synergieeffekte wir haben: Doppelt und dreifach wurde gezahlt, ohne Ausschreibung wurden Aufträge vergeben, und alles ist wesentlich teurer geworden.

Die Entwicklungsträger werden zu 100 % bezahlt, aber bei den Leistungen haben sie maximal 30 % von dem erfüllt, was sie hätten erfüllen müssen. Wenn Sie solche Verträge abschließen, dann frage ich mich: Ist es Ihre absolute Dummheit oder ist es das, was wir unter Berliner Filz verstehen. Beides ist verantwortungslos.

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Neben diesen gut ausgestatteten Entwicklungsgebieten gibt es dann auch noch die **Neubaugebiete** mit ihren **städtebaulichen Verträgen**. Hier ist es genau das Gleiche: Die Verträge sind so gestaltet, dass die Leute sich einfach nur bedienen können. Der Landeshaushalt ist quasi ein Quell ewig sprudelnden Geldes.

[Niedergesäß (CDU): Das ist ja irre!

Immer nach dem Motto: Wir nehmen es nicht so genau, hier eine Million mehr, da eine Million mehr. Es fällt der Verwaltung noch nicht einmal auf, wenn die sich verrechnen. Da müssen schon andere kommen und quasi darum bitten, einmal nachzurechnen, weil jemand ein paar Quadratkilometer Straßen zuviel abgerechnet hat. Das ist beispielsweise bei Karow-Nord passiert, und das wissen Sie auch.

[Niedergesäß (CDU): Lassen Sie einmal die Kirche im Dorf!]

Eine teure Infrastruktur müssen sie auch für die Eigenheimgebiete bezahlen, die sogenannte **Elisabethaue**. Zwar haben Sie jetzt die Bauausstellung gekippt, aber die BLEG macht trotzdem weiter wie bisher. Das müssen wir doch alles bezahlen! Bisher haben Sie bereits 18 Millionen DM verplant, ohne das irgend etwas gebaut worden wäre. 18 Millionen DM mehr, was ist das schon? – 5 Millionen DM, ein Schnäppchen mehr, sagte Herr Klemann immer so schön. Da wird noch manches Milliönchen hineinfließen, weil wir auch die Infrastruktur bezahlen müssen, wenn wir Eigenheime dorthin bauen wollen.

Jetzt kommen wir zu Herrn Diepgens "sozialer Balance". Er sagte, er stehe dafür. Dann schauen wir uns doch einmal die Sanierungsgebiete an. Seit Jahren wird sich in den **Sanierungsgebieten** nicht mehr um Infrastruktur gekümmert. Die Förderung in den Sanierungsgebieten ist die Förderung der Hauseigentümer und nicht mehr der Mieter und Mieterinnen. Ich erkläre es immer wieder, wenn ich eine Gelegenheit dazu finde, bis dieser Missstand abgeschafft ist.

[Beifall bei den Grünen]

Die vielbeschworene Qualität der Innenstadt bleibt auf der Strecke, weil für die Entwicklungsgebiete Milliardenbeträge verpulvert werden.

[Niedergesäß (CDU): Siehe Potsdamer Platz!]

Sie pflegen aber nicht den Bestand, sie erhalten ihn nicht und sie verbessern ihn nicht. Aber ihr großes Ziel lautet: Wir wollen die Innenstadt qualitativ verbessern, damit die Menschen in der Innenstadt bleiben. So schaffen Sie das nie.

Sehen wir uns einmal an, welche Möglichkeiten Sie ansonsten für die Infrastruktur schaffen. Herr Böger erzählt hier ganz stolz – ich glaube, Herr Steffel hat es auch getan –: Wir legen ein Schulsanierungsprogramm auf, mit dem Umfang 100 Millio-

Frau Oesterheld

(A) nen DM. – Sie haben aber den Bezirken 150 Millionen DM aus dem baulichen Unterhalt gestrichen, wo bitte schön sind die restlichen 50 Millionen DM geblieben?

[Niedergesäß (CDU): Die haben wir versoffen!]

– Und dann stellen Sie sich hinterher hin und sagen: Die Bezirke sind nicht in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen. Und warum?– Weil Sie ihnen das Geld wegnehmen. Anschließend stellen Sie sich hier hin und feiern sich für das Programm mit einem Umfang von 100 Millionen DM, nachdem Sie zuvor den Bezirken das Geld genommen haben. So geht es natürlich nicht!

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Um die Folgen dieser Politik zu mildern, werden noch einmal neue Gebiete ausgerufen, Gebiete mit besonderem Handlungsbedarf oder auch Quartiersmanagementgebiete. Hier sollen nun Maßnahmen ergriffen werden, die eigentlich selbstverständlich sein müssten für die gesamte Stadt. Aber hier, wo es besonders schlimm aussieht, wird schnell etwas ausgebessert, damit es nicht so auffällt. Finanziell – um noch einmal den Vergleich zu ziehen, wegen der "sozialen Balance" – erhalten alle Quartiersmanager in einem Gebiet nicht viel mehr als das Geld, was ein Geschäftsführer bei einem Entwicklungsträger verdient. Wenn man sich dieses Verhältnis ansieht, zeigt das, welche Schwerpunkte Sie setzen.

Sehen wir uns die Akteure in den einzelnen Gebieten an. Frau Klotz hat bereits darauf hingewiesen, welche Probleme es mit dem Arbeitsamt gibt. Bei den Wohnungsbaugesellschaften ist es doch genauso. Wenn ich mir ansehe, in der Rollbergsiedlung - Quartiersgebiet - kostet der Quadratmeter warm 20 DM. Ist dies womöglich der Grund dafür, dass dort die Menschen wegziehen, weil es ihnen zu teuer ist? - Das interessiert Sie aber nicht. Auch im Neuen Kreuzberger Zentrum kosten die Wohnungen zum Teil bis zu 2 000 DM. Das ist für dieses Gebiet viel zu hoch. Machen die Gesellschaften auch nur den Versuch, die Mieten zu mindern? - Nein, es gibt beispielsweise für die Rollbergsiedlung noch nicht einmal Anträge, die Mieten zu senken, durch die Umschuldung auf günstigere Kredite, die dann vom Senat auch noch einmal aufgeteilt werden, wie wir es in der letzten Legislaturperiode gefordert haben. Noch nicht einmal das wird gemacht.

Ein anderes Beispiel: Die Degewo saniert im Quartiersgebiet Schöneberg die Häuser. Was wird als erstes gemacht? – Sie kündigen den Ladenbesitzern, behaupten, es sei alternativlos, es sei kein Sanierungsgebiet. Auf der anderen Seite steht der Quartiersmanager und soll das Gewerbe in dem Gebiet unterstützen. Das ist dermaßen kontraproduktiv, weil niemand mit niemandem zusammenarbeitet, weil sie die Borniertheit der einzelnen Verwaltungen nicht überwinden können und an einen Tisch bekommen. So kann selbst bei gutem Willen wenig Gutes in diesem Bereich passieren.

Vizepräsident Momper: Frau Kollegin! Ihre Fraktion möchte Ihnen signalisieren, dass Sie zum Schluss kommen sollen.

Frau Oesterheld (Grüne): Ja. – Sie wollen auch noch die preiswerten Wohnungen erhalten. Die werden verkauft, sie werden überall in der Stadt verkauft und auf den teuren Wohnungen werden Sie sitzenbleiben.

Herr Goetze hat voller Begeisterung gesagt: Wir werden Wohnungsbaugesellschaften verkaufen und dann dafür sorgen, dass die Wohnungen besser verteilt sind.

[Goetze (CDU): Zuhören!]

- Herr Goetze, die Wohnungen sind in der Stadt noch relativ gut verteilt. Wenn Sie erst einmal die GSW verkauft haben, wenn Sie erst einmal die Gewobag verkauft haben, dann sind sie überhaupt nicht mehr verteilt. Dann können Sie anschließend kommen und sich hinstellen und beklagen: Jetzt haben wir wieder eine Segregation, jetzt haben wir wieder eine Konzentration.

[Goetze (CDU): Sie haben nicht einmal richtig zugehört!]

- Ich habe zugehört. Ich habe nämlich zwei Ohren.

Wir wollen eine solidarische und soziale Stadt. Wir nennen es keine "soziale Balance", wenn Sie auf der einen Seite den Leuten das Dach über dem Kopf verkaufen, um dann die Eigenheime zu finanzieren. Haben Sie doch endlich einmal den Mut, Ihren Ballast abzuwerfen, wie Herr Steffel es so schön sagt, das sind die Entwicklungsgebiete. Die kosten uns Milliarden. Solange Sie derartige Dinge im Haushaltsausschuss einfach durchgehen lassen, können Sie doch nicht von uns erwarten, dass wir Ihrem zustimmen!

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Vizepräsident Momper: Danke, Frau Kollegin! – Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Herr Kollege Arndt.

Dr. Arndt (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die SPD-Fraktion wird dem Etat des Bauund Stadtentwicklungssenators zustimmen. Wir finden auch, er hat einen guten Antrag eingebracht.

Mit der Verschmelzung der Ressorts Umwelt, Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr, haben wir die Grundlage geschaffen – so wie es von Ihnen von der Opposition und den Fachleuten immer gefordert worden ist – für ein integriertes Zusammenspiel der Fachressorts. Wenn wir heute diskutieren über Modernisierung und Sie beklagen, Frau Oesterheld, dass da Mittel reduziert worden sind, und gleichzeitig aber nicht bedenken, dass diese Mittel zum Teil im Schulressort für die bauliche Unterhaltung verwendet werden,

[Frau Oesterheld (Grüne): Die haben Sie doch den Bezirken geklaut!]

dann ist das einfach unverfroren. Die ganze Diskussion, wie sie heute zelebriert wird von Ihnen, Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, bedrückt mich in einigen Punkten.

Gestern gab es eine große Demonstration in der Stadt unter dem Motto: Gegen eine Stunde Mehrarbeit.

[Over (PDS): Da war ja die Presse differenzierter, Herr Arndt!]

- So war das der Presse zu entnehmen, Herr Over! - Gleichzeitig wissen die Experten in der Stadt, wir haben in der Stadt 30 000 **arbeitslose Arbeiter im Baubereich**. Für die geht keiner auf die Straße. Die haben schon längst die rote Karte bekommen.

[Over (PDS): Wer hat das denn eingerührt?]

Deshalb hat sich die SPD-Fraktion immer dafür eingesetzt, dass die Ressourcen so alloziert werden, dass ein höchstmögliches Arbeitskräftepotential beschäftigt wird. Wir fangen in diesem Bereich weitere neue Projekte an, Herr Goetze hat sie aufgeführt. Sie bringen hierbei ein richtiges Argument und fragen, ob sich die Stadt nicht in einigen Punkten überfordert. Ich sage: Haushaltsfragen sind keine Verwaltungsfragen, sondern Gestaltungsfragen. Wer diese Projekte umsetzen will, wird bei dem gegebenen Budget nicht darum herumkommen, harte Einschnitte – auch wenn sie schmerzlich sind – vorzunehmen, sowohl in der Reorganisation des Allgemeinwesens wie auch in der Deregulierung.

Das heißt, wir werden diese Stadt in vielen Bereichen, im Wohnungs- und Bauwesen, in den nächsten vier Jahren modernisieren. Wir werden deregulieren in vielen Bereichen, so dass wir die fehlenden Ressourcen woanders einsparen können. Wir werden zu einer Bodenpolitik kommen, damit wir die Fördermittel, die wir nicht haben, anderweitig auffangen können. Und wir werden in vielen Bereichen auch privatisieren. Meine Damen und Herren von der Opposition, auch hier halte ich Ihre Position zwar für verständlich.

[Zuruf des Abg. Cramer (Grüne)]

aber zu kurz gegriffen, wie wir es in der letzten Debatte diskutiert haben. Ihre einseitige Position in Bezug auf die **Privatisierung von Wohnungsbaugesellschaften**, Ihre einseitige Blockierung und Ideologisierung in dem Punkt verkennt, dass wir diese Mittel benötigen,

[Zuruf der Frau Abg. Oesterheld (Grüne)]

.)

Dr. Arndt

(A) um überhaupt Projekte wie z. B. die Bremer Höhe durchzubekommen, um die Hufeisensiedlung zu einer Genossenschaft umwandeln können. Fragen Sie doch einmal, woher die Mittel kommen!

[Wolf (PDS): Ich kann es Ihnen sagen!]

Die Wohnungen werden bei einer Rechtsformveränderung nicht obsolet, sie sind vorhanden. Und wir werden dafür sorgen, dass die Mieterinnen und Mieter weiterhin keine Sorge um ihre Wohnungen haben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD]

Vizepräsident Momper: Danke, Herr Kollege! – Das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nunmehr der Kollege Cramer. Bitte schön, Herr Cramer!

Cramer (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Senat – das wissen Sie alle – schmückt sich gern damit, Verkehrskompetenzzentrum Berlins sein zu wollen.

[Niedergesäß (CDU): Sind wir auch!]

In der Tat gibt es die Voraussetzungen für diese Verkehrskompetenz, weil die großen Industrie- oder Schienenfahrzeughersteller wie ADtranz, Siemens, Bombardier und auch die Deutsche Bahn AG ihren Konzernsitz in Berlin genommen haben. Die Voraussetzungen sind also hervorragend, Modellstadt einer zukunftsträchtigen Verkehrspolitik zu sein, zu werden.

[Niedergesäß (CDU): Sind wir schon!]

Die Voraussetzungen sind auch deshalb gut, weil unsere Vorfahren – insbesondere vor dem Krieg – hier entscheidende Grundlagen gelegt haben. Aber seit 10 Jahren ist Verkehrspolitik im Wesentlichen mit Investitionspolitik verwechselt worden. 10 Milliarden DM sind in den öffentlichen Nahverkehr investiert worden, und die Fahrgäste sind um 20 % zurückgegangen.

[Over (PDS): Das muss man erst mal nachmachen!]

Das hätten Sie billiger haben können! Deshalb ist eine Korrektur unabdingbar.

[Beifall bei den Grünen]

Wir konnten einige ideologische Barrieren heute schon zur Kenntnis nehmen. Beim Etat des Innensenators hieß es plötzlich hinsichtlich der Überwachung der Temposünder: Das ist ja alles Schikane! Gleichzeitig will die BVG aber zur Überwachung der Schwarzfahrer 500 Millionen DM ausgeben – 300 Millionen DM für die Infrastruktur und 200 Millionen DM für die Automaten und was alles noch dazukommt. Das passt nicht zusammen. Auch die 450 000 DM, die der Innensenator für die Parkgebühren nicht eingenommen hat, passen nicht mit den dramatischen Tariferhöhungen bei BVG und S-Bahn zusammen. Hier müssen Sie mit einerlei und nicht mit zweierlei Maß messen!

[Beifall bei den Grünen]

Der wesentliche Punkt ist: Sie haben die Milliarden in Neubauten investiert und riskieren damit, dass die bestehenden Systeme verrotten. Sie wissen, dass die Tunnel der U-Bahnstrecken im Ostteil der Stadt, der Linien 2, 5, 6 und 8 unbedingt der Sanierung bedürfen. Und Sie alle wissen nicht, woher Sie das Geld nehmen sollen. Wir wissen, dass das Ostkreuz nur noch aus Gewohnheit steht. Wir wissen, dass seit dem Mauerbau Zugänge en masse noch immer versperrt sind und dass Sie kein Geld haben, sie zu öffnen. Deshalb sagen wir ausdrücklich: Bringen Sie erst die bestehenden Anlagen auf den Stand der Technik, bevor Sie sich an die Großprojekte wie die U 5 heranwagen können.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Aber, Herr Senator Strieder, Sie haben nicht nur eine Verantwortung für die Verkehrspolitik, sondern weil Sie den größten Investitionsetat im Haushalt haben, haben Sie auch in besonderem Maße Verantwortung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, für die Haushaltssanierung, für die Senkung der Betriebskosten und natürlich auch für die verkehrspolitische Effizienz. Aus diesem Grunde ist es ganz unverständlich - und wir sind besonders dem Finanzsenator Kurth dankbar, dass er es öffentlich ausgedrückt hat, und auch Herr Senator Branoner hat es klar gemacht; Sie müssen nur noch Ihren Chef, den Regierenden Bürgermeister, überzeugen! -, wie man das Geld für die U 5 beschaffen will. Unsere Rechnung dagegen ist: Für denselben Investitionsbedarf können Sie statt 5 km Unvernunft im Untergrund 100 km Schienen an der Oberfläche verlegen; sie können viermal so viele Arbeitsplätze generieren; sie können die Betriebskosten um die Hälfte senken und die Arbeitslosigkeit so entscheidend bekämpfen, dass das Land Berlin weniger an Sozialkosten aufzubringen hat und die Einnahmen steigert - also eigentlich ein wunderbares Paket! Wer es hier nicht schafft, Herr Strieder, der braucht in jedem anderen Bereich überhaupt nicht erst anzutreten; denn da ist es viel schwieriger.

> [Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der PDS – Niedergesäß (CDU): Sozialistische Utopie!]

Not macht erfinderisch. Wenn dieses Sprichwort gilt, dann müssten wir hier in Berlin ein Eldorado an Erfindungsgeist vorfinden. Hier müssten schon längst Duostraßenbahnen und Duozüge fahren. Statt Milliarden DM zu investieren, müssten wir mit Intelligenz arbeiten – Intelligenz statt Beton, das ist das Gebot der Stunde.

[Beifall des Abg. Berger (Grüne)]

Sie, Herr Strieder, haben erst seit kurzem die Verantwortung und ein schweres Erbe Ihrer inkompetenten Vorgänger übernehmen müssen, die allerdings Ihre Partei auch immer wieder gestützt hat. Aber der Lackmustest für Sie ist, ob Sie die Umsetzung der Sprüche schaffen. Ihren Spruch zu den Tarifen, die sie senken wollen, damit mehr Leute mit Bus und Bahn fahren und damit die Einnahmen der Unternehmen gesteigert werden, haben wir gestützt. Nur als es dann zum Schwur kam, sind Sie umgefallen und abgetaucht.

(D)

(C)

Für Ihre Investitionspolitik ist der Lackmustest die Straßenbahn in der Leipziger Straße. Das wird Ihnen nur gelingen, wenn Sie die U 5 verhindern können. Dazu wünschen wir Ihnen Erfolg. Bei der nächsten Haushaltsberatung können wir sehen, ob Sie die Umsetzung geschafft haben oder ob hinter Ihren Sprüchen nur heiße Luft vorhanden war. – Vielen Dank!

[Beifall bei den Grünen]

Vizepräsident Momper: Danke schön, Herr Kollege! – Das Wort für die Fraktion der SPD hat nunmehr Herr Gaebler. Bitte schön!

Gaebler (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man hat manchmal den Eindruck, dass die Opposition alte Vorbehalte pflegt und dass sie vor allem selbst an Leistungen der Vergangenheit nicht mehr richtig anknüpfen kann. Wenn Herr Cramer seit 1989/1990 eine verfehlte Politik beklagt, kann ich nur sagen: Wir haben zusammen mit den Grünen versucht, eine andere Verkehrspolitik zu machen.

[Kaczmarek (CDU): Schief gegangen!]

Da gab es auch gute Grundlagen, die bis heute halten. Und diese Politik wollen wir jetzt auch fortsetzen unter der Ägide von Senator Strieder.

[Beifall bei der SPD]

Zu Frau Matuschek: Sie haben die Stadt des ÖPNV eingefordert. Sie rennen da einmal wieder offene Türen ein, um eines meiner Lieblingsbilder zu verwenden.

[Over (PDS): Vielleicht bei Ihnen, aber nicht beim Senat!]

Sie dürfen sich nicht täuschen lassen; Herr Werthebach ist nicht Verkehrssenator, und wenn er heute im "Landespressedienst" verkündet, Berlin sei die Hauptstadt der Autofahrer, ist dies altes Denken in der Tradition der Herren Haase, Klemann und Schmitt.

Gaebler

 Die Wahrheit ist aber: Berlin hat – bezogen auf die Einwohner – den niedrigsten Pkw-Bestand aller deutschen Großstädte.

[Over (PDS): Das ist historisch bedingt!]

Dies ist kein Standortnachteil, sondern eine Chance für einen zukunftsfähigen, zivilisierten Stadtverkehr, für eine stadtverträgliche Mobilität. Berlin als Hauptstadt der intelligenten Mobilität – das ist unsere Vision. Und der vorliegende Haushalt setzt dafür die Eckpunkte.

[Beifall bei der SPD]

Wir haben im Haushalt eine klare Prioritätensetzung. Da das vielen wegen der vielen Seiten nicht ganz klar ist, habe ich einmal zusammengerechnet: Wir geben für den Straßenbereich aus dem Kapitel 12 den Betrag von 189 Millionen DM aus, davon 90 Millionen DM für Neubau, der Rest ist Sanierung. Für den ÖPNV geben wir 427 Millionen DM an Investitionen aus. Davon ist etwa ein Viertel für Sanierung. Wer sagt, hier seien die Schwerpunkte falsch gesetzt, dürfte eigentlich zumindest nicht aus Ihren Reihen kommen. Wir finden sie hier richtig gesetzt und wollen auch, dass das so umgesetzt wird.

[Bravo! und Beifall bei der SPD -Zuruf des Abg. Müller-Schoenau (Grüne)]

Dies ist der höchste Betrag der letzten zehn Jahre. Dabei sind auch für die ÖPNV-Beschleunigung 20 Millionen DM eingeplant. Herr Strieder hat 50 km Busspur für dieses Jahr angekündigt. Das wird er auch umsetzen. Für die Beschaffung neuer Fahrzeuge, mit denen auch gleichzeitig Arbeitsplätze bei ADtranz gesichert werden, sind 60 Millionen DM vorgesehen. Die Bestellleistungen für Verkehr im Bereich BVG, S-Bahn und Regionalbahn betragen noch einmal 1 276 Millionen DM. Das ist wesentlich mehr als der gesamte Kulturetat, der 900 Millionen DM umfasst. Ich möchte wirklich darauf hinweisen, dass wir schon die ÖPNV-Stadt sind, wir können dieses noch weiter ausbauen und wollen das auch tun.

(B) [Beifall bei der SPD]

Zur Hauptstadt der intelligenten Mobilität gehört eine moderne Verkehrsrechnerzentrale, ein Verkehrsmanagement, das den Namen auch verdient, ein Infosystem im ÖPNV, das Pünktlichkeit und Anschlusssicherung und andere wichtige Sachen sichert. Das ist auf den Weg gebracht, das wird in den achsten zwei Jahren umgesetzt und wird dann auch zu deutlicher Komfortsteigerung im ÖPNV und in der Abstimmung Individualverkehr – ÖPNV führen.

Wir werden neue Tramabschnitte in Betrieb nehmen, drei allein in diesem Jahr. Dafür ist auch in den Haushaltsberatungen noch gesichert worden, dass die Warschauer Brücke termingerecht in Betrieb gehen kann.

[Beifall des Abg. Benneter (SPD)]

Das sind alles Sachen, die diese Koalition geleistet hat, für die wir eigentlich einmal Anerkennung von Ihnen erwarten könnten.

[Beifall und Heiterkeit bei der SPD – Over (PDS): Wenn das Ding wenigstens bis zum Hermannplatz fahren würde, dann würde ich auch klatschen, aber da warten wir ja zehn Jahre drauf!]

Wir werden bis zum Jahresende einen StEP Verkehr haben, das ist auch eine Sache, die seit fünf Jahren vor sich hingedümpelt hat. Wir haben für den Fahrradverkehr erstmals einen eigenen Haushaltstitel geschaffen mit einem Anfangsvolumen von 3 Millionen DM, weitere 3 Millionen DM sind in anderen Titeln vorgesehen, so dass wir mit 6 Millionen hier starten. Wir haben als Zielansatz 17 Millionen DM, um das Veloroutenkonzept, das seit fünf Jahren in den Schubladen der Verkehrsverwaltung ruht, hier endlich umzusetzen.

Die Altstadtumgehung Köpenick – um einmal ein wichtiges Straßenprojekt zu nennen, das für die Entlastung dieser Altstadt notwendig ist – haben wir endlich angefangen.

[Beifall bei der SPD - Beifall der Abgn. Molter (CDU) und Niedergesäß (CDU)]

Nach Jahren des Zauderns und Zögerns ist hier der Spatenstich (C) gemacht worden. Das war auch ein unstrittiges Projekt.

[Niedergesäß (CDU): Und wenn Union erst in der Bundesliga ist!]

Das BVG-Sanierungskonzept soll sowohl ein gutes Verkehrsangebot sichern als auch Arbeitsplätze im Verkehrsbereich zu vernünftigen Arbeitsbedingungen und Entlohnungen. Wir wollen hier keinen Dumpingwettbewerb, sondern einen kontrollierten Wettbewerb auf hohem Niveau. Dafür wird auch der Nahverkehrsplan erstellt.

Sorgsamer Umgang mit Geldern ist mein letzter Stichpunkt. Es muss Schluss sein mit der Tonnenideologie. Beim Transrapid ist uns das bereits gelungen. Ich denke, der Transrapid wird auch nicht als fun train in Berlin eingesetzt werden können. Wer sich das vorstellt, hat von Technologieförderung nichts verstanden.

Die U 5 ist zeitweilig in der Diskussion, ist keine Glaubensfrage. Wir haben auf der einen Seite Herrn Diepgen, Herrn Kaczmarek, auf der anderen Seite Herrn Branoner, Herrn Kurth. Wir werden sehen, wie das ausgeht. Herr Strieder hat hier die Gutachten in Auftrag gegeben. Unterstützen Sie die Aufbruchsstimmung im Stadtentwicklungsressort und die neuen Wege in der Verkehrspolitik, stimmen Sie diesem Haushalt zu!

[Beifall bei der SPD – Beifall der Abgn. Frau Soltkahn (CDU), Niedergesäß (CDU) und Molter (CDU)]

Vizepräsident Momper: Danke schön, Herr Kollege Gaebler. Nun folgt der Kollege Rogall von der gleichen Fraktion. Bitte, Herr Kollege!

Dr. Rogall (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir zunächst eine Vorbemerkung. Ich habe mich lange nicht mit dem Haushalt des Umweltsenators auseinander setzen dürfen.

Als Absolvent der Wirtschaftswissenschaften der 70er Jahre war ich lange Zeit überzeugter Keynesianer, der die ständig steigende Arbeitslosigkeit mit immer höherer Staatsverschuldung bekämpfen wollte.

[Heiterkeit bei der SPD]

Jeder Hinweis auf die später zu zahlenden Zinsen, die den staatlichen Spielraum immer weiter einengen, tat ich damals als reaktionäres Geschwätz ab.

[Frau Richter-Kotowski (CDU): Jeder wird älter und weiser!]

Heute fordere ich als Nachhaltigkeitspolitiker, dass wir alle Ressourcen so einsetzen, wie das dauerhaft aufrechterhaltbar ist. Das gilt für die natürlichen Ressourcen ebenso wie für die finanziellen. Und dieser Grundsatz kommt mir gar nicht mehr reaktionär vor, sondern eher zukunftsfähig.

[Beifall der Frau Abg. Merkel (SPD)]

Unsere Haushaltspolitik ist aber nur bedingt dauerhaft aufrechterhaltbar.

Sollten wir bei einer nachhaltigen Finanzpolitik mehr als die Einnahmen und die Ausgaben im Gleichgewicht halten? – Ja, das sollten wir.

[Beifall des Abg. Gaebler (SPD)]

Nach dem Prinzip des "selektiven Wachstums" müssen wir konsequent entscheiden, was zurückzustellen ist – da denke ich an einige Großprojekte – und was trotz knapper Einnahmen weiter zu steigern ist. Das heißt, runter mit den Konsumausgaben und den Sahnehäubchen und hoch mit den Investitionen, die die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt steigern.

Diese Politik ist im Haushalt 14, künftig im Haushalt 12 und 14, vorbildlich betrieben worden. Senator Strieder hat seit 1996 alle Kürzungsvorgaben eingehalten. Dafür gebührt ihm Dank.

[Beifall bei der SPD]

Dr. Rogall

Er hat aber darüber hinaus Neues angeschoben und wo immer möglich, Umweltschutz mit der Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze verbunden. Auch dafür gilt ihm Dank.

> [Beifall und Bravorufe bei der SPD – Landowsky (CDU): Danke!]

Das gilt für das neue EU-kofinanzierte Umweltentlastungsprogramm UEP ebenso wie für die Sanierung des Rummelsburger Sees

Als Investition definiere ich hier nicht nur Realinvestitionen, das heißt die Anschaffung von Gebäuden und Anlagen, sondern auch die immateriellen Investitionen, das heißt den Kapitaleinsatz für das Know-how unserer Gesellschaft. Hierzu rechne ich die Teile, die in diesem Haushalt finanziert werden, wie die umweltpädagogischen Einrichtungen, die Unterstützung der Umweltverbände, die Unterstützung und Koordinierung der Institutionen der lokalen Agenda und nicht zuletzt die Ausgaben für Energiesparmarketing. Und gerade in diesen Investitionsbereichen wurde nur wenig oder gar nicht gekürzt. Und das ist richtig, dass wir in diesen Investitionsbereichen nicht kürzen. Gerade die Fähigkeit, in Zeiten von Konsolidierungsprozessen das Signal zu setzen, dass uns die Förderung diesen Humankapitals wichtig ist, rechtfertigt ihren Titel als Zukunftssenator, Herr Strieder.

[Beifall bei der SPD – Frau Merkel (SPD): Super, sehr gut!]

Vizepräsident Momper: Danke schön, Herr Kollege. – Für den Senat hat nunmehr Herr Senator Strieder das Wort und möchte sich vermutlich für die guten Danksagungen bedanken.

[Rabbach (CDU): Mehrfache, nachhaltige Danksagungen!] Bitte schön, Herr Senator!

Strieder, Senator für Stadtentwicklung: Herr Präsident!

Meine Damen und Herren! Ich gebe die ausführliche Rede zum ganzen Ressort zu Protokoll, um auch den nachfolgenden Kollegen des Senats noch Redezeit übrigzulassen und die Vereinbarung mit dem Abgeordnetenhaus einzuhalten.

Bei den vielen aufgeregten Worten und Vorwürfen der Opposition gegenüber dem von uns eingebrachten Haushaltplan 2000 scheinen mir die tatsächlichen Fragestellungen, welche die Berlinerinnen und Berliner bewegen, etwas verdrängt zu werden. Daher möchte ich noch einmal daran erinnern, was die Stadt denn von uns wirklich erwartet. Welche Ansprüche stellen die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich an eine verantwortungsvolle Politik? Diese Frage lässt sich sehr rasch beantworten:

- Sie verlangen sicheres und bezahlbares Wohnen;
- sie wollen eine Stadt, in der Mann und Frau sich sicher und wohl fühlen, die Straßen und Plätze zum Verweilen einladen;
- sie erwarten ein intaktes Straßensystem für den Wirtschafts- und Individualverkehr sowie einen pünktlichen und kundenfreundlichen Personennahverkehr
- und sie wünschen sich eine gesicherte Zukunft für ihre Kinder, also eine moderne Bildung und Ausbildung und solide Stadtfinanzen.

So banal es scheint, sich diese Ansprüche vor Augen zu führen, so wichtig ist es aber auch, um nicht das notwenige Augenmaß zu verlieren, wie es heute hier so oft passiert ist.

Wenn wir diese Ansprüche zum Gradmesser unserer Politik machen und vergleichen, wie stark sich der heute zu beschließende Haushaltplan daran orientiert, dann müssen wir zu der Feststellung kommen, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Stichwort gesichertes Wohnen, bezahlbare Mieten: In den zurückliegenden zehn Jahren hat Berlin gewaltige Anstrengungen unternommen. So wurden allein von der öffentlichen Hand ca. 30 Milliarden DM in den Bau von neuen Wohnungen investiert. Dabei entstanden insgesamt 140 000 Wohnungen in Berlin. Seit 1990 förderte Berlin darüber hinaus die Modernisierungen und Instandsetzungen von über 570 000 Wohnungen. In der Plattenbausanierung kommen noch einmal 56 000 Wohnungen dazu. Über 40 % des Berliner Wohnungsbestandes – 1 843 000 WE – haben wir im letzten Jahrzehnt angepackt. Dies ist eine historisch einmalige Frischzellenkur für den Berliner Wohnungsmarkt gewesen.

Diese Bauinvestitionen, die im 2000 Haushaltplanentwurf mit Milliarden DM zu Buche schlagen, waren nach der Wiedervereinigung Berlins notwendig und haben dazu geführt, dass gegenwärtig in vielen Bereichen ein Mietermarkt gegeben ist. Die Wohnungsbaupolitik werden wir in dieser Form nicht fortführen.

Statt in der Fläche zu klotzen, werden wir uns wieder stärker den Kiezen und einzelnen Quartieren zuwenden. Gleichzeitig wird die Baupolitik in Berlin eine neue Rolle übernehmen. Es geht nicht mehr darum, dass die Stadt selber baut. Vielmehr werden wir durch eine nachhaltige Bodenpolitik und ein gezieltes Baumanagement die Grundlagen dafür schaffen, das private Bauherren in dieser Legislatur 50 000 Wohnungen bauen können Unsere Aufgabe wird es dabei sein, für private Investoren als Dienstleister zur Verfügung zu stehen, kurzfristig und unbürokratisch Genehmigungen zu erteilen und Flächen baurechtlich zu erschließen.

Ich sagte, wir werden uns wieder stärker den Kiezen und einzelnen Quartieren zuwenden. Das größere Angebot an Wohnungen hat zu einer erhöhten Fluktuation und zu Verschiebungen in den städtischen Milieus geführt. Dieser Herausforderung stellt sich der Senat.

Mit dem Quartiersmanagement haben wir bereits im vergangenen Jahr damit begonnen, uns um die überforderten Nachbarschaften zu kümmern. Für Regiekosten stellten wir in den bisher in ihrer Entwicklung als problematisch eingestuften 15 Gebieten 4,5 Millionen DM zur Verfügung.

Neben diesen reinen Managementaufwendungen ist es uns gelungen aus dem Programm der Bundesregierung, Soziale Stadtentwicklung, jeweils 5 Millionen DM für 1999 und 2000 für diese Gebiete zu akquirieren. In Verbindung mit den Komplementärmitteln des Landes aus dem Wohnumfeldprogramm – WUM – standen in 1999 und stehen in 2000 Programmmittel für konkrete Sachausgaben in Höhe von jeweils 15 Millionen DM für Projekte und Maßnahmen in den Gebieten zur Verfügung. Aber damit nicht genug: Aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung – EFRE – konnte Berlin für das Jahr 2000 10 Millionen DM für Projekte einwerben die die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Gebieten anstoßen sollen. Die Projektanträge für das kommende Jahr bereiten wir derzeit auf, um diesen Mittelzufluss auch in den nächsten Jahren für diese Bereiche zu gewährleisten.

Die Pilotphase des Quartiersmanagements zeigt, dass dieses Geld gut angelegt ist. Dieser integrative Ansatz von gezielter Arbeitsmarktförderung, nachhaltiger Pflege des öffentlichen Raums, der Aktivierung der Bewohner für ihr Quartier und die Vernetzung der vorhandenen Initiativen und Interessengruppen führt zu einer Stabilisierung in den Gebieten. Das Quartiersmanagement trägt entscheidend dazu bei, dass sich die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt wieder mit ihrem Zuhause identifizieren können. Das weckt Engagement für die Stadt und motiviert zum aktiven Miteinander.

(C)

(A)

(B)

Das Quartiersmanagement ist aber nur ein Bestandteil des Maßnahmenpakets. Stadterneuerung und Eigentumsinitiative tragen ebenfalls dazu bei, das Gleichgewicht in den Kiezen zu fördern.

Mit 550 Millionen DM Programmvolumen führen wir die Stadterneuerung fort. Dies ist uns nicht nur vor dem beschriebenen Hintergrund wichtig. Mit diesem Programm sichern wir als Land langfristig nahezu 5 000 Arbeitsplätze in der Berliner Bauwirtschaft. Die bedrükkende Arbeitslosigkeit im Baugewerbe allein wäre schon Grund genug für unser Engagement in diesem Bereich.

Ich möchte aber darauf hinweisen, dass Investitionen in die Modernisierung und Instandsetzung von Stadtquartieren auch weiteren Bereichen der kleinen und mittleren Wirtschaft zugute kommen. So entspricht ein Arbeitsplatz im Mod-Inst-Baugewerbe 110 000 DM. Mit einer Investitionssumme von 1 Millionen DM schaffen wir 9 Arbeitsplätze in der Baubranche. Als Folgeeffekt entstehen dadurch in anderen Wirtschaftszweigen ca. 2 weitere Arbeitsplätze. Mit der städtebaulichen Aufwertung der Quartiere geht also auch ein Arbeitsmarkteffekt von nicht zu unterschätzender Größe einher.

Neben der aktiven Stadterneuerung bildet auch die Eigentumsförderung durch das Land eine wichtige Säule zur Stärkung der Quartiere. Wie oft wurde in diesem Haus darüber gesprochen, dass es unerlässlich ist, das vorhandene Förderangebot um ein Angebot zum Bestandserwerb für Mieter und genossenschaftliche Rechtsformen zu erweitern! Wir haben es geschafft. Mit dem öffentlich geförderten Kauf von über 500 Wohnungen durch die neu gegründete Genossenschaft Bremer Höhe im Bezirk Prenzlauer Berg beleben wir den Genossenschaftsgedanken neu und setzen damit einen wichtigen Impuls für mehr Bürgerengagement in den Quartieren. Die Förderung der Eigentumsbildung durch die Stadt hat damit eine grundsätzlich neue Ausrichtung erfahren. Sie konzentriert sich darauf, die Menschen in ihren Kiezen zu binden und durch den Eigentumsgedanken ein höheres Maß an Eigenverantwortung zu fördern. Auch dem Grundsatz der nachhaltigen Stadtentwicklung, seiner Orientierung innen vor außen, wird damit stärker als zuvor Rechnung getragen.

Weitere Genossenschaftsgründungen werden in diesem Jahr folgen. Für die Unterstützung zur Gründung von Genossenschaften, den Erwerb von Wohnungen durch Mieter und den Bau von Eigenheimen werden wir in diesem Jahr insgesamt ein Programmvolumen von 180 Millionen DM bereitstellen – ein wichtiger Beitrag, um in den Kiezen die soziale Mischung zu stärken und das Wohnen zu sichern.

Ich sprach davon, dass die Menschen in unserer Stadt das Bedürfnis haben, sich auf den Strassen und Plätzen wohl zu fühlen. Der öffentlich Raum soll zum Verweilen einladen. Denn zum Zuhause gehört auch die Parkanlage mit ihren Bänken vor der Tür und der Spielplatz an der Ecke. Der Verwahrlosungstendenz an einigen Orten der Stadt haben wir in der vergangenen Legislatur die Aktion Saubere Stadt entgegengesetzt – eine Initialzündung, kein Waschzwang.

Es war schwer: Die CDU hatte Sorge, dass sich die SPD eines vermeintlich klassischen CDU-Themas bemächtigt. Die PDS sah darin eine Wiederbelebung der goldenen Hausnummer und fand es ungeheuerlich, dass jetzt der Westen mit dem Thema kommt. Und die Grünen glaubten, dass wilde Abfallentsorgung nur Kapitalisten verboten sei.

Viele haben gelernt. Viele haben sich engagiert. Der Erfolg lässt sich am bürgerschaftlichen Engagement ablesen. Die "Berliner Morgenpost", die "BZ", der Berliner Rundfunk und der SFB engagieren sich heute in einer eigenen Kampagne. Es haben sich Interessengemein-

schaften gegründet die sich um einzelne Straßezüge kümmern. Über privates Sponsoring wurden Patenschaften für Plätze und Parks verabredet.

Ich möchte hier noch einmal meinen sehr herzlichen Dank all jenen ausdrücken, die sich dieses Themas angenommen haben. Herzlichen Dank jedem einzelnen Bürger, der sich engagiert, herzlichen Dank den Sponsoren aus der privaten Wirtschaft.

Wer sich in der Stadt umschaut, weiß, dass unser Engagement für die Pflege des Stadtbildes und die Qualifizierung des öffentlichen Raums nicht nachlassen darf – im Gegenteil. Wir haben noch längst nicht das Niveau erreicht, um ihn für alle nutzbar zur Verfügung zu stellen. Der Vermüllung und Verdreckung muss weiterhin entgegengetreten werden.

Deshalb werden wir auch in diesem Jahr diese Aktionen unterstützen. Wir werden z.B. mit einem Sonderprogramm dafür Sorge tragen, dass die Brunnen in der Stadt wieder fließen. Wer dies für eine unnötige Arabeske hält, weiß nicht, wie stark der Zustand des öffentlichen Raumes zum Wohlfühlen in der Stadt und zur Identifikation des Einzelnen mit dem Quartier beiträgt. Die öffentlichen Straßen und Plätze, die Grünanlagen in der Stadt sind Orte der Begegnung, der Kommunikation und Bühne für das städtische Leben. Das Vorhandensein qualitätsvoller öffentlicher Räume ist eine elementare Voraussetzung für die Akzeptanz des großstädtischen Lebens für alle Schichten der Bevölkerung.

Ein Ende dieser Verwahrlosung, die Wiedergewinnung traditioneller Gestaltungsqualitäten sowie die Anlage neuer öffentlicher Plätze und Parkanlagen ist daher eine zentrale Aufgabe sozialer Stadtentwicklung und ein gutes Argument für das Verbleiben in der Stadt.

Neben dem Brunnenprogramm werden wir deshalb die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums intensiv in Angriff nehmen und mit 9 Millionen DM ein Platzprogramm auflegen. Für ganz Berlin haben wir vorgesehen, den 99er Ansatz zur Aufwertung des öffentlichen Raumes um 40 % auf 50 Millionen DM aufzustocken, um unseren Beitrag zum Wohlfühlen in der Stadt zu leisten.

Einen wichtigen Ort für Identifikation der Bürgerinnen und Bürger stellt das historische Zentrum der Stadt dar. Das historische Zentrum als Geburtsort Berlins wird immer prägender für die Stadt. Das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben hat sich in den letzten Jahren deutlich in die klassische Mitte der Stadt verlagert.

Gleichwohl gibt es gerade in der Stadtmitte noch Defizite. Die Bauleistungen am Spreebogen, am Potsdamer Platz und in der Friedrichstadt dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die eigentliche Mitte Berlins mit Rathaus, Stadthaus, Kirchen und Stadtschloss erst wenig Veränderungen erfahren hat. Dieses Gebiet zwischen Alexanderplatz und Schlossbrücke bildet daher den Mittelpunkt der planerischen und baulichen Aktivitäten.

Die Verbesserung der Lebensqualität kann dazu beitragen, die Abwanderung der Bevölkerung ins Umland zu bremsen und somit Steuerausfälle für die notwendige Finanzkraft der Stadt zu vermeiden.

Umwelt und Wirtschaft, Ökologie und Ökonomie, stehen in einer Großstadt wie Berlin in einer Wechselbeziehung. Mit dem Wachstum der Wirtschaft und seinem Erfolg sind Arbeitsplätze, die städtebauliche Entwicklung und das Wohlergehen der Bürger unserer Stadt unmittelbar verbunden. Aber wirtschaftliches Handeln ohne entsprechende Regularien kann der Umwelt Schaden zufügen. Neben den klassischen Aufgaben des Umweltschutzes hat Berlin in den letzten Jahren eine Reihe von Instrumenten entwickelt, mit denen der Wirtschaftssektor zu innovativen Anstrengungen im Umweltschutz motiviert werden kann.

(C)

(A)

(B)

Hier leistet das Landesenergieprogramm einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Durch Kooperation mit der Energiewirtschaft stehen in Berlin bis 2003 rd. 100 Millionen DM zur Förderung der Solarenergie und anderer innovativer Technologien zur Verfügung. Hierbei ist besonders hervorzuheben, dass die damit verbundene Förderung von Projekten auf der Basis alternativer Energien auch den Technologiestandort Berlin im internationalen Vergleich aufwerten. So hat z. B. die GASAG bereits über 300 Solaranlagen mit einer Kollektorfläche von rd. 3000 gm gefördert. Für das laufende und das kommende Jahr steht insgesamt eine weitere halbe Million DM Fördersumme zur Verfügung. Seit 1997 förderte auch die Bewag Solarprojekte mit insgesamt 40 Millionen DM, davon kommen allein in diesem Jahr 10 Millionen DM zur Förderung neuer Energietechnologien zum Einsatz.

Das Land Berlin fördert im Mod-Inst-Programm ebenfalls solarthermische Anlagen. Hier wird eine Investitionssumme von 4 Millionen DM zur Verfügung stehen. Insgesamt werden in den kommenden 4 Jahren mehr als 50 Millionen DM für die Förderung von umweltschonenden Energien eingesetzt.

Dies sind gute und wichtige Investitionen in die Zukunft unserer Stadt. Der Wirtschaftsstandort Berlin wird seine Attraktivität für neue Unternehmen nur wahren und ausbauen können, wenn er auf eine weitgehend intakte städtische Umwelt verweisen kann.

Umweltschutz kann aber nur dann wirklich erfolgreich sein, wenn er von den Bürgerinnen und Bürgern getragen wird. Hier werden wir mit dem Agenda-Haus eine Plattform schaffen wo Bürger, Vereine, Verbände und Vertreter aus Politik und Wirtschaft sich gemeinsam den vielfältigen und weitgefächerten Umweltschutzaufgaben, -problemen und -themen auseinandersetzen können, wo Vorschläge, Anregungen und konkrete Zielsetzungen erarbeitet werden können, die dem Interesse der gesamten Stadt dienen.

Das Agenda-Haus, dessen Bedeutung mit der Anerkennung als dezentrales Projekt der EXPO eine dem Thema angemessene Würdigung erfahren hat, wird derzeit in einem ehemaligen Verwaltungsgebäude an der Rummelsburger Bucht eingerichtet. Als Ort der öffentlichen Kommunikation wird es Ende Mai eröffnet. Schon heute lade ich Sie alle auf das herzlichste dazu ein.

Zu einer Stadt mit Lebensqualität gehört ein attraktives Angebot mit Bussen und Bahnen. Der Senat hält es nicht für ausreichend, die Einnahmesituation der BVG durch ständiges Drehen an der Preisschraube verbessern zu wollen. Der Senat steht zur BVG und zu ihren Arbeitsplätzen. Im Gegenzug erwarten wir aber von der BVG endlich innovative Konzepte. Nur wenn die BVG die Berlinerinnen und Berliner als Kunden wirklich haben will, kann sie erwarten, dass die Bürgerinnen und Bürger Millionenbeträgen für die Umstrukturierung der BVG zahlen. Die Ausweitung eines attraktiven und differenzierten Preisangebotes für unterschiedliche Bevölkerungs- und Nutzergruppen werde ich mit großer Energie vorantreiben.

Ein überfälliger erster Schritt ist das Angebot von Semesterticket und Arbeitslosenticket. Das Arbeitslosenticket kommt – zu einem Preis von 45 DM. Und auch zum Semesterticket liegt ein Angebot auf dem Tisch, dass sich sehen lassen kann: das Tarifgebiet A-B-C zum Semesterpreis von 215 DM. Ich möchte an die Studentinnen und Studenten appellieren, auf dieses Angebot einzugehen. Denn damit können wir für 130 000 Studierende in dieser Stadt den Einstieg in eine umweltfreundliche Mobilität organisieren.

Das Land Berlin fordert nicht nur von der BVG eine Verbesserung der Marketingstrategien, sondern erbringt selbst einen großen Beitrag zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV. In diesem Jahr erhöhen sich die Zuschüsse

für Investitionen des ÖPNV um nahezu 75 % gegenüber dem Ansatz von 1999. Damit investieren wir in diesem Jahr über 400 Millionen DM in die Hardware des öffentlichen Personennahverkehrs, um das vorhandene Netz zu erneuern und auszudehnen. Daran erkennen Sie, dass wir eine Vielzahl von unterschiedlichen Strategien verfolgen um zu gewährleisten, dass die Berlinerinnen und Berliner bequem und bezahlbar durch ihre Stadt kommen.

Obwohl in den kommenden Jahren der ÖPNV eindeutig Vorfahrt erhalten wird, kümmern wir uns mit erheblichen Investitionen in diesem Jahr auch um die Mobilität des Einzelnen und des Wirtschaftsverkehrs. Zur sinnvollen Vernetzung von ÖPNV, Individual- und Wirtschaftsverkehr hat das Land in diesem Jahr 12 Millionen DM für die Verkehrsmanagementzentrale veranschlagt. Dies ist ein Schritt, der ganz wesentlich zur Modernisierung der Mobilität in der Stadt führen wird. Die Zukunft Berlins als Wirtschafts- und Dienstleistungsstandort hängt ganz wesentlich von einer modernen Verkehrsinfrastruktur ab. Durch die Einführung der Telematik-Systeme schaffen wir ein Informationsdienst, der sämtliche Verkehrsträger intelligent koordiniert und dadurch Staus und Emissionsbelastungen reduzieren hilft.

Neben diesem innovativen Verkehrsmanagement werden wir natürlich auch in diesem Jahr direkt in die Infrastruktur der Stadt investieren und damit die Zukunftsfähigkeit Berlins stärken. So stecken wir in 2000 fast 170 Millionen DM in den Brücken- und Straßenbau, um das vorhandene Straßennetz zu ergänzen und Lücken, die noch aus der Teilung der Stadt resultieren, zu schlie-Ben. Darunter sind so wichtige Brückenprojekte wie die Straßenbrücke über die Spree und die Bahnanlage in Spindlersfeld - ein wichtiger Baustein für die Tangentiale Verbindung Ost, die zu einer ganz wesentlichen Entlastung der Köpenicker Altstadt führen wird - sowie 12 weitere Brücken über Wasserstraßen und Bahnanlagen. Allein im Einzelplan meiner Verwaltung haben wir 65 Millionen DM für den Straßenbau im zentralen Bereich und für Berliner Hauptverkehrsadern eingestellt.

Zum Schluss möchte ich noch auf das Sonderprogramm zur Sanierung der Schul- und Sportstätten zu sprechen kommen. Ich denke, anhand der 100 Millionen DM, die wir zusätzlich im Haushalt ermöglicht haben, wird besonders deutlich, wie sehr uns die moderne Bildung und Ausbildung der Kinder dieser Stadt am Herzen liegt. Denn trotz erheblicher Einsparungen im Einzelplan der Stadtentwicklungsverwaltung von direkt 113 Millionen DM und weiteren 200 Millionen DM im Rahmen der pauschalen Minderausgaben, haben wir klare Prioritäten durchgesetzt. Mehr Mäuse für die Schule blieb also kein Versprechen, sondern findet sich in diesem Haushaltplan bereits wieder.

Der vorliegende Haushaltsentwurf bringt Berlin voran. Er berücksichtigt die Interessen und Bedürfnisse der Berlinerinnen und Berliner, ist sozial ausgeglichen und schafft den Spagat zwischen notwendigen Investitionen in die Zukunft Berlins und eine solide Haushaltsführung. Ich bitte sie deshalb um ihre Zustimmung zum Haushaltsentwurf.

Frau Oesterheld, das war wieder ein Meisterstück. Wir haben dafür gesorgt, dass die Mieterinnen und Mieter herauskommen aus der Kellerwohnung, dass die Ofenheizung rauskommen aus den Wohnungen und dass die Mieterinnen und Mieter nicht mit der Münze um eine Wohnung würfeln müssen so wie ihr Bürgermeister ums Rathaus.

[Beifall bei der SPD – Vereinzelter Beifall bei der CDU – Frau Oesterheld (Grüne): Ziemlich teuer!]

(C)

(A) Für die Mieter sicheres und bezahlbares Wohnen zu erreichen, das prägt seit 1990 die Baupolitik des Senats. 30 Milliarden DM haben wir in neue Wohnungen investiert, 570 000 Wohnungen angepackt, 56 000 Wohnungen im Plattenbau saniert, 40 Prozent des gesamten Wohnungsbestands dieser Stadt sind erneuert worden – das ist eine Frischzellenkur für die Wohnungen in dieser Stadt, eine Frischzellenkur, die Ihnen auch einmal ganz gut täte.

> [Beifall bei der SPD und der CDU – Over (PDS): Übernehmen Sie jetzt auch die Verantwortung für die Fehler Ihrer Vorgänger?]

Angesichts dieser Erfolge kann ich ja Ihre Depression verstehen, aber seien Sie beruhigt: Diese Krankheit ist nicht ansteckend, und diese Stadt lässt sich davon nicht anstecken.

Wir haben uns allerdings im letzten Jahr besonders um die Quartiere bemüht – und das drückt auch dieser Haushalt aus.

[Zuruf der Frau Abg. Oesterheld (Grüne)]

Soziale Stadtentwicklung heißt nicht Stillstand, heißt Entwicklung, also städtische Gesellschaft sozial entwickeln. Dafür weist dieser Haushalt auch viele Investitionen aus.

[Over (PDS): Fangen Sie doch mal an!]

Ich weiß ja, die PDS – das hat Frau Matuschek heute dankenswerterweise gesagt – ist gegen das Quartiersmanagement, weil so die soziale Lage verdeckt werde, weil das nicht so wird, wie sie hofft, nein, es brodelt nicht. –

[Over (PDS): Einfach mal zuhören! – Frau Martins (Grüne): Frau Freundl hat Sie sogar gelobt!]

Natürlich, wir wollen, dass es den Menschen in den Quartieren gut geht, deswegen machen wir soziale Stadtentwicklung.

[Beifall bei der SPD]

Dafür geben wir in diesem Jahr auch was aus: 4,5 Millionen DM allein an Regiekosten für das Quartiersmanagement, 15 Millionen DM für die Verbesserung des Wohnumfelds, 10 Millionen DM aus Europa für Projekte wirtschaftlicher Entwicklung, insgesamt 550 Millionen DM für Stadterneuerung –

[Müller-Schoenau (Grüne): 1 Milliarde DM für Adlershof!]

das sind Schwerpunkte dieses Haushalts, mit denen kann sich Berlin in ganz Deutschland sehen lassen.

[Beifall bei der SPD]

Und noch eines sage ich Ihnen dazu: Es schafft 5 000 Arbeitsplätze, da sind 5 000 Männer und Frauen auf dem Bau dankbar, dass wir diese Investition vor Ihnen gerettet haben in diesem Haushalt.

[Beifall bei der SPD]

Ab und zu gibt es auch noch Überraschungen in diesem Parlament. Ich bin sehr dankbar dafür, dass der Hauptausschuss gestern beschlossen hat, die Mittel für die Gründung der Wohnungsbaugesellschaft "Bremer Höhe" zur Verfügung zu stellen.

[Beifall bei der SPD – Beifall der Abgn. [Wolf (PDS) und Müller-Schoenau (Grüne)]

Das ist richtig gewesen, und das wird vielen Menschen in dieser Stadt Mut machen. Unser Programmvolumen dafür und für den Bestandserwerb, für die Eigentumsförderung, die die Identifikation mit dem Quartier fördert, beträgt 180 Millionen DM.

[Over (PDS): War schwer, Ihnen das beizubringen!]

Zeigen Sie mir einen grünen Bauminister, der das aufzuweisen

[Rabbach (CDU): Keiner! - Zuruf des Abg. Over (PDS)]

Das 100-Millionen-DM-Sonderprogramm für die Schulen – das ist auch ein Beitrag zur sozialen Stadtentwicklung.

[Zuruf der Frau Abg. Oesterheld (GRÜNE)]

Ich kann nur sagen: Diese Koalition hat es versprochen, und sie hat Wort gehalten. "Mehr Mäuse für die Schule" ist Realität.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Zur sozialen Stadtentwicklung gehört auch, dass wir den öffentlichen Raum für die Menschen zurückgewinnen und die Bürgerinnen und Bürger sich dort wohl fühlen und aufhalten können. Deswegen machen wir das **Brunnenprogramm**. Deswegen machen wir das Platzprogramm zur Verschönerung.

[Zuruf des Abg. Cramer (Grüne)]

Es ist wichtig, sprudelnde Brunnen in der Stadt zu haben.

Ich sage Ihnen auch: Die **Aktion "Saubere Stadt"** wird fortgeführt.

[Over (PDS): Hat sie schon angefangen?]

und sie hat sich durchgesetzt. Ich weiß, die CDU war anfänglich sauer, weil sie gedacht hat, jetzt nehmen die Sozis ein Thema, das sie für sich gepachtet zu haben glaubte.

[Landowsky (CDU): Das stimmt doch!]

Die PDS ist sauer darüber, dass die "Goldene Hausnummer" auch im Westen Anklang findet,

[Heiterkeit bei der PDS]

und die Grünen glauben sowieso, nur den Reichen sei es verboten, Dreck auf die Straßen zu werfen, und die anderen könnten das alle machen. – Nein, meine Damen und Herren, das hat zu einem bürgerschaftlichen Engagement geführt in dieser Stadt: Vereine, Verbände, Medien engagieren sich,

[Over (PDS): Wo denn?]

und ich bin dankbar dafür. Wir lassen nicht nach, sondern dieses Programm geht weiter.

[Beifall bei der SPD]

Bei allem Engagement, das wir in den letzten Jahren an den Tag gelegt haben am Potsdamer Platz – die Regierungsbauten, die Friedrichstraße, die eigentliche Mitte Berlins, das Rathaus, Stadthaus, Kirchen, Stadtschloss sind die zentrale Aufgaben dieser Legislaturperiode in der Stadtentwicklung.

Frau Oesterheld (GRÜNE): Und Fremdenverkehr?]

Wir werden uns um diese Orte kümmern. Berlin ist stolz, dass die Musumsinsel in das Weltkulturerbe aufgenommen worden ist. Wir werden dieses Erbe hegen und pflegen. Wenn die Museen in zehn Jahren instand gesetzt sind, wird auch deutlich, dass dies ein neuer Fokus in der Mitte der Stadt ist. Es fällt ein neues Licht auf den Schlossplatz, und ich glaube, dass eine museale Nutzung auf dem Schlossplatz auch eine historische Architektursprache erlaubt.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU – Doering (PDS):
Er wollte die Rede doch zu Protokoll geben! –
Over (PDS): Er hat's vergessen!]

Wir habe es in den letzten 4 Jahren weitgehend geschafft, den Umweltbereich zu modernisieren und Arbeit und Wirtschaft zueinander zu bringen. Dass die Menschen sich in dieser Stadt wohlfühlen und adäquate Lebensbedingungen vorfinden, ist eine unserer zentralen Aufgaben. Wir werden in den kommenden Wochen das Landesenergieprogramm in das Abgeordnetenhaus einbringen. Wir haben für die Förderung moderner Energien bis zum Jahr 2003 rund 100 Millionen DM zur Verfügung.

[Frau Oesterheld (Grüne): Jetzt hör' mal auf!]

Der Umweltschutz muss von den Menschen in der Stadt getragen werden, nicht von Diskussionen in den Ausschüssen. Deswegen sind wir auch froh, dass es uns gelingt, das Agenda-Haus zu eröffnen.

[Over (PDS): Morgen ist Baubeginn!]

Ich darf Sie herzlich einladen in diesen Ort der Begegnung derer, die sich für eine zukunftsfähige Stadt engagieren.

[Beifall bei der SPD – Vereinzelter Beifall bei der CDU]

In der Verkehrspolitik ist es in der Tat, an der Zeit umzusteuern. [Beifall der Abgn. Benneter (SPD) und Cramer (GRÜNE)]

(A) Wir wollen und werden Vorfahrt für Busse und Bahnen schaffen. 50 Kilometer Busspuren sind auf den Weg gebracht. Die Busbeschleunigungsprogramme laufen, die Straßenbahnbeschleunigung ist da. Aber eines ist auch in diesem Haus unumstritten – das ist ein zweiter Punkt, wo ich Gemeinsamkeit feststellen kann: Es ist nicht ausreichend, die Einnahmesituation der BVG durch ein ständiges einfallsloses Drehen an der Tarifschraube verbessern zu wollen.

[Beifall der Abgn. Gaebler (SPD) und Berger (GRÜNE)]

Es kommt darauf an, dass wir die Akzeptanz für den öffentlichen Nahverkehr schaffen. Dieses Parlament muss einen Beitrag dazu leisten, dass das Verkehrsmanagement in dieser Stadt mit Parkraumbewirtschaftung, Busbeschleunigung etc. vernünftige Attraktivität des ÖPNV garantieren kann. Auf der anderen Seite müssen aber auch die Betriebe ihre Produktivität verbessern und ein Angebot als kunden- und leistungsorientiertes Unternehmen machen.

[Zuruf des Abg. Over (PDS)]

Wir erhöhen die Investition für den ÖPNV, wir bauen Straßen und Brücken.

[Müller-Schoenau (Grüne): Die beiden anderen Senatoren wollen auch noch reden! – Sen Branoner: Nur 1 Minute!]

Wir sind dabei, eine Verkehrsmanagementzentrale aufzubauen, um Mobilität in der Stadt zu garantieren – auch dann, wenn die Stadt immer weiter wächst. Dieser Haushalt ist kein Steinbruch, dieser Haushalt sorgt für Arbeitsplätze. Ich bitte Sie, bei künftigen Haushaltsberatungen darauf zu achten.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Vizepräsident Momper: Danke schön, Herr Senator! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Zuerst lasse ich über den ersten Teil des Änderungsantrags der PDS Drucksache 14/301-12, der den Einzelplan 12 betrifft, abstimmen. Wer diesem Antrag der PDS seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön! – Die Gegenprobe! – Letzteres war die Mehrheit. Enthaltungen? – Keine! Damit ist dieser Teilbereich des Änderungsantrags abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 12 unter Berücksichtigung der Änderungen des Hauptausschusses gemäß Drucksache 14/301 und der Auflagenbeschlüsse des Hauptausschusses gemäß Drucksache 14/302 – das sind die Nrn. 46 bis 54 und 75 – zustimmen möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen! – Danke! Das war die Mehrheit. Gegenstimmen? – Das reicht nicht! Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Jetzt lasse ich über den zweiten Teil des Änderungsantrags der PDS Drucksache 14/301-12 und den Einzelplan 14 betreffend abstimmen. Wer dem Antrag der PDS seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke! Die Gegenprobe! – Das ist ersichtlich die Mehrheit. Gibt es auch Enthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Teil des Antrags abgelehnt.

Wer nun dem Einzelplan 14 unter Berücksichtigung der Änderungen gemäß Drucksache 14/301 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke! – Die Gegenprobe! – Ersteres war die Mehrheit. – Enthaltungen? – Keine. Dann ist der Antrag angenommen. Die eingangs erwähnten Änderungsanträge von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden wieder bei dem Einzelplan 29 abgestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 13

- Wirtschaft und Betriebe -

hierzu:

1. Änderungen des Hauptausschussesnach Drucksache 14/301

2. Auflagenbeschlüsse des Hauptausschusses nach (C) Drucksache 14/302, Nr. 55

Hier liegen Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 14/301-2 und 14/301-3, vor sowie Änderungsanträge der Fraktion der PDS, Drucksache 14/301-13.

Hierzu gibt es eine Wortmeldung des Kollegen Liebich. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Liebich (PDS): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich werde mich bemühen, solidarisch mit dem Fraktionskollegen Benjamin Hoff zu sein – anders, als Herr Strieder mit seinen Kollegen. Ich möchte zum Einzelplan 13 – Wirtschaft – nur einige wenige Bemerkungen machen.

[Frau Freundl (PDS): Kannst ja Herrn Branoner noch eine Minute abgeben!]

Der Einzelplan 13 ähnelt weniger einem Haushalt, sondern vielmehr einem Schweizer Käse, so viele Haushaltslöcher enthält er. Wenn man sich anschaut, dass 73 Millionen DM zu Beginn der 2. Lesung des Haushaltsplans nicht gedeckt waren - Ausgaben, für die keine Einnahmen zur Verfügung stehen, getarnt durch den vorhin schon vom Vorsitzenden des Hauptausschusses verwendeten lustigen Begriff "Effizienzrendite", aber in Wirklichkeit sind es pauschale Minderausgaben -, dann finde ich es mehr als abenteuerlich, sich mit so einem Haushalt ins neue Haushaltsjahr zu wagen. Ich glaube auch nicht, dass der Wirtschaftssenator in irgendeiner Weise in der Lage ist, im Rahmen der Haushaltswirtschaft diese 73 Millionen DM zu erwirtschaften. Angesichts dessen, dass die Wirtschaftspolitik für diese Stadt dringend nötig ist - gerade wenn man sich auch die Einnahmeseite des Landeshaushalts anschaut – ist dies eine Prioritätensetzung, die wir so nicht gutheißen können. Wenn der junge Nachwuchspolitiker Steffel hier starke Worte zum Thema Wirtschaftspolitik äußert, dann hat das leider relativ wenig mit der schwachen Leistung zu tun, die bisher auf diesem Gebiet auch von CDU-Senatoren geleistet wurde.

[Beifall bei der PDS]

Denn die Wachstumslokomotive ist und bleibt eine Illusion, wenn man sich anguckt, dass das **Wirtschaftswachstum** in Berlin immer noch bei 0,1 % stagniert und Berlin damit Schlusslicht ist, wenn man sich anschaut, dass zurzeit eher Schließungen Schlagzeilen machen, z. B. bei KWO Neukölln wie bei der Deutschen Handelsbank Berlin, wie Stellenabbau bei Otis, und wenn man sich dazu anguckt, dass auch die großen öffentlichen Betriebe des Landes Berlin weiter einer ungewissen Zukunft entgegensteuern.

Ich hatte bereits gesagt, es ist sehr wichtig, dass man sich dem Thema Wirtschaftspolitik widmet. Dazu gehört aber auch für Wirtschaftspolitiker, dass sie sich mit dem Thema Haushalt beschäftigen. Herr Steffel hat das heute zum ersten Mal getan, das ist sehr gut. Die anderen Fraktionskollegen von der großen Koalition haben sich leider der Debatte verweigert, als wir die im Wirtschaftsausschuss versucht haben. Dabei gibt es wirklich einige Punkte, die intensiver beraten werden sollten. Das eine ist ein altes Thema, das sind die Dopplungen bei den Marketingund Wirtschaftsförderorganisationen. Das ist schon ein eigenartiger Zustand, wenn man sich als Investor im Land Berlin informieren möchte und dann erst mal damit beschäftigen muss rauszukriegen, mit welcher Gesellschaft man sich darüber eigentlich unterhält. Ich denke, da ist eine Straffung sehr sinnvoll und dringend nötig, und sie hätte zudem haushaltsentlastende Effekte.

Weiterhin, was Sie uns angeboten haben in Sachen BSR im Rahmen der Haushaltsberatung, das war mehr als abenteuerlich und ist auch völlig zu Recht vom Hauptausschuss zurückgewiesen worden: 47 Millionen DM potentiell einsparen zu können, aber schon einmal in den Haushalt einzustellen, noch gar nicht dafür die Grundlagen geschaffen zu haben – das ist auch keine Form von Haushaltspolitik. Die Konsequenz, die die Koalition daraus gezogen hat, erhöht allerdings das Risiko und verstärkt mein Misstrauen dahin gehend, wie der Wirtschaftssenator dieses Problem bis zum Jahresabschluss bewältigen will.

[Vereinzelter Beifall bei der PDS und den Grünen]

418

Liebich

(B)

(A) Weiterhin haben wir uns mit dem Thema Messe und ICC sehr lange und ausdauernd beschäftigt, und auch das ist eine Frage, an die die große Koalition sehr viel mutiger und intensiver herangehen sollte. Denn letztlich: die Messe ist wichtig, sie ist ein wirtschaftspolitischer Faktor, sie ist uns lieb und teuer. Aber man muss auch gucken, wo welche Ausgaben für den Bereich leistbar sind und welche nicht.

Die Krönung allerdings – und das war schon nach der 2. Lesung des Etats für Wirtschaft – waren plötzlich die Mittel für die Museumsinsel, die auf wunderbare Art und Weise plötzlich noch in den EU-Fördermitteln des Wirtschaftssenators gefunden wurden. Und da bin ich wirklich auch enttäuscht von den Wirtschaftspolitikern der großen Koalition, weil, wenn Ihnen dieser Bereich so wichtig ist, wenn es für Sie ganz dringend ist, dass alle Mittel gebunden werden für ganz wichtige Projekte, für Existenzgründer, für Gewerbezentren usw., dann verstehe ich nicht, wie Sie einer derartig abenteuerlichen Aktion Ihre Zustimmung geben konnten. Wir wissen ja bisher immer noch nicht, woher die 25 Millionen aus den EU-Mitteln, die dafür eingeplant wurden, kommen. Wir bekommen darüber irgendwann mal einen Bericht, und dann wird die Lage wahrscheinlich auch nicht mehr gerade zu rücken sein.

Ich sehe, meine Solidarität ist hier gefordert. Ich werde deshalb zum Schluss kommen und sage, dass ich glaube, dass es nicht im Interesse der 275 000 Arbeitslosen der Stadt sein kann, wenn Sie diese Politik weiter machen. Ich fordere Sie auf, eine wahrhaft zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik zu versuchen. Und da, denke ich, ist das Leitbild eines sozialökologischen Umbaus genau das richtige. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der PDS – Beifall des Abg. Müller-Schoenau (Grüne)]

Vizepräsident Momper: Danke schön, Herr Kollege! – Für die Fraktion der CDU hat nunmehr der Kollege Atzler das Wort, bitte schön!

Atzler (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Liebich! Es ist unbestritten, dass dieser Haushaltsplan auch in seinem Wirtschaftsteil geprägt ist von dem Druck der notwendigen Konsolidierung. Das ist gar keine Frage.

[Liebich (PDS): Da wird nicht konsolidiert!]

Aber er enthält auch Risiken, auch das ist sicherlich richtig, und es muss versucht werden – Sie haben es angedeutet –, im Laufe des Haushaltsvollzugs diese geschickt entsprechend zu bewerkstelligen. Das sind alles wichtige Fragen. Aber ich will gar nicht nur buchhalterisch hier irgendwelche Zahlen auflisten, denn die wichtigste Frage für den Bereich der Wirtschaft lautet doch letztlich: Lässt es der Haushalt nicht nur zu, sondern fördert er auch die weitere Entwicklung bezogen auf Wirtschaftswachstum und auf Schaffung neuer Arbeitsplätze in Berlin? Und hierzu sagen wir ein ganz deutliches Ja. Das ist mit diesem Haushaltsplan zu machen

Wohlgemerkt, Arbeitsplätze schaffen können nur Unternehmen. Aber wir setzen hier die notwendigen Rahmenbedingungen für ein **investitionsfreundliches Klima** in der Stadt. Wir betreiben eine Wirtschaftspolitik für Unternehmen, die Rahmenbedingungen bekommen, die sich aus einem Guss bewegen. Und dazu gehört erstens eine wirtschaftsfördernde Haushaltspolitik, zweitens geringe Steuern und Abgaben für Investoren, drittens eine schlanke Verwaltung mit Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge und Gegebenheiten und viertens eine gute Infrastruktur in vielfacher Hinsicht, sowohl bei der Aus- und Fortbildung, beim Wohnumfeld, bei der Logistik, aber auch bei der Verkehrstechnik. Und nicht alles, was ich jetzt hier aufgelistet habe, ist für den Haushalt kostenträchtig, nein, manches sogar eher gegenteilig kostenmindernd.

Unter diesen Gesichtspunkten halten wir es auch für sinnvoll, dass Berliner Wirtschaftsverantwortliche Zukunftschancen, die sich aus der guten Forschungsinfrastruktur mit 12 Fachhochschulen, 3 Universitäten und einer Berufsakademie ergeben, sinnvoll für die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft nutzen. Wir wollen dies mit diesem Haushalts-

plan auch unterstützen und werden hier in dem neu eingerichteten Zukunftsfonds 250 Millionen DM bereitstellen. Das ist ein wichtiger Beitrag für diese Zusammenarbeit neben 8,3 Millionen DM weiteren Fördermitteln zur besseren Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft in Berlin und der Aufstockung des Innovationsfonds um weitere 6 Millionen DM. Das ist eine vernüftige Leistung für die Arbeitsplätze hier in dieser Stadt.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Es werden auch die Wachstumschancen im Dienstleistungsbereich zu nutzen sein, insbesondere in der Tourismusbranche. Diese ist zu stärken, und weil wir das tun, haben wir auch hier den Beitrag zur Unterstützung deutlich aufgestockt – auch hier ein Signal zur Schaffung von Arbeitsplätzen in diesem Bereich.

Die auf den Weg gebrachte Gebiets- und Verwaltungsreform der Bezirke wird zu einem stärkeren Standortmarketing führen. Zugleich wird darauf zu drängen sein, dass eine schlanke Verwaltung zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren führt und damit Investitionstätigkeit in Berlin begünstigt. Es muss Freude machen, in Berlin Unternehmen zu gründen und anzusiedeln. Das wollen wir.

[Beifall bei der CDU]

Auch Luft-, Wasser- und Straßenverkehrswege zählen zu wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Dazu gehört dann eben auch der Straßenbau, ich sage es ganz deutlich. Und in diesem Zusammenhang möchte ich von dieser Stelle auch an die Bezirksämter appellieren, die dafür vorgesehenen Mittel auch wirklich entsprechend zu nutzen und nicht auf andere Projekte umzuschichten.

[Beifall des Abg. Gräff (CDU)]

wie das in der Vergangenheit immer wieder getan wurde und hier fast noch empfohlen wurde. Dieses fördert auch Arbeitsplätze in dieser angeschlagenen Branche.

Ich möchte hier auch deutlich zum Ausdruck bringen, dass ich nach wie vor dafür plädiere, dass wir wieder im Rahmen einer begrenzten Ausschreibung einen höheren DM-Betrag bereitstellen, als es derzeit der Fall ist. Wir müssen diesen wieder anheben, damit unsere Berliner Baufirmen und hier insbesondere die Tiefbaufirmen Chancengleichheit gegenüber den Fremdfirmen hier in Berlin erhalten, und dies gilt auch für Handwerksbetriebe und den gesamten Mittelstand.

[Beifall bei der CDU]

Lassen Sie mich nunmehr auch noch einen Satz zu dem Beschluss des Bund-, Länder- und Planungs-Ausschusses sagen. Nachdem dieser festgestellt hat, dass Berlin und der engere brandenburgische Verflechtungsraum auch künftig eine einheitliche Arbeitsmarktregion bleiben, werden hierdurch die besonderen Strukturprobleme bei der Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben berücksichtigt, was auch eine wichtige Sache ist. 224 Millionen DM neue Bewilligungsmittel für die nächsten drei Jahre stehen hier zur Verfügung. Diese werden wir entsprechend einsetzen.

[Beifall der Frau Abg. Greiner (CDU)]

Dass sich in Berlin eine Russische Akademie für den Austausch von Wissenschaften beider Länder gründet, wird von uns als eine sinnvolle Ergänzung der bisherigen von mir genannten guten Forschungsstruktur ausdrücklich begrüßt. Durch Wissenstransfer werden auch wirtschaftliche Beziehungen verstärkt und entsprechende Zusammenarbeit aufgenommen und vertieft, und dies wollen wir.

Lassen Sie mich jetzt zum Schluss kommen und noch eine Anmerkung machen. Ich habe von geringen Steuern, Abgaben für Investoren gesprochen. Wir wissen – das merke ich kritisch an – das wir das Klassenziel noch nicht erreicht haben. Hieran

:)

Atzler

A) müssen wir arbeiten. Die Strompreise sind billiger. Die Wasserpreise wurden plafoniert. Aber die Gewerbesteuer ließ sich noch nicht senken. Wir haben hierzu einen Arbeitstermin. Die Botschaft muss aber sein: Wir wollen sie senken!

[Beifall bei der CDU]

Sie werden verstehen, dass in einem kurzen Redebeitrag nicht alles aufgelistet werden kann. Dieser Haushalt beinhaltet hinreichend Möglichkeiten, um einem guten Wirtschaftssenator, den wir mit Wolfgang Branoner haben, die Möglichkeit zu geben, eine aktive Standortpolitik zu betreiben. – Danke!

[Beifall bei der CDU - Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Atzler! Für die Fraktion der Grünen hat Herr Eßer das Wort. – Bitte schön!

Eßer (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie Sie die heutige Debatte fanden. Ich fand den Satz von Herrn Steffel am lustigsten,

[Dr. Steffel (CDU): Jawohl!]

nämlich dass er in den nächsten fünf Jahren die Früchte der vergangenen zehn Jahre ernten will. Was wollen Sie denn da außer Schulden ernten?

[Heiterkeit bei den Grünen und der PDS]

Seit zehn Jahren betreiben Sie ein gigantisches Defizit-Spending in der Hoffnung, dass die Stadt dabei ökonomisch auf die Beine kommt. Bislang ist diese Politik aber ohne jeden ökonomischen Erfolg geblieben. Leider gibt es auch keine greifbaren Anzeichen dafür, dass diese Wette in absehbarer Zeit aufgehen könnte. Noch immer beträgt das Bruttosozialprodukt pro Kopf in Berlin gerade zwei Drittel von Bremen und die Hälfte von Hamburg. Noch immer sind wir das Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum unter den Bundesländern. Davon reden Sie nicht. 270 000 Arbeitslose und 350 000 Sozialhilfeempfänger sind das Resultat der Wirtschaftspolitik des alten und neuen Senats. Das ist keine Erfolgsstory.

[Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Herr Steffel, der diese Lage auch kennt, hat gesagt, er werde künftig einen Schwerpunkt auf die **Wirtschaftsförderung** setzen.

[Dr. Steffel (CDU): Das habe ich nicht gesagt!]

Das ist okay. Dabei ist aber bereits am vorliegenden Haushalt abzulesen, dass die Finanzklemme des Landes Sie dazu zwingen wird, genau umgekehrt vorzugehen und die Wirtschaftsförderung in Berlin zu kappen. Der Kollege Liebich hat das schon dargestellt. Von 300 Millionen DM Effizienzrendite im Gesamthaushalt, die im Verlauf des Jahres noch aufgelöst werden müssen, stehen allein 120 Millionen DM im Wirtschaftsetat. 120 Millionen DM im Rest des Jahres zu sparen, Herr Branoner, das wird Ihnen nicht gelingen. Man braucht sich doch nur die Kostenblöcke bei Ihnen anzusehen. Wie soll das möglich sein? Der erste größere Kostenblock ist die Messe, die ein Verlustbringer bleibt. Daraus werden Sie kein Geld schlagen. Das zweite Millionengrab im Wirtschaftsetat ist die BVG. Dazu ist im Verlauf der Verkehrsdebatte genug gesagt worden. Fest steht, dass bei der BVG in diesem Jahr keine finanzielle Entlastung möglich ist. Damit bleibt nur noch die eigentliche Aufgabe dieses Etats, nämlich die Kürzung der Wirtschaftsförderung. Dabei besteht das Problem, dass wir die Wirtschaftsförderung schon lange nicht mehr aus eigener Kraft betreiben. Auf jede eigene Mark kommen fast zwei DM an Subventionen von der EU und vom Bund. Dass heißt, jede DM, die wir hier sparen, wird mit einem Einnahmeverlust in doppelter Höhe bestraft. Wenn Sie 120 Millionen DM sparen wollen, dann verlieren Sie gleichzeitig 240 Millionen DM an Einnahmen. Eine solche Kürzung wäre völlig sinnlos.

[Beifall bei den Grünen]

Deshalb braucht man kein Prophet zu sein, um zu wissen, dass Sie, Herr Branoner, in diesem Jahr Ihr Ausgabenlimit überschreiten werden. Damit werden Sie beim Haushalt 2001 bei Ihren Senatskollegen nicht noch einmal durchkommen. Deshalb wird schon bald die Diskussion darüber losbrechen, dass die Gelder nicht mehr ausgeschöpft werden dürfen, die von der EU und vom Bund für Wirtschaftsförderung bereitgestellt werden, weil Berlin mangels Masse die Kofinanzierung nicht mehr leisten kann. Das ist dann der Offenbarungseid. Die Wirtschaftsförderung, die dazu dienen soll, die chronische Finanzschwäche der Stadt zu beseitigen und die Einnahmen sprudeln zu lassen, muss zurückgefahren werden, weil dieses Instrument mangels eigener Finanzmittel nicht mehr eingesetzt werden kann. Die Katze der Verschuldung beißt sich in den Schwanz.

Dann werden wir im Haushalt 2001 Prioritäten setzen müssen. Dann werden die Zeiten vorbei sein, in denen wir von der Wirtschaftsförderung 600 Millionen DM in den Erhalt und den Ausbau der kommunalen Infrastruktur stecken – vorzugweise in den Straßen- und Brückenbau. In Zeiten der neuen Ökonomie, die ihre Produkte nicht mit Lastwagen, sondern auf der Datenautobahn verschickt, grenzt das ohnehin an Zweckentfremdung.

Wenn es darum gehen sollte – wie Herr Wowereit es angekündigt hat –, die Wirtschaftsförderung konsequent auf Zukunftstechnologien und regionale Vernetzung zuzuschneiden und dabei nicht zu vergessen, dass Investitionen in Bildung, Ausbildung und Weiterbildung in unseren Schulen und Hochschulen, die heutzutage wichtigste Form der Wirtschaftsförderung in der modernen Wissensgesellschaft darstellen, dann werden Sie uns auf unserem Posten finden. Im Dezember zur II. Lesung des Haushalts 2001 sehen wir uns zu einer sicher viel realistischeren Diskussion wieder.

[Beifall bei den Grünen und bei der PDS]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Eßer. Nun hat Herr Müller von der SPD-Fraktion das Wort!

Müller (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei all den unterschiedlichen Akzenten, die die Fraktionen heute in der Wirtschaftspolitik formulieren, zeigt sich doch – insbesondere in den Beratungen im Wirtschaftsausschuss – ein Grundkonsens, nämlich dass es wichtig ist, für Berlin die Wirtschaft zu stärken und die Arbeitsplätze zu sichern. Das ich richtig, denn in der Wirtschaftspolitik geht es nicht darum, einigen Unternehmern und Konzernen einen Gefallen zu tun, sondern darum, eine wettbewerbsfähige Wirtschaft als Grundlage für die gesamte Entwicklung in der Stadt zu schaffen – als Grundlage für Arbeitsund Ausbildungsplätze, Steuereinnahmen und eine soziale Entwicklung Berlins.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Es besteht kein Zweifel, dass Berlin in den zurückliegenden Jahren viel für diesen Strukturwandel geleistet hat. Wir sind immer noch dabei, aber es ist viel passiert. Gerade im Bereich der Existenzgründungen und der Gründerzentren hat Berlin Großes geleistet. Trotzdem ist noch viel zu tun.

Ein Teil, der noch bearbeitet werden muss - obwohl es auch dazu schon richtige Initiativen gibt -, ist nach wie vor die Förderund Ansiedlungspolitik. Wenn auch schon viel gebündelt wurde, so müssen wir doch endlich dazu kommen, einen zentralen Anlaufpunkt für Investoren und Investitionswillige zu haben, an dem ihnen eine Übersicht über wenige umfassende Programme mit einer klaren Programmbeschreibung und einem einfachen Antragsverfahren gegeben wird. Es ist nicht mehr hinzunehmen, dass Investoren sich erst durch den Berliner Förderdschungel durchfragen müssen, dass insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, die keine Rechtsabteilungen im Hintergrund haben, gar nicht wissen, welche Fördertöpfe für sie da sind. Es muss endlich eine Stelle geben. Die Landesstrukturbank, die schon seit Jahren in der Diskussion ist, muss von der IBB umgesetzt werden. Es muss eine Landesstrukturbank mit Wirtschaftsförderung aus einer Hand sein. Die Fragen nach Berlin Investment Center, one stop agency, die wir seit Jahren diskutieren, müssen umgesetzt werden. Wir brauchen an einer Stelle

C)

Müller

4) eine Übersicht – insbesondere für ausländische Investoren –, die darüber informieren kann, was in der Region Berlin und Brandenburg los ist, welche Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, welche Flächen und Betriebe, welche Konkurrenz vorhanden ist. Das muss an einer Stelle aufgezeigt werden. Die IBB muss sich durch interne Umstrukturierungen auf diese Zukunftsaufgabe vorbereiten. Da ist für die IBB einiges zu tun. Sie muss risikofreudiger werden, und sie muss verstärkt Chancenkapital zur Verfügung stellen.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

In diesem Zusammenhang müssen wir die Zukunft der BLEG und der GSG diskutieren. Wir haben zwei Instrumente in der Berliner Wirtschaftspolitik, die noch nicht so eingesetzt werden, wir es möglich wäre.

Ein weiteres großes Potential mit Entwicklungschancen, die wahrscheinlich noch nicht abschließend abzusehen sind, ist der Bereich der neuen Medien. Wir haben derzeit 450 Multimedia-Unternehmen in Berlin, die schnelle Hilfe und Ansprechpartner brauchen, die ihnen unbürokratisch sagen, was möglich ist und was nicht. Dabei geht es teilweise gar nicht um Geld. Beispielsweise geht es um Räume. Das sind Unternehmen, die keine großen Fabriketagen mit langfristigen Mietverträgen brauchen. Es sind Unternehmen, die Büros zu günstigen Konditionen brauchen, die flexibel einsetzbar sein müssen. Ihnen darf nicht ständig die Bauordnung im Nacken sitzen, die ihnen sagt, was geht und was nicht. Diese Unternehmen brauchen auch qualifizierte Mitarbeiter. Herr Branoner muss in seinen Bemühungen unterstützt werden, wenn er die Initiative der Bundesregierung, ausländische Fachkräfte zu holen, positiv bewertet. Wenn es richtig ist, dass in diesem Bereich 4000 Spezialisten fehlen, dann ist es richtig, wenn Herr Branoner alles dafür tut, diese Fachkräfte für eine Übergangszeit befristet schnell nach Berlin zu holen, und dem Innensenator Paroli bietet. Wir sollten Chancen in diesem Bereich nicht verspielen.

(B) [Beifall bei der SPD]

Auch im Medienbereich muss der **Medienbeauftragte** angesprochen werden. Es wird seit einiger Zeit diskutiert. Herr Branoner und Herr Fürniß haben vor einigen Wochen Konzepte dafür vorgelegt. Herr Diepgen hat das mit dem Hinweis gestoppt, er wolle sich noch einmal darüber informieren, was eine Medienagentur leisten müsse. Dann sagte Herr Branoner parallel dazu, der Medienbeauftragte müsse auf jeden Fall kommen; von der Medienagentur ist er selbst nicht mehr so überzeugt. Heute lesen wir in der Zeitung, dass wir ein Medienbüro bekommen. Das hört sich erst mal gut an. Was verbirgt sich dahinter? Wir haben immer noch keinen Medienbeauftragten, dieses Medienbüro hat keinen Etat, wir wissen nicht, wo es angesiedelt ist, und nach wie vor sind die Aufgaben völlig unklar. Na was denn nun? – kann man da nur sagen.

[Beifall bei der SPD - Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Wenn wir nun der Meinung sind, dass in diesem Bereich Wesentliches zu leisten ist, dass die Investoren hierher geholt werden müssen, dass die Unternehmen mit riesigem Entwicklungspotential, die hier sind, unterstützt werden sollen, dann muss diese endlose Debatte ein Ende haben, dann müssen wir mit dem Medienbeauftragten zu Potte kommen.

[Beifall bei der SPD - Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Bei allen Diskussionen über Zukunft, Potentiale, Betriebe, die nach Berlin kommen sollen, dürfen wir nicht die in Berlin ansässigen Betriebe vergessen. Wir haben glücklicherweise nach wie vor insbesondere im Einzelhandel und im Handwerk Tausende von kleinen und Kleinstunternehmen mit bis zu 10 Beschäftigten, die nach wie vor den Hauptanteil der Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Stadt stellen. Diese Unternehmen, die teilweise auch vergessen werden, insbesondere bei einigen Förderprogrammen, haben große Schwierigkeiten. Darauf werden wir in den nächsten vier Jahren reagieren. Der Handel im Internet – Bereich Medien, den ich eben angesprochen habe – wird künftig eine zusätzliche Bedeutung für den traditionellen Einzelhandel haben. Der großflächige Einzelhandel in und außerhalb der

Stadt, die langsam steigende Kaufkraft, die Gewerberaummieten, die auf hohem Niveau stagnieren, alles das sind Bereiche, die Klein-, Einzelhändler und Handwerker betreffen. Hier müssen wir darüber nachdenken, welche Konzepte und Handlungsmöglichkeiten wir ihnen anbieten können.

Auch über Förderprogramme in diesem Bereich kann man nachdenken, wenn man an anderer Stelle auch einmal kritisch hinterfragt. Wir müssen zum Beispiel überlegen, wie wir mit der Betriebsnachfolge im Handwerk umgehen. Hier geht es um Tausende von Arbeitsplätzen in der Stadt, die verloren gehen, wenn wir nicht Nachfolger für bestehende Handwerksunternehmen finden

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Im Bereich des Tourismus müssen wir weiter voranschreiten. Gerade für viele kleine und mittlere Unternehmen ist der Tourismus ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Wir haben pro Tag 300 000 Touristen in der Stadt. Jeder Übernachtungsgast lässt durchschnittlich 300 DM in Berlin. Das ist insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen in den Citylagen ein sehr großer Wirtschaftsfaktor, den wir nicht vernachlässigen dürfen. Hier muss man weiter fördern und Werbung machen. Trotz allem muss auch hier erlaubt sein, nachzufragen, was Tourismusförderung im Moment leistet, wieviel für wen und für was ausgegeben wird

Abschließend möchte ich betonen, dass die Chancen, die Berlin hat, durch die Vernetzung all der Angebote wahrgenommen werden können, die es in der Stadt gibt. Politik, Kultur, Hochschule, Dienstleistung, Medien, Verbände, Forschung und Industrie, alles das ist in Berlin wie in kaum einer anderen Stadt vorhanden. Wir müssen nicht pausenlos neue Kompetenzzentren bilden. Wir müssen uns da, wo wir markt- und wettbewerbsfähig, wo wir konkurrenzfähig sind, konzentrieren, dort gezielt fördern und aktiv werden und uns nicht in Kompetenzzentren verzetteln.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Die Förderprogramme und die Mittelvergabe werden wir ständig überprüfen. Das gilt im Übrigen auch für den Zukunftsfonds. Natürlich ist es eine großartige Leistung, dass wir diese zusätzlichen Mittel für die Berliner Wirtschaft haben. Aber auch hier muss man parlamentarisch genau begleiten, was für wen und an welcher Stelle ausgegeben wird. Wenn es nur ein zusätzlicher Fördertopf für alte Projekte ist, die ohnehin schon mehrfach gefördert werden, ist seine Aufgabe verfehlt. Der Zukunftsfonds muss neue Akzente setzen, und ich bin zuversichtlich, dass wir das hinbekommen werden.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Wir wollen die Betriebe erhalten, wir wollen sie modernisieren, und wir wollen neue Betriebe in Berlin ansiedeln, alles das mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen. Dafür wollen wir ein gesellschaftliches Klima für Innovation und technischen Fortschritt in der Stadt. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Müller! – Für den Senat hat jetzt der Senator für Wirtschaft und Betriebe, Herr Branoner, das Wort.

Branoner, Senator für Wirtschaft und Technologie: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will versuchen, in fünf Minuten zu antworten und dem Kollegen Stölzl eine Minute abzutreten.

Leider wird etwas immer wieder nicht zur Kenntnis genommen, wenn man auf Zahlen eingeht. Natürlich ist die Arbeitslosigkeit, die wir haben, mit rund 17 % viel zu hoch. 277 000 Menschen sind arbeitslos. Jeder sechste Berliner ist von Arbeitslosigkeit unmittelbar betroffen. Das kann uns nicht ruhig schlafen lassen, und wir müssen alles unternehmen, um in Feldern zu reüssieren und dort neue Wachstumschancen zu entwickeln, wie wir es in den vergangenen Jahren aufgenommen haben.

• •

Sen Branoner

(A) Dieser Haushalt hat Schwerpunkte gesetzt –, er geht in die Richtung, dass wir nicht in Beton investieren, ja dort einen erheblichen Anteil an Investitionsmitteln und Fördermitteln in diesen Bereichen zurückfahren und dafür einen Schwerpunkt auf Qualifizierung, Innovation und Bildung setzen. In der Tat hat zwar der Haushalt der Wirtschaftsverwaltung eine Reduzierung von 2,48 Milliarden DM auf 2,05 Milliarden DM erfahren, aber wir haben die Konzentration vorgenommen, und das ist auch richtig so.

Nehmen Sie bitte bei den Zahlen zur Kenntnis: Wenn Sie von Wachstumsraten sprechen, sprechen Sie nur von einer Kennziffer, die aber nichts darüber aussagt, wie wertträchtig die Wirtschaft und die Arbeitsleistungen der Berlinerinnen und Berliner sind. Wir sind mit 109 000 DM Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner vor allen neuen Bundesländern, vor Rheinland-Pfalz, vor Niedersachsen und vor Schleswig-Holstein. Wenn Sie höheres Wachstum haben wollen, wird Ihnen jeder Unternehmer oder Statistiker sagen, legen Sie einfach noch 20 000 oder 30 000 bei der Arbeitslosenquote oben drauf, dann können Sie von einem niedrigeren Level aus wachsen. Wir, die Koalition und ich als Wirtschaftssenator, wollen das aber nicht. Deswegen kämpfen wir um jeden dieser Arbeitsplätze. Sie sind wichtig für uns, weil damit auch soziale Orientierung verbunden ist.

Dass der Arbeitsmarkt in Berlin vital ist, erkennen Sie an den Zahlen: Über 880 000 Menschen fallen in Arbeitslosigkeit und werden wiederum auf dem Markt vermittelt. Das heißt eine hohe Vitalität und ist ein Ausdruck dessen, dass neue Arbeitsplätze in der Stadt geschaffen wurden – in den vergangenen Jahren über 150 000 allein in den Bereichen Dienstleistungen und Technologie.

Was Sie, insbesondere die Opposition – Herrn Eßer interessiert es offensichtlich nicht, er ist nämlich schon hinausgegangen –, betreiben, ist doch nur die Pflege der Asche. Sie träumen irgendwelchen Dingen hinterher, die es nicht mehr gibt. Ich will nicht die Pflege der Asche, sondern Weitergabe der Flamme. Wir wollen die Entwicklung in Berlin voranbringen. Diese Stadt ist innovativ, und diese Potentiale greifen wir heraus.

Nehmen Sie also auch zur Kenntnis: Wir sind bei den Biopatenten aus Berlin zwischenzeitlich auf Position 11. Wir haben im **Tourismus** im letzten Jahr als einzige Stadt 15 % Zuwachs; wir haben 75 Millionen Tagesbesucher, 23 Millionen, die bei Freunden und Verwandten übernachten, 9,6 Millionen Übernachtungen in Hotels. Wir haben zwischenzeitlich die Position 4 auch im europäischen Maßstab. Madrid haben wir hinter uns gelassen. Ich bin mir sicher, dass jede Mark, die wir dort einsetzen, sich multipliziert – 1 Million DM mehr in diesem Jahr für die Berlin Tourismus Marketing Gesellschaft, auch mit dem Schwerpunkt Kongresse. Allein die Förderung des Kongresswesens, wo wir einen Schwerpunkt setzen, bringt uns bisher 1 Milliarde DM an Kaufkraftzuwachs. Da sagen Sie, das seien Bereiche, die im Haushalt nicht vorgesehen seien.

Venture capital: Vor drei Jahren haben wir auf Position 11 gestanden, heute stehen wir auf Position 5. Glauben Sie, die Firmen geben das Geld in nicht zukunftsträchtige Firmen? Natürlich suchen sie sich aus, was in dieser Stadt passiert. Sie gehen in Unternehmen, die nicht nur in den Technologiebereichen, sondern auch in der Produktionstechnik und Optoelektronik ihren Teil leisten

Die Deutsche Ausgleichsbank und die Kreditanstalt für Wiederaufbau: 1999 – das haben wir und Unternehmen kofinanziert, nehmen Sie auch das zur Kenntnis – haben diese beiden Bundesförderanstalten Berlin auf Position 1 gesetzt. Eben wegen der Mittel, die sie für Beteiligungen und für Risikofinanzierungen ausgeben.

Wir haben die Selbständigenquote heraufgeholt. Nehmen Sie zur Kenntnis: 1990 5,2 %, jetzt 10,3 % bis 10,6 % in Gesamtberlin, bundesweiter Durchschnitt ist 10,9 %. Allein im Ostteil der Stadt haben wir eine Selbständigenquote von 11,8 %. Wir sind mit dem Ostteil der Stadt oberhalb des Bundesdurchschnitts! Da sagen Sie, es passiert hier nichts! Wir haben 22 Gewerbe- und Innovationszentren mit 9 000 Beschäftigten und

760 Unternehmen. BIG/TIP ist der Exportschlager in bundesdeutsche Lande. Über 300 solcher Technologiezentren gibt es ietzt.

Wir sind mit 22 Zentren auf Position 1. Wir haben ein Netzwerk im Bereich der Existenzgründungen, 90 Personen, Institutionen, die sich in diesen Feldern engagieren. Andere Bundesländer kopieren das. Wir haben zwischenzeitlich die kritische Masse bei den hier ansässigen Werbeunternehmen überschritten. Früher war es so, dass die Unternehmen zu ihren Kunden nach München, Frankfurt, Düsseldorf oder Hamburg mussten. Heute können die Unternehmen in Berlin präsentieren; sie kommen hierher. Das ist gut so.

Wir haben einen Schwerpunkt auf die **Call-Center** gesetzt. In nur zwei Jahren sind damit 7000 Arbeitsplätze geschaffen worden. Ist das nichts? Ich sage, ja! Unterstützen Sie uns, dass wir mit diesen Akquisitionen vorankommen. Und auch Zukunftsträchtiges ist in anderen Bereichen passiert. Natürlich ist der Technologierat Berlins, zugleich der Beirat für den Zukunftsfonds für uns ein wichtiger Partner, nicht nur im deutschen, sondern auch im internationalen bench-mark.

Kollege Dr. Steffel hat vollkommen zu Recht auch auf die Rahmenbedingungen hingewiesen. Wir brauchen natürlich alles, was mit Steuerreform zusammenhängt. Wir brauchen eine Reduzierung natürlich auch der Gewerbesteuer. Ich habe vorhin beispielsweise mit einem Unternehmen gesprochen, das darauf hingewiesen hat, dass das Paket an Unterstützung in Ordnung ist; sie wollen Gewinn machen, aber der Unterschied in der Gewerbesteuerhöhe ist einfach zu groß und zu schwierig.

Ich habe in den vergangenen Jahren viele Institutionen und Programme gebündelt. Ich bin Herrn Müller dankbar, der sagte, dass dieser Schritt noch weitergegangen werden soll. Es ist etwas schwierig, an dem Beharrungsvermögen mancher Institutionen vorbeizukommen. Wir werden es aber gemeinsam schaffen, weil es unser Ziel ist, im Sinne einer one stop agency ein Investitionsklima zu schaffen, das gut ist. Hier setze ich auch insbesondere auf die Zusammenarbeit mit dem Finanzsenator Peter Kurth und dem Stadtentwicklungssenator Peter Strieder. Sie werden es erleben, dass die Investoren nicht nur gern gesehen sind, sondern wir die Planungen auch an der Stelle umsetzen werden.

Die Schwerpunktsetzung und die Strukturveränderung in Gesellschaft und Wirtschaft finden allerdings nicht nur bei privaten Unternehmen statt, sondern natürlich auch – hier müssen sie sich einbinden lassen – bei den **Anstalten öffentlichen Rechts**. Sie wissen, dass wir in den vergangenen Jahren und vor allen Dingen Monaten sowohl bei den Wasserbetrieben als auch bei der BVG schwere Einschnitte vorgenommen haben. Es ist zwingend notwendig, um hier wettbewerbsfähig zu sein – das hat auch mit der Standortsituation in Berlin zu tun. Wir werden auch weitermachen, werden aber mit Sicherheit auch für die anderen Anstalten ein sinnvolles Zukunftkonzept entwickeln.

Dieser Haushalt ist kein Wunschkonzert. Dieser Haushalt ist eine sehr realistische Antwort auf die Fragen, die wir uns gestellt haben, eine zukunftsfähige, zukunftsträchtige, innovative Wirtschaftsstruktur in dieser Stadt zu schaffen, Dienstleistungen einen Raum zu geben und dabei Industrie und Handwerk zu stützen, dass über 230 000 Arbeitsplätze sichert – natürlich ist dies Mittelstand –, 80 % der Ausbildungsplätze und über 66 % der Arbeitsplätze. Sie haben in Berlin nicht nur einen richtigen Ort, sondern sind in Berlin auch gut aufgehoben, vor allem bei dieser Koalition und diesem Wirtschaftssenator! – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei der PDS und bei den Grünen]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Senator Branoner! Damit ist der Einzelplan 13 besprochen, denn es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. – Jetzt lasse ich wiederum zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, Drucksache 14/301-13, abstimmen. Wer dem Antrag der Fraktion der

D)

Sen Branoner

PDS zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! -Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Die Gegenstimmen waren die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer nun dem Einzelplan 13 unter Berücksichtigung der Änderungen des Hauptausschusses, Drucksache 14/301, und der Auflagenbeschlüsse des Hauptausschusses gemäß Drucksache 14/302, hier die Nr. 55, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei Gegenstimmen der Opposition ist damit der Einzelplan 13 beschlossen. Über die beiden Änderungsanträge der Fraktion der Grünen, Drucksachen 14/301-3 und 14/301-4, wird wie bisher auch unter den Einzelplänen 29 abgestimmt.

Wir kommen damit zum

Einzelplan 17

- Wissenschaft, Forschung und Kultur -

- 1. Änderungen des Hauptausschusses nach Druck-
- 2. Auflagenbeschlüsse des Hauptausschusses nach Drucksache 14/302, Nrn. 63 bis 71

Hierzu liegt auch der Änderungsantrag der Fraktion der Grüne,n Drucksache 14/301-4, und der Änderungsantrag der Fraktion der PDS. Drucksache 14/301-14. vor. Die Reihenfolge ist wie bisher. Es beginnt die Fraktion der PDS. Das Wort hat Herr Hoff.

Hoff (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie werden sich vielleicht noch erinnern können, insbesondere dieienigen, die schon in der vergangenen Legislaturperiode hier im Haus waren, dass in den Jahren 1996 bis 1998 die Hochschulen die Diskussionen um die Wissenschafts- und Kulturhaushalte bestimmt haben. In diesem Jahr waren es die Theater. Das hat auch mit dem Rücktritt von Frau Senatorin Thoben zu tun. Dies hat dazu geführt, dass hier im Abgeordnetenhaus die Illusion eingetreten ist, dass Frau Thoben nur die Kultursenatorin gewesen ist. Diesen Eindruck sollte man verwischen. Hier geht es um ein gemeinsames Ressort Wissenschaft und Kultur. Ich will die Relation noch einmal deutlich machen: Dieses Ressort hatte einmal einen Etat von 4,3 Milliarden DM, jetzt sind es nur noch 3,3 Milliarden DM. Mehr als 700 Millionen DM sind bei den Universitäten und Fachhochschulen reduziert worden. Das sollten sich insbesondere diejenigen vor Augen halten - ohne eine Konkurrenzdiskussion zu führen, die von den Kulturpolitikern teilweise aufgemacht wurde -, die, wie beispielsweise Frau Ströver, gefordert haben, dringend notwendige Projekte des Kulturbereichs aus dem Wissenschaftshaushalt zu finanzieren. Das ist keine sinnvolle Politik!

[Beifall des Abg. Liebich (PDS)]

Ich habe das Ihnen, Frau Ströver, auch bereits gesagt. Dass Ihre Strategie dabei leider Erfolg gehabt hat, ist im Hauptausschuss deutlich geworden. Dringend benötigte Mittel für die bezirkliche Kulturarbeit sind aus dem Lieblingssparstrumpf des Hauptausschusses, aus dem Wissenschaftsetat - dem Studentenwerk -, finanziert worden. Das ist ein Problem, das in den kommenden Jahren in den Haushaltsdebatten auch wieder auf ein anderes Maß zurückgeführt werden muss.

Die strukturellen Probleme, die durch 1 Milliarde DM Kürzung im Einzelplan 17 realisiert worden sind, können nicht durch eine sinnlose Konkurrenz zwischen den beiden Ressorts, sondern nur durch ein gemeinsames Angehen der strukturellen Probleme auf die ich mich in meiner Rede konzentrieren möchte - realisiert werden. Das heißt also: Beenden Sie hier im Haus eine sinnlose Konkurrenz zwischen Wissenschaft und Kultur!

[Beifall bei der PDS]

Ich sprach davon, dass die Kürzungen in den vergangenen Jahren eine strukturelle Schwäche der großen Einrichtungen, der Klinika, der großen Theater, der Fachhochschulen und Universitäten, offenbart haben und dass es im Prinzip um drei große Pro- (C) bleme geht. Ich habe sie identifiziert und möchte auf sie kurz ein-

Das erste Problem ist das Personalmanagement, die Tarifvorsorge. Wir sind, das ist schon in der Sondersitzung des Abgeordnetenhauses zum Rücktritt von Frau Thoben deutlich geworden, konfrontiert mit einem riesigen Personalüberhang und einem nicht ausfinanzierten Personalhaushalt des Landes. Es gibt eine Verweigerung des Innensenators, sich mit dem Überhangmanagement auseinanderzusetzen. Dieses Problem wird auch noch verschärft durch eine fehlende oder nicht hinreichende Kooperationsbereitschaft der entsprechenden Häuser. Das betrifft nicht nur die Theater dort, sondern auch die Universitäten und Fachhochschulen. Das ist ein Problem, das beendet werden muss. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb naheliegende Kooperationen und Abstimmungen nicht realisiert werden, aber dafür gebannt auf mögliche Zuzahlungen aus dem Landeshaushalt gehofft wird. Hier müssen auch die Einrichtungen Vorleistungen erbringen. Hier müssen die Einrichtungen kooperieren. Hier muss der Innensenator endlich seine Pflichten erfüllten, um den ersten Schritt zur Lösung des Personalproblems zu leisten

[Beifall bei der PDS - Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

In der Sondersitzung des Abgeordnetenhauses hat der Fraktionsvorsitzende unserer Fraktion viel Richtiges gesagt

[Gram (CDU): Aber auch viel Falsches!]

- darauf hoffen Sie immer nur - und einen richtigen Satz vorgetragen. Er hat darauf hingewiesen, dass sich in den Wissenschafts- und Kultureinrichtungen das Versprechen des Senats beweisen wird, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben soll. Genau in diesen Häusern ist die Gefahr des Bruchs dieses Versprechens am größten. Aus diesem Grund muss der Senat endlich initiativ werden. Er muss aus unserer Sicht die Willenserklärung in ein Projekt umsetzen, betriebsbedingte Kündigungen nicht zuzulassen. Das geht nur durch eine Offensive für (D) Beschäftigung. Ein solidarischer Beschäftigungspakt im öffentlichen Dienst erfordert die Initiative des Senats und die Bereitschaft der Gewerkschaften, gemeinsam initiativ zu werden und eine Reduzierung von Arbeitszeiten, eine Umverteilung von Arbeit und Einkommen möglich zu machen. Hier muss die gesamte Klaviatur der möglichen Arbeitszeitumverteilungsmechanismen bedient werden. Solange das nicht passiert, bleibt das Versprechen des Senats nicht mehr als eine Willenserklärung, die ihrer Beweiskraft harrt.

[Beifall bei der PDS - Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Insbesondere an den neuen Senator Stölzl wende ich mich: Sie müssen im Bereich der Hochschulen und der Theater im Senat dafür wirken, dass junge Menschen eine Chance erhalten, dass eine junge Generation eine Chance für Ausbildung und Beschäftigung erhält, dass Personalkosten gesenkt werden können und damit auch die Handlungsfähigkeit von Theatern und Wissenschaftseinrichtungen realisiert werden. Das müssen Sie machen. Wenn Sie es nicht tun, brechen Sie das, was Sie uns in der Fraktionssitzung bei Ihrer Vorstellung vorgetragen haben, soziale Gerechtigkeit auch als Teil Ihrer Politik zu verstehen. Soziale Gerechtigkeit heißt hier Personalmanagement, die Lösung des Personalproblems und die Auseinandersetzung mit dem Innensenator, der hier durch starres Beharren auf der Fachhochschule für Verwaltung Rechtspflege das bereits in der vergangenen Legislaturperiode im Hauptausschuss vereinbarte Lösungsmodell für die Tarifvorsorge und die Versorgungslasten an den Hochschulen boykottiert.

Das zweite strukturelle Problem liegt in der baulichen Unterhaltung und dem Grundstücksmanagement. Wir haben im Abgeordnetenhaus bereits häufig gefordert, den Investitionshaushalt des Landes abzusenken. Er ist aufgebläht. Wir sagen: Der Senat investiert in Beton statt in Innovationen und Köpfe. Das ist ein Dilemma. Das zweite Dilemma ist aber, dass trotz eines aufgeblähten Bauhaushalts dringend notwendige Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen an den Hochschulen und Theatern nicht realisiert werden, denn die Hochschulen und

Hoff

A) die großen Theater haben dafür nicht das hinreichende Geld. Nur durch eine konzertierte Aktion beispielsweise im Hauptausschuss ist es beispielsweise möglich geworden, der Volksbühne dringend benötigte Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Reduzierung der Berliner Anmeldung zum 29. Hochschulbaurahmenplan um 231 Millionen DM führt dazu, dass bereits fertig geplante Projekte, beispielsweise in der Charité, nicht durchgeführt werden können. Diese verschleppte Sanierung, diese verschleppte Instandhaltung führt zu höheren Kosten der Unterhaltung, führt zu höheren Kosten in der späteren Sanierung. Wir fordern seit Jahren bereits, und wir fordern Sie auf, endlich eine konsequente Überprüfung des Investitionshaushalts durchzuführen und zu schauen, wo es notwendigen Investitionsbedarf gibt und wie er befriedigt werden kann.

[Beifall bei der PDS] Schwerer aber noch als die Versäumnisse bei der Instandhal-

tung wiegt die Plünderung des Grundstücksfonds bei den Hochschulen. Hier hat der Senat die Verhandlungen über den Rahmenvertrag mit den Hochschulen schlicht gebrochen. In diesen Rahmenverträgen - ich erinnere Sie noch einmal daran ist vereinbart worden, dass die Hochschulen von weiteren Kürzungen, die über die in den Verträgen festgelegten hinaus gehen, befreit sind. Aber sie können auch Grundstücke verkaufen, um eigene Einnahmen zu erlangen; von den Einnahmen aus den verkauften Grundstücken können sie 50 % behalten, die anderen 50 % gehen in einen Fonds, der nicht zur Plünderung durch den Senat da ist, sondern aus denen die Hochschulen weitere zinsbelastete Kredite herausholen können, wenn sie Schwierigkeiten bei der Finanzierung ihrer Maßnahmen haben. In diesem Jahr ist das, was verschämt "Effizienzrendite" genannt wird, eigentlich pauschale Minderausgabe ist, durch den Senat realisiert worden, indem man schlicht den Grundstücksfonds in Höhe von 27 Millionen DM geplündert hat. Das ist nicht nur die Aufgabe des von uns sowieso als schwierig empfundenen Grundstücksfonds, sondern es ist auch schlicht ein Bruch des Rahmenvertrages, in dem gesagt wurde, dass die Hochschulen eben nicht Geld weggenommen bekommen über die Kürzungen hinaus, die in den Verträgen festgelegt sind. Hier sind aber noch einmal 27 Millionen DM weggenommen worden. Man kann zusammenfassen: 27 Millionen DM über die Rahmenverträge hinaus gekürzt, das Personalmanagement nicht gemacht, die Instandhaltungskosten nicht realisiert und auch noch die Versorgungsleistungen für die Hochschulen nicht realisiert. Der Senat hat hier auf ganzer Linie versagt, und zwar nicht nur der alte Senator Radunski - alt im Sinne der vergangenen Legislaturperiode; auch wenn er ungefähr im Alter der newcomer der CDU ist -, sondern auch dieser Senat hat versagt.

[Beifall bei der PDS und den Grünen]

Ich bin beim dritten Problem - die generelle Ausfinanzierung der Kultur- und Wissenschaftsstruktur. Die Wissenschafts- und Kultureinrichtungen sind das Pfund, mit dem Berlin wuchern könnte. Der Senat setzt jedoch die Innovationsfähigkeit der Stadt aufs Spiel und redet sich die Stadt schön. Das funktioniert nach einem ganz einfachen Prinzip: Wenn die Realität mit meinen Träumen nicht übereinstimmt - Pech für die Realität. Das Problem ist nur, dass Sie das Pech haben, Herr Senator Stölzl, weil Sie mit einem Defizit von 70 Millionen DM anfangen, mit der Situation von einer Milliarde DM Kürzungen in nur sechs Jahren und dass diese Kürzungen die Substanz der Theater, Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen gefährdet haben. Diese Situation führt notwendig zu einem Umdenken in allen politischen Lagern. Dieses Umdenken ist in einigen Punkten schon angesprochen worden. Die Hauptstadtkulturfinanzierung muss zügig ausgehandelt werden. Wir haben in der Sondersitzung des Abgeordnetenhauses hierzu Vorschläge gemacht. Frau Ströver hat diese Vorschläge - bezogen auf die Mahn- und Gedenkstätten - kritisiert. Da frage ich Sie noch einmal - das werden Sie in Ihrer Rede sicherlich deutlich machen, Frau Ströver -, was Sie eigentlich außer Befindlichkeiten gegen das von uns vorgeschlagene Modell haben und wie Sie Ihr Modell finanzieren wollen. Unser Modell ist ein sinnvolles Finanzierungskonzept für einen künftigen Hauptstadt-Kulturvertrag.

[Beifall bei der PDS]

Wir schlagen neben unserem Modell für einen neuen Hauptstadt-Kulturvertrag vor, das Modell der Rahmenverträge auch auf die Kultureinrichtungen auszudehnen. Wir wissen, dass Steuerungsfragen haushaltspolitisch ausgesprochen schwierig sind, wenn relevante Bereiche der politischen Steuerung entzogen werden, indem mittels Verträgen eine mittelfristige Finanzierungszusage gemacht wird. Andererseits hat das Modell der Rahmenverträge den Vorteil, dass neben der Planungssicherheit, die wir trotz aller Kritik an den Rahmenverträgen der Hochschulen festhalten müssen - sie haben natürlich eine gewisse Planungssicherheit im Status der Unterfinanzierung bekommen -, darüber hinaus mittels der Rahmenverträge mit konsequenten Zielvereinbarungen auch Strukturveränderungen in den einzelnen Richtungen durchgesetzt werden. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen, wo wir den dringenden Bedarf für Strukturveränderungen sehen. Wenn große Theatereinrichtungen in dieser Stadt ihren Etat um 18 Millionen DM überziehen, dann ist das gegenüber der bezirklichen Kultur, die fast denselben Etat insgesamt für sich beansprucht, mehr als unsozial. Das ist in hohem Maße unsolidarisch! Hier bedienen sich große Theater auf Kosten der Bezirkskultur. Dieses Prinzip muss mit solchen Rahmenverträgen und über Zielvereinbarungen beendet werden.

[Beifall bei der PDS - Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Rahmenverträge mit den Kultureinrichtungen könnten Trägern wie Sonnenuhr ebenso Planungssicherheit gewähren wie dem Deutschen Theater und wären damit ein Beitrag zur Sicherung des Kulturangebots und zur Konsolidierung des Landeshaushalts. In den Haushaltsberatungen ist deutlich geworden, dass selbst auf CDU-Seite solch ein Modell wenigstens für überdenkenswert gehalten wird. Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2001 wird hoffentlich in diesem Hause eine gemeinsame Entscheidung hierzu getroffen.

In den kommenden Monaten wird es darauf ankommen, auch die Rahmenverträge der Hochschulen auf den Prüfstand zu stellen, das entsprechende Wissenschaftsratsgutachten wird dazu Anlass bieten. Es wird auch Anlass bieten, zwei Dinge zu diskutieren, die unsere Fraktion einbringen wird. Das erste: Das Modell einer Hochschulkooperation in Berlin und eines Hochschulkooperationsvertrages, der deutlich machen wird, dass es eine Perspektive für diese Region im Hochschul- und Wissenschaftsbereich nur über Kooperationsstrukturen geben kann. Geld für diese Hochschuleinrichtungen, die wir im Land Berlin auch für viele auswärtige Studierende vorhalten, muss mit einem Modell des Länderfinanzausgleichs, Hochschulfinanzausgleichs wie es in der Schweiz bereits umgesetzt wird - und wie beispielsweise mit dem Geld vom Studierendenmodell, vom CHE, und dem Stifterverband für die deutsche Wissenschaft vorgeschlagen wird, in die Diskussion im Land Berlin eingebracht werden. Unsere Berechnungen sagen, dass daraus 800 Millionen DM für Berlin eingebracht werden können.

Ich komme zum letzten Punkt. Wir werden immer gefragt, wie wir eigentlich die Vorschläge finanzieren wollen.

Vizepräsident Dr. Luther: Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit, Herr Hoff!

Hoff (PDS): Ich bin beim letzten Satz! – Ich will auf ein Projekt hinweisen, das in den Haushaltsberatungen schon angesprochen wurde. Wir haben vom Rechnungshof den Bericht über die Entwicklungsmaßnahme Adlershof. Auf 160 Seiten wird dort deutlich gemacht: Misswirtschaft, doppelt abgerechnete Verträge, Fehlbelegung, Mindereinnahmen, undurchsichtige Struktur. Meine Damen und Herren, wenn Sie das nächste Mal hämisch fragen wollen, wie wir unsere Haushaltsvorschläge finanzieren, dann schweigen Sie mal fein still und überlegen Sie sich, welche Einrichtungen im Wissenschafts- und Forschungsbereich in dieser Stadt hätten finanziert werden können, wenn man solche Projekte wie Adlershof nicht in der Weise, wie Sie es in Ihrem Größenwahn – "global city des Wissens, capital of

Hoff

(A) talents" usw., wie immer Sie Ihre Leitbilder nennen – aufzieht, sondern mit strikter Haushaltskontrolle Vorschläge zu Mehreinnahmen realisiert werden.

Vizepräsident Dr. Luther: Ihre Zeit ist wirklich schon abgelaufen.

Hoff (PDS): Das ist eine sichere Haushaltspolitik. Dafür stehen wir zur Verfügung – zur Sicherung der Zukunft und Innovationsfähigkeit dieser Stadt. – Vielen Dank!

[Beifall bei der PDS - Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Vizepräsident Dr. Luther: Für die Fraktion der CDU beginnt jetzt Frau Abgeordnete Grütters.

Frau Grütters (CDU): Benjamin Hoff, ich muss mit einem gewissen Bedauern oder Augenzwinkern feststellen, dass wir manchmal doch gleicher Meinung sind. Ich halte es für mindestens ebenso schade wie Sie, dass wir entscheidene Zukunftsfelder wie Wissenschaft und Kultur zu so später Stunde hier aufrufen müssen. Ich hoffe, dass wir uns in der Bedeutung dieser Einrichtungen trotzdem einig sind und es lediglich der Haushaltssystematik des Einzelplans 17 geschuldet ist, dass wir erst jetzt dran sind. Oder sehen wir es umgekehrt so: Wir setzen zum Schluss der Debatte eben doch ein Zeichen für eine Prioritätensetzung zugunsten von Wissenschaft und Kultur. Das sind doch immerhin die wichtigsten Zukunftsfelder des Landes Berlin auch in Zeiten knapper Finanzen. Heutzutage wird ja leider jede politische Entscheidung zugunsten der Wissenschaft, auf die wie stolz sind, erkauft mit unerlässlichen Opfern auch in diesem sensiblem Bereich

Man kann eben kaum noch echte Erfolge verzeichnen, immer sind sie auch geprägt – ich drücke es positiv aus – von einem Bewusstsein für den Landeshaushalt als Ganzes. Das geht an die Adresse des Finanzsenators.

Ein Ausdruck der herausragenden Bedeutung der Wissenschaft für Berlin mag aber immerhin der Umstand sein, dass wir es mit einem Haushaltsvolumen von knapp 3,4 Milliarden DM -Herr Hoff, nicht 3,3 Milliarden DM –, mit dem drittgrößten Haushalt des Landes zu tun haben. Davon fließen in die Hochschulen, die wir mit 4-jährigen Verträgen abgesichert haben, allein im Jahr 2000 immerhin 2,2 Milliarden DM. Aber das ist so ein Opfer, das wir nur notgedrungen erbringen. Die Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen leisten auch einen erheblichen Konsolidierungsbeitrag. Die Etats sind von 1999 auf 2000 bereits um rund 90 Millionen DM - inklusive Medizin - gekürzt worden. Im Vergleich zum Wintersemester 1998 sind heute nicht mehr 136 000 Studierende in Berlin immatrikuliert, sondern nur noch knapp 130 000. Dass ich das nicht begrüßen kann, werden Sie hier verstehen. Einsparungen in dieser Größenordnung, die Absenkung der Studienplatzanzahl auf 85 000 in Berlin sind allenfalls ein Zeichen dafür, wie dramatisch die finanzielle Gesamtlage Berlins ist.

Ich möchte aber auch benennen, was trotz dieser Schwierigkeiten immerhin gelungen ist und – wie ich meine – nirgendwo so erfolgreich wie im Wissenschaftsbereich gelaufen ist. Anders als in allen anderen Ressorts haben wir es geschafft, in bemerkenswert kurzem Zeitraum die Hochschulen des Landes Berlin durch ein bisher nirgendwo erprobtes Instrument abzusichern, nämlich durch Vierjahresverträge, und zwar abzusichern vor allzu rigiden Einsparungen. Diese Besserbehandlung der Hochschulen ist eben das, was man eine politische Prioritätensetzung nennt. Die Verträge sind den Unis nur mühsam abgehandelt worden, wussten die Verantwortlichen doch auch, dass sie es in Zukunft mit weiteren Kürzungen der Globalzuschüsse zu tun haben würden

Der Staat muss deshalb darauf bedacht sein, das einmal gewonnene Vertrauen nicht zu zerstören. – Da gebe ich Ihnen Recht. – Die Hochschulen mahnen das im Moment deshalb an, weil wir 27 Millionen DM als Konsolidierungsbeitrag zum

Haushalt 2000 aus dem im Kontext der Verträge zugesagten (C) Überbrückungsfonds genommen haben. Aber, Herr Hoff, machen Sie einen besseren Vorschlag! Ich halte diesen Weg trotz der berechtigten Klage der Unis immer noch für erträglicher als jeden anderen, der die Etats immerhin direkt getroffen hätte.

[Eßer (Grüne): Das ist ein Vertragsbruch!]

Immerhin schließen die Verträge – auch das hätten Sie erwähnen müssen – eine Tarifvorsorge von 1,5 % ein, außerdem eine Berücksichtigung der Versorgungslasten und eine Steigerung der Sachmittelausgaben von 1 %. Die Kultureinrichtungen, die Sie erwähnt haben, wären froh, wenn sie das hätten.

[Zuruf des Abg. Hoff (PDS)]

Auch dies ist ein Zeichen der Prioritätensetzung. Das ist auch richtig so, denn die Betrachtung der Ausgaben für Hochschulen unter den konsumtiven Ausgaben ist meines Erachtens falsch. Wir haben es bei den Wissenschaftseinrichtungen eben mit einem Teil der Zukunftsinvestition zu tun. Wer heute nicht in Qualifikation und Forschung investiert, kann für die Zukunft keine Erträge erwarten.

[Beifall bei der CDU, bei der SPD und des Abg. Hoff (PDS)]

Die Koalition wird an diesem Vorrang für Investitionen in die Zukunft festhalten. Wir haben deshalb der Vereinbarung der Ministerpräsidenten über Finanzierung von Max-Planck-Gesellschaft und DFG zugestimmt, die für diese Einrichtungen immerhin eine Steigerung von 3 % vorsehen. Berlin erhält über die hier ansässigen und im Aufbau befindlichen Institute der außeruniversitären Forschung für jede eigene DM zusätzliches Geld vom Bund und aus den anderen Ländern, was sich auch auf die Arbeitsplätze auswirkt. Die DFG koppelt darüber hinaus die Vergabe ihrer Mittel an eine überregionale Begutachtung. Ich möchte nicht verschweigen, dass die Berliner Hochschulen in diesem Wettbewerb sehr gut abschneiden. 23 Sonderforschungsbereiche zeigen die Leistungsfähigkeit der Forschung, 32 Graduiertenkollegs den Standard unserer Unis, vor allem im Bereich der Nachwuchsförderung. Deshalb wendet Berlin auch zusätzlich 1 Million DM mehr für das neue Emmy-Noether-Programm auf, das die frühe Selbständigkeit des wissenschaftlichen Nachwuchs im Sinn hat. Und - wie versprochen noch vor der Osterpause - hat sich der Hauptausschuss nun tatsächlich dazu durchgerungen, einen ersten Schritt hin zur Realisierung des großen Bauprojekts TU und HdK-Bibliothek zu tun. Wir bekommen 60 Millionen DM vom Bund und 10 Millionen DM private Fördermittel. Es wäre schade, wenn wir das nicht gemacht

Das wichtigste strategische Zukunftsthema für die Wissenschaft steht jetzt kurz vor seiner Umsetzung. Der Wissenschaftsrat wird im Mai endlich seine Empfehlung für die Strukturentscheidung der Hochschulen in Berlin abgeben.

[Hoff (PDS): Ein Offenbarungseid!]

Wir sehen dem mit Spannung entgegen.

[Hoff (PDS): Mit Angst!]

 Nein mit Spannung, Herr Hoff – Sie vielleicht mit Angst, aber wir mit Spannung. – Wir erwarten das Wissenschaftsgutachten über die Verteilung der Studienfächer und somit auch über die Profile der Unis. Das Gutachten wird sicherlich auch unangenehme Anmerkungen enthalten.

[Hoff (PDS): Dann geht das Hauen und Stechen erst richtig los!]

Aber was erstens das Vorgehen so bedeutend macht, ist, dass es sich das erste Mal seitens des Wissenschaftsrats um eine derart umfassende Empfehlung für ein ganzes Bundesland handelt. Zweitens bringt das Gutachten eine Gesamtstrategie zum Ausdruck, wie mit den Hochschulpotentialen in finanziell schwierigen Zeiten konzeptionell umzugehen ist. Eine Konzeption wie diese haben wenige Ressorts in solchen Zeiten auf Grund der Haushaltsnöte vorgelegt. Die Wissenschaft macht das, stellt sich auch den unangenehmen Empfehlungen eines Wissenschaftsrats.

Frau Grütters

Die zur Zeit so krisengeplagte Kultur kann sich an der Wissenschaft einmal ein Beispiel nehmen. Das ist jedenfalls besser, als das Geld aus dem Wissenschaftsbereich zu nehmen. - Herr Stölzl, ich muss Sie an dieser Stelle einmal ansprechen. Machen Sie bitte nie den Fehler, Teile Ihres Gesamtbudgets im Einzelplan 17 von der Wissenschaft zur Kultur umzuschichten oder umgekehrt! Das ist in der Vergangenheit schon passiert. Sie sollten es besser nicht wiederholen!

[Beifall des Abg. Hoff (PDS)]

Nehmen Sie sich lieber an einer Stelle ein Beispiel an der Wissenschaft, wo sie als Vorbild für die Kultur taugt. Ich nenne dazu 5 Punkte:

- 1. Hier ist ein Konzept von den Betroffenen selbst erstellt worden, das jetzt vom höchsten Fachgremium in Deutschland kommentiert wird. Diese Gesamtstrategie erscheint mir besonders wert, herausgehoben zu werden.
- 2. Die überfälligen Strukturreformen werden in der Wissenschaft sehr schnell angepackt, und zwar erstens durch die Verträge, die die Unis ein wenig vor der jährlichen Haushaltssystematik bewahren. Auch das halte ich für ein Musterbeispiel für die Kultur. Den Unis wird größere Autonomie gewährt, und dafür werden im Gegenzug Reformen eingeklagt, die auch kommen.
- 3. Diese Reformen werden in einem beachtlichen Tempo umgesetzt, und zwar durch die neuen Verfassungen, die sich die Unis im Zuge der Erprobungsklausel gegeben haben und die wir jetzt in ein neues Hochschulgesetz einfließen lassen. Auch das ist in weniger als 2 Jahren von der Idee zur Umsetzung gelungen.
- 4. Wir haben sowohl Tarifvorsorge getroffen als auch die Versorgungslasten in den Hochschulen berücksichtigt. Die Kulturhäuser wären froh, wenn sie das hätten.
- 5. Durch die im Zuge der Verträge gewonnene größere Flexibilität in der Haushaltssystematik und im öffentlichen Dienstrecht, das übrigens auf Bundesebene jetzt weitgehend novelliert wird, entstehen weitreichende Gestaltungsspielräume für eigenes Handeln der Universitäten bis hin zur leistungsbezogenen Mittelvergabe, zur Budgetierung der Fachbereiche, zur Erschlie-Bung von Einnahmequellen und die Chance, Studierende durch Auswahlgespräche für ihre Uni zu gewinnen, sind die Berliner Unis auf guten Weg, nicht nur Finanzprobleme zu meistern.

[Hoff (PDS): Höchstens 10 % der Professoren machen das!]

- Ich gebe Ihnen Recht, ich wäre froh, wenn es 50 % wären, am besten 100 %. Aber ich wundere mich, dass Sie bei diesem Reformprozess jetzt so weit vorne stehen. Bisher war es immer die Opposition, die genau das nicht wollte.

[Beifall bei der CDU]

Im globalen Wettbewerb werden unseres Erachtens die Standorte bestehen, die mit intelligenten Ansiedlungen, mit jungen kreativen Leuten, mit Weltoffenheit und Leistungswillen nach vorne schauen.

Wissenschaft und Forschung sind das wertvollste Potential Berlins in diesem internationalen Vergleich. Deshalb werden wir unsere Berliner Hochschulen und Forschungseinrichtungen auch in Zukunft schützen und sie in ihren Reformeifer unterstützen. - Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Frau Grütters! - Für die Fraktion der CDU spricht nun Herr Lehmann-Brauns zum Thema Kultur.

[Zurufe von links]

Dr. Lehmann-Brauns (CDU): Ich gehe auch wieder, wenn ihr nicht wollt, dass ich rede.

[Zurufe]

Mein Freund Landowsky sagt, ich soll, dann mache ich das jetzt. [Heiterkeit]

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Berlin ist wegen (C) seiner Kulturprobleme ins Gespräch gekommen, übrigens europaweit. Landauf und landab wird nach Gründen, Ursachen, Perspektiven gesucht und gefragt. Nicht selten hört man auch, dass die Politik zu feige sei, um wirkliche Reformen durchzuführen, statt Dinge abzuschalten und auf andere Dinge draufzusatteln.

Diese Schlaumeier haben bisher iedenfalls noch nie benannt. wen sie denn umbringen wollen, und ebenso wenig, wer die glücklichen Überlebenden sein sollen.

[Frau Jantzen (Grüne): Wir wollen niemanden umbringen!]

Deshalb sind solche Vorschläge keine Lösung.

Ich möchte für die CDU feststellen, dass es für uns keinen schlimmeren Vorwurf gäbe als den, dass wir uns daran beteiligen würden, Kultureinrichtungen abzuschalten oder gar zu schließen.

[Wieland (Grüne): Das habt ihr doch gemacht!]

Es gibt nur einen Grund, Herr Wieland, weshalb ein Theater geschlossen werden muss, nämlich dann, wenn weder Sie noch die anderen Berliner dort hingehen.

Wenn keiner mehr hingeht, allerhöchstens die Familie des Intendanten, dann muss Schluss sein. Wir hatten so einen Fall schon einmal, die Freie Volksbühne im alten Westberlin. Sie können sich erinnern, und wenn nicht, dann müssen Sie das mit sich ausmachen.

Ab und zu fällt auch der Name Peter Radunski in dieser Debatte, und ihm wird das eine oder andere aufgeladen. Ihm wird insbesondere vorgehalten, dass er es daran hätte fehlen lassen, über Strukturen zu diskutieren - ein Vorwurf, der lediglich zeigt, dass die, die ihn erheben, entweder böswillig sind oder keine Ahnung von dem haben, was in der Kulturpolitik seit fünf Jahren los war.

> [Beifall bei der CDU] (D)

Es gibt keinen anderen Senator, mit dem wir nicht seit fünf Jahren in jeder Kulturausschusssitzung eigentlich nichts weiter diskutiert haben als Strukturverbesserungen. Sein Kreiselpapier ist auch von der Opposition mehr oder minder angenommen und akzeptiert worden.

[Zurufe von links]

Deshalb ist jede diese Art und Weise, die ich von links höre, so eine Methode "Haltet den Dieb!" und nicht viel mehr, wenn nicht gar verlogen, jedenfalls nicht weiter führend.

Nun habe ich mir angehört, was die Opposition als Alternative vorschlägt. Das ist diffus.

[Wieland (Grüne): Ha! Was bieten Sie denn?]

Das ist diffus, Herr Wieland, Sie müssen es sich anhören! - Der Herr Wolf sagte neulich im Inforadio, es müsse in der Sommerpause Theater gespielt werden. Das ist ein braver Vorschlag, den wir seit Jahren vertreten. Ein bisschen haben wir uns auch durchgesetzt, aber Geld, lieber Herr Wolf, bringt das nicht zusätzlich in die Kassen.

[Wolf (PDS): Nehmen die dann keinen Eintritt?]

Dann höre ich von der PDS, man müsse die Spielpläne besser organisieren. Sie verlangt nach Kulturentwicklungsplänen, nach Planung - alte DDR, ick hör' dir trapsen. Das bringt alles überhaupt nichts. Kultur kann man nicht planen. Kultur machen die Intendanten, Kultur machen die Künstler und nicht die Politik.

[Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Liebich (PDS)]

Meine Fraktion hat oft genug von dem Bermudadreieck gesprochen, in dem sich die Strukturdebatte befindet: Tariferhöhungen, kein Abfindungsfonds und keine betriebsbedingten Kündigungsmöglichkeiten. Einem Intendanten, einem Kulturmacher dieses Gepäck auf den Weg zu geben, heißt, ihn zu überlasten und zu überfrachten. Deshalb müssen wir aus diesem Bermudadreieck ausbrechen. Statt diese nebulösen Vorschläge zu

Dr. Lehmann-Brauns

M) machen, h\u00e4tte ich gerne, dass auch Frau Str\u00f6ver, die heute noch sprechen wird, einmal klar vor dem Parlament sagt: Ist sie f\u00fcr betriebsbedingte K\u00fcndigungen? Ja oder Nein?

[Zuruf von den Grünen: Sagen Sie das gleich!]

Ist sie dafür, dass eine Abkoppelung der Institutionen von diesen Tariferhöhungen stattfinden kann, oder nicht?

[Zurufe von den Grünen]

Denn Sie können nicht eines machen: Sie können nicht einerseits verlangen, dass diese Einrichtungen selbständig sind, und ihnen andererseits die Mittel aus der Hand nehmen, diese Selbständigkeit auch umzusetzen.

[Beifall bei der CDU – Wolf (PDS): Machen wir doch nicht! – Hoff (PDS): Das ist doch das Haltet-den-Dieb-Spiel! Was ist denn Ihre Position?]

- Ich bin gerade dabei, sie zu erklären!

Unterhalb der Strukturfragen, über die wir uns gemeinsam unterhalten, liegt die Grundsatzfrage der Kulturfinanzierung dieser Stadt auf Dauer. Meiner Ansicht nach können wir uns drehen und wenden, wie wir wollen, und strukturell verbessern, was wir können, auf die Dauer werden wir nicht erreichen, dass der Berliner Haushalt ausreichend Mittel für die Kultur dieser Stadt zur Verfügung hat. Denn etwas auf den Kulturetat drauflegen heißt, es anderen Etats wieder wegnehmen. Auch die anderen Etats sind knapp. Deshalb verfängt diese Methode nicht und ist eine pure Fiktion.

[Zuruf von den Grünen]

Zwar hat Klaus Peymann Recht, wenn er sagt: Das Haushaltsvolumen für die Kultur sei mit der Bedeutung der Kultur für die Stadt in ein richtiges Verhältnis zu setzen, und das jetzige Verhältnis stimme nicht. Aber die Mittel dieser Stadt sind eben begrenzt.

(B) [Frau Martins (Grüne): Keine Philosophie! Ihre Meinung!]

- Ich komme dazu, haben Sie ein bisschen Geduld! - Deshalb fordere ich ihn und alle anderen, die über die Stadt nachdenken und es vor allem gut mit ihr meinen - dazu gehören Sie hoffentlich auch -, auf, für eine grundsätzliche Reform der Kulturfinanzierung zu werben. Wie muss diese aussehen? - Berlin ist eine intelligente, eine innovative, eine offene Stadt, aber eine arme Stadt. Was vielleicht gerade noch einer reichen Stadt wie München möglich wäre, ist bei uns auf die Dauer nicht zu schaffen. Gleichzeitig die freie Szene, die städtischen Einrichtungen und die großen Institutionen, die großen Dampfer, wie es heißt, die nationale, europäische Kulturarbeit leisten - das geht auf die Dauer nicht.

[Zurufe von der PDS und den Grünen]

Das geht ebenso wenig, wie wir in der Lage wären, die Mittel für Bundesautobahnen zusätzlich zu unseren städtischen Ausgaben für den Straßenbau noch mit zu übernehmen.

[Hoff (PDS): Ihr Konzept ist etwas blass!]

Berlin kann nicht gleichzeitig kommunale, regionale und bundesstaatliche Ausgaben finanzpolitisch wahrnehmen. Deshalb müssen wir, ebenso wie unser Steuersystem kommunale, regionale und bundesstaatliche Abgaben unterscheidet, auch zu einer vertikalen **Kulturfinanzierung** kommen. Im Klartext: Der **Bund** muss sich in größerem Umfang als bisher in den Grenzen des Föderalismus an der Kulturfinanzierung dieser Stadt beteiligen. Deshalb appellieren wir an Herrn Naumann, für eine derartige Reform zu sorgen.

[Zurufe von der PDS und den Grünen]

Wir appellieren an ihn ebenfalls, endlich dafür zu sorgen, dass Mittel aus dem EU-Bereich in die Kultur der Stadt fließen. Das können Länder wie Frankreich und Österreich beispielsweise sehr viel besser. Das ist einer der wesentlichen Gründe für seine Existenzberechtigung, die Interessen der Länder gesammelt in Europa zu vertreten. Das kann ein einzelnes Land wie Berlin nicht mit solcher Durchschlagskraft. Da hat er bisher einen erheb-

lichen Nachholbedarf. Mittel sind in Europa genügend vorhanden. Das wäre mir auch lieber als diese kraftlose Besserwisserei von ihm im Hinblick auf die Probleme, die wir hier in Berlin haben.

[Frau Martins (Grüne): Sie haben nicht ein Wort gesagt, wie Sie das im Landeshaushalt regeln wollen!]

Ich habe ihn auch vermisst, als es z. B. in Brandenburg darum ging, Schließungen und Struktursachen zu vermeiden.

Aber von Herrn Naumann reden, meine Damen und Herren, heißt, auf seinen neuen Gesprächspartner kommen, nämlich Christoph Stölzl, der heute schon zu Recht mit sehr viel Vorschusslorbeeren bedacht worden ist. Ich bin überzeugt, dass er die schwierige Aufgabe, die er übernommen hat, unter Einsatz seiner vielen intellektuellen Möglichkeiten und Kontakte lösen wird. Ich habe ihn Ende der achtziger Jahre kennen gelernt, als es darum ging, das Deutsche Historische Museum durchzusetzen gegen den gesammelten Widerstand dieser Grünen-Fraktion. Die PDS gab es damals glücklicherweise noch nicht.

[Zurufe von den Grünen]

Aber Stölzl hat sich damals als Kämpfer erwiesen und seine Aufgabe erfolgreich durchgesetzt. Auch die Achtung – das werden Sie ungern hören –, die ihm der Bundeskanzler Kohl zugedacht hat, ist nicht ein Ergebnis einer Parteimitgliedschaft gewesen, sondern ein Ergebnis aus Achtung vor seiner Leistungsfähigkeit. Deshalb streichen wir die schlecht gelaunten Sätze, Frau Ströver, die Sie neulich abgelassen haben, besser aus dem Protokoll. An sich ist das nicht Ihr Stil, sonst müsste ich sagen: Sie blamieren sich so gut, wie Sie können.

[Frau Martins (Grüne): Frau Ströver hat wenigstens etwas zu sagen!]

Ich erwarte von Christoph Stölzl, dass er die Berliner Kultur sichert und stärkt, dass er ihr aufhilft und Berlin den Ruf, eine europäische Kulturmetropole zu sein, verstärken hilft. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU – Zurufe von der PDS und den Grünen]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank, Herr Dr. Lehmann-Brauns! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Abgeordnete Ströver das Wort!

Frau Ströver (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von Metropole reden, Herr Lehmann-Brauns, das ist immer gut. Aber was ist eine Metropole? – Eine Großstadt mit internationalem Flair, mit einem weltoffenen Ambiente, mit einer Gastfreundlichkeit, die es jedem, der in diese Stadt kommt, möglich macht. zu bleiben.

[Gram (CDU): Ja, so sind wir eben!]

In den zwanziger Jahren des gerade vergangenen Jahrhunderts war Berlin eine solche Metropole. Damals war sie Magnet für Künstlerinnen und Künstler und auch für Wissenschaftler aus aller Welt. Daran sollte sich Kulturpolitik messen lassen. Welche echte Metropole würde es sich erlauben, die Mittel für internationalen Kulturaustausch oder Kultur für ausländische Mitbürger zu kürzen, wie es diese Koalition tut? – Das hat nichts mit Weltoffenheit zu tun. Das zeugt von provinziellem Kleingeist.

[Beifall bei den Grünen - Vereinzelter Beifall bei der PDS]

So wird Berlin nicht zur Drehscheibe in Europa und zum Tor nach Osteuropa.

Ich habe in den vergangenen Wochen häufig den Eindruck, dass die Reduzierung auf Finanz- und Strukturdebatten in der Kulturfrage den Blick verstellt für die Bedeutung, die die Kultur für eine Stadt wie Berlin als einen elementaren Lebensbestandteil hat und ein Zentrum der Lebensqualität selbst ist.

Dieser Senat stellt jeden Senator – und mag er auch so eloquent sein wie Herr Stölzl – angesichts der problematischen finanziellen Lage vor die gleichen Schwierigkeiten wie seine geflohene Vorgängerin, denn den großen Worten folgt eben

Frau Ströver

keine auskömmliche Kultur- und Wissenschaftsfinanzierung. Herr Lehmann-Brauns, Sie haben gerade ein beredtes Beispiel dafür gegeben: Alles soll der Bund machen, aber wir machen nichts! - Sie geben an, Weltstadt sein zu wollen, aber wo gibt es weltstädtische Visionen in dieser Koalition?

[Gram (CDU): Schauen Sie sich um!]

Nach dem, was Sie gesagt haben, hat man eher das Gefühl, man ist in Posemuckel.

Die Haushaltsberatungen, an denen Sie nicht teilgenommen haben. Herr Lehmann-Brauns, waren in diesem Jahr für den Bereich Kultur zunächst einmal richtig spannend, und zwar deshalb, weil es erstmals eine breite öffentliche Diskussion über die finanzielle Lage der Berliner Kultur gegeben hat. Die öffentlichen Sitzungen des Unterausschusses Theater haben hierbei eine durchschlagende Wirkung entfaltet. Die Zeit des Verschiebens von Geldtöpfen von der einen in die andere Ecke ist hoffentlich ein für allemal vorbei.

[Beifall bei den Grünen - Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Mit den 20 Millionen DM, Herr Stölzl, die jetzt von Herrn Diepgen aus Lottomitteln versprochen werden, können auch Sie die Probleme nur sehr oberflächlich vertuschen. 8 % mehr gibt es gar nicht im Haushalt Kultur, sondern es gibt zwar mehr - wie der Regierende Bürgermeister heute gesagt hat –, aber das sind die Mittel, die zusätzlich vom Bund kommen. Es handelt sich also nicht etwa um selbsterbrachte Steigerungen aus dem Land Ber-

Ich höre hier allenthalben von Konzepten und Strukturkonzepten, aber wo ist das konkrete Konzept, Herr Lehmann-Brauns, das Sie vorlegen – und mit Ihnen die große Koalition? – Es gibt bisher immer noch keinen Pool für den Personalüberhang. Wo ist der Abfindungsfonds, von dem Sie immer reden und bei dem wir Sie sehr gern unterstützen würden? Wann haben die Gesprächsrunden mit den Berliner Kultureinrichtungen, den Intendanten und Personalvertretungen, dem Deutschen Bühnenverein und den Gewerkschaften stattgefunden? - Die Häuser allein zu lassen – mit Tariferhöhungen, mit aufgehäuften Defiziten und mit dem Personal, für das es keinen sinnvollen Einsatz gibt -, das ist kein Konzept.

[Beifall bei den Grünen]

Die Entschuldung von Staatsbühnen, wie sie jetzt manchmal in das Gespräch gebracht wird, kann eine Möglichkeit sein, aber es ist von der Struktur her ungerecht, weil diejenigen, die gespart haben, doppelt bestraft werden, während die anderen, die sich nicht bewegt haben, keinen Nachteil erfahren. Aber dennoch ist die Frage berechtigt, ob man nicht versuchen sollte, jetzt einen neuen Anfang zu machen. Das ist aber nur möglich, wenn sich die Häuser zu echten Strukturreformen bekannt haben und wir so weit sind, dass wir wissen, was von den Häusern kommt.

[Hoff (PDS): Da lauschen alle gespannt!]

Dem leichtfertigen Ton, mit dem jetzt aus manchen Ecken in der Kulturszene das Wort von den Privatisierungen kommt, kann ich nicht folgen. Die Privatisierung ist kein geeigneter Vorschlag, denn nach den Erfahrungen mit dem Metropol-Theater muss man sich fragen, welcher Beschäftigte des öffentlichen Dienstes freiwillig einen Betriebsübergang in eine private GmbH mitmachen würde. Ich glaube, wir werden uns noch sehr umgukken, wenn wir solche Vorschläge machen werden.

[Hoff (PDS): Was tun wir dann?]

Ihre Vorgänger, Herr Stölzl, sind gescheitert

[Gram (CDU): Gescheitert oder geflohen?]

an der mangelnden Unterstützung durch den Senat. Nehmen Sie also schnellstens die Dinge in die Hand, denn ein "Weiter so" zerstört die Kultur! Zuerst wird übrigens die freie Kulturszene zerstört. Hier wird ohne Tarifverträge mit winzigen Produktionsetats interessante, spannende und wichtige Kunst gemacht. Seit Jahren werden für diesen Bereich die Projektmittel im Etat gekürzt. Das ist einfach. Ich erwarte hier eine Solidarität, und ich hoffe, Sie werden dafür sorgen, dass es eine Umverteilung gibt, (C) damit nicht so viele Mittel fest gebunden, sondern im Kulturetat wieder mehr Mittel für die freie Projektförderung im Bereich dieser Szene frei sind.

[Beifall bei den Grünen - Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Herr Stölzl! Vor dem Hintergrund, wie diese Einrichtungen arbeiten, ist der Satz, den Sie zu uns in der Fraktionssitzung gesagt haben - und das war das einzige, was ich mir aufgeschrieben habe -, wonach auskömmliche Armut produktiv für diese Kultur sei, aus meiner Sicht eher zynisch. Das kann sehr schnell auf Sie selbst zurückfallen, wenn Sie das nächste Mal mit Ihren Kollegen über die Mittel für den Kultur- und Wissenschaftsetat reden müssen.

Wir müssen auch stärker Kulturinstitutionen in die Verantwortung des Bundes geben, weil sie von Berlin langfristig nicht getragen werden können. Ich wünsche mir dazu eine ernsthafte und sachgerechte Diskussion. Unsere Vorschläge liegen seit 1996 auf dem Tisch. Wir haben damals gesagt, die Institutionen des preußischen Erbes - die Staatsoper und das Konzerthaus - sowie das Deutsche Theater, das sich selbst von seiner konzeptionellen Ansatz her als Nationaltheater versteht, sind geeignete Vorschläge. Das Jüdische Museum kann auch dazu gehören, weil das Jüdische Museum von Berlin mit einem großen finanziellen Engagement gebaut worden ist – da sind viele Leistungen von Berlin eingegangen - und insofern eine gemeinsame Trägerschaft von Bund und Land denkbar ist. Dabei müsste das Land Berlin zunächst einmal entlastet werden, weil es die Vorleistungen gebracht hat, und das wäre ein richtiges Zeichen.

[Beifall bei den Grünen - Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Die verstärkte Bundesförderung für Berlin wird derzeit als Legitimation für eine Art Schlussstrichdebatte zu der verfassungsmäßigen Zuständigkeit der Länder für Kultur- und Bildungsfragen verstanden. Diese leichtfertige Aufgabe des Föderalismusprinzips halte ich allgemein für nicht gerechtfertigt weder für Berlin noch für ein anderes Land in Deutschland. Gerade die föderalen Strukturen in Deutschland haben die wunderbare und breite Palette des Kulturangebots in der ganzen Republik ermöglicht. In dieser Hinsicht stehen wir eben besser da als Großbritannien oder Frankreich.

Verheerend ist die Situation um die Ausstellung "Topographie des Terrors". Sie werden verstehen, dass ich das noch einmal ansprechen muss. Sie haben es jetzt nicht gesagt, aber es wird von allen möglichen Stimmen aus der Ecke des Senats vertreten: Wenn wir jetzt dieses Bauprojekt an den Bund gäben, würde das bedeuten, dass sich dieser Senat und diese große Koalition aus der Verantwortung stiehlt. Das möchten wir nicht. Wir möchten weiter als Land Berlin in der Verantwortung für dieses Projekt stehen. Wir können dafür nicht jeden Preis bezahlen, aber wir möchten, dass wir dieses ambitionierte Bauprojekt mit der Stiftung Topographie des Terrors für Berlin erhalten. Wir wollen dafür sorgen, dass dieses Gebäude gebaut wird, und wir kommen nicht weiter, indem wir sagen: Der Bund muss jetzt alles übernehmen. -, sondern nur, indem wir sehr seriös mit dem Bund in eine Diskussion zu seiner Mitverantwortung in der Frage der Erinnerung gehen. Ich wünsche mir sehr, Herr Stölzl, dass Sie nicht dieser Linie verfallen, einfach zu sagen: Alles dem Zentralstaat!

[Beifall bei den Grünen - Beifall des Abg. Molter (CDU)]

Einen Satz möchte ich noch zur Finanzierung der Museumsinsel sagen: Das war ein echtes Piratenstück - das muss man zugeben -, wie Sie dem Herrn Branoner die 25 Millionen DM abgeknapst haben, obwohl er sie schon längst anderweitig für seine Wirtschaftsförderung verplant und ausgegeben hatte. Vom Ergebnis her kann ich ja zufrieden sein,

[Wowereit (SPD): Na, also!]

aber das zeigt auch, wie diese Politik gemacht wird. Im Stiftungsrat der Stiftung Preußischer Kulturbesitz wird gesagt: "Wir, das Land Berlin, tragen die Beschleunigung des Ausbaus der Museumsinsel mit." - Wir müssen dann aber jedes Jahr 25 Millio-

Frau Ströver

(A) nen DM mehr aufbringen. Und woher wir diese 25 Millionen DM nehmen sollen, das wird erst hinterher gefragt. Ich hoffe sehr, Herr Stölzl, dass Sie mit dieser Art Politik Schluss machen.

[Beifall bei den Grünen]

Immerhin ist es uns noch gelungen, Mittel für die nötigen Sanierungen bei der Volksbühne und dem Maxim-Gorki-Theater aufzubringen. Ich hoffe sehr, dass Sie noch unserem Antrag zustimmen, damit auch für die Schaubühne und die Komische Oper entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Wir haben offen über den Kulturetat geredet, aber – und das haben meine Vorredner schon gesagt – sehr viel größere finanzielle Dimensionen hat der Wissenschaftsetat in diesem Haushalt. Dieses Mal ist der Wissenschaftsetat in den Verhandlungen noch relativ ruhig über die Bühne gegangen, aber Sie können sicher sein, dass der Wissenschaftsetat den Titel: "Ruhe vor dem Sturm" trägt.

Bei den Berliner Hochschulen geht es um völlig andere finanzielle Dimensionen. Die Hochschulen haben Verträge, wie Sie wissen. Dass diese Verträge nur von Seiten der Hochschulen, iedoch nicht von Seiten des Senats eingehalten werden, haben uns diese Haushaltsberatungen bewiesen. Der Brief der Rektoren und Präsidenten der Berliner Hochschulen vom gestrigen Tag weist uns noch einmal eindrücklich darauf hin, dass mit den Verträgen die Mittel für die Hochschulen um ein Drittel gekürzt wurden. Jetzt werden erneut vor Ende der Laufzeit der Verträge den Hochschulen 27 Millionen DM aus dem Überbrückungsfonds für Grundstücksveräußerungen weggenommen. Das ist Vertragsbruch und beweist einmal mehr, dass der Senat sich an Verträge nicht gebunden fühlt. Vor dem Hintergrund ist es übrigens ein großes Risiko, wenn man sagt, auch die Kultureinrichtungen müssten Verträge haben, denn es ist auch da nicht sicher, dass diese Verträge dann gehalten werden. Aber darüber können wir noch in Ruhe diskutieren.

Es zeigt sich einmal mehr am Beispiel der Kürzungen im Wissenschaftsbereich, dass der Senat Kultur und Wissenschaft eben nicht den großen Stellenwert beimisst. Andernfalls müsste er dafür sorgen, dass die 85 000 Studienplätze in Berlin ausfinanziert sind. Aber auch das ist nicht der Fall. Somit muss man das Schreiben aller Hochschulrektoren höchst ernst nehmen.

In diesen Haushaltsberatungen wollte der Senat auch noch die wissenschaftliche Nachwuchsförderung kappen. Zum Glück haben offensichtlich alle Parlamentarier in den zuständigen Gremien dafür gesorgt, dass dieser Schildbürgerstreich nicht durchgeführt wird.

Wir geben Herrn Stölzl 100 Tage Bewährungsfrist, das steht fest. Doch werden wir bis zu deren Ablauf die Haushaltsvorgaben für das Jahr 2001 festgelegt haben müssen. Herr Stölzl muss also sofort beginnen, Reformen umzusetzen. Wir haben in den letzten 10 Jahren, also während der Dauer der großen Koalition, in der Kultur genug Opfer gebracht, Herr Lehmann-Brauns, von denen Sie nichts mehr wissen wollen. Denken Sie an das internationale Institut für traditionelle Musik, keine Kunsthalle, die Berliner Kammerspiele weg, die Freie Volksbühne weg, das Schiller-Theater weg, das Metropol-Theater weg. Wenn Sie so weitermachen, dann können Sie von dem Kultur- und Wissenschaftsstandort Berlin nur noch reden. Ich kann Ihnen nur sagen: Strengen Sie sich an! Strukturreformen Ja, aber Schließungen mit uns nicht mehr! – Vielen Dank!

[Beifall bei den Grünen und der PDS]

Vizepräsident Dr. Luther: Vielen Dank Frau Ströver! – Für die Fraktion der SPD hat jetzt Herr Schuster das Wort!

Schuster (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man einige Jahre schulpolitischer Sprecher seiner Fraktion gewesen ist, ist es eine neue Erfahrung, hier vorne feststellen zu können, dass ich inhaltlich mit den Ausführungen meiner Vorrednerin der CDU-Fraktion voll übereinstimme.

[Frau Richter-Kotowski (CDU): Sehen Sie, Herr Schuster!] Was Sie zu den Zahlen und Zielsetzungen gesagt hat, das ist auch die Position der SPD-Fraktion. Wir wissen, dass es darüber hinaus auch noch einige Streitpunkte gibt, aber die sind hier heute nicht angesprochen worden.

Lieber Kollege Hoff! Sie bezeichnen uns als größenwahnsinnig.

[Hoff (PDS): Das habe ich so nicht gesagt!]

 Na, Sie sagten, es sei Größenwahnsinn, wenn man das Höchste anpeilt für die Wissenschaftsstadt Berlin. Ich sage, wir sind da sehr fixiert auf das Interesse dieser Stadt. Sie mögen das als Größenwahnsinn bezeichnen, dann machen Sie diesen Flug eben nicht mit.

[Hoff (PDS): Wir kehren Ihre Scherben zusammen!]

- Na, da müssen Sie sich aber noch - -

[Hoff (PDS): Einen großen Besen kaufen!]

 Ich weiß nicht, ob Sie sich in Münster eine Schippe gekauft haben oder einen großen Besen.

[Rabbach (CDU): Der hat noch nie einen Besen in der Hand gehabt! – Zurufe von der PDS]

Dies ist die Übereinstimmung, dass wir den Wissenschaftsstandort sowohl was die Forschung betrifft als auch die Ausbildung, und die Hochschulen als einen ganz wichtigen Teil der Zukunft des Standortes Berlin betrachten. Hierzu ist das nötige gesagt worden. Wir haben es in der Tat mit den Finanzen hier etwas einfacher. Auf die notwendigen Strukturveränderungen im Wissenschaftsbereich ist hingewiesen worden. Wir haben auch in den Forschungseinrichtungen eine erhebliche Mitfinanzierung durch den Bund, und wir haben mit den Hochschulverträgen eine sehr solide Grundlage, auch wenn wir natürlich an der Grenze dessen segeln, was möglich ist. 85 000 Studienplätze, wir wünschen uns alle mehr, aber ich glaube, wir können auch zufrieden sein, wenn wir diese 85 000 Studienplätze halten können und als Grundlage eines weiteren wissenschaftlichen Ausbaus in Berlin ansehen.

Es ist bereits zu Recht von der Opposition darauf hingewiesen worden, dass wir das **Nachwuchsförderprogramm** durchgesetzt haben. Die Kürzung um eine halbe Million DM auf Vorschlag der Senatsverwaltung ist sofort von der SPD-Fraktion als Alarmzeichen angesehen worden. Wir haben hierfür auch einen Ausgleich durch die Abschaffung der Prüfervergütung geschaffen. Das Gesetz wird ebenfalls heute eingebracht.

Was den Brief der Rektoren und Präsidenten der Hochschulen betrifft, bedarf er der Stellungnahme. Es ist schon ein starker Vorwurf: Verletzung der Hochschulverträge. Die Rektoren und Präsidenten verarbeiten die Summe von 27 Millionen DM quasi doppelt. Einmal lasten sie sie als Minderausgabe an, die ihnen auferlegt wird, und dann noch einmal im Überbrückungsfonds. Richtig ist, dass diese 27 Millionen DM die Beteiligung der Hochschulen darstellen, dass dieses Geld aber aus dem Überbrückungsfonds kommt und nichts darüber hinaus einkassiert wird. Hier bin ich genau wie die Kollegin Grütters der Meinung, dass das etwas ist, was man den Hochschulen zumuten kann, zumal sie diesen Überbrückungsfonds, der aus Grundstücksverkäufen gespeist wird, bisher nicht in Anspruch genommen haben.

[Weinschütz (Grüne): Dann brauchen wir ja gar keine Verträge mehr zu machen!]

Ich teile die Besorgnis der Rektoren und Präsidenten, was die Warnung vor Kürzungen bei den Investitionen betrifft, es geht um 64 Millionen DM. Momentan können wir dazu noch nicht viel sagen, weil der Senat uns hierzu keine detaillierte Liste vorgelegt hat, weder dem gesamten Haus noch dem Hauptausschuss. Wir gehen davon aus, dass der Senat eine Möglichkeit findet, dass im notwendigen Umfang – ob es die gesamten 64 Millionen DM sind oder eine Reduzierung gibt, darüber kann man reden – eine Lösung gefunden wird. Auf keinen Fall darf es dazu kommen, dass beispielsweise im Klinikum Steglitz zwei Etagen im Rohbauzustand stehen bleiben und möglicherweis in Mitte auf dem

Schuster

(A) Charité-Gelände Häuser geschlossen werden müssen, weil notwendige Brand- und Sicherheitsmaßnahmen nicht vorhanden sind.

[Hoff (PDS): Das ist ja der Skandal!]

Ein Wort noch zu den Anträgen der Fraktion der PDS: Den Änderungsantrag haben Sie bereits im Hauptausschuss eingebracht. Den werden wir hier genauso ablehnen wie dort und zwar deshalb, weil wir überhaupt nicht daran denken, an BESSY 2 etwas zu kürzen und weil wir auch nicht daran denken, an der Deutschen Mediathek etwas zu kürzen. Was das Studentenwerk betrifft, so gibt es hier bisher überhaupt keine Anzeichen, dass das Studentenwerk nicht in der Lage ist, seinen Aufgaben nachzukommen.

[Hoff (PDS): Genau, es erhöht die Preise für Studis!]

Im Übrigen hat das Studentenwerk ein dickes Finanzpolster und auch das wird man sich noch einmal etwas genauer ansehen müssen

Damit wir nicht nur bei den Zahlen stehenbleiben, möchte ich noch etwas Inhaltliches sagen. Wir haben als wichtigste Aufgabe vor uns und bereits begonnen die **Hochschulreform** in Berlin – und zwar inhaltlich und strukturell. Wir haben mit den Hochschulen vereinbart, dass neue Studienabschlüsse, international orientiert, nämlich Bachelor- und Master-Abschluss, eingeführt werden.

[Beifall bei der SPD]

Dies ist nicht nur eine formelle Anpassung an amerikanische oder andere Abschlüsse, sondern es ist auch die Chance, die Inhalte der Ausbildung zu verändern und gerade durch die Einführung von Studienmodulen dazu zu kommen, dass Studierende viel stärker als bisher die Inhalte ihres Studiums selbst bestimmen. Wir stoßen bei diesem Vorhaben auf Widerstand in den Hochschulen, weil es natürlich schwierig ist, von geliebten Vorstellungen – Diplom, Magister usw. – Abschied zu nehmen. Ich sage aber an die Adresse des Senats gerichtet: Es gibt auch Studiengänge, die mit einem Staatsexamen abschließen. Ich möchte, dass der Senat – wir werden das auch im Abgeordnetenhaus aufgreifen – mit gutem Beispiel vorangeht und dafür Zeichen setzt, wie man auch Staatsexamina diesem System der Modularisierung, der Bachelor- und Master-Ausbildung anpassen kann.

[Beifall bei der SPD]

Die SPD-Fraktion hat hierzu in der letzten Legislaturperiode einen Gesetzesentwurf vorgelegt, mit dem ein Modellversuch ermöglicht werden sollte. Dies ist leider bei der Schulverwaltung auf Ablehnung gestoßen und auch bei unserem Koalitionspartner. Vielleicht haben sich beide inzwischen so weiterentwickelt, dass wir in der Sache weiterkommen können.

Ich habe die rote Blume gesehen, ich muss zum Schluss kommen. Das tut mir sehr leid, weil ich auch noch zur Frauenförderung etwas sagen wollte,

[Heiterkeit bei der SPD]

aber das ist ja hiermit geschehen.

Lassen Sie mich damit abschließen, dass ich mit Interesse in der Biografie von Herrn Stölzl gelesen habe, dass er mehrere Jahre an der Universität in Lehre und Forschung verbracht hat. Das gibt mir die Sicherheit, dass er die Kompetenz, die ihm in der Öffentlichkeit für den Kulturbereich zugeordnet wird, mit Sicherheit auch für den Wissenschaftsbereich in gleicher Weise aufbringen wird. In diesem Sinne: Glück auf, Herr Senator!

[Beifall bei der SPD - Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Präsident Führer: Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Dr. Rusta, bitte sehr, Sie haben das Wort!

Frau Dr. Rusta (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Ströver! Es ist immer falsch, wenn die Politik sich mit der Stadt gleichsetzt. Berlin ist kein Posemuckel – schon gar nicht im Bereich der Kultur.

[Beifall bei der SPD und bei der CDU - Unruhe]

Berlin ist aber gleichzeitig eine Stadt, in der die kulturpolitischen (C) Aufgaben nicht gelöst sind. Wir stehen aber am Anfang der Lösung. Immerhin: Wir stehen davor; das bitte ich zu berücksichtigen.

[Unruhe]

Die Opposition hat es so an sich, Defizite der Koalition zuzuschreiben und alle Errungenschaften und Fortschritte erst einmal für sich zu verbuchen. Ich fange bewusst mit einigen positiven Bemerkungen an und werde dann auch zu den kritischen Punkten der Berliner Kulturpolitik Stellung nehmen.

Entgegen düsteren Prognosen und trotz des Rücktritts der politisch verantwortlichen Senatorin können wir heute dank des engagierten Wirkens auch ihrerseits im Haupt- und Kulturausschuss einen Haushalt verabschieden, mit dem keine kulturelle Einrichtung und auch kein wesentliches Förderprogramm zur Disposition steht. Mehr noch: Es ist gelungen, alle wichtigen Investitionen zu sichern – ich nenne vor allem die Museumsinsel, aber auch die Volksbühne und das Maxim-Gorki-Theater –

[Zuruf von links: Und die "Topographie des Terrors"?]

und darüber hinaus für die kulturellen Aktivitäten in den Bezirken erstmals Mittel zur Verfügung zu stellen. Allerdings wäre die Lösung aktueller Probleme der Berliner Kultur ohne ein zusätzliches Engagement des Bundes in unserer Stadt nicht möglich. Wer hier immer noch nach mehr vom Bund ruft, geht an dieser Tatsache vorbei, Herr Lehmann-Brauns, und daran, dass wir noch eigene Hausaufgaben zu lösen haben, bevor wir diese von anderen einfordern. Denn ein Kulturhaushalt in seiner jetzigen Form, in dem die Einrichtungen lediglich konserviert werden, können und wollen wir nicht noch einmal verabschieden. Der Schwerpunkt im Spannungsfeld zwischen Bewahren und Gestalten im Kulturhaushalt muss sich im nächsten Haushalt deutlich auf das Gestalten verschieben. Für den neuen Senator. dem wir eine glückliche Hand wünschen, gibt es keinen - auch nicht den kleinsten - Spielraum, sich an den fälligen Strukturreformen der Berliner Theatereinrichtungen vorbeizumogeln, wie es leider sein Vorgänger getan hat. Herr Lehmann-Brauns, Sie haben Recht, wir haben Diskussionen über Strukturen geführt, aber leider haben diese Diskussionen im Kulturausschuss keine Ergebnisse gezeigt.

Herr Stölzl, Ihre Hauptaufgabe wird darin bestehen, im Rahmen des bestehenden Budgets - man braucht sich keine Illusionen zu machen, mehr Geld wird es für den Kulturhaushalt in absehbarer Zeit nicht geben - den sehr eng gewordenen Spielraum für die Kunst zu erweitern. Hier muss man differenzieren, deshalb ist Ihr Begriff der "auskömmlichen Armut" nicht ganz präzise. Um das zu erreichen, müssen Sie dafür sorgen, dass es endlich einen Durchbruch in der Tarifvertragsgestaltung gibt - schwierig! -, dass wir Bürokratie in den Einrichtungen selbst abbauen, denn es gibt dort große Polster, und die finanzielle Eigenverantwortung der Einrichtungen stärken. Berlin braucht moderne, flexible Organisationsstrukturen in den großen Einrichtungen, die den Herausforderungen der Finanzkrise gewachsen sind. Der Hintergrund des öffentlichen Protestes der Intendanten ist doch der - und das sollten Sie endlich verstehen, Herr Hoff dass lineare Kürzungen im Etat auf Kosten der künstlerischen Produktion gingen; denn bis zu 90 % des Etats in kulturellen Einrichtungen sind personalgebunden, d. h. nicht disponibel. Darüber hinaus gehen mehr als 50 % in nicht künstlerische Bereiche. Das bedeutet, wer Kunst machen will, muss selbst bei sehr verantwortlichem Einsatz der Mittel Defizite erzeugen. Das ist die Problematik der Situation der kulturellen Einrichtungen in Berlin.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Diese Struktur der Einrichtungen hat uns in eine Sackgasse geführt und muss deshalb aufgebrochen werden. Ein gutes Instrumentarium bietet dafür – unter anderem natürlich – ein durchdachter GmbH-Vertrag und die Zusammenfassung von nicht künstlerischen Bereichen in gattungsähnlichen Theatern.

[Zuruf der Frau Abg. Ströver (Güne)]

Frau Dr. Rusta

(A) Im Zeitalter moderner Kommunikationstechnik ist das möglich. Für die Lösung des Personalproblems wird oft ein Entschädigungsfonds für die freiwillig ausscheidenden, nicht kündbaren Mitarbeiter vorgeschlagen. Wir werden ihn wohl auf den Weg bringen, aber wir warnen vor seiner Überschätzung. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Gefahr besteht, dass junge Künstler gehen, ältere und nicht mehr so gefragte bleiben und die für uns so wichtige Erneuerung ausbleibt.

[Beifall der Frau Abg. Merkel (SPD)]

Fazit: Nur eine konsequente Strukturreform rettet die Berliner Kultur.

Neben der Strukturpolitik braucht Berlin auch eine sensible und weitsichtige Personalpolitik. Solche Aktionen wie der Hinauswurf von Thomas Langhoff schaden Berlins Ansehen. Bei Neubesetzung schlagen wir allerdings vor, erneut auf Ausschreibungen und Findungskommissionen zurückzugreifen.

Last but not least: Was Berlins Kultur dringend benötigt, ist eine klare kulturpolitische Leitlinie, eine Vision. Diese kann nur darin bestehen, den kulturellen Reichtum zu erhalten und die Kreativität, die junge Kunst, die Innovation, das Experiment in Berlin wieder zu ermuntern; denn darin haben wir inzwischen Defizite. Dafür muss die Projektförderung deutlich aufgestockt werden. Der Anfang dazu ist mit dem Projekt für die Bezirke gelegt, und wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass auch der Hauptstadtkulturfonds im nächsten Etat die volle Summe von 20 Millionen DM erhält; denn dieser ist wichtig für die Projekte, die mit innovativem Charakter nach Berlin kommen sollen.

Fazit: Berlin braucht eine qualifizierte und innovative Kulturpolitik des Senats. Herr Stölzl, die Unterstützung der SPD-Fraktion werden Sie dafür erhalten. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD]

Präsident Führer: Weitere Wortmeldungen aus den Fraktionen liegen nicht vor. Jetzt spricht der neue Senator. Herr Senator Stölzl, Sie haben das Wort zur Jungfernrede. Bitte sehr!

[Starker Beifall bei der CDU und der SPD]

Stölzl, Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie werden es mir nicht verargen, wenn ich heute nicht mit einem Detailfahrplan komme, sondern Sie um Gehör bitte für allgemeine Überlegungen.

Die Richtlinien der Regierungspolitik dieses Senats sagen, dass in Wissenschaft und Kultur die Zukunftskapitalien Berlins liegen. Das ist umso wahrscheinlicher, sagt der Historiker in mir, weil diese Zukunft sehr viel Vergangenheit hat. Immer war Berlin der Ort, wo kühne Denker, Forscher und Künstler die Zukunft in den Blick genommen haben. In Wissenschaften und Künsten hat Berlin seit vielen Generationen immer wieder die Verwegenheit bewiesen, die Johann Wolfgang von Goethe als das unverwechselbar Typische dieser Stadt bezeichnet hat. Wer Wissenschaft und Kultur einmal im Langzeitvergleich betrachtet, wird auch die gegenwärtig heftig diskutierte Situation etwas gelassener einschätzen können. Berlin leuchtet wie vordem. Berlin zieht an wie vordem. Berlin ist Markt- und Kampfplatz der Ideen und Träume und zugleich Labor ernsthaftester Wissbegierde. Die Menschen, die in stetig wachsenden Scharen nach Berlin kommen, um die unvergleichliche Offenheit dieses Ortes zu erleben, um sich anstecken zu lassen von dem, was Robert Musil einst den "grandiosen Möglichkeitssinn der Moderne" genannt hat, hätten wenig Sinn für den grämlichen Stil, in dem die Debatte um Berlins kulturelle Rolle bisweilen geführt wird.

[Beifall bei der CDU - Vereinzelter Beifall der SPD]

Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, obwohl es bei Haushaltsberatungen ein Tabu ist: Mindestens genauso wichtig, wie auskömmliche Haushalte sind, ist ein Klima der geistigen Herausforderung und des ehrgeizigen Wettbewerbs aller wissenschaftlich und schöpferisch Tätigen um die Anerkennung in der ganzen Welt.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Berlin hat vor zehn Jahren in der außerordentlichen Glückssituation der deutschen Einigung aus nationaler Verantwortung ein gewaltiges Erbe übernommen. Wissenschaftliche und kulturelle Institutionen, die nicht eine ambitionierte Großstadt, sondern die dramatische deutsche Geschichte als Ganzes hervorgebracht hatte, hat Berlin geschultert. Der Bund sprang bei – "recht und schlecht", sagen die einen, "auskömmlich", die anderen. Er hat sich im Einigungsvertrag zur Erhaltung der kulturellen Substanz der ehemaligen DDR und damit auch der östlichen Hälfte Berlins verpflichtet.

Man wird heute fragen dürfen, ob die damals in allem Idealismus gefundenen Lastenverteilungen der großartigen Leistung Berlins auch heute gerecht werden. Dies ist kein verzagter Ruf nach einem neuen Notopfer Berlin – die Älteren erinnern sich an die kleine blaue Briefmarke –, sondern eine Anmahnung, dass kulturelle Leistungen, die hauptsächlich der Nation zu Gute kommen, auch wesentlich von ihr mitgetragen werden. Ich verweise vor allem auf die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs nach dem Verfassungsgerichtsurteil. Dieses muss dazu benutzt werden, die asymmetrisch hohe Kulturleistung Berlins für das Umland und für Deutschland auch finanziell abzubilden.

[Beifall bei der CDU - Vereinzelter Beifall bei der SPD]

So zu fragen, in aller Dringlichkeit, das ist keine Quengelei, wie wir es kürzlich aus Bonn – so muss ich sagen, in dem Fall stimmt auch der Topos – gehört haben, sondern der Appell an die Deutschen, die einzigartige Chance in den Blick zu nehmen, die in einer Hauptstadt liegt, deren Bild zuerst von ernstester Verantwortung gegenüber der dunklen Seite unserer Vergangenheit und dann von demonstrativer Wissenschafts- und Kunstfreundschaft geprägt wird, wie nirgendwo anders auf der Welt. Berlin ist der Fokus für die Blicke unserer Nachbarn in Europa und für alle in der Welt, welche den Weg Deutschlands mit wachen Augen begleiten. Was hier gelingt, das sollten wir unseren föderalen Freunden immer wieder deutlicher sagen als bisher, kommt allen Deutschen zu Gute. Und was hier misslingt, bringt allen Schaden ein.

Beifall bei der CDU - Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Welche Gegenwartslandschaft es gibt und welche Wege die Zukunft weist, lassen sich aus dem heute vorgelegten Haushalt ablesen. Der Senat von Berlin sagt für die Wissenschaft in aller Deutlichkeit, dass ein Zusammenspiel, nicht ein Nebeneinander der Universitäten und der wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulen, der Fachhochschulen, der außeruniversitären Forschungseinrichtungen ebenso wie der Berufsakademien der Motor sein muss für die Zukunftsfähigkeit der Stadt. Wir leben in einer Welt, in der alte Barrieren zwischen den Wissencentern dramatisch verschwinden im Zuge der Informationsrevolution, die inzwischen unsere Kinderzimmer schon erreicht hat. Der Senat wird deshalb die internationale Verflechtung der Berliner Forschung und die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft nachhaltig unterstützen.

Einsamkeit und Freiheit der Forschung war in der besten Zeit der Berliner Aufklärung immer schon verbunden mit dem Ehrgeiz, pädagogische Avantgarde zu sein. Berlin will vorbildlich werden in der Beschleunigung des interdisziplinären Denkens und in der Verkürzung sowohl der Studiendauern als auch der Zeiträume zwischen Erfindungen und Entwicklungen von Forschungsergebnissen, die dem Leben nützen. Die Reform von Studiengängen und -abschlüssen muss Berlins Hochschulen gerade auch für die ausländischen Studierenden wieder attraktiver machen als bisher.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD – Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Wer öffentliche Sichtbarkeit und Transparenz der Forschung fordert, wer Anwendbarkeit prämiert, wer sich Wissenschaftskarrieren für die Jungen und für die Hochmotivierten wünscht, der meint nicht Wissenschaft als bloßen Markt der Gesellschaft. Die grundsätzlich unbegrenzten Freiräume der Wissenschaft als Erwartung des Unerwarteten bleiben für uns trotzdem der Kern aller Forschung. In den 50er Jahren – ich bin alt genug, dass ich mich erinnere – gab es einen Bestseller mit dem schönen Titel:

:)

Präsident Führer

(A) "Die Zukunft hat schon begonnen". Der Satz und noch viel mehr der strahlende Ton, der in ihm klingt, sollte das Leitmotiv für das Zusammenwirken aller für die Wissenschaftspolitik in Berlin sein, auch der hier im Parlament Verantwortlichen. Ich bitte sehr herzlich um Ihre Mitwirkung.

Und wie sieht die Landschaft von Kunst und Kultur, so wenig das in Wirklichkeit von der Wissenschaft zu trennen ist, im Licht des Haushalts aus? - Kunst und Kultur sind frei, das ist großartig, aber auch schwierig. Es kann in einem Kulturstaat nie zuviel von ihnen geben. Umgekehrt wird der Satz daraus, dass öffentliche Haushalte nie zuviel für Kultur tun können. Berlins Glück. dass die Kultur als Treibhaus der Ideen lebendig ist wie in besten Zeiten, ist sogleich eine schwere Herausforderung an die Kunst der Haushälter. Ein kluger Betrachter der Medienrevolution unserer Tage hat gesagt "high-tech needs high touch". Im Augenblick einer explosiven Technisierung, Virtualisierung und weltweiten Egalisierung der Künste müssen wir uns in Berlin so viele Orte authentischer, unmittelbar sinnlicher Kulturpraxis wünschen wie möglich, große und kleine. Das heißt, die bezirkliche Kunst - ein merkwürdiges Wort - ist mir genauso wichtig wie die großen Luxusdampfer und Eisbrecher des Ästhetischen.

[Beifall bei der CDU und der SPD – Beifall der Abgn. Berger (Grüne) und Hoff (PDS)]

Weil aber Kunst nicht im luftleeren Raum stattfindet, und Menschen zwar nicht vom Brot allein, aber doch vom Brot auch leben, geht es bei der Berliner Kulturdiskussion heute vor allem um Gebäudeunterhaltung und Tarife, Eintrittspreise und Arbeitszeiten, Rechte und Ansprüche. Die ganz Mutlosen meinen, der Senat von Berlin habe die Quadratur des Kreises vor sich, aber mit Mutlosigkeit gewinnt man nicht die Zukunft.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Der vorliegende Haushalt und erst recht die pragmatischen Finanzentscheidungen der allerjüngsten Zeit zeigen in meinen Augen zweierlei. Erstens: Es gibt einfach keinen simplen Zauberschlüssel für die materielle Sicherung von Berlins kulturellem Überreichtum. Und Zweitens: Jetzt schlägt die Stunde der Pragmatiker. Mit Polemik zwischen Bund und Land, zwischen den politischen Gruppierungen ist nichts gewonnen.

[Beifall bei der CDU und der SPD – Beifall der Abgn. Frau Ströver (Grüne) und Cramer (Grüne)]

Dabei muss an dieser Stelle auch gesagt werden, dass manchmal ein fröhlicher Schlagabtausch zwischen Künsten und Politik und vice versa noch nicht Anlass zum Kulturpessimismus geben muss. Manchmal ist ein handfester Krach der Beginn einer wunderbaren Freundschaft. Desinteresse, Lauheit fände ich viel schlimmer als Zorn. Was wir tun müssen, ist simpel und gar nicht glanzvoll. Wir müssen uns Trägerschaft um Trägerschaft, Haus für Haus von der Dachrinne bis zum Intendantengehalt, Problem für Problem in nüchterner Durchleuchtung vor die Brust nehmen. Wir müssen diesen Weg gemeinsam gehen mit den Arbeitnehmervertretern, auf deren Solidarität mit der Idee der Kunst und der Privilegierung, in künstlerischen Berufen tätig zu sein, ich ganz sicher rechnen darf.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Wir müssen den Volkssouverän von Berlin fragen, wie viel er für Kunst und Kultur zu geben bereit ist, als Parlament, aber auch als Individuum, das sich Eintrittskarten kauft, die sich möglicherweise ein wenig ändern können,

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

hinauf und hinunter, je nachdem.

Wir müssen den wirtschaftlich Erfolgreichen und denen, die glücklich erben oder vererben können, in ganz Deutschland klar machen, dass ihnen fröhliches Geben und großherzige Patenschaft Denkmäler für Wissenschaft und Kultur in der Hauptstadt setzen, die unvergängliche Namen geben.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Und wir müssen den vielen Menschen, die durch veränderte Arbeitswelt Herr über ihre Zeit geworden sind, zu Zeiten, wo man arbeiten kann, den Weg zur freiwilligen Übernahme ehrenamtlicher Kulturtätigkeiten weisen. Wir sollten – dies bitte ich deutlich zu hören – den künstlerisch Tätigen sagen, dass Berlin auf lange Zeit keine reiche Stadt sein kann im Weltvergleich und dass es aber auf der anderen Seite ein nicht mit Geld aufzuwiegendes Privileg ist, in der aufregendsten Stadt des Kontinents ein leidenschaftlich engagiertes Publikum zu haben. All dies geht nur in Solidarität und Ehrlichkeit und nur dann, wenn wir gemeinsam Anmut nicht noch Mühe sparen.

[Heiterkeit des Abg. Wieland (Grüne)]

Ich bitte Sie quer durch alle Fraktionen dabei um Hilfe. Und ich bin zuversichtlich, dass wir zum Ende der Legislaturperiode endlich wieder streiten, heftig streiten, aber über den Inhalt des Kulturpakets, nicht mehr über die mitgelieferte Rechnung. – Herzlichen Dank!

[Anhaltender Beifall bei der CDU und der SPD]

Präsident Führer: Wir kommen dann zu den Abstimmungen. Wir stimmen zuerst ab über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, Drucksache 14/301-14. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieser Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer nun dem Einzelplan 17 unter Berücksichtigung der Änderungen des Hauptausschusses, Drucksache 14/301, und der Auflagenbeschlüsse des Hauptausschusses gemäß der Drucksache 14/302 – hier sind es die Nrn. 63 bis 71 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieser Einzelplan mit Mehrheit angenommen.

Über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/301-4 lasse ich beim Einzelplan 29 abstimmen.

Ich rufe auf

Einzelplan 01

- Abgeordnetenhaus -

hierzu:

Änderungen des Hauptausschusses gemäß Drucksache 14/301

Einzelplan 02

- Verfassungsgerichtshof -

Einzelplan 20

- Rechnungshof -

Einzelplan 21

- Datenschutzbeauftragter -

hierzu:

Änderungen des Hauptausschusses nach Drucksache 14/301

Wortmeldungen liegen hier nicht vor. Deshalb lasse ich über die Einzelpläne gleich abstimmen.

Wer dem Einzelplan 01 – Abgeordnetenhaus – unter der Berücksichtigung der Änderungen des Hauptausschusses, Drucksache 14/301, seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen ist dieser Einzelplan mit Mehrheit angenommen.

:)

Präsident Führer

(A) Wer dem Einzelplan 02 – Verfassungsgerichtshof – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenstimmen! – Stimmenthaltungen? – Dieser Etat ist einstimmig angenommen.

Wer dem Einzelplan 20 – Rechnungshof – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenstimmen! – Stimmenthaltungen? – Auch dieser Einzelplan ist einstimmig angenommen.

Dann sind wir beim Einzelplan 21 – Datenschutzbeauftragter –. Wer diesem Einzelplan unter Berücksichtigung der Änderungen des Hauptausschusses, Drucksache 14/301, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenstimmen! – Stimmenthaltungen? – Auch dieser Einzelplan ist einstimmig angenommen.

Ich rufe dann auf

Einzelplan 15

- Finanzen -

und

(B)

Einzelplan 29

- Allgemeine Finanzangelegenheiten -

hierzu:

- 1. Änderungen des Hauptausschusses nach Drucksache 14/301
- 2. Auflagenbeschlüsse des Hauptausschusses nach Drucksache 14/302, Nrn. 56 bis 58

Hierzu auch die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksachen 14/301-1 bis 14/301-6, und ein Änderungsantrag der Fraktion der PDS, Drucksache 14/301-15. Ich verweise insbesondere hinsichtlich der Drucksache 14/301 auch auf die Änderungen in den Bezirkshaushaltsplänen.

Wortmeldungen gibt es. Für die Fraktion der CDU hat das Wort der Abgeordnete Kaczmarek.

Kaczmarek (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Ende dieser Haushaltsberatungen möchte ich Sie etwas erschrecken. Ich habe tatsächlich vor, über den Haushalt zu reden.

[Beifall des Abg. Brauer (PDS)]

Danke schön für den frenetischen Beifall, Herr Brauer!
 Ich denke mal, es lohnt sich auch, darüber zu reden. Es ist ein Haushalt, der es verdient, dass man ihm zustimmt. Es ist ein Haushalt, der sozial gerecht ist, der ausgewogen in der Zusammensetzung ist und der Schwerpunkte setzt, die Sie immer anmahnen.

[Beifall bei der CDU]

Schwerpunkte, die Sie ganz einfach den Zahlen entnehmen können. Sie wollen es offensichtlich nicht, aber es ist relativ einfach. Wenn wir nach der II. Lesung die Zahlen uns einmal ansehen, werden wir feststellen, dass wir im Bereich Inneres einen ganz klaren Schwerpunkt haben mit über 4 Milliarden DM, im Bereich Schule, Jugend und Sport einen ganz klaren Schwerpunkt mit über 4 Milliarden DM und im Bereich Wissenschaft, Forschung und Kultur mit einer ebenfalls großen Summe über 4 Milliarden DM einen weiteren Schwerpunkt. Alle diese drei Einzelpläne sind im Gegensatz zu allen anderen Einzelplänen nicht abgesenkt worden, sondern zum Teil in ganz erheblichem Maße aufgestockt worden. Das trifft die Intentionen der CDU-Fraktion. Wir wollen innere Sicherheit stärken für diese Stadt.

[Beifall bei der CDU]

Wir wollen, und das gehört eben auch zur sozialen Stadt, zur zukunftsfähigen Stadt, den Bereich der Ausbildung, der Schule vernünftig und sachgerecht ausstatten; auch deshalb dort ein Schwerpunkt.

[Beifall bei der CDU - Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Und den viel beschworenen Wissenschafts- und Kulturstandort Berlin, den wollen wir ebenfalls fördern, deswegen auch dort ein klarer Schwerpunkt und keine Absenkung.

[Beifall bei der CDU - Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Und das möchte ich Ihrem Elendsszenario, meine Damen und Herren bei der Opposition, deutlich entgegensetzen. Diese drei Schwerpunktbereiche sind tatsächliche Schwerpunkte. Sie sind verstärkt worden in diesem Haushalt. Und damit ist dieser Haushalt ein guter Schritt in die Zukunft dieses Landes, und er wird ein wichtiger Schritt sein auch auf dem Wege zur Konsolidierung.

Zur Konsolidierung muss man sicherlich auch noch einiges sagen. Nicht alles, was jetzt in diesem Haushalt zu finden ist, und nicht alles, was wir auch in den Beratungen erfahren haben, stärkt den Eindruck, dass die Botschaft, dass das Land Berlin konsolidieren muss, schon bei jedem angekommen ist. Wenn wir alle eine gemeinsame Aufgabe haben, wenn wir uns auch vielleicht in den Details nicht einig sind, dann muss doch die Botschaft zu vermitteln sein, dass das Land Berlin konsolidieren muss, dass man Prioritäten setzen muss. Dazu gehört natürlich auch, dass man Nachrangigkeiten definiert und dass nicht alle zu den Gewinnern gehören können bei einer solchen Konsolidierungsentscheidung.

Die heutige Diskussion auch über die Erhöhung der Pflichtstunden der Lehrer und auch die sehr aufgeregte Diskussion über den Kulturhaushalt muss man in den richtigen Rahmen stellen. Worum ging es denn dabei? Ging es darum, dass wir Lehrer entlassen wollten? Ging es darum, dass wir Lehrern die Gehälter kürzen wollten? Ging es darum, dass wir insgesamt im Schulbereich die Mittel absenken wollten? – Ging es bei der Kulturdiskussion darum, dass wir Kultureinrichtungen schließen wollten, dass wir Zuschüsse für Kultureinrichtungen absenken wollten? – Nein, es ging nur darum, dass im Lehrerbereich ein Standard angestrebt wird, der im restlichen Bundesgebiet längst üblich ist. Es ging bei der Kultur nur darum, dass wir Intendanten dazu verpflichten wollten, Haushaltsansätze, die der Haushaltsgesetzgeber beschlossen hat, auch tatsächlich einzuhalten, nicht mehr und nicht weniger.

[Beifall bei der CDU - Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Dann stellt sich manche Aufgeregtheit und manche Elendsdebatte – aus manchen Beiträgen der Opposition hatte man ja den Eindruck, in dieser Stadt nagt die Kultur am Hungertuch, in dieser Stadt findet keine Bildung mehr statt, in dieser Stadt findet eigentlich gar nichts mehr statt – dann kann man das alles in das richtige Licht und den richtigen Rahmen rücken, und dann sieht man, dass insgesamt immer noch – darauf können wir stolz sein – die nötigen Leistungen, die das Land Berlin erbringen muss, aus diesem Haushalt erbracht werden können.

Es gibt allerdings Punkte – man muss ja den Blick, wenn man den Haushalt 2000 in der Beschlussfassung hinter sich hat, nach vorn richten –, da ist das Bewusstsein offensichtlich noch nicht so ganz in Richtung Konsolidierung fortgeschritten, und da müssen wir im Haushalt 2001, der steht uns sozusagen unmittelbar bevor, auch noch Wege finden. Ich sage man ganz deutlich: Ich glaube nicht, dass die Tatsache, dass wir 117 freigestellte Lehrerpersonalräte haben in der Stadt, ein Zeichen für öffentliche Armut ist. Und ich bin auch nicht der Meinung, dass das ein Zeichen für sinnvolle Verwaltungsorganisation ist, sondern ich glaube, dass wir an dieser Stelle tatsächlich Geld verschwenden und dass man hier eine Änderung herbeiführen muss.

[Beifall bei der CDU - Beifall des Abg. Kriebel (SPD)]

Und lassen Sie mich auch den **Zuwendungsbereich** ansprechen. Auch da gibt es Bereiche, wo man sich fragen kann: Ist das wirklich alles so notwendig, und müssen wir auf diesem Weg tatsächlich voranschreiten? Ich bestreite z. B. überhaupt nicht,

Kaczmarek

(A) dass der Verein "Raupe und Schmetterling – Frauen in der Lebensmitte e. V." sicherlich eine ganz wichtige Aufgabe wahrnimmt.

[Zuruf von der PDS: Wissen Sie doch gar nicht!]

Frau Dunger-Löper, Sie nicken so. Das ist sicherlich so. Sicher gibt es auch einen Verein für Männer in der Lebensmitte. Aber die Frage muss man dann schon mal stellen dürfen: Ist das Angebot der Zuwendungsempfänger insgesamt tatsächlich auch politisch strukturiert? Liegt dem tatsächlich auch eine politische Entscheidung zu Grunde, oder ist es nicht vielmehr so, dass in der Vergangenheit sehr oft Ideen geboren wurden, der eine oder andere meinte, er hätte da ein ganz interessantes Projekt; und dann hat der Senat gesagt: Na gut, dann wollen wir das mal fördern. Es gibt keine wirkliche Angebotsplanung, keine Leistungsstrukturierung in diesem Land, was die Zuwendungsempfänger angeht.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Das ist alles gewachsen, es ist teilweise gewuchert. Und ich glaube schon, dass wir auch die Aufgabe haben, in diesem Bereich nicht mit der Sense durchzugehen, aber schon das Nötige vom Unnötigen zu scheiden und auch zu gucken, wo wir Schwerpunkte setzen müssen

[Zurufe von den Grünen]

- Sie müssen lauter rufen, sonst verstehe ich es nicht - und wo man wichtige politische Schwerpunkte setzt oder aber vielleicht auch Dinge finanziert, die man unter dem Stichwort Selbstbeschäftigung abhandeln könnte.

[Zuruf von den Grünen: Unverschämtheit!]

Das mögen Sie als Unverschämtheit empfinden. Ich empfinde es als Aufgabe von Haushältern und auch als Aufgabe des Parlaments, diese Frage zu stellen, denn wir gehen mit dem Geld der Steuerzahler um. Das mag Ihnen vielleicht egal sein. Uns ist es nicht egal.

[Beifall bei der CDU - Beifall des Abg. Kriebel (SPD)]

Das betrifft den gesamten Bereich der Leistungen, die der Staat nicht selber erbringt, sondern die er durch Dritte erbringen lässt. Das ist durchaus sinnvoll, und wir wollen auch nicht, dass der Staat überall selber eintritt. Aber das kann an sich noch keine Begründung und noch nicht ausreichend sein, um jede Ausgabe zu gewährleisten. Wir müssen z. B. auch Projekte wie das Quartiersmanagement einer Kontrolle und einer Evaluierung unterziehen. Allein der Hinweis: Das ist eine gute Sache. Da haben wir ein Problem. Da wollen wir was machen. - reicht nicht aus. Wir haben hier die Aufgabe, Qualität zu kontrollieren und zu kontrollieren, ob das Geld des Steuerzahlers dort sinnvoll ausgegeben wird oder nicht. Wenn nicht, dann müssen wir auch die Konsequenzen ziehen. Dazu gehört, dass man in diesem Bereich auch dazu übergeht, Leistungsverträge abzuschließen, Ausschreibungen vorzunehmen und sich die günstigsten Anbieter auszusuchen. Das ist längst ein Markt geworden - auch im sozialen Bereich -, auf dem wir so agieren müssen wie wir auch auf anderen Märkten agieren. Das Land Berlin kann es sich dort nicht leisten, auf den Vergleich zu verzichten.

Ein anderer Bereich, in dem wir das nötige Kostenbewusstsein offensichtlich auch noch nicht haben, ist der Baubereich. Lassen Sie mich nur ein Beispiel dafür nennen, Frau Oesterheld, damit Sie sich gleich noch einmal aufregen können:

[Zuruf der Frau Abg. Oesterheld (Grüne)]

Das ist die "Topographie des Terrors", die hier vor unseren Türen entsteht oder auch nicht entsteht.

[Zuruf von den Grünen: Nicht entsteht!]

Die Haltung der Opposition zu diesem unglaublichen Verfahren finde ich nachgerade skandalös.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Es kann doch nicht sein, dass man sagt: Das ist eine gute Sache. – Natürlich ist das eine gute Sache, und wir wollen das auch. Aber es kann doch nicht sein, dass man sich mit dieser Begründung hinstellt – wie Herr Müller-Schoenau im Ausschuss – und sagt: Es ist egal, was das kostet. Das muss gemacht werden, koste es, was es wolle! – Nein, so geht es nicht!

[Zuruf von den Grünen]

So können wir auch nicht weitermachen, Dinge, die Ihnen gefallen, nicht der Kostenkontrolle zu unterziehen. Das geht nicht.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Und wenn, Herr Müller-Schoenau, etwas einmal mit 36 Millionen DM angefangen hat und mittlerweile bei 45 Millionen DM gelandet ist und wir gesagt haben: Na gut, wir akzeptieren auch diesen Aufwuchs noch. Es soll so sein. Von uns auch soll es mit Weißbeton, und von uns aus soll der Fußboden aus Kies sein. Das ist alles künstlerisch sehr wertvoll. – Aber dann muss auch irgendwann Schluss sein. Wie wollen Sie denn vor den Menschen in dieser Stadt begründen, dass eine solche Maßnahme am Ende vielleicht 70, 80 oder sogar 100 Millionen DM kostet?

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Sie wissen ganz genau, was man mit 30 oder 40 Millionen DM anfangen könnte. Da hätten wir keine Probleme im Bereich der freien Träger, der Kitas und keine Probleme im Kulturbereich gehabt. Da hätten wir die Staatsoper und alle noch nachfinanzieren können.

[Zuruf der Frau Abg. Ströver (Grüne)]

Das sind die Alternativen, denen man sich auch einmal stellen muss. Man kann nicht einfach nur sagen: Augen zu und durch! Wir machen einfach so weiter wie bisher. – Mit uns jedenfalls nicht!

[Beifall bei der CDU]

Lassen Sie mich noch einen Punkt ansprechen, der dringend einer Lösung bedarf. Das ist – wie man es neudeutsch nennt – das "facility management". Man könnte es auch altdeutsch ausdrücken: Das ist einfach **Gebäuderaumorganisation**. Wir haben da Beispiele, wie sie eigentlich nicht sein sollten. Das eine Beispiel ist heute schon einmal angesprochen worden: Fall 1: Das ist das Dienstgebäude Storkower Straße, das seit 1998 leer steht und uns jährlich 10 Millionen DM kostet. Fall 2: Das Finanzamt für Körperschaften zieht aus dem Gebäude Askanischer Platz aus. Das Gebäude steht leer und kostet jedes Jahr 8 Millionen DM. Das sind alles Dinge, die wir uns nicht mehr leisten können DM. Das sind alles Dinge, die wir uns nicht mehr leisten können.

[Zuruf der Frau Abg. Ströver (Grüne)]

- Frau Ströver, Sie brauchen sich gar nicht aufzuregen, das ist doch keine Kultureinrichtung! - Da ist der Senat aufgefordert, ein "facility management" einzurichten, das gewährleistet, dass Gebäude sinnvoll ausgenutzt werden und dass wir nicht Leerstand finanzieren und uns dann am Ende im Haushaltsplan darüber wundern müssen, warum leer stehende Gebäude auch onch Strom und Heizung verbrauchen, obwohl überhaupt kein Beamter mehr darin haust. Das sind Dinge, die wir uns in dieser Situation, in der das Land Berlin ist, nicht mehr leisten können.

[Frau Oesterheld (Grüne): Schon lange nicht mehr!]

Sie haben das schon immer gesagt, das weiß ich. Wir haben das auch schon immer gesagt. Trotzdem könnten wir vielleicht gemeinsam daran arbeiten, dieses Ziel auch umzusetzen.

[Zuruf des Abg. Eßer (Grüne)]

Die "Topographie des Terrors" werden Sie mit "facility management" nicht hinkriegen!

Einen Punkt darf ich auch noch ansprechen, weil er heute schon mehrfach angesprochen wurde, und ich denke, dass man etwas anders herangehen muss: Das ist die **U 5.** Was Sie dort an Einsparpotential sehen,

[Cramer (Grüne): Strieder!]

das ist typisch die närrische Gerechtigkeit des Rechenschie-

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Kaczmarek

) Was sparen Sie denn ein, wenn Sie einen Tunnel mit mehreren Bahnhöfen für über 350 Millionen DM, der fertig ist, liegen lassen und sagen: Darin züchten wir Pilze!?

[Beifall bei der CDU]

Das, Herr Cramer, kann dann auch Herr Strieder sicherlich gern gegenüber den Steuerzahlern in der ganzen Bundesrepublik Deutschland vertreten, dass wir hier in Berlin die teuerste und von dem Stararchitekten Schultes gestylte Pilzzuchtanlage Europas betreiben.

[Zurufe von den Grünen]

Mit der CDU jedenfalls wird so etwas nicht zu machen sein.

[Beifall bei der CDU]

Es gäbe noch einiges dazu zu sagen, aber das würde Sie vielleicht zu sehr aufregen. Ich will Ihren Kreislauf gegen Abend nicht allzu sehr in Mitleidenschaft ziehen. Dieser Haushalt ist der erste und ein wichtiger und guter Schritt in die Zukunft. 2001 wird noch viel schwieriger. Aber das werden wir zusammen auch packen und schultern und für diese Stadt eine sichere und vernünftige Zukunft schaffen, und zwar ohne Bauruinen und mit sozialer Sicherheit für die Bürger dieser Stadt. – Vielen Dank!

[Bravo! und Beifall! bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Präsident Führer: Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat das Wort Frau Abgeordnete Werner. – Bitte sehr!

Frau Werner (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie können jetzt alle die rosarote Haushaltsbrille wieder abnehmen und mir in die banale, graue Realität des Berliner Haushalts, speziell im Bereich der Bezirke, folgen.

(B) [Beifall bei den Grünen – Gram (CDU): Sonnenbrille wäre besser!]

Dieser Senat denkt und handelt zentralistisch. Er benutzt die **Bezirke** seit Jahren als **Sparbüchse**. Ob politisch grün, schwarz, hellrot oder tiefrot, die Vertreterinnen und Vertreter aller Bezirke haben dem Hauptausschuss unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit überzeugend die Misere der Bezirke dargestellt.

Nehmen wir einige Beispiele:

- 1. Beispiel der sich jährlich wiederholende Trick bei der Finanzierung der Pflichtaufgaben: Der Senat gibt den Bezirken wissentlich dreistellige Millionenbeträge zu wenig für die Erfüllung der gesetzlichen Pflichtaufgaben und dies jedes Jahr erneut. Am Jahresende profitiert er dann von der absichtlichen Fehlkalkulation, denn 10 % der Mehrausgaben muss jeder Bezirk selbst tragen. Das macht z. B. bei einem Bezirk wie Wedding mit 50 Millionen DM Mehrausgaben am Jahresende die für den Bezirkshaushalt beachtliche Summe von 5 Millionen DM aus, die er dann aus eigenen Mitteln zusammenkratzen muss. Wir erwarten, dass den Bezirken eine realistische Summe zugewiesen wird. Unseren entsprechenden Antrag haben CDU und SPD im Hauptausschuss abgelehnt. Sie haben damit dem Haushalt ein weiteres Risiko in Höhe von 420 Millionen DM beschert.
- 2. Beispiel: Der Senat vergisst, Geld und Personal mit abzuschichten. Das Parlament hat zahlreiche Aufgabenverlagerungen von der Hauptverwaltung in die Bezirke beschlossen. Dabei gilt der Grundsatz: Den Aufgaben folgen Geld und Personal. Übereinstimmend berichten die Bezirke, dass dieser Grundsatz leider in die Kategorie "graue Theorie" gehört. Die Praxis ist anders: Die Aufgaben kommen, Personal und Geld kommen nicht.
- 3. Beispiel die Bürgerämter: Sie waren der Bonbon, mit dem die große Koalition den Berlinerinnen und Berlinern die Bezirksfusion schmackhaft machen wollte. Es sollte ein flächendeckendes Netz von Bürgerämtern schon im nächsten Jahr geben. Daraus wird nun nichts. Die bisher vorgesehenen Mittel auch nach ihrer geringen Erhöhung reichen nicht, und unsere Anträge zur Finanzierung lehnte die Koalition ab.

Ganz deutlich wird in diesem Jahr aber die Gutsherrenmentalität des Senats gegenüber den Bezirken am Beispiel der Strafaktion gegen Kreuzberg. Kreuzberg soll eine halbe Million DM von den Bezirksgeldern abgezogen werden, weil im Jahr 1995 ein CDU-Stadtrat

[Mutlu (Grüne): Der abgewählt ist!]

auf Grund einer individuellen rechtswidrigen Entscheidung dem Bezirk einen Millionenschaden zufügte. Der Bezirk tat alles, was ein Bezirk in so einem Fall politisch und juristisch tun kann: Die BVV wählte den Stadtrat ab und setzte einen Sonderausschuss ein. Das Bezirksamt schaltete den Rechnungshof ein und leitete ein Straf-, ein Regress- und ein Disziplinarverfahren ein. Das hindert den Finanzsenator nicht, an Kreuzberg ein bisher einmaliges Exempel statuieren zu wollen und den ganzen Bezirk mit Geldentzug zu bedrohen. Warum Kreuzberg? – Fälle wie diesen gibt es doch in anderen Bezirken und beim Senat selbst zuhauf.

[Gram (CDU): An allem ist der Senat schuld!]

Der jährliche Rechnungshofbericht spricht da beredte Worte. Wurden aber je eine Senatsverwaltung oder ein ganzer Bezirk finanziell abgestraft? – Noch nie! In Zehlendorf wurde in einem dem Kreuzberger Vorgang sehr ähnlichen Grundstücksfall 1997 ein Stadtrat abgewählt. In Steglitz hatte man diesen politischen Mut nicht. Der dortige Verursacher von Millionenschäden – auch ein CDU-Stadtrat – sitzt noch immer in seinem Dienstsessel. Wurde einem dieser CDU-regierten Bezirke Geld abgezogen? – Nicht eine Mark! Und was ist mit den Senatsverwaltungen? – Die Bauverwaltung hätte einen Nulletat, würde man dieser Verwaltung alle Schäden in Rechnung stellen, die Herr Klemann angerichtet hat.

[Beifall bei den Grünen - Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Was ist mit der Senatssportverwaltung, wo Frau Stahmer auf Mieteinnahmen in Millionenhöhe verzichtete? Warum Kreuzberg?

Auf wen immer diese Strafaktion zielen soll, treffen wird sie nur die Bürgerinnen und Bürger in Kreuzberg. Sie werden die eigentlich Bestraften sein. Denn irgendwo – bei den Kitas, bei der baulichen Unterhaltung, bei den Jugendfreizeitheimen oder vielleicht auch bei der Stadtbibliothek – werden diese Gelder fehlen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben die Chance, diese rechtlich und politisch anrüchige Abstrafung eines ganzen Bezirks noch zu stoppen. Stimmen Sie unserem Antrag auf Rücknahme der Strafaktion gegen Kreuzberg zu!

[Beifall bei den Grünen und bei der PDS]

Präsident Führer: Nunmehr hat das Wort Herr Abgeordneter Landowsky! – Bitte!

[Zuruf von den Grünen: Die junge Garde der CDU!]

Landowsky (CDU): Das ist wieder das Wort der Veteranen. Die Sache ist okay, meine Damen und Herren! – Nach 12 Stunden Haushaltsdebatte kann ich sagen, dass es drei wichtige Ergebnisse gibt: Das "Thoben" ist vorbei. Wir haben einen neuen Kultur- und Wissenschaftssenator. Wir haben einen neuen Bürgermeister, und wir haben einen neuen Haushalt. Das ist ein guter Tag für die Berliner, ein guter Tag für den Senat, und es ist auch ein guter Tag für die Koalition und damit auch für uns.

[Beifall bei der CDU]

Der Senator Stölzl macht Mut, und das ist gut für Berlin. Wir werden ihn unterstützen bei seiner schwierigen Aufgabe. Vielleicht zieht mit ihm auch wieder ein gutes Verhältnis des Landes Berlin zur Bundesregierung ein. Ich bin jedenfalls ganz zuversichtlich. Dem Innensenator und Bürgermeister Werthebach will ich sagen: Bleiben Sie bei Ihrer aufrechten Art, Herr Werthebach!

[Beifall bei der CDU]

(D)

(C)

Landowsky

(A) Sie machen Ihre Sache gut. Für einen Christdemokraten war es noch nie leicht, es stand immer unter dem Motto "Zuckerbrot und Peitsche", das Innenressort in Berlin zu leiten. Wer immer "everybody's darling" bleiben will – so hat Stoiber mit Recht gesagt – wird irgendwann "everybody's Depp". Das sollen Sie nicht sein. Bleiben Sie sich und Ihrer Art treu!

[Beifall bei der CDU]

Zum Haushalt hat Alexander Kaczmarek für die CDU das Notwendige mit aller Deutlichkeit gesagt. Wir haben Kultur und Wissenschaft, Bildung und Ausbildung in einer schwierigen Zeit vorrangig behandelt. Wir haben die innere Sicherheit nicht vernachlässigt, weil sie für die Geborgenheit der Menschen in dieser Stadt wichtig ist. Aber wir haben trotzdem eisern gespart, wo immer es nur geht. Die Baumeister dieses Haushalts sind schon gelobt worden: die Kollegen in den Ausschüssen und vor allem unser Finanzsenator Peter Kurth. Lieber Peter Kurth, wer vier Jahre Fronterfahrung bei Ihrer Vorgängerin hat und das so gut überlebt hat, der ist auch für einen guten Haushalt gut. Herzlichen Glückwunsch zu diesem Erfolg!

[Beifall bei der CDU]

Der heutige Tag beweist, dass den Berlinerinnen und Berlinern viel mehr mit guten Ideen gedient ist als mit Streit und Parteiengezänk. Gezänk fördert nie die Kreativität und bringt im Kern auch nicht viel. 108 Stimmen von 113 anwesenden Koalitionären für den Kultursenator sind ein gutes Ergebnis.

[Wieland (Grüne): Und Werthebach?]

Na ja, bei Werthebach hätten Sie ein paar Stimmen mehr in den Hut schmeißen können, meine Damen und Herren aus der Koalition! Aber es nun einmal eine schwierige Sache. Manche Ihrer Kolleginnen und Kollegen, Herr Wowereit, befinden sich noch in einer Art sozialdemokratischer Jungfernschaft. Aber wenn es eines Tages zwischen SPD und SPD so gut klappt wie zwischen uns beiden, dann bekommt Herr Werthebach auch mehr Stimmen. Da wollen wir letzlich hin. Auch bei H.-G. Lorenz wird es ein bisschen Mühe kosten, ich weiß das. Er kämpft ein bisschen. Werner Schneyder von den "Scheibenwischern" hat es einmal richtig gesagt: "Sozialdemokraten sind erst dann richtig glücklich, wenn sie nichts miteinander zu tun haben." - Das war bei Schröder und Chirac so, das ist bei Kohl und Mitterrand so gewesen, bei Schmidt und Giscard d' Estaing. Meinem von mir sonst geschätzten Freund Lorenz und auch meinem Freund Klaus-Uwe Benneter sage ich: Von der Koalition lernen heißt lieben lernen.

[Oh! von den Grünen]

Dann kommen auch mehr Stimmen zusammen.

Die Opposition ist heute ein bisschen auf der Strecke geblieben. Sie haben zu sehr vom Naturschutz in den Denkmalschutz gewechselt, insbesondere die Grünen. So lange wir so eine Opposition haben, ist mir um die Koalition nicht bange. Die Rollenverteilung ist in Ordnung: Wir steuern das Schiff, und Sie machen den Wellenschlag. So soll es auch für lange Zeit bleiben.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Ein paar Highlights haben wir erlebt, eben von Alexander Kaczmarek, am Anfang unserer Haushaltsdebatte von meinem Stellvertreter Frank Steffel,

[Buh! von den Grünen]

dem ich zu dieser Rede und zur Positionierung der Union als einem der guten jungen Leute herzlich gratuliere.

[Beifall bei der CDU]

Es war eben keine Buchhalterdiskussion. Ich glaube, die Rede von Christoph Stölzl hat uns gezeigt: Ein bisschen kommt jetzt neuer intellektueller Wind in die Stadt. Dafür sind wir Ihnen sehr dankbar, Herr Kollege Stölz!!

[Beifall bei der CDU]

Ich glaube, dass – in Liedertexten gedacht – "ein guter Tag zu Ende geht", Herr Wieland. Jetzt kommt Kurth und – wie Sie in dem gelben Zettel geschrieben haben – ohne Helm und ohne Gurt, und dann schreiten wir zur Tat für diesen Haushalt.

[Beifall bei der CDU - Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Präsident Führer: Für die SPD- Fraktion hat das Wort Frau Dunger-Löper. – Bitte!

Frau Dunger-Löper (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde mal wieder zu den Sachthemen zurückkehren. Der Ausgangspunkt unserer Haushaltsberatung war der, dass wir gesagt haben: Wir wollen konsolidieren, und wir wollen gestalten. Beides haben wir erreicht. Wir haben auf der einen Seite den finanzpolitischen Rahmen eingehalten, den wir uns gesetzt haben und der zum Ziel hat, dass wir im Jahr 2009 einen ausgeglichenen Haushalt ohne strukturelles Defizit erreichen. Wir haben andererseits Schwerpunkte gesetzt: Schul- und Jugendpolitik, Kultur und Wissenschaft. Aber ich denke, wir haben keinen Grund, uns an dieser Stelle zurückzulehnen und in Selbstgefälligkeit zu verfallen.

[Beifall bei der SPD]

Denn wir müssen uns über eines klar sein: Wir haben hier bei den Haushaltsberatungen und den entsprechenden Etatveränderungen mit drei Aspekten gearbeitet.

Wir haben die letzten Polster abgeschmolzen, wir haben Investitionen verschoben, und wir haben – allerdings aus meiner Sicht nicht in ausreichendem Maße – strukturelle Veränderungen begonnen oder zumindest in den Auflagenbeschlüssen angereut.

Was heißt das für den Haushalt 2001, in den wir jetzt unmittelbar einsteigen werden? – Wir wollen auch hier den Konsolidierungskurs fortsetzen, und das heißt, weiterhin Ausgaben verringern und die Netto-Neuverschuldung absenken. Damit können wir überhaupt wieder Handlungsspielraum erlangen, aber wir können es nur noch, wenn wir wirklich in strukturelle Veränderungen eintreten.

An dieser Stelle will ich ein Beispiel über die Art und Weise heranziehen, wie in den letzten Jahren häufig verfahren worden ist. Ich bin die Vorsitzende des Unterausschusses Theater, und daher liegt ein Beispiel aus diesem Bereich relativ nahe. Der Unterausschuss - und diesmal auf Bestreben der CDU auch öffentlich vor allen Medien tagend - hatte u. a. die Intendanten der Opernhäuser eingeladen, um von ihnen zu erfahren, weshalb sie unausgeglichene Wirtschaftspläne aufgestellt hatten und wie dies nachzubessern sei. Deutlich wurde dabei, dass es seit Jahren erhebliche strukturelle Probleme gibt. Die Häuser müssen zum Teil erhebliche Personalüberhänge finanzieren, die vorhandenen Tarifbindungen verhindern einen flexiblen Einsatz des Personals, an allen Häusern werden parallel zueinander Kapazitäten, wie zum Beispiel Werkstätten, vorgehalten, die nicht ausgelastet werden können. Es fehlt ein gemeinsames Marketingkonzept für die Kulturangebote usw. Der Unterausschuss, inzwischen der Hauptausschuss und auch Sie heute haben daraufhin einen Beschluss gefasst, der die Senatsverwaltung und damit Sie, Herrn Stölzl, verpflichtet, einen Bericht über die Einleitung struktureller Maßnahmen vorzulegen, wobei die Einrichtung eines Stellenpools und eines Abfindungsfonds, die Zusammenlegung von Verwaltungsbereichen und Werkstätten, andere Kooperationsmöglichkeiten und Ausgliederungen sowie Änderungen der Rechtsform und tarifrechtliche Regelungen zu überprüfen sind.

In den letzten Tagen ist mir ein kiloschweres Gutachten einer renommierten Unternehmensberatung in die Hände gefallen zum Thema: Strategische und operative Neuausrichtung der Opernhäuser in Berlin. Dieses Gutachten sagt:

Der Bereich Kultur gehört zu den strategischen Stärken der Metropole Berlin. Das Angebot Berlins auf diesem Gebiet bildet derzeit das vermutlich stärkste Element im Wettlauf mit internationalen Metropolen.

Frau Dunger-Löper

(B)

A) Das ist auch das, was wir als Ausgangsposition haben wollen. Und dann kommt dieses Gutachten zu der Diagnose, dass die Opernhäuser unterdurchschnittliche Kostendeckungen haben, eine deutlich zu niedrige Auslastung, jeweils im Vergleich zu anderen Städten, dass erhebliche Einsparpotentiale innerhalb der Kostenstrukturen vorhanden sind, dass mangelnde Abstimmung der Programme vorhanden ist usw. Es werden hier auch Modelle der Umorganisation aufgezeigt, z. B. das Zusammenfassen von Stäben, Programmplanung, Public Relation, Marketing und Kartenverkauf, Revision und Vertragswesen, Materialwirtschaft, Fundus, zentrale Bühnentechnik und ähnliches.

Nun wird jemand, der sich in der Szene nicht ganz so wie die Leute aus dem Kulturbereich auskennt, sagen: Mensch, hier ist eine Unternehmensberatung, die hat aber schnell gearbeitet. – Da muss ich Sie leider enttäuschen: Das Gutachten ist von 1994. Seit der Zeit liegen die Vorschläge auf dem Tisch. Herr Lehmann-Brauns hat zwar gesagt, es sei darüber ständig diskutiert worden, aber passiert ist nichts. Herr Stölzl, hier ist konkrete Arbeit angesagt. Ich fürchte, Optimismus und gute Stimmung allein reichen hier nicht. Insofern folge ich nicht dem, was der "Tagesspiegel" heute zu Ihrem Amtsantritt gesagt hat. Hier muss der steinige Weg der Umstrukturierung angegangen werden, und Sie werden an vielen Fronten zu kämpfen haben.

[Beifall der Frau Abg. Ströver (Grüne)]

Wir werden Sie dabei begleiten und Sie fordern, damit Sie hier wirklich tätig werden, notfalls auch, wenn uns dann der Vorwurf des Provinzialismus gelegentlich treffen wird. Denn nicht eloquenter Feuilletonismus, wie wir ihn in den letzten Wochen in den Zeitungen überall lesen konnten, ist hier angesagt, sondern bewertet wird, was am Ende herauskommt: effizient arbeitende Häuser, die damit die Freiheit wiedererlangen, ihren künstlerischen Auftrag erfüllen zu können. Aber dies war nur ein Beispiel, das ich herangezogen habe; Sie sind hier nicht allein gefordert, Herr Stölzl.

Strukturreformen muss es in allen Senatsverwaltungen geben.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Leistungsverträge sind schon angesprochen worden. Wir haben dieses zu initiieren und haben es zum Teil auch schon getan, sowohl im Bereich Sozialwesen wie auch im Bereich der Jugend. Wir haben aber noch einen Bereich – und da spreche ich den Innensenator an –, wo wir Aufgaben zu erledigen haben: Das Überhangmanagement in diesem Lande ist außerordentlich mangelhaft.

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Nur wenn es uns gelingt, für die folgenden Jahre den Strukturwandel voranzubringen, haben wir eine Chance, die Konsolidierung, so wie wir sie uns vorstellen und wie Herr Kurth sie mit seinem Haushalt, den er hier vorgelegt hat, angegangen ist, wirklich zu erreichen. Wir haben heute eine erste Etappe erreicht und abgeschlossen, aber die Hauptarbeit liegt noch vor uns.

[Beifall bei der SPD - Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Präsident Führer: Nunmehr hat Herr Senator Kurth das Wort.

Kurth, Senator für Finanzen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein paar Minuten bleiben noch. Dieser Koalition wird keiner vorwerfen können, dass es bei ihr heiße: Kultur zuletzt.

Wir haben in den letzten Stunden über den Haushalt 2000 beraten. Genauso wichtig waren für mich viele Gespräche über die Finanzlage und den Haushalt, die ich in den letzten Wochen und Monaten mit Interessenvertretern der Gewerkschaften, der Wirtschaftsverbände, mit vielen Ortsverbänden unterschiedlicher Parteien.

[Wowereit (SPD): War er wieder bei der PDS?]

mit vielen Menschen hatte. Nach diesen Gesprächen ist meine Überzeugung mehr denn je: Die Berlinerinnen und Berliner

haben – allen lautstarken Bekundungen zum Trotz – Verständnis (C) für eine konsequente Konsolidierungspolitik. Sie unterstützen und erwarten sie vom Senat.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Den meisten Menschen in dieser Stadt ist klar, dass es für die öffentliche Hand auf die Dauer nicht anders als für Privathaushalte und Unternehmen sein kann: Einnahmen und Ausgaben müssen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

Wir sind davon in Berlin noch ein Stück entfernt. Aber wir kommen auch mit diesem Haushalt unserem Ziel näher. Es gelingt nicht, auf neue Schulden zu verzichten, aber wir haben die Netto-Neuverschuldung um 350 Millionen DM reduziert.

[Müller-Schoenau (Grüne): Statt um 650!]

Wir haben die Ausgaben gegenüber dem Ist 1999 um 430 Millionen DM reduziert. Wir setzen weiter investive Schwerpunkte, und das wird auch der Kurs der nächsten Jahre sein. Mit mir wird es einen Haushalt, der eine höhere Netto-Neuverschuldung als im Vorjahr vorsieht, nicht geben.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Der Kurs des Senats ist klar. Der Kurs der Opposition, Herr Müller-Schoenau, entschuldigen Sie, ist so klar nicht. Sie sind sogar von den Journalisten, glaube ich, gründlich missverstanden worden, wenn Sie sich die Tickermeldungen über Ihren Redebeitrag heute einmal ansehen.

[Krüger (PDS): Tja!]

Sie können dem Senat nicht gleichzeitig vorwerfen, den Konsolidierungskurs aufzugeben, und dann, eine unsoziale Sparpolitik zu machen. Sie können beide Vorwürfe für die Zukunft lassen; sie sind nicht nur widersprüchlich, sondern jeder für sich auch falsch

[Beifall bei der CDU]

Wir haben über die **Risiken in diesem Etat** gesprochen. Es ist völlig klar, dass ein Haushalt mit über 40 Milliarden DM gewisse Unwägbarkeiten birgt. Sie haben, Herr Wolf, das falsche Beispiel herausgesucht, um dies zu belegen, nämlich die Personaleckzahlen. Wir haben in diesem Jahr die Personaleckzahlen auf Grund der Erfahrungen mit den tatsächlichen Durchschnittssätzen um eine halbe Milliarde DM erhöht, und wir haben auch eine Tarifvorsorge getroffen. Aber ich sage auch deutlich: Diese Tarifvorsorge orientiert sich nicht an den Abschlüssen in der Industrie und in der Wirtschaft.

[Wolf (PDS): Darüber habe ich gesprochen, also war es doch nicht falsch!]

Das wird auch in Zukunft so nicht sein können. Wer das Streikrecht für sich reklamiert, wer Tarifforderungen stellt wie in der öffentlichen Wirtschaft, wird es immer schwerer haben, in Zukunft zu begründen, warum es bei den Privilegien im öffentlichen Dienst bleiben soll.

[Beifall bei der CDU - Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Der Senat bleibt bei seiner klaren vertraglichen Vereinbarung mit den Gewerkschaften. Es gibt keine betriebsbedingten Kündigungen. Sie sind ausgeschlossen bis zum Jahr 2002 im Kulturund Gesundheitsbereich, bis zum Jahr 2004 im Bereich der Verwaltungen im Übrigen. Das ist auch die Überzeugung des Senats. Es werden aber Gegenleistungen von den Gewerkschaften und von den Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst erforderlich sein, um eine solche Verständigung auch fortzusetzen.

Es ist viel über das Verhältnis zwischen dem Bund und Berlin gesprochen worden. Nicht viel leichter ist das Verhältnis zu den anderen Bundesländern. Dieses ist keine Frage von Parteizugehörigkeit. Der Wechsel von Rot-Grün in Hessen zu Schwarz-Gelb hat nicht einmal an der Argumentation der Finanzverwaltung dort Wesentliches geändert. Damit sollten auch wir dieses Thema nicht als Parteienthema begreifen. Die Konsolidierungsarbeit, die wir in Berlin leisten, aber auch die Diskussion darüber, wird im übrigen Bundesgebiet sehr aufmerksam ver-

Sen Kurth

(A) folgt. Bei bestimmten Presseorganen, auch aus dem Süden der Republik, ist eine Interessennahme auch gut nachvollziehbar. Deshalb verstehe ich nicht ganz, mit welcher Begeisterung insbesondere Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, jeden Presseartikel, der sich kritisch, manchmal hämisch über Berlin äußert und in die Diskussion aufgreifen. Wir sollten sie gemeinsam zurückweisen!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Wir kommen in der 10er-Runde der Bundesländer, die für einen gerechten Finanzausgleich auch zukünftig eintritt, Schritt für Schritt weiter. Es ist am Dienstag gelungen, die Stadtstaatenwertung, die Einwohnerwertung bei den Stadtstaaten im Kreis der 10 Länder festzumachen. Das ist ein wichtiger Schritt hin auf eine Mehrheit im Bundesrat und auf eine Mehrheit im Bundestag.

Das Verhältnis der Bundesregierung und der anderen Länder zu ihrer Hauptstadt – ich betone dies ausdrücklich – ist keines, dass in den Schlussbemerkungen einer Haushaltsdebatte angemessen zu behandeln ist. Es ist auch keines, dass in erster Linie finanzpolitisch behandelt werden sollte. Es ist aber auch nicht allein ein Thema für politische Akademien, sondern hat handfeste Hintergründe und Interessen.

Ich möchte die hier immer wieder genannten Punkte nicht im Einzelnen aufgreifen, sondern nur ein Konkretes Beispiel nennen, über das ich heute Nachmittag informiert worden bin. Sie wissen vielleicht, dass es eine Richtlinie gibt, nach der der Bund Grundstücke und Gebäude, die die Alliierten irgendwo in der Bundesrepublik freigezogen haben, den Gemeinden für 50 % ihres Verkehrswertes zu verkaufen erlaubt. Diese Richtlinie wendet der Bund in 15 Bundesländern an, in Berlin nicht. Es gibt hier ein Areal, für das der Bund auch keine Nutzung hat. Es steht leer. Es handelt sich um das ehemalige alliierte Hauptquartier an der Clayallee, in dem die Freie Universität einen neuen Campus errichten möchte. Ich finde es nicht in Ordnung - das sage ich sehr zurückhaltend, ich steige auf den Ton des einen oder anderen Bundesministers gar nicht ein -, wenn der Bund, ohne ein sinnvolles Nutzungskonzept für dieses Grundstück zu haben. pauschal ohne weitere Begründung den Erwerbswunsch der Freien Universität ablehnt, damit den Campus der Freien Universität verhindert und immer noch kein Nutzungskonzept für dieses Grundstück hat.

[Beifall bei der CDU und der SPD – Vereinzelter Beifall bei der PDS und bei den Grünen]

Es geht um diese Punkte, bei denen wir mit Nachdruck in einem vernünftigen Ton die Interessen Berlins auch dem Bund gegenüber zu vertreten und durchzusetzen haben. Ich wünsche mir, dass ungeachtet sonstiger parteipolitischer Zugehörigkeit sich auch die Vertreter Berliner Parteien in der Bundesregierung diese Anliegen etwas nachhaltiger zu eigen machen.

[Gram (CDU): Die spielen doch dort keine Rolle!]

Aus dem Verantwortungsbereich meines Einzelplans, der immer ein wenig zu kurz zu kommen droht, möchte ich einen Punkt herausgreifen. Es geht um die Leistung der Berliner **Finanzämter.** In den letzten vier Jahren haben wir 30 % der Stellen in den Finanzämtern abgebaut.

[Wowereit (SPD): Die waren gar nicht besetzt!]

Allein in diesem Jahr sind es fast 800. Das entspricht der Personalausstattung zweier Finanzämter. Es ist aber gleichzeitig in diesem Zeitraum gelungen, die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten bei der Steuererklärung für Arbeitnehmer von 90 Tagen im Jahr 1995 auf 47 Tage im Jahr 1999 zu reduzieren. Es ist gelungen, die Steuerrückstände um 600 Millionen DM zu verringern. Bei den Betriebsprüfungen liegen wir inzwischen über dem Bundesdurchschnitt. In einer Zeit, ungewöhnlich massiven Stellenabbaus ist eine solche Leistungssteigerung im Interesse des Gesamthaushalts eine besonders bemerkenswerte Leistung. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Berliner Finanzämter hierfür danken!

Am Beginn dieser Debatte stand der Dank des Vorsitzenden des Hauptausschusses an die Mitarbeiter der Verwaltung und an die Kollegen. Ich möchte, lieber Herr Dr. Seitz, mich diesem Dank gern anschließen und Sie ausdrücklich in diesen Dank miteinbeziehen. Ich habe mich bei Ihnen persönlich zu bedanken für vielfältige Unterstützung und Anregung. Es ist Ihnen gelungen, im Hauptausschuss die übliche sachorientierte Diskussion über viele Stunden und viele Themen hinweg zu halten und gleichwohl immer auch einen menschlichen Geist zu verbreiten. Herzlichen Dank dafür!

[Beifall bei der CDU und der SPD – Vereinzelter Beifall bei der PDS und bei den Grünen]

Ich selbst nehme als wichtigstes Ergebnis aus den Behandlungen dieses Haushalts im Hauptausschuss sehr viele Anregungen für den Haushalt 2001 mit. Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU und der SPD – Wowereit (SPD): Das war wohl eine Drohung!]

Präsident Führer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Redezeiten sind auch aufgebraucht. Wir kommen wieder zur Abstimmung. Wer dem Einzelplan 15 unter Berücksichtung der Änderungen des Hauptausschusses Drucksache 14/301 und der Auflagenbeschlüsse des Hauptausschusses gemäß Drucksache 14/302, hier die Nrn. 56 bis 58, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Einzelplan angenommen.

Nun kommen wir zum Einzelplan 29. Hier lasse ich zuerst über die sechs Änderungsanträge, die die Fraktion der Grünen eingebracht hat, abstimmen. Diese hatten wir bei den Einzelplänen bereits in die Beratung miteinbezogen.

Ich lasse abstimmen über den Antrag Drucksache 14/301-1 – Stichwort Reduzierung der Kreditmarktmittel im Kapitel 20 02 und dafür Erhöhung im Kapitel 29 90 im Titel Entnahme aus Rücklagen. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Antrag

Wir kommen dann zum Antrag Drucksache 14/301-2 – Stichwort Erhöhung der pauschalen Mehrausgaben um 120 Millionen DM im Kapitel 29 09. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Dann sind wir bei dem Antrag Drucksache 14/301-3 – Stichwort Erhöhung der Erstattungen von Betriebskosten der Tageseinrichtungen für Kinder durch Gegenfinanzierung aus den Kapiteln 11 00, 13 20, 29 02 und 05 01. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Ich lasse nun abstimmen über den Antrag Drucksache 14/301-4 – Stichwort Sanierung Komische Oper und Zuschuss Schaubühne. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist auch dieser Antrag bei einigen Stimmenthaltungen und Gegenstimmen abgelehnt.

Wir sind dann beim Änderungsantrag Drucksache 14/301-5 – zusätzliche Einstellung von 100 Millionen DM im Kapitel 29 10 für pauschale Mehrausgaben. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich ums Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieser Antrag bei einigen Gegenstimmen und Stimmenthaltungen abgelehnt.

Wir sind dann beim Änderungsantrag Drucksache 14/301-6 – Rücknahme der Strafaktion gegen den Bezirk Kreuzberg. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen.

[Oh! von links]

(B)

Präsident Führer

 A) – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

[Unruhe]

Wir sind dann mit den Änderungsanträgen der Grünen durch, – Darf ich um Ruhe bitten, auch Herrn Niedergesäß! Es wäre besser, wenn Sie alle jetzt ruhig wären! –

[Heiterkeit]

und ich lasse abstimmen über den Einzelplan 29 und dabei über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS mit der Drucksachennummer 14/301-15. Wer diesem Änderungsantrag der PDS seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen! – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieser Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgeleht

Wer nun dem Einzelplan 29 unter Berücksichtigung der Änderungen und der Auflagenbeschlüsse des Hauptausschusses, Drucksachen 14/301 und 14/302, hier die Nummern 59 bis 62, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit; damit ist dieser Einzelplan angenommen.

Nun kommen wir noch zu den Änderungen in den Bezirkshaushaltsplänen gemäß Drucksache 14/301. Wer diesen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Hier scheint einige Verwirrung zu sein. Aber die Änderungen gemäß Drucksache 14/301 sind angenommen.

Ich gehe davon aus, dass damit auch die Anlagen 1 bis 4 des Haushaltsplans für Berlin für das Haushaltsjahr 2000 zur Kenntnis genommen sind. – Widerspruch dazu höre ich nicht.

Meine Damen und Herren! Nach der Allgemeinen Aussprache heute früh und den Beratungen aller Einzelpläne sind wir damit am Ende der Haushaltsberatungen. Am Ende der Debatte gilt es auch, ein Resümee zu ziehen, und ich bin gebeten worden, dies zu tun.

Der Senat hat den von ihm eingebrachten Haushalt – wie sollte es anders sein – verteidigt. Die Koalitionsfraktionen haben – wie sollte es anders sein – die Beschlüsse des Hauptausschusses unterstrichen und die Zustimmung zum gesamten Haushalt signalisiert. Die Opposition hat ihre Kritik – wie sollte es hier anders sein – nicht nur in der Generaldebatte, sondern auch bei der Beratung der Einzelpläne deutlich zum Ausdruck gebracht. Sie wird wie bei den Einzelabstimmungen – aller Voraussicht nach – auch bei der Schlussabstimmung den gesamten Haushalt ablehnen. – So viel zu dem üblichen Prozedere. Aber nun gestatten Sie mir auch noch, den Dank dafür zu sagen für die – wie ich meine – überaus faire Debatte.

Es gilt auch Dank zu sagen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses,

[Allgemeiner Beifall]

und in diesen Dank schließe ich die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen ausdrücklich ein,

[Allgemeiner Beifall]

die manchem und mancher geholfen haben, heute die Reden zu bestehen.

[Heiterkeit]

Meine Damen und Herren! Das Parlament ist der Ort, um die politischen Ansichten und die politischen Ziele und die Wege dahin zu diskutieren. Dies hatten wir heute über 10 Stunden, eigentlich fast über 12 Stunden getan. Es ist übrigens der zehnte Haushalt nach der Einheit, und ich bin der Auffassung, dass wir uns nach wie vor darüber freuen können und freuen sollten, in einer Stadt zu leben und einen gemeinsamen Haushalt beraten zu können – trotz aller Probleme, die wir derzeit haben.

Wir stehen vor erheblichen finanziellen Problemen. Täglich zahlen wir etwas mehr als 10 Millionen DM Zinsen. Durch die zusätzliche Netto-Neuverschuldung und eine mögliche Erhöhung der Leitzinsen, die uns vielleicht bevorsteht, durch die Europäische Zentralbank wird dieser Betrag deutlich steigen und somit den Gestaltungsspielraum weiter einengen. Die Verhand-

lungen – Herr Senator Kurth hat es eben angesprochen – über den Länderfinanzausgleich sind voll im Gange. Das Ergebnis steht lange aus, aber eines ist sicher: Mehr werden wir aus den Töpfen des Bundeshaushalts und der Länderhaushalte nicht bekommen. Diese Tatsache fordert alle heraus, Koalition, Opposition, aber auch die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Träume und Wünsche können wir viele haben, eine Vielzahl davon Wirklichkeit werden zu lassen, ist unsere Zukunftsaufgabe.

Lassen Sie mich abschließend noch eine Bitte äußern: Gehen wir weiterhin gemeinsam in den Diskurs, in den Streit miteinander über die besten Wege, wie wir der Herausforderung zum Wohle der Bevölkerung am besten begegnen können, so zu diskutieren, wie wir es heute getan haben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

[Beifall]

Wir kommen nunmehr zur

Schlussabstimmung

und zwar mit der Abstimmung über die

Vorlage – zur Beschlussfassung – über Gesetz zur Sanierung des Haushalts 2000 (Haushaltssanierungsgesetz 2000)

mit der Drucksachennummer 14/202. Ich rufe auf die Artikel I bis IX, die Überschrift und die Einleitung im Wortlaut der Vorlage Drucksache 14/202 unter Berücksichtigung der Beschlussempfehlung Drucksache 14/300 und des Änderungsantrags der Fraktion der PDS, Drucksache 14/300-1, sowie des Änderungsantrags der Fraktionen der CDU und der SPD, Drucksache 14/300-2. Zuerst lasse ich über den Änderungsantrag der PDS, Drucksache 14/300-1 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt. Ich lasse jetzt abstimmen über den Änderungsantrag von CDU und SPD, Drucksache 14/300-2. Wer diesem seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen! – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieser Änderungsantrag angenommen

Wer nun dem Haushaltssanierungsgesetz 2000, Drucksache 14/202, unter Berücksichtigung der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses, Drucksache 14/300, und der soeben beschlossenen Änderung auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen! – Stimmenthaltungen? – Damit ist das Haushaltssanierungsgesetz mit Mehrheit beschlossen

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über die

Vorlage – zur Beschlussfassung – über Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

mit der Drucksachennummer 14/150. Ich rufe auf die §§ 1 bis 13 bzw. nunmehr sind es die §§ 1 bis 12, die Überschrift und die Einleitung im Wortlaut der Vorlage Drucksache 14/150 unter Berücksichtigung der Beschlussempfehlung Drucksache 14/302, und zwar hier die römische Ziffer I der Beschlussempfehlung, sowie den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, Drucksache 14/302-1, über den ich zuerst abstimmen lasse. Wer also dem PDS-Änderungsantrag Drucksache 14/302-1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen! – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt. Wer nun dem Haushaltsgesetz für das

(C)

Präsident Führer

(A)

Jahr 2000 auf der Basis der Vorlage Drucksache 14/150 und unter Berücksichtigung der römischen Ziffer I der Beschlussempfehlung Drucksache 14/302 seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen! – Stimmenthaltungen? – Damit haben wir das Haushaltsgesetz mehrheitlich beschlossen,

[Beifall bei der CDU und der SPD]

der Haushaltsplan 2000 ist damit verabschiedet, und wir sind am Ende unserer Beratungen. Ich danke noch einmal all denjenigen, die am Zustandekommen dieses Haushaltsgesetzes beteiligt waren.

Wir sind am Ende unser heutigen Tagesordnung. Die nächste Sitzung wird am Donnerstag, dem 18. Mai 2000, um 13 Uhr stattfinden. Ich wünsche Ihnen allen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie Ihren Angehörigen sonnige Ostertage und erholsame Ferien. – Die Sitzung ist geschlossen.

[Schluss der Sitzung: 21.40 Uhr]

(B) (D)

(A) Anlage (C)

Beschlüsse des Abgeordnetenhauses

Ermächtigungen, Ersuchen, Auflagen und sonstige Beschlüsse aus Anlass der Beratung des Haushaltsplans von Berlin für das Haushaltsjahr 2000

- Auflagenbeschlüsse 2000 -

(B)

- 1.*a) Die Senatsverwaltungen für Finanzen und Inneres werden ermächtigt, bei der Herstellung des Druckstücks des Haushaltsplans 2000 (einschließlich der ihm beigefügten Anlagen) Fehler zu berichtigen und die Erläuterungen, Vermerke und Bezeichnungen entsprechend anzupassen.
 - b) Der Senat wird ermächtigt, die Änderungen im Zusammenhang mit der Neugliederung des Senats im Druckwerk des Haushaltsplans 2000 umzusetzen.
- *2. Der Senat wird ersucht, wie in den Vorjahren zu den jeweiligen Beratungen des Haushaltsplans im Hauptausschuss vorzulegen:
 - a) soweit nicht im Entwurf des Haushaltsplans enthalten, ergänzende Aufgliederungen mit Vergleichsbeträgen zu einzelnen Erläuterungen (einschließlich der Zuschüsse an juristische Personen des öffentlichen Rechts sowie auch unter Berücksichtigung von Nachträgen),
 - b) besondere kapitelweise (ohne Bezirke) gegliederte

 Nachweisungen über die Änderungen in den
 Stellenplänen mit Gesamtvergleich zum Vorjahr sowie über die Änderungen bei den Beschäftigungsund Ausbildungspositionen. Planmäßige und nichtplanmäßige Dienstkräfte sollen kapitelweise und mit
 der Angabe der Funktionen zusammengefasst und
 Voll- und Teilzeitstellen ausgewiesen werden.
 - Mit der Nachweisung über die Änderungen in den Stellenplänen sind in einer Zahl (mit Vergleichszahl des Vorjahres) die Stellen mit Wegfallvermerken zu nennen.
- Der Senat und die Bezirke werden ersucht, bei über- oder außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sowie bei Einnahmeverzichten in grundsätzlichen (d. h. auch bei neuen Baumaßnahmen) oder finanziell bedeutsamen Fällen vorab das Einvernehmen mit dem Hauptausschuss herbeizuführen. Dies gilt auch, wenn im Laufe eines Haushaltsjahres zusätzliche Ausgaben für nichtplanmäßige Dienstkräfte bereitgestellt werden sollen und insoweit eine künftige Erweiterung des Stellenrahmens vorgesehen ist. Dienen die über- oder außerplanmä-Bigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen oder machen die Umstände sofortiges Handeln erforderlich, ist der Hauptausschuss unverzüglich nachträglich zu unterrichten. Hält es der Hauptausschuss bei außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen im Einzelfall für geboten, so hat der Senat dem Abgeordnetenhaus eine Vorlage – zur Beschlussfassung - zu unterbreiten.
- *4. Alle Senatsverwaltungen und die Bezirke werden aufgefordert, bei Maßnahmen im Wege der erweiterten Deckungsfähigkeit gem. § 20 Landeshaushaltsordnung vorab die Zustimmung des Hauptausschusses einzuholen, wenn
 - a) von einem Ansatz mehr als 100 000 DM oder von mehreren Ansätzen mehr als 500 000 DM, die sich durch den Wegfall von Aufgaben ergeben und bei denen ein sachlicher Zusammenhang besteht, verwendet werden sollen,

- ein Ansatz von mindestens 500 000 DM um mehr als 20 v. H. oder um mehr als 1 Mio. DM verstärkt werden soll.
- *5. Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss halbjährlich bis zur Einführung eines kameralen Berichtswesens eine Fortschreibung aller in den Haupt- und den Bezirksverwaltungen zugelassenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sowie eine Zusammenstellung etwaiger Vorabzusagen – als Sammelvorlage – vorzulegen.
- *6. Neue oder zusätzliche Büroflächen dürfen erst nach Zustimmung des Hauptausschusses angemietet, alternativ finanziert oder angekauft werden, wenn Flächenbilanzen für die Hauptverwaltung und die Bezirke vorliegen, die damit verbundenen Aufgaben Priorität haben, nachweislich keine Alternative zum darzustellenden Bedarf besteht und der Vorschlag die kostengünstigste Lösung darstellt. Alle Folgekosten sind einzubeziehen.
- Der Senat wird ersucht, den Wert aller unentgeltlich oder verbilligt überlassenen Grundstücke, Gebäude, Räume und Nutzungsrechte im Haushaltsplan darzustellen.
- *8. Den Mitgliedern des Unterausschusses KIT des Hauptausschusses ist wie in den Vorjahren aus dem Haushaltsplan eine Übersicht aller Ausgaben im Bereich der Kommunikations- und Informationstechnik ("KIT-Übersicht") zu erstellen.

Insbesondere sind bei Ansätzen ab 10 000 DM die Ausgaben für Hard- und Software getrennt mit Angabe des Planungsdatums auszuweisen. Bei investiven Sachausgaben sind außerdem die Einzelmaßnahmen jeweils untergliedert nach Gerätezahl und -kosten sowie die Gesamtausgaben darzustellen.

Darüber hinaus sind den Mitgliedern des Hauptausschusses der Haushaltsplan, die Stellenpläne und die Ist-Zahlen auch auf elektronischen Medien zur Verfügung zu stellen.

- *9. Zu den Einzelplänen
 - 31 Bezirksverordnetenversammlungen bis
 - 59 Allgemeine Finanzangelegenheiten -

Die Bezirke werden aufgefordert, sowohl bei zu beschaffenden luK-Verfahren als auch bei solchen, für die ein eigener Programmieraufwand (intern oder extern) notwendig ist, sich soweit wie möglich untereinander so abzustimmen, dass jeweils dasselbe Verfahren in allen Bezirken Anwendung findet.

- *10. Der Senat wird aufgefordert, der Bibliothek des Abgeordnetenhauses ein Exemplar aller vom Land Berlin in Auftrag gegebenen Gutachten für die Nutzung zur Verfügung zu stellen.
- *11. Alle Senatsverwaltungen werden aufgefordert, den Hauptausschuss zwei Monate vor Vergabe von Gutachtenaufträgen (Titel 526 15 und 540 10) zu unterrichten und zu begründen, warum die zu leistende Arbeit nicht von Dienststellen des Landes Berlin erledigt werden kann. Überschneidungen mit anderen Aufträgen ist vorzubeugen.
- *12. Alle Senatsverwaltungen werden aufgefordert, bis zum 31. Juli 2000 in Übersichten und Stichworten darzustellen, welche Bundes- und EU-Mittel (Umfang, Zweck-

(D)

441

- (A) bestimmung, Vergabemodalitäten) verwaltet werden, welche Probleme bei der Inanspruchnahme und beim Mittelabfluss gegebenenfalls auftreten und welche Lösungswege bestehen.
 - *13. Der Senat wird aufgefordert, bei Aufträgen der Arbeitsmarktsituation in Berlin Rechnung zu tragen. Die Zahlungsmoral des Landes als Auftraggeber ist deutlich zu verbessern.
 - *14. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wird aufgefordert, dem Hauptausschuss jährlich jeweils zur ersten Sitzung nach der Sommerpause durch Zahlen zu belegen, inwieweit sich die Erwartungen an die "Energiesparpartnerschaft Berlin" erfüllt haben. Dabei ist auch auf die Erfolge bzw. Vertragsentwicklungen bei der Energiesparpartnerschaft einzugehen.
 - *15. Der Senat und die Senatsmitglieder werden aufgefordert, in Vorlagen an das Abgeordnetenhaus und dessen Ausschüsse neben Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung auch die Gesamtkosten (einschließlich landeseigener Grundstücke und Flächen) darzustellen. Soweit dies in Einzelfällen wegen fehlender Kosten- und Leistungsrechnungen noch nicht möglich ist, sollen Pauschalsätze der Kommunalen Gemeinschaftsstelle angewendet werden.
 - *16. Für jede(n) nicht fristgerecht eingehende(n) Vorlage oder Bericht an den Hauptausschuss und dessen Unterausschüsse wird im Kopfplan der jeweils zuständigen Verwaltung eine pauschale Minderausgabe von 150 000 DM eingesetzt. Dies gilt für inhaltlich unzureichende Vorlagen entsprechend.

Diese Minderausgaben werden zur Senkung der Netto-Neuverschuldung eingesetzt.

Vorlagen und Berichte liegen nicht rechtzeitig vor, wenn sie nicht zum festgesetzten Termin oder nicht eine Woche vor dem Beratungstermin bis 13.00 Uhr in der Geschäftsstelle des Hauptausschusses eingegangen sind.

Spätestens mit der Einbringung des Haushaltsgesetzes müssen alle zuvor zur Haushaltsberatung angeforderten Berichte in der Geschäftsstelle des Hauptausschusses bzw. in den Geschäftsstellen der jeweiligen Unterausschüsse eingegangen sein, sofern sie nicht ausdrücklich zur Beratung eines bestimmten Einzelplans angefordert worden sind.

Der Hauptausschuss erwartet, dass in Vorlagen und Berichten bei allen aufgeführten Kapiteln und Titeln die Ansätze des abgelaufenen, des laufenden und – soweit möglich – des kommenden Haushaltsjahrs sowie das Ist-Ergebnis des abgelaufenen Rechnungsjahres, die Verfügungsbeschränkungen und die aktuelle Ausschöpfung in einer tabellarischen Übersicht vorangestellt werden.

- *17. Der Senat wird aufgefordert, die Wirtschaftspläne für Zuschussempfänger einschließlich der Betriebe nach § 26 LHO künftig im Haushaltsplan wie folgt darzustellen:
 - Der Aufbau der Wirtschaftspläne soll in Gegenüberstellung der letzten zwei Jahre als Soll-Ist-Vergleich dargestellt werden. Grundlage bilden die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung.

Rechtzeitig zur ersten Lesung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2001 sind die Wirtschaftspläne für die Zuschussempfänger einschließlich der Betriebe nach § 26 LHO vorzulegen; diese enthalten mindestens

 die geplante Bilanzsumme unter Darstellung des Anlagevermögens mit der Summe der Sach- und Finanzanlagen, des Umlaufvermögens mit der Darstellung der kurzfristigen Forderungen, der langfristigen Forderungen und der liquiden Mittel, des Eigenkapitals, der Rückstellungen, der Verbindlichkeiten unterteilt in kurzfristige und langfristige Verbindlichkeiten und der Kapitalzuführungen sowie

- das geplante Geschäftsergebnis unter Darstellung der Erlöse, des Personalaufwands, des Sachaufwands, der Abschreibungen, der Entnahme aus Rücklagen und der gewährten Zuschüsse unterteilt nach Zuschüssen aus dem Landeshaushalt und Zuschüssen Dritter.
- *18. Der Senat und die Bezirke werden aufgefordert, den Datenteil zum Transparenzbericht jährlich zum 31. August zu aktualisieren und im Intranet zum Abruf zur Verfügung zu stellen.
- Der Senat wird aufgefordert, bei Änderungen der Groboder Feingliederung des Haushaltsplans die Vergleichsbeträge entsprechend umzugliedern.
- Der Senat wird ersucht, für jeden Einzelplan des Haushalts eine zusammenfassende Übersicht voranzustellen. Diese Übersicht enthält mindestens
 - nach Kapiteln gegliedert die Abschlüsse der im Einzelplan enthaltenen Kapitel mit Vergleichsbeträgen,
 - die Summe der Ansätze des Einzelplans nach Hauptgruppen und Funktionen (Einsteller) mit Vergleichsbeträgen.
- 21. Der Senat wird aufgefordert, alle Schreiben an das Abgeordnetenhaus, die zur parlamentarischen Beratung bestimmt sind, zusätzlich bis zum 1.1.2001 in elektronischer Form bereitzustellen. Die Bereitstellung der Informationen soll mittels elektronischer Post (X.400) angezeigt werden. Die Nutzung der Dokumente soll durch eine maschinelle Suche nach Dokumenten und ihren Inhalten unterstützt werden.
- 22. Der Senat wird aufgefordert, bis zum 30. November 2000
 - unverzüglich alle Module der Kosten- und Leistungsrechnung in der gesamten Hauptverwaltung einzuführen.
 - zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kostenund Leistungsrechnung unverzüglich die Produktbildung insgesamt zu reorganisieren (Bildung einheitlicher Produkte einschließlich der Bezugsgrößen für vergleichbare Produkte der Haupt- und Bezirksverwaltungen),
 - über die Weiterentwicklung des Budgetierungskonzepts zu berichten und
 - unter Beteiligung der Senatsverwaltung für Finanzen ein systematisches Finanz- und Fachberichtswesen für die Berliner Verwaltung zu organisieren.
- 23. Der Senat hat sicherzustellen, dass die Erläuterungen zu allen Titeln im Haushaltsplan hinreichend ausführlich formuliert sind, sodass aus ihnen eindeutig hervorgeht, wofür veranschlagte Mittel verausgabt werden sollen, soweit es sich um Ausgabetitel handelt, bzw. woher die Mittel stammen, sofern es sich um Einnahmetitel handelt. Die Senatsverwaltungen werden aufgefordert, bei allen Ausgabetiteln, die eine Kofinanzierung durch Dritte beinhalten, in den Erläuterungen des Haushaltsplans die Drittmittel separat darzustellen. Die Notwendigkeit von Verpflichtungsermächtigungen ist in der Erläuterung zu begründen.
- 24. Der Senat wird aufgefordert, bis zum 31. August 2000
 - für den Bereich der allgemeinen Daseinsvorsorge (Beratung, Pflege- und Betreuung) unter Angabe des Ausgabevolumens die Leistungen (quantifizierbar) darzustellen, für die aus dem Landeshaushalt Zahlungen geleistet werden;
 - die Leistungen, die von mehreren Anbietern erbracht werden, im Rahmen des öffentlichen Vergaberechts oder in einem analogen Verfahren auszuschreiben.

(B)

(A) B. Zu den Einzelplänen des Haushaltsplans

Einzelplan 05 - Inneres

- *25. Der Senat wird aufgefordert, rechtzeitig zur Beratung des Haushalts 2001 eine Planungsübersicht über die Ablösung und den Ersatz vorhandener und die Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechnik-Projekte vorzulegen, dabei eine Rangfolge im Hinblick auf die Dringlichkeit und Wirtschaftlichkeit vorzuschlagen sowie den voraussichtlichen Aufwand und den erwarteten Nutzen anzugeben. Darüber hinaus wird der Senat aufgefordert, rechtzeitig zur Beratung des Haushalts 2001 den Stand der bisherigen Ablösung, den Ersatz vorhandener und den Stand der Einführung neuer luK-Technik-Projekte der letzten 5 Jahre vorzulegen.
- *26. Der Senat wird aufgefordert, den zuletzt vorgelegten Bericht (1874 B/13.WP) über die Entwicklung der Versorgungsausgaben nach jeweils zwei Jahren fortzuschreiben und dem Hauptausschuss vorzulegen.
- Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Mai 2000 zu berichten, welche personal- und haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen die Auflösung der Zentralen Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität haben wird.
- 28. Der Senat wird aufgefordert, die Lehrverpflichtungsverordnung für die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege und andere betroffene Einrichtungen so zu verändern, dass der zusätzliche Bedarf an Honoraren stark reduziert wird. Dem Hauptausschuss ist bis zum 30. Juni 2000 über die vorgesehenen Änderungen und die finanziellen Auswirkungen zu berichten.
- (B) 29. Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus bis zum 30. Juni 2000 zu berichten, wie es ermöglicht werden kann, dass auf Prüfungshonorare an Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des öffentlichen Dienstes weitgehend durch Definition der Aufgabe als Dienstaufgabe verzichtet wird. Die dazu notwendigen rechtlichen Änderungen auf Bundes- und Landesebene sind für alle Einzelpläne darzulegen.
 - 30. Dem Senat wird aufgegeben, dem Abgeordnetenhaus bis zum 30. Juni 2000 zu berichten, welche Personaleinsparungen und sonstigen Effizienzgewinne sich durch die vom Innensenator angestrebte Umwandlung des Landesamtes für Verfassungsschutz in eine Abteilung der Senatsverwaltung für Inneres erzielen lassen.

Zum Kapitel 05 10 - Statistisches Landesamt -:

31. Für das Statistische Landesamt ist eine aus Mitteln des Statistischen Landesamtes finanzierte Organisationsuntersuchung durchzuführen, in der die Möglichkeiten der Zusammenführung mit dem Landesamt des Landes Brandenburg untersucht wird.

Zum Kapitel 05 31 - Polizeibehörde -:

- *32. Der Senat wird aufgefordert, rechtzeitig zu den Beratungen des Haushalts 2001 einen Bericht über den Stand der Umsetzung zur Polizeistrukturreform vorzulegen.
- 33. Dem Senat wird aufgegeben, bis zur ersten Lesung des Haushalts für das Haushaltsjahr 2001 einen detaillierten Plan für die in dieser Wahlperiode erforderliche Ausrüstung der Polizei mit Informations- und Kommunikationstechnik unter Darlegung der zu erwartenden Effizienzgewinne und deren Auswirkung auf den Personalbedarf vorzulegen.

Einzelplan 06 - Justiz

(C)

- *34. Zu den Kapiteln
 - 06 10 Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft
 - 06 14 Zivil- und Strafgerichtsbarkeit
 - 06 29 Verwaltungsgerichtsbarkeit
 - 06 32 Finanzgerichtsbarkeit
 - 06 33 Sozialgerichtsbarkeit

Die Senatsverwaltung für Justiz wird ersucht, dem Hauptausschuss für die vorgenannten Bereiche jährlich bis zum 31. August über die Geschäftsentwicklungen und die Verfahrensdauern jeweils mit Angabe der Vergleichszahlen der beiden Vorjahre und der durchschnittlichen Entwicklungen im Bundesgebiet zu berichten.

Einzelplan 10 - Schule, Jugend und Sport

- *35. Der Senat wird aufgefordert, zur Sicherung des Lehrerbedarfs der Berliner Schulen für die Jahre nach 2003 rechtzeitig zur ersten Lesung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2001 ein abgestimmtes Personalkonzept vorzulegen, das einen ausreichenden Einstellungskorridor für die kommenden Jahre durch den zielgerichteten Abbau von Überhangkräften vorsieht.
- *36. Der Senat wird aufgefordert, bis zum 31. Mai 2000 einen Bericht über die personelle Ausstattung der Berliner Schulen auf der Basis der "Oktoberstatistik" 1999 vorzulegen. Dabei ist auch ein Nachweis über nicht besetzte Stellen sowie Überhangkräfte, aufgeschlüsselt nach Schulstufen und Bezirken, zu führen. Außerhalb des Schulbereichs verwendete Stellen sind separat auszuweisen.
- *37. Der Senat wird aufgefordert, bis zum 31. August 2000 (D) einen Bericht über Schulbauten und Schulstandorte vorzulegen, aus dem hervorgeht:
 - a) der bauliche Zustand der vorhandenen Schulbauten, gemessen an den vorgegebenen Standards, und die Auslastung der Schulbauten an den jetzigen Schulstandorten (differenziert nach Bezirken und Schularten),
 - b) die Bedarfsentwicklung nach Schulbauten/Unterrichtsräumen auf Grund der Schülerzahlentwicklung bis 2010 (differenziert nach Bezirken und Schulstandorten sowie nach Schularten),
 - c) die geplante Deckung des Bedarfs nach Schulbauten/Unterrichtsräumen durch Neubau/Investitionen, durch Errichtung mobiler Unterrichtsräume und durch Instandhaltung/Sanierung/bauliche Unterhaltung (differenziert nach Bezirken/Schulstandorten und Schularten),
 - d) die derzeitigen Schulstandorte, die auf Grund der Bedarfsentwicklung künftig freigezogen werden.
- *38. Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss jeweils zum 31. März zu berichten, in welchem Umfang städtische Kindertagesstätten an freie Träger übertragen worden sind.
- 39. Der Senat wird aufgefordert,
 - darauf hinzuwirken, dass nach der Übernahme des Sport- und Erholungszentrums (SEZ) durch die Berliner Bäder Betriebe (BBB), die Einnahmen und Ausgaben des SEZ im Wirtschaftsplan der BBB separat ausgewiesen werden,
 - bis zum 31. Mai 2000 ein Konzept vorzulegen, welches die im Interesse der Wirtschaftlichkeit notwendigen Investitionen und Personalkostenreduzierungen zur Sanierung und Attraktivitätssteigerung des SEZ und die damit verbundenen Kosten darstellt.

- (A) 40. Der Senat wird aufgefordert, bis zum 31. August 2000 ein Konzept vorzulegen, durch welche Maßnahmen er das Jugendaufbauwerk im Rahmen des Finanzplanungszeitraums zu sanieren gedenkt, und die jährlichen Planvorgaben hierfür darzustellen.
 - 41. Der Senat wird aufgefordert, bis zum 31. August 2000 ein organisatorisches Konzept darüber vorzulegen, wie die Haushaltsbelastung durch die Archenhold-Sternwarte gegebenenfalls unter Berücksichtigung einer veränderten Trägerschaft verringert werden kann.
 - 42. Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss bis zum 30. Juni 2000 die (vorläufigen) Ergebnisse von zwei Wirtschaftsjahren des Betriebs der Schmeling- und der Radsporthalle vorzulegen und gesondert darzustellen, welche zusätzlichen Haushaltsmittel das Land Berlin in die Nachrüstung und den Ausbau der beiden Hallen investiert und wie sich dies auf den wirtschaftlichen Betrieb der Hallen ausgewirkt hat. Ausgehend vom Betriebsergebnis soll der Senat darlegen, welche Konsequenzen sich daraus für die künftige Zuschussgewährung durch das Land Berlin ergeben und mit welcher Zielstellung der Senat diesbezüglich in die mit VELOMAX vertraglich nach zwei Wirtschaftsjahren vereinbarten Neuverhandlungen über die Zuschussgewährung eintreten wird.

Einzelplan 11 - Gesundheit und Soziales

- 43. Der Senat wird aufgefordert, bis zum 31. Juli 2000 einen Bericht über alle fertiggestellten, aber noch nicht endgültig abgerechneten Krankenhausbauten vorzulegen. Der Bericht soll für die betroffenen Einzelprojekte jeweils den Fertigstellungszeitpunkt, die Gesamtkosten, die Gründe für die fehlende Endabrechnung, die strittigen Kosten und das weitere Vorgehen darlegen.
- 44. Damit die Ausschöpfung der Bundesmittel nach Artikel 52 PflegeVG nicht behindert wird, werden die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen sowie die Senatsverwaltung für Finanzen aufgefordert, ihren gemeinsamen Einfluss auf die Bezirke zu verstärken, damit Erbbaurechtsverträge für ehemalige bezirkliche Pflegeeinrichtungen abgeschlossen werden, sofern die neuen Träger nicht andere dingliche Rechtsgeschäfte, insbesondere Kaufverträge anstreben. Die Gewährleistung der dinglichen Lastenfreiheit der betroffenen Grundstücke obliegt den Bezirken.

Zum Kapitel 11 90 - Krankenhausförderung -:

*45. Die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen wird aufgefordert, dem Hauptausschuss vor Inangriffnahme einer Baumaßnahme im Rahmen der 1. und 2. Tranche der Krankenhauskreditfinanzierung Inhalt und Umfang der Baumaßnahme zur Kenntnis zu geben.

Die Haushaltstitel neuer Baumaßnahmen von Krankenhäusern, die aus dem Landeshaushalt oder über das Kreditfinanzierungsprogramm finanziert werden, sind qualifiziert gesperrt.

Baumaßnahmen dürfen in die Kreditfinanzierung nur dann aufgenommen werden, wenn die Gesamtkosten innerhalb der 1. oder 2. Tranche des Krankenhauskreditfinanzierungsprogramms ausfinanziert sind.

Einzelplan 12 - Bauen, Wohnen und Verkehr

*46. Der Senat wird aufgefordert, im Interesse der Berliner kleinen und mittleren Unternehmen der kleinteiligen und gewerkeweisen Auftragsvergabe Vorrang einzuräumen. Dabei soll die Vergabe an Generalübernehmer grundsätzlich ausgeschlossen sein. In allen Förderrichtlinien sind

- entsprechende Auflagen vorzusehen. Die städtischen (C) Wohnungsbaugesellschaften haben hier eine besondere Verantwortung.
- *47. Die Ansätze für Straßenbahn-, U- und S-Bahn-Investitionen dürfen nur nach einer Beschlussfassung im Hauptausschuss verändert werden.
- *48. Der Senat wird ersucht, dem Abgeordnetenhaus bis zum 31. Dezember 2000 einen weiteren Bericht über die Vorbereitung und Durchführung der Stadterneuerung vorzulegen. Der Bericht soll auch Aussagen über abgeschlossene Maßnahmen, insbesondere über entlassene Sanierungsgebiete und den Stand der Reprivatisierung gemäß Städtebauförderungsgesetz enthalten.
- *49. Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss zu berichten, ob mit den Berliner Wasserbetrieben ein Unternehmensvertrag geschlossen werden kann über eine Reduzierung der Kostenerstattung für Straßenregenentwässerung durch das Land Berlin.
- *50. Der Senat wird aufgefordert, über die Ergebnisse der Einrichtung der Anti-Korruptions-Arbeitsgruppe zu den Haushaltsberatungen 2001 zu berichten.
- *51. Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss rechtzeitig zum Beginn der ersten Lesung des Haushalts 2001 über die Ergebnisse der bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung im Bereich Stadterneuerung eingesetzten 25 Mio. DM zur beschäftigungswirksamen Vergabe von Aufträgen zu berichten. Dabei ist insbesondere auf die Beschäftigung von nach dem SGB III förderungsfähigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einzugehen.
- 52. Der Senat wird aufgefordert, die Stellenausstattung der Abteilung Hochbau entsprechend dem seit 1995 reduzierten Auftragsvolumen zu reduzieren. Dem Hauptausschuss ist zur 1. Lesung 2001 zu berichten.

Zum Kapitel 12 95 - Förderung des Wohnungsbaues -:

- 53. Der Senat wird aufgefordert, die Gespräche mit den Wohnungsbauunternehmen über die vorzeitige Ablösung von Aufwendungsdarlehen zügig zum Abschluss zu bringen und über den Stand der Verhandlungen, die Angebotsstruktur, die Auswirkungen auf die Finanzplanung sowie die wohnungspolitischen Konsequenzen bis zum 30. Mai 2000 zu berichten.
- *54. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wird aufgefordert, dem Hauptausschuss jeweils zur 1. Lesung der Haushalte die Finanzierungen und Folgelasten aller aus Kapitel 12 95 zu finanzierenden Förderprogramme in einer "Programmfibel" darzustellen.

Hinsichtlich der bereits abgeschlossenen Wohnungsbauprogramme sind – soweit hieraus noch Ausgaben zu leisten sind – die Leistungen nach Förderungswegen und Förderungsarten (z. B. Aufwendungsdarlehen, Aufwendungszuschüsse, Baudarlehen) kumuliert und differenziert darzustellen.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wird aufgefordert, jeweils vor Beginn der Haushaltsberatungen über die Entwicklung der Sozialwohnungsbestände (Bestand im Vorjahr, Zugänge, Abgänge, Bestand am Ende des Vorjahres) in den Bezirken zu berichten.

Einzelplan 13 - Wirtschaft

55. Der Senat wird aufgefordert, vor der parlamentarischen Sommerpause 2000 das Konzept darzustellen, zu welchem Zeitpunkt die BEHALA in eine Kapitalgesellschaft umgewandelt werden kann und wie das Unternehmen mit dem Ziel der größtmöglichen Entlastung für den Landeshaushalt weiterentwickelt werden soll.

Einzelplan 15 - Finanzen

Einzelplan 29 - Allgemeine Finanzangelegenheiten

Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus in der ersten Sitzung nach der Sommerpause einen Statusbericht per 30. Juni sowie einen weiteren Bericht per 30. September zur Einhaltung der Haushaltsansätze 2000 entsprechend dem Bericht vom 9. September 1999 vorzulegen. Dabei soll insbesondere das dann abschätzbare Haushaltsrisiko des Jahres 2000 dargelegt werden. Dieses Berichtswesen ist im Zuge der Verwaltungsreform weiterzuentwickeln und zu verstetigen.

Der Senat und die Bezirke werden ersucht, im Rahmen dieses Berichtswesens dem Hauptausschuss zusätzlich in jedem Einzelfall davon Kenntnis zu geben, wenn die für ein Bauvorhaben bereits anerkannten Gesamtkosten um mehr als 10 % oder 500 000 DM überschritten werden müssen. Mit dem Bericht ist ein Deckungsvorschlag für die Mehrkosten vorzulegen.

*57. Der Betriebsgesellschaft Stadtgüter Berlin mbH ist aufzugeben, einen ausgeglichenen Wirtschaftsplan rechtzeitig zum Beginn der Beratungen über den Haushalt 2001 vorzulegen. Die Grundstücke der Stadtgüter sowie die in treuhändlerischer Verwaltung befindlichen Flächen in einer Größe über 10 000 qm oder mit einem unbereinigten Verkehrswert von über 1 Mio. DM können nur nach Zustimmung des Abgeordnetenhauses Dritten zugewiesen oder veräußert werden.

Zu den Kapiteln 15 31 bis 15 56 - Oberfinanzdirektion und Finanzämter -:

Der Senat wird ersucht, dem Hauptausschuss rechtzeitig zum Beginn der Beratungen über den Haushalt 2001 über (B) Maßnahmen zum Abbau der bestehenden hohen Steuerrückstände sowie zur Vermeidung künftiger Steuerrückstände und darüber hinaus zu einer vollständigen Erfassung aller Steueransprüche gegenüber Groß-, Mittel-, Klein- und Kleinstbetrieben zu berichten.

Zum Kapitel 29 09 - Zuweisungen an die Bezirke -:

- *59. Der Senat wird aufgefordert, Entscheidungen über die Zuweisung oder die Einsparung von Haushaltsmitteln für die Bezirke zukünftig gerechter als bisher nach Wertausgleichskriterien durchzuführen. Dabei sind die bisherigen Erkenntnisse aus dem im Rahmen der Verwaltungsreform laufenden Budgetierungsverfahren zu berücksichtigen. Die entsprechenden Wertausgleichskriterien sind dem Hauptausschuss nach Beratung im Rat der Bürgermeister rechtzeitig zum Beginn der ersten Lesung des Haushalts 2001 zur Entscheidung vorzulegen. Für die Abfederung der Ausgaben im Z-Teil soll eine Fallzahlenkomponente eingeführt werden, die dann auch ab 2001 in die Zumessungsberechnung übernommen wird.
- Der Senat wird aufgefordert, den bezirklichen Anteil je Grundstücksgeschäft, das als Bezirksaufgabe gemäß Nr. 6 der Anlage zu § 4 Abs. 1 des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes durchgeführt wird, wie folgt zu bemes-
 - 25 v. H. für die ersten 10 Mio. DM des Erlöses,
 - 5 v. H. für den 10 Mio. DM übersteigenden Betrag.
- *61. Wird von der Senatsverwaltung für Finanzen ein bestehender Erbbaurechtsvertrag, dessen Zinseinnahmen dem Bezirk zuflossen, in einen Grundstücksverkauf umgewandelt, wird dem Bezirk der entstehende Einnahmeausfall zeitnah ausgeglichen sowie der Wegfall der Einnahme bei der Fortschreibung der bezirklichen Globalsumme berücksichtigt.

Der Senat wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die (C) Bezirke ihre Erlösanteile aus Grundstücksverkäufen für Investitionen oder für den A-Teil verwenden.

Einzelplan 17 - Wissenschaft, Forschung und Kultur

*63. Der Senat wird aufgefordert, Maßnahmen zu unternehmen, dass in den vom Land geförderten bzw. mitgeförderten außeruniversitären Forschungseinrichtungen die eigenen Einnahmen im Haushaltsjahr 2000 erhöht werden können. Dem Abgeordnetenhaus ist zur ersten Lesung des Haushalts 2001 zu berichten.

Zum Kapitel 17 01 - Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur - Kultur -:

- a) Der Senat wird aufgefordert, für alle eigenen und geförderten Bühnen sowie für Projekte freier Gruppen je Einrichtung jährlich - spätestens vor Beginn der Sommerpause - einen Bericht über
 - die Platzkapazität,
 - die Zahl der angebotenen Plätze,
 - die Zahl der besetzten Plätze,
 - die Erträge aus Kartenverkäufen, auch sektoral nach Preissegment und Anteil der ermäßigten Kar-
 - die sonstigen Erträge,
 - die Höhe des gewährten Zuschusses und
 - den Gegenwert für die Nutzung der unentgeltlich überlassenen Anlagen

vorzulegen.

b) Aus dem Verhältnis

(D)

- der Sitzplatzkapazität zu den angebotenen Plät-
- den angebotenen Plätzen zu den besetzten Plät-
- den besetzten Plätzen zu den Erträgen aus Kartenverkäufen und
- der Gesamtförderung zu den besetzten Plätzen sind jeweils Kennzahlen für die Betriebsintensität, Auslastung, Durchschnittspreise und Effektivität der Zuschüsse zu bilden, die jährlich fortzuschreiben und im Zeitvergleich darzustellen sind.
- c) Zu den Haushaltsberatungen sind ferner die testierten oder vorläufigen Jahresabschlüsse vorzulegen mit folgenden Bestandteilen:
 - Bilanzen, GuV, Anlagenverzeichnis der Unternehmen/Betriebe, Abschreibungen,
 - Schuldensituation/Rücklagen,
 - Unentgeltlich oder unter Wert zur Nutzung überlassene Vermögensgegenstände.

Zum Kapitel 17 90 - Leistungen an die Kirchen -:

65. Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen 2001 einen Bericht vorzulegen, der die von den Schulen gemeldeten Zahlen über den tatsächlichen Besuch des Religions- oder Lebenskunde-Unterrichts enthält und über den von den Zuwendungsempfängern angemeldeten Zuwendungsbedarf informiert. Diese Zahlen sind basierend auf der "Oktoberstatistik" und einer ergänzenden Erhebung im April getrennt für das jeweils 1. und 2. Schulhalbjahr auszuwei-

Zum Kapitel 17 97 - Leistungen für die Universitäten und Hochschulen -:

- *66. Der Senat wird aufgefordert, rechtzeitig zum Beginn der ersten Lesung des Haushalts 2001 die Erfassung von Kennzahlen aller Studienplätze der Berliner Hochschulen in Zusammenarbeit mit der HIS GmbH zu sichern. Dabei ist insbesondere auf die Studiengänge an Fachhochschulen, an den Kunsthochschulen und der Hochschule der Künste sowie die Studiengänge Medizin, Zahnmedizin und Veterinärmedizin einzugehen. Die Darstellung ist dem Abgeordnetenhaus zum o.g. Termin zur Kenntnis zu geben.
- *67. Die Kuratorialhochschulen des Landes Berlin werden aufgefordert, ihre Haushalts- bzw. Wirtschaftspläne so rechtzeitig aufzustellen, dass sie in den Haushaltsberatungen des Abgeordnetenhauses berücksichtigt werden können. Hierbei soll der neue Haushalts- bzw. Wirtschaftsplan durch Daten aus dem laufenden und vergangenen Planungszeitraum ergänzt werden. Dies betrifft insbesondere die investiven Mittel und die Personalkosten anhand des summarischen Stellenplans. Die Pensionsleistungen und Beihilfen sind gesondert auszuweisen.
- Der Senat wird aufgefordert, die notwendigen Strukturentscheidungen zur Profilbildung der Universitätsklinika, u. a. zum Human- und Gesundheitsmedizinischen Zentrum, in der gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftskommission herbeizuführen. Über die finanziellen, investiven und personellen Auswirkungen ist dem Abgeordnetenhaus bis zum 31. Mai 2000 zu berichten. Sollte eine Entscheidung in der gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftskommission bis zu diesem Zeitpunkt nicht herbeizuführen sein, legt der Senat bis zum 30. Juni 2000 dem Abgeordnetenhaus eine Strukturplanung zur Beschlussfassung vor.
- Der Senat wird aufgefordert, nur die unumgänglichen Berufungen von Professoren und Professorinnen vorzunehmen, bis die in den Rahmenverträgen vereinbarten verbundenen Strukturplanungen der Hochschulen bestätigt worden sind.
- *70. Der Senat wird aufgefordert, bis zum 30. September 2000 die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, um die Zuständigkeit für die Nebentätigkeitsverordnung für die Universitäten von der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur auf die Senatsverwaltung für Finanzen zu verlagern. Dem Hauptausschuss ist darüber zu den Beratungen des Haushalts 2001 zu berichten.

Der Freien Universität, der Technischen Universität und der Humboldt-Universität wird folgende Auflage erteilt:

Das Abgeordnetenhaus erwartet, dass die Universitäten bei extern begutachteter Antragsforschung der Erfüllung der Zusagen (Grundausstattung) gegenüber den Förderinstitutionen bei der internen Mittelvergabe des konsumtiven Staatszuschusses die oberste Priorität einräumen und dies in den Haushaltsplänen gesondert ausweisen. Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss bis zum 31. Oktober 2000 darüber zu berichten.

Einzelplan 18 - Arbeit, Soziales und Frauen

72. Der Senat wird aufgefordert, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur Beratung des Haushalts 2001 einen Bericht über die Wirtschaftlichkeitsprüfungen bei den Servicegesellschaften vorzulegen und im Bericht darzustellen, wie sich die zurückgehenden Förderfallzahlen auf die in den Leistungsverträgen vereinbarte Vergütung auswirken.

73. Der Senat wird aufgefordert, zeitliche Beschränkungen (C) bei der Förderung von Arbeitsförderungsbetrieben vorzusehen und für jeden Betrieb die Auflage zu erteilen, dass eine Planung zur Überleitung in den nichtgeförderten Bereich erstellt werden muss. Dabei müssen Schritte zum Förderungsabbau festgelegt werden. Der Senat wird aufgefordert, zur 1. Lesung 2001 für alle Betriebe mit einer Anzahl geförderter Arbeitnehmer von über 75 % der Gesamtarbeitnehmer einen Fortschrittsbericht vorzulegen, der eine betriebliche Zielplanung darstellt.

Zum Kapitel 18 85 - Arbeitsgerichtsbarkeit -:

*74. Die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen wird ersucht, dem Hauptausschuss jährlich bis zum 31. August über die Geschäftsentwicklung und die Verfahrensdauer der Arbeitsgerichtsbarkeit jeweils mit Angabe der Vergleichszahlen der beiden Vorjahre und der durchschnittlichen Entwicklungen im Bundesgebiet zu berichten.

Zu Baumaßnahmen allgemein:

- *75. a) Der Senat wird aufgefordert, in den Entwurf des Haushaltsplans 2001 neue Bauvorhaben, für die Bauplanungsunterlagen noch nicht vorliegen, nur dann aufzunehmen, wenn aus der späteren Veranschlagung Nachteile für Berlin entstehen würden (§ 24 Abs. 3 LHO). In den Erläuterungen ist der Nachteil bzw. der Schaden für Berlin in sachlicher und finanzieller Hinsicht zu begründen.
 - b) Der Senat und die Bezirke werden ersucht, die Herstellungs- und Folgekosten bei öffentlichen Baumaßnahmen spürbar zu senken. Dabei ist durch Verbesserung der Abläufe, der Qualitätssicherung und des Kostenmanagements gegebenenfalls unter Einbeziehung externen Sachverstandes die Kostensicherheit zu erhöhen bzw. die Unterschreitung der geplanten Kosten bei gegebenem Standard anzustreben. In diesem Zusammenhang ist ein Konzept für ein Anreizsystem und für die Herstellung einer Wettbewerbssituation zwischen den Baudienststellen zu erstellen. Über die Ergebnisse ist dem Abgeordnetenhaus bis zum 31. Mai 2000 zu berichten.

Zu den Wirtschaftsplänen der Krankenhausbetriebe:

- Der Senat wird ersucht, dem Hauptausschuss zur Haushaltsplanberatung 2001 Unterlagen mit folgenden Angaben vorzulegen:
 - Ergebnisse der testierten Jahresabschlüsse der Krankenhausbetriebe mit kurz gefasster Erläuterung des pflegesatzrelevanten Jahresergebnisses und des Bilanzergebnisses; die Angaben zu den Jahresabschlüssen enthalten mindestens Angaben über
 - die geplante Bilanzsumme unter Darstellung des Anlagevermögens mit der Summe der Sach- und Finanzanlagen, des Umlaufvermögens mit der Darstellung der kurzfristigen Forderungen, der langfristigen Forderungen und der liquiden Mittel, des Eigenkapitals, der Rückstellungen, der Verbindlichkeiten unterteilt in kurzfristige und langfristige Verbindlichkeiten und der Kapitalzuführungen sowie
 - das geplante Geschäftsergebnis unter Darstellung der Erlöse, des Personalaufwands, des Sachaufwands, der Abschreibungen, der Entnahme aus Rücklagen und der gewährten Zuschüsse, unterteilt nach Zuschüssen aus dem Landeshaushalt und Zuschüssen Dritter.

(B)

(A)

(B)

- Gegenüberstellung der Bettenzahlen (nach Krankenhäusern und Disziplinen) mit Stand vom 30. Juni 2000 und Planziel 31. Dezember 2000,
- Ausnutzungsgrad der Planbetten 1999 (getrennt nach Akut- und Chronikerbereichen),
- Verweildauern f
 ür 1998 und 1999 (je Haus getrennt nach Akut- und gegebenenfalls Chronikerf
 ällen).

Anmerkung:

Mit * versehen sind die – zum Teil veränderten – Beschlüsse zu früheren Haushaltsplänen, die entweder von fortdauernder Bedeutung oder vom Senat bisher nicht abschließend bearbeitet worden sind.

Wahl eines Senators für die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur und eines Bürgermeisters von Berlin

Gemäß Artikel 56 Abs. 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 75 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin sind gewählt worden:

zum Senator für die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kulturelle Angelegenheiten

Herr Prof. Dr. Christoph Stölzl

zum Bürgermeister von Berlin

Herr Dr. Eckart Werthebach Senator für die Senatsverwaltung für Inneres

Rahmenbedingungen für die Parkraumbewirtschaftung

Der Senat wird aufgefordert, für das erfolgreiche Modell der Parkraumbewirtschaftung nach der Übertragung an die Bezirke folgende Rahmenbedingungen sicherzustellen:

 Dem Bezirken soll bei der Höhe und zeitlichen Staffelung der Gebühren ein Gestaltungsspielraum eingeräumt

- werden. Dazu ist eine entsprechende Begründung aus örtlichen Erfordernissen vorzulegen. Ein Gebührenrahmen von 2,00 DM bis 4,00 DM pro Stunde ist einzuhalten.
- Eine Überprüfung und gegebenenfalls eine Anpassung der Bewirtschaftungszeiträume an die verkehrlichen Anforderungen im Umfeld der bestehenden Bereiche ist ebenso wie für neu einzurichtende Bereiche sicherzustellen.
- Zur Darstellung der verschiedenen Bewirtschaftungszonen einschließlich der jeweils gültigen Zeiträume und Gebührenstaffelungen soll Informationsmaterial in Form von Übersichtskarten mit farblicher Markierung der Bereiche erstellt werden. Die Zuordnung anhand der Farbmarkierung sollte auch in den Bewirtschaftungszonen erkennbar sein.
- Neue Parkraumbewirtschaftungszonen sollen nur insoweit eingerichtet werden, als sich aus eigenen Erträgen die Kosten für die Bewirtschaftung und Überwachung finanzieren lassen

Über die Umsetzung ist dem Abgeordnetenhaus bis zum 30. September 2000 zu berichten.

Bericht zur Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes

Der Senat wird aufgefordert, bis zum 30. Juni 2001 zu berichten, wie sich die BAföG-Novelle für die Studierenden des Landes Berlin ausgewirkt hat. Dabei soll z. B. dargestellt werden, wie sich die Zahl der BAföG-Empfangenden entwickelt hat.

Grundstücksgeschäft (Nr. 3/2000 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte)

Der Bestellung eines Erbbaurechtes an einer ca. 73 917 m² großen Teilfläche des Flurstücks 466/36, Flur 2, Gemarkung Großbeeren, eingetragen im Grundbuch des Amtsgerichts Zossen von Großbeeren Blatt 1 095, zu den Bedingungen des am 17. Februar 2000 beurkundeten, unter Vorbehalt geschlossenen Vertrages wird zugestimmt. Die Zustimmung erfolgt unter der Bedingung der Sicherung des Rückbaus bei Ausübung des Heimfallrechts.